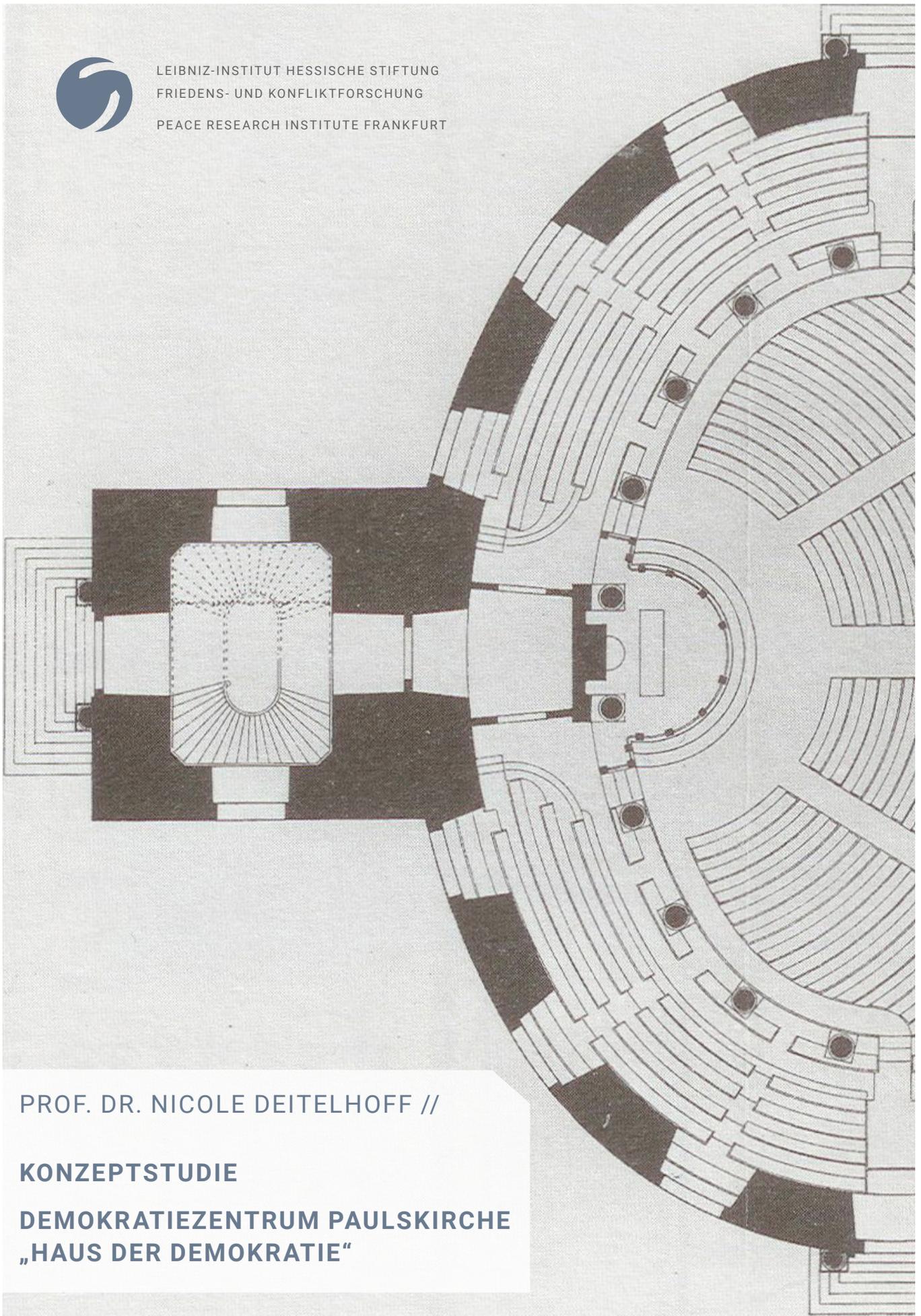




LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT



PROF. DR. NICOLE DEITELHOFF //

KONZEPTSTUDIE

**DEMOKRATIEZENTRUM PAULSKIRCHE
„HAUS DER DEMOKRATIE“**

Konzeptstudie

DEMOKRATIEZENTRUM PAULSKIRCHE

„HAUS DER DEMOKRATIE“

PROF. DR. NICOLE DEITELHOFF //

unter Mitarbeit von Ben Christian, Prof. Dr. Christopher Daase,
Dr. Gregor Hofmann und Dr. Raphaela Schlicht-Schmälzle

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

Grundriss der Frankfurter Paulskirche

Wikimedia Commons, Frankfurt am Main, Germany, Floor plan of the Paulskirche
(St. Paul's church), state of 1896

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).
Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Baseler Straße 27–31
60329 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 95 91 04-0
E-Mail: info@hsfk.de
<https://www.hsfk.de>

Erscheinungsdatum: Dezember 2020

DIE PAULSKIRCHE ALS LEBENDIGER DEMOKRATIEORT

Die Paulskirche soll ein lebendiger Demokratieort von nationaler und internationaler Tragweite werden. Aus diesem Grund soll ihr ein Demokratiezentrum an die Seite gestellt werden, dessen Nutzung in einem Bürger.innenbeteiligungsverfahren ausgearbeitet werden soll. Für dieses Verfahren wurde das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK/PRIF) beauftragt, im Rahmen einer Konzeptstudie zum „Haus der Demokratie“ inhaltliche Leitplanken zu entwerfen.

Aufbauend auf Feld- und Zielgruppenanalysen zeigen wir auf, dass es zwar durchaus viele Angebote im Bereich der Demokratiebildung und -förderung gibt, dass in vielen Angeboten aber das **Demokratie gedenken** und **lernen** im Sinne der Wissensvermittlung im Vordergrund steht. Das ist misslich, denn die bestehenden Studien zur Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie legen nahe, dass es weniger die Idee von Demokratie ist, die an Attraktivität verliert, sehr wohl aber die real praktizierte Demokratie.

Aus diesen Gründen empfehlen wir, die Nutzung des „Hauses der Demokratie“ vor allem auf die praktische und sinnliche Erfahrung von Demokratie zu fokussieren und Formate zu entwickeln, bei denen Bürger.innen und Besucher.innen Demokratie selbst anwenden und als gesellschaftliche Praxis erleben können.

Die Konzeptstudie zeigt, wie sich **Gedenken, Erleben und Probieren von Demokratie** kreativ miteinander verbinden lassen, um solche Erfahrungen zu ermöglichen.

Fünf Kernbotschaften strukturieren unser Konzept:

- » Demokratie muss erlebbar werden, mit allen Sinnen und aktivierend.
- » Unterrepräsentierte Zielgruppen müssen gezielt angesprochen, aber zugleich der Austausch zwischen Zielgruppen gefördert werden.
- » Frankfurt hat eine lebendige Demokratieszene, die in ein zu gestaltendes „Haus der Demokratie“ eingebunden werden sollte.
- » Es braucht nicht nur einen demokratischen Weg zum „Haus der Demokratie“, sondern ein demokratisches Haus, das Bürger.innenbeteiligung auf Dauer sicherstellt.
- » Ein internationales Demokratiezentrum muss mehrsprachig sein und durch digitale Angebote über Zeitzonen und Sprachgrenzen hinweg zugänglich.

1. Aufgabenstellung	1
2. Design der Studie: Methoden und Daten	2
3. Verortung des Hauses der Demokratie in der politisch-kulturellen Landschaft	3
3.1 Demokratie unter Druck	3
3.2 Die Landschaft der bestehenden Demokratiezentren	7
3.3 Demokratieakteur.innen und -angebote in Deutschland und Frankfurt	9
4. Zielgruppen für ein „Haus der Demokratie“	11
4.1 Grundlegende demographische Daten zu Frankfurt	12
4.2 Ausgewählte Zielgruppen für ein „Haus der Demokratie“ in Frankfurt und ihre Profile	15
5. Unser Konzept: Die Paulskirche als lebendiger Demokratieort	21
5.1 Säule (a): Dauerausstellung	24
5.2 Säule (b): Wechselausstellungen zu aktuellen und historischen Demokratiefragestellungen	25
5.3 Säule (c): Workshops, die Demokratie erlebbar machen	27
5.4 Säule (d): Formate, die das „Haus der Demokratie“ zum Debattenort machen	28
5.5 Über konkrete Formate und Nutzungen hinaus	30
Literatur	33
Anhang	45

1. AUFGABENSTELLUNG¹

Die Paulskirche bewegt. Dieses Eindrucks kann sich nicht erwehren, wer in den letzten Monaten die Feuilletons der überregionalen Zeitungen, aber auch die regionale Presse verfolgt hat. Im Kontext der dringend notwendigen Sanierung der Paulskirche, insbesondere aber in Verbindung mit den Plänen für ein angeschlossenes Demokratiezentrum, hat sich schon jetzt eine lebendige Debatte entzündet über die zukünftige Ausgestaltung der Paulskirche. Dabei steht gegenwärtig vor allem die Architektur der Paulskirche im Fokus. Vom „Mut, das Ringen um die Freiheit zu zeigen“ ist mit Blick auf die Sanierung ebenso die Rede (Monika Grütters, FAZ vom 25.11.2020) wie von der „fehlenden Aura der Paulskirche als Erinnerungsort“ (Herfried Münkler, Peter Cachola Schmal und Hans Walter Hütter, FAZ vom 26.10.2020). Umgekehrt wird ihrer Architektur aber auch attestiert, Spiegelbild einer gelebten Demokratie zu sein (Wolfgang Pehnt, FAZ vom 9.11.2020) und davor gewarnt, dass Paulskirche und Demokratiezentrum nicht auf die museale Vergegenwärtigung der deutschen Demokratiegeschichte eingeführt werden dürften (Patrizia Nanz und Claus Leggewie, FR vom 1.12.2020).

Gewürdigt als Wiege der Deutschen Demokratie, fungiert die Paulskirche wie nur wenige andere Orte als symbolischer Resonanzraum für die deutsche Demokratiegeschichte wie auch für die Demokratie als solche. Hier tagte die Nationalversammlung 1848 und verabschiedete die erste demokratische Verfassung Deutschlands. Auch wenn diese Verfassung nie eingesetzt wurde, blieb sie doch Grundlage nachfolgender verfassungsgebender Prozesse. 2023 steht nun das 175-jährige Jubiläum der Paulskirchenversammlung an, 2024 das 75-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Grund genug, neu über die Ausgestaltung der Paulskirche als nationalen Demokratieort mit übernationaler Bedeutung nachzudenken.

Die Stadt Frankfurt hat entschieden, dass sie die Paulskirche entlang der Nachkriegsarchitektur von 1948 behutsam sanieren und zusätzlich ein Demokratiezentrum einrichten will, das in baulicher Nähe zur Paulskirche entstehen soll. Dieses Zentrum, das „Haus der Demokratie“, soll die „museale (Dauerausstellung über die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen 1815–1989 mit Schwerpunkt Revolution 1848/1849) und die mediale Präsentation (Erlebnis Paulskirche, virtueller historischer Plenarsaal, audiovisuelle Debatten, Computeranimationen) umfassen und ebenso Bildungsarbeit ermöglichen (Extremismusprävention, Stärkung der Demokratie, Werte des Grundgesetzes)“, um die Paulskirche zu einem lebendigen Demokratieort weiterzuentwickeln (vgl. Anträge Stadtverordnetenversammlung Nr. 1309, 19.10.2020; und Nr. 1022, 7.11.2019).

¹ Die Studie zehrt von vielen Diskussionsprozessen, um die jetzige Form zu erlangen. Wir danken allen, die uns wertvolle Anregungen gegeben haben. Unser besonderer Dank gilt den studentischen Mitarbeiter:innen, die nicht nur engagiert mitdiskutiert haben, sondern uns sowohl in den Feldanalysen als auch in den Zielgruppenanalysen maßgeblich unterstützt haben, die im Appendix dieser Studie zusammengeführt sind. Namentlich sind das: Franziska Bujara, Deborah Düring, Hannah Merkel, Clara Perras, Fabian R. und Franziska Schreiber.

Ziel ist es, Leitplanken für die Bürger.innenbeteiligung zu entwickeln, nicht ein „schlüsselfertiges“ Haus zu übergeben.

In der Leistungsbeschreibung für die vorliegende Studie ist analog von vier Säulen die Rede, die das „Haus der Demokratie“ tragen sollen: Es soll (a) eine Dauerausstellung beherbergen und (b) Wechsausstellungen zu historischen und aktuellen Fragestellungen der Demokratie in nationaler und internationaler Perspektive ermöglichen; es soll (c) Besuchergruppen Workshop-Programme bieten, um ein lebendiges Demokratieerleben zu ermöglichen und (d) ein Ort demokratischer Debatte und des produktiven Streits sein (Leistungsbeschreibung S. 1–2). Vor allem aber soll „das Haus der Demokratie“ ein Haus der Bürger.innen sein. Entsprechend geht es im Folgenden um ein offenes Nutzungskonzept, das im Kontext eines Bürger.innenbeteiligungsverfahrens diskutiert, angepasst, verworfen und neu geformt werden kann.

2. DESIGN DER STUDIE: METHODEN UND DATEN



Es ist wichtig, dass die „Leitplanken“ für ein künftiges „Haus der Demokratie“ hinreichend konkret sind, um Beratungen und Diskussionen im Kontext eines Bürger.innenbeteiligungsverfahrens zu strukturieren, aber zugleich so offen bleiben, dass sie genügend Raum für Kritik und alternative Ideen gewähren. Um das zu leisten, orientiert sich die Studie an den vorgegebenen vier Säulen (s.o.), denen sie drei Nutzungstypen gegenüber stellt: **„Demokratiegedenken / lernen“**, **„Demokratie praktizieren / erleben“** und **„Demokratie probieren / spielen“**, für die zielgruppenorientiert beispielhafte Formate ausgearbeitet werden.

Unter **„Demokratie gedenken / lernen“** fassen wir in dieser Studie Formate, die im Kern das Verständnis für die Prinzipien von Demokratie fördern wollen, indem sie an historische Wegmarken, Errungenschaften und Persönlichkeiten erinnern oder historische Prozesse nachzeichnen.

„Demokratie praktizieren / erleben“ verweist dagegen auf Formate, die Beteiligte aktivieren, indem sie ihnen aktiv demokratische Erfahrungen vermitteln, sei es im Rahmen von Beteiligungsprozessen, über spezifische Workshops oder auch Debattenformate, in denen die Besucher.innen selbst demokratisch aktiv werden.

Unter **„Demokratie probieren / spielen“** wollen wir dagegen Formate fassen, die darauf zielen, demokratische Prozesse zu modellieren und durch Besucher.innen z.B. in Planspielen und Simulationen nachspielen zu lassen, die aber auch sensorische Eindrücke im Rahmen von Experimenten („Wie klingt Demokratie?“, „Wie schmeckt Demokratie?“) vermitteln.

Ogleich es auf den ersten Blick so scheinen mag, als würden diese Nutzungstypen relativ klar den vorgegebenen Säulen (Dauerausstellung, Wechsausstellungen, Workshops und Debatte) entsprechen, wollen wir gerade keine Versäulung befördern, sondern die vorgegebenen Säulen über die drei Nutzungstypen zusammenbinden.

Das von uns entwickelte Konzept basiert auf Feld- und Zielgruppenanalysen. Während die Feldanalysen zur Entwicklung von Demokratie allgemein (Kapitel 3.1), zum Vergleich vorhandener Demokratiezentren (Kapitel 3.2) sowie zu zentralen Demokratieakteur:innen und -angeboten (Kapitel 3.3) zu großem Teil auf eigenen Erhebungen basieren, haben wir für die Zielgruppenanalysen aus Zeitgründen soweit möglich auf vorhandene Datensätze und Erhebungen zurückgegriffen (desk study) und diese durch Interviews und Hintergrundgespräche zu den Bedarfen und Vorstellungen innerhalb der jeweiligen Zielgruppen (Kapitel 4) ergänzt.² Die Aufbereitung der Feld- und Zielgruppenanalysen findet sich im Appendix der Studie.

3. VERORTUNG DES HAUSES DER DEMOKRATIE IN DER POLITISCH-KULTURELLEN LANDSCHAFT

Im folgenden Kapitel geben wir einen Überblick über die gesellschaftliche Zufriedenheit mit der Demokratie (3.1), zu vorhandenen Demokratiezentren und -orten (3.2) sowie schließlich über existierende Demokratieakteur:innen und -angebote (3.3). Wir tun dies mit dem Ziel, besser bestimmen zu können, welche Funktionen ein „Haus der Demokratie“ erfüllen sollte, um einerseits auf die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen zu reagieren und andererseits unnötige Doppelangebote zu vermeiden.

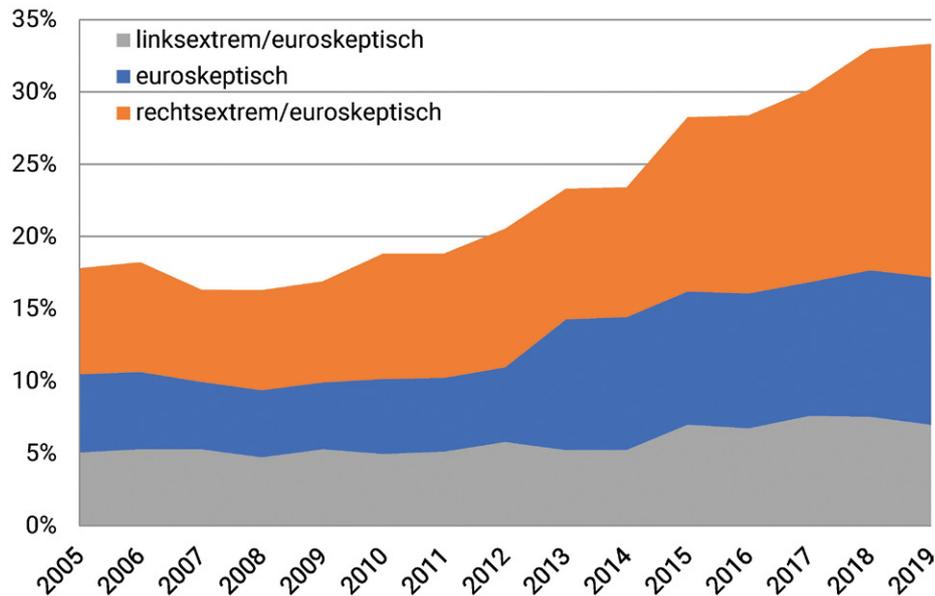
3.1 DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Der vielbeschworene Siegeszug der Demokratie, den etwa Francis Fukuyama (1992) mit seinem berühmt gewordenen Buch vom „Ende der Geschichte“ verkündete, scheint weltweit gestoppt zu sein. Nicht nur lässt sich beobachten, dass Demokratisierungsprozesse vielerorts ins Stocken geraten sind. Immer häufiger zeigen sich auch deutliche Rückschritte in der Demokratisierung, während zugleich demokratieskeptische Bewegungen und Parteien in vielen Ländern an Popularität gewinnen. Laut einer Studie des *Varieties of Democracy*-Instituts in Schweden sinkt die Zahl der Demokratien weltweit – von 55% der Staaten im Jahr 2010 auf 49% im Jahr 2019 –, während die Zahl der Staaten, die eine Autokratisierung durchlaufen, steigt (Lührmann et al. 2020: 13 f.). Diese Entwicklungen betreffen nicht, wie oft vermutet, primär den globalen Süden, sondern es handelt sich um ein globales, wenngleich uneinheitliches Phänomen, das auch direkt vor unserer Haustür in Europa zu beobachten ist.

Das gilt sowohl für die Zunahme demokratieskeptischer bzw. rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien (siehe etwa BICC et al. 2020: 126), aber auch für den Rückgang der De-

2 Die Interviews wurden als narrative Interviews angelegt, um zu verhindern, dass die Interviewer:innen die Gespräche zu sehr ‚lenken‘. In narrativen Interviews haben die Gesprächspartner:innen breiten Raum, um ihre Vorstellungen zu entfalten, sie steuern gleichsam das Interview selber. Da diese Interviews naturgemäß sehr viele Themen streifen und entsprechende Längen haben, wurden Transkripte angefertigt, die nur jene Passagen enthalten, die konkret für die Nutzung des „Hauses der Demokratie“ relevant sind.

**Stimmenanteile populistischer Parteien bei Wahlen in Europa 2005 bis 2019
(Wahlergebnisse nach Bevölkerungszahl der Staaten gewichtet)**



Quelle: Rooduijn et al. 2019.

mokratiequalität. So zeigen die Daten von *Freedom House* im sog. *Nations in Transit*-Index für die Staaten Mittel- und Osteuropas, dass dort der Demokratisierungsgrad kontinuierlich sinkt, in Ungarn und Polen am drastischsten. Ungarn wird mittlerweile nicht mehr als Demokratie gewertet, sondern als „hybrides Regime“, Polen gilt nicht mehr als „konsolidierte Demokratie“. Insgesamt gibt es 2020 in Mittel- und Osteuropa weniger Demokratien als zu irgendeinem Zeitpunkt seit Beginn der Erhebungen 1995 (Freedom House 2020).

Zwar lassen sich diese Entwicklungen nicht direkt auf Deutschland übertragen, aber es gibt auch mit Blick auf die bundesrepublikanische Demokratie ernüchternde Entwicklungen zu verzeichnen. Jenseits des Allzeithochs an Zustimmung, das die Bundesregierung in der Corona-Pandemie trotz allen Widerspruchs zu Pandemiemaßnahmen erfährt, fördert der Blick auf die Zufriedenheit der Bundesbürger:innen mit der Demokratie ein ambivalentes Bild zutage. Vorhandene Studien verweisen zwar einerseits auf eine relativ große Zustimmung zur Demokratie als ideale Regierungsform unter den Bürger:innen: So zeigt die sog. Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick et al. 2019), dass weiterhin 86,3% der Befragten ein demokratisches System für Deutschland für unerlässlich halten und 92,6% befürworten, dass die Gleichheit und die Würde aller Menschen an erster Stelle in einer Demokratie stehen sollten (Berghan/Zick 2019: 229). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (Faus et al. 2019: 17), wonach 2018 lediglich 9% der Befragten erklärten, dass die Demokratie nicht die beste Staatsform sei. Jedoch nahm die Skepsis im Vergleich zu einer vorhergehenden Studie im Jahr 2017 zu: Während 2017 noch 76% der Aussage zustimmten,

Die Zustimmung zur
Idee von Demokratie ist
nach wie vor hoch.

dass die Demokratie die beste Staatsform sei und 18% „teils/teils“ antworteten, bezeichneten 2018 nur noch 69% Demokratie als beste Staatsform, während der Anteil der „teils/teils“-Antwortenden auf 23% anstieg (Faus et al. 2019: 17).

Zugleich zeigen diese Studien unisono eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Demokratie als erlebter Praxis auf (vgl. Decker et al. 2019, Faus et al. 2019, Vehrkamp/Merkel 2020, Zick et al. 2019): Während bis 2015/2016 die Zustimmungswerte sowohl zur Idee von Demokratie als auch zur gelebten Praxis eher zunahmen, zeigt sich ab 2017 ein Knick nach unten: Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung sinkt seitdem der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie zufrieden sind und steigt der Anteil der Unzufriedenen (Faus et al. 2019: 17). Dabei zeigt sich, dass, wenn nur nach der gelebten Praxis der Demokratie gefragt wird, die Unentschiedenen deutlich zunehmen. Beides gilt verstärkt für die ostdeutschen Länder. So zeigt eine Studie der Konrad Adenauer-Stiftung (Neu 2019), dass mit der Demokratie, wie sie aktuell in Deutschland existiert, rund 37% zufrieden sind, während 45% mit „teils/teils“ antworten und 18% unzufrieden sind (Neu 2019: 2). Dabei sind in den westdeutschen Ländern 40% der Befragten zufrieden mit der Demokratie, in den ostdeutschen Ländern jedoch nur 22% (ebd.).

Noch gravierender fallen die Zahlen in der FES-Studie „Vertrauen in die Demokratie“ (Decker et al. 2019) aus: Während 46,6% der Befragten mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr oder ziemlich zufrieden sind, gibt eine Mehrheit von 53,4% der Befragten an, weniger oder überhaupt nicht mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein (Decker et al. 2019: 30). Bei Menschen, die sich selbst der Unter- oder Arbeiterschicht zuordnen oder nicht erwerbstätig sind, ist jede vierte Person mit dem Funktionieren der Demokratie überhaupt nicht zufrieden (ebd.: 30). Generell liegt das Vertrauen in die politischen Institutionen (Bundestag, Bundesregierung) in dieser Gruppe zwischen 27,5% bis 32,6%, wohingegen es bei der höchsten Statusklasse zwischen 47,4% bis 57% in Bezug auf die Bundesregierung und bei 56,3% bis 67,5% in Bezug auf den Bundestag liegt (ebd.: 42 f.). Mit steigendem Einkommen steigt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Junge Menschen und über 65-Jährige sind zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als die Menschen zwischen 30 bis 60 Jahren. Menschen mit Migrationshintergrund hingegen sind um 9,4% unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als Personen ohne Migrationshintergrund (ebd.: 30).

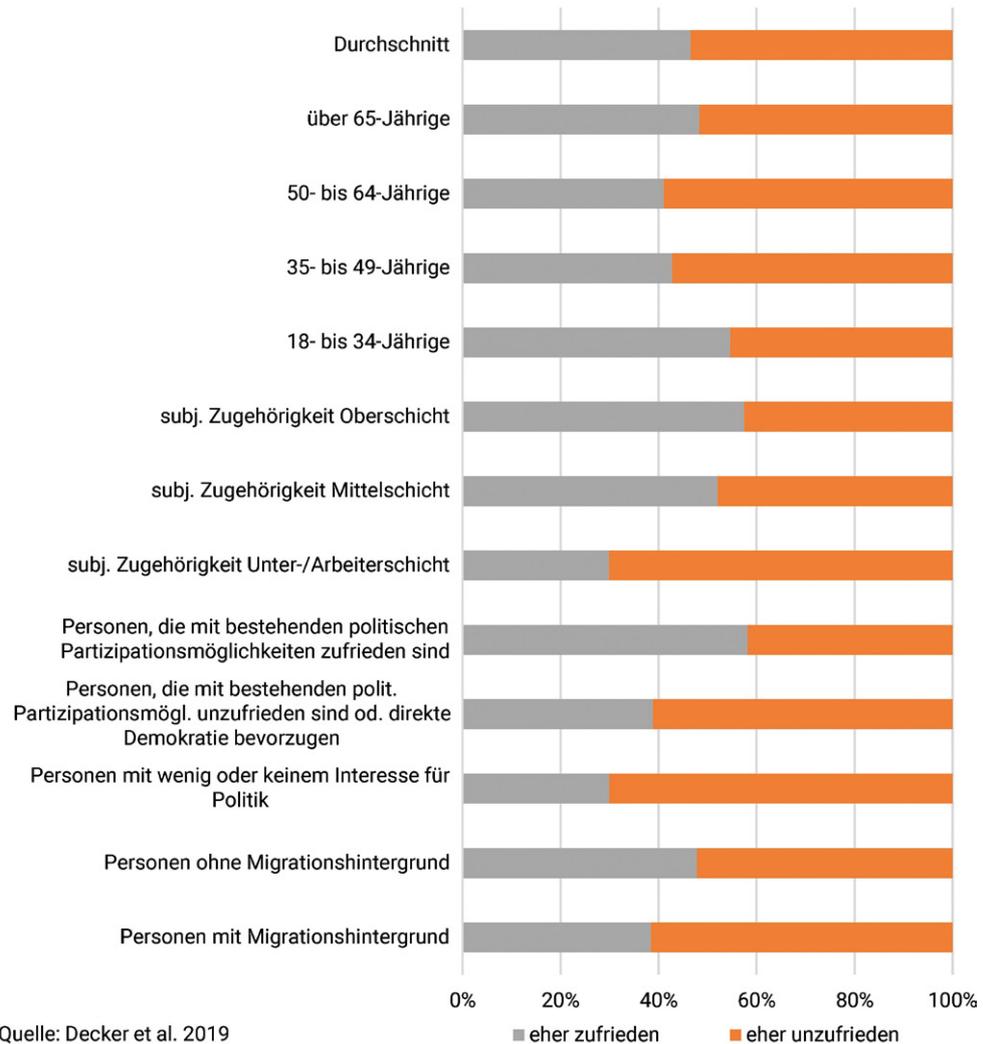
Deutlich wird dabei das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen Zustimmung zur prinzipiellen Idee von Demokratie, die nach wie vor groß, wenn auch leicht abnehmend ist, und der gelebten Praxis, wo bedenkliche Rückgänge zu verzeichnen sind.

Dazu passt auch der Befund aus der Demokratieforschung, dass die Bürger:innen sich mehr Beteiligungsmöglichkeiten jenseits der Stimmabgabe bei Wahlen wünschen. So zeigen Erhebungen von Vehrkamp/Merkel (2020: 7), dass der Wunsch von Wähler:innen nach mehr direkter Demokratie und Mitbestimmung Menschen mit populistischen und anti-popu-

Die Praxis der realen Demokratie wird immer kritischer bewertet.

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten werden gewünscht.

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie



listischen Einstellungen gleichermaßen mobilisiert und damit ein gemeinsames Merkmal aller Befragten darstellt (Vehrkamp/Merkel 2020: ebd. 7).

Decker et. al. kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass 58,8% der Befragten jenseits von Wahlen nicht genug Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger:innen sehen (Decker et al. 2019: 34). Von denjenigen, die mit den existierenden Beteiligungsmöglichkeiten unzufrieden sind bzw. die direkte Demokratie bevorzugen, sind wiederum 61,1% mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden. Die Studien zeigen dabei auch, dass Bürger:inneninitiativen und nicht-bindende Volksinitiativen, welche neue Ideen und Impulse in den politischen Prozess mit einbringen können, als Reformansatz der Demokratie auf große Zustimmung in der breiten Bevölkerung stoßen (Decker et al. 2019: 51).

Diese Entwicklungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, Demokratie wieder stärker im lebensweltlichen Alltag der Bürger:innen zu verankern, um ihr Verständnis für die Praxis von Demokratie mit all ihren Chancen, aber auch Zumutungen (etwa Kompromissen) zu erhöhen.

3.2 DIE LANDSCHAFT DER BESTEHENDEN DEMOKRATIEZENTREN

Wie verhalten sich die bestehenden Demokratiezentren zu diesen Entwicklungen?

Die Landschaft der vorhandenen Demokratieorte bzw. -zentren ist divers. Sie umfasst sowohl klassische Demokratiezentren wie die Independence Hall in Philadelphia als auch thematisch engere Zentren wie das Museo de la Memoria Histórica in Kolumbien, das die gesellschaftliche Versöhnung in den Vordergrund stellt. Für den folgenden Vergleich wurden 24 Demokratiezentren ausgewertet, die die gesamte Bandbreite an möglichen Formaten und Zielsetzungen abbilden. Neun dieser Zentren sind in Deutschland angesiedelt, die weiteren 15 in Europa, Afrika, Nord- und Südamerika sowie Australien.

„**Demokratie gedenken** / „**Demokratie lernen**“ steht im Vordergrund vieler Demokratiezentren (21 von 24), deren Fokus auf politischen Bewegungen und Protesten liegt (bspw. Musée de la Revolution française (Vizille, Frankreich), Independence Hall (Philadelphia, USA)), die einzelnen Persönlichkeiten (Museo Adolfo Suárez y la transición (Cebreros, Spanien)) oder Ereignissen (Apartheid Museum Südafrika (Johannesburg, Südafrika), Museum of Australian Democracy (Canberra, Australien)) gewidmet sind, oder ganz klassisch institutionelle demokratische Errungenschaften wie die Verfassungen, Parlamentarismus, Demokratie und Menschenrechte als Ordnungssysteme hervorheben (u.a. National Constitution Center (Philadelphia, USA), British Library Magna Charta (London, Vereinigtes Königreich), Museo internacional de la democracia (Rosario, Argentinien)). Insbesondere in der deutschen Museumslandschaft lässt sich aufgrund der gebrochenen Demokratiegeschichte ein Fokus auf zeithistorische Abschnitte ablesen. Dieser umfasst die Zeit nach 1945, die Weimarer Republik und Teilaspekte der Revolution 1848/49 sowie des Frühparlamentarismus.

Demokratie gedenken
steht im Vordergrund.

In diesen Zentren überwiegen museale Funktionen. Dazu gehören aber in der Regel auch Aktivitäten und Bildungsangebote, die es den Zielgruppen ermöglichen sollen, den musealen Teil selbst zu erarbeiten. Das beinhaltet die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien zur Ausarbeitung der Inhalte, themenspezifische Besuche, Spiele, Workshops zur geschichtlichen und politischen Bildung etc. Diese Angebote erweitern die Funktion des Gedenkens in ihrer Dimension des sinnlichen Erlebens.

Bezüglich der Funktion „**Demokratie praktizieren / erleben**“ gibt es zwar eine Reihe von Formaten, diese finden sich aber weder in allen Demokratiezentren noch werden sie systematisch angeboten. Insgesamt können 15 Demokratiezentren identifiziert werden, die in diesem Bereich Formate anbieten. Vielfach sind sie stark auf Wissensvermittlung über De-

mokratie verengt. Hier kommen auch Elemente von „**Demokratie probieren / spielen**“ vor. So stehen etwa Planspiele und Workshops im Vordergrund, die die historische Entstehung von Verfassungen nachzeichnen (z.B. die „Interactive Constitution“ im National Constitution Center Pennsylvania, welche es erlaubt, den Entstehungsprozess der US-amerikanischen Verfassung anhand von historischen Dokumenten nachzuvollziehen), und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte über Spiele und unterschiedliche Formen künstlerischen Ausdrucks befördern wollen. Planspiele und Workshops zu Themen wie der Organisation von Demonstrationen oder dem Formulieren von politischen Inhalten/Nachrichten stellen dagegen Beispiele für eher praxisorientierte Formen von „**Demokratie praktizieren / erleben**“ der Gegenwart dar (Demokratiezentrum Wien, Österreich, Center of Democracy South Australia in Adelaide, Australien). Raum für demokratisches Erleben findet sich auch im Obama Presidential Center, das Rundfunk- und Aufnahmestudios sowie öffentliche Räume für Versammlungen bereitstellt, um Probleme zu diskutieren und demokratisches Agendasetting zu befördern.

Anspruchsvolle Beteiligungskonzepte sind selten.

Lediglich zwei Demokratiezentren haben anspruchsvolle gesellschaftliche Partizipationsmodelle, die „**Demokratie praktizieren / erleben**“ befördern. Hier sticht das Museo de Memoria de Colombia hervor, das im Dialog mit Bürger:innen entwickelt worden ist und diese Idee auch in die Governancestruktur des Museums integriert hat. Ähnlich hat die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen, der das Kuratorium und den Präsidenten berät. Das Haus der Geschichte selbst zeichnet sich besonders durch seine partizipativen Elemente in der Gestaltung der Museumsinhalte aus. So gibt es insbesondere für die Zielgruppen der Jugendlichen die Möglichkeit, Audioguides zu erstellen. Die Jugendlichen können sich damit in die ständige Evaluierung und Neuentwicklung der Inhalte nach ihren Vorstellungen einbringen.

Viele Zentren haben einen engen Zielgruppenfokus.

Auffällig ist, dass sich die Mehrzahl (15) der Demokratiezentren auf Schulklassen, Familien und Kinder als Zielgruppen fokussiert. Weitaus seltener werden andere Zielgruppen, etwa die LGBT-Community (Obama Presidential Center, Center of Democracy South Australia, Museo de Memoria de Colombia) oder die Gruppe der Migrant:innen (Haus der Geschichte Bonn) explizit adressiert. Auch die Gruppe der jungen Erwachsenen wird eher selten als Zielgruppe angesprochen, als Ausnahmen gelten das Haus der europäischen Geschichte in Brüssel und das People's History Museum in Manchester.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die überwiegende Mehrheit der Demokratiezentren vor allem dem „**Demokratie gedenken / lernen**“, d.h. der Wissensvermittlung über Demokratie, gewidmet ist, während das sinnliche „**Demokratie praktizieren / erleben**“ eher im Hintergrund steht. Entsprechend eng sehen auch die Zielgruppenkonzepte aus, die sehr stark auf Familien, Kinder und Schulkinder fokussieren. Mit Blick auf das Ziel, die Paulskirche zu einem vielfältigen und lebendigen Demokratieort zu machen, kann das Haus der Demokratie zwar einerseits auf die Erfahrungen mit digitalen Angeboten im Demokratiegedenken zurückgreifen, die in sechs der in diese Studie einbezogenen Demokratiezentren (u.a. Museum of Australian Democracy (Canberra, Australien), Museo de Memoria de Colombia

(Bogotá, Kolumbien)) gemacht worden sind; andererseits muss es aber darum gehen, Demokratie wieder direkt erlebbar zu machen und als sinnliche Erfahrung zu vermitteln.

3.3 DEMOKRATIEAKTEUR.INNEN UND -ANGEBOTE IN DEUTSCHLAND UND FRANKFURT³

Deutschland verfügt über eine kaum mehr zu überblickende Fülle an Demokratieakteur:innen und -angeboten sowie Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Gruppen und kommunale Initiativen. Dabei ist das Angebot für junge Heranwachsende besonders breit aufgestellt (vgl. dazu auch Anhang, Tabellen 8–10) und häufig auf die klassischen Formate der politischen Bildung – wie Workshops und Ausstellungen – konzentriert. Insbesondere die Verbindung von Digitalisierung und Demokratie sowie die Anwendung von digitalen Mitteln in Demokratieprojekten spielen gegenwärtig eine große Rolle.

Neben diesen vielfältigen und dezentralen Demokratieangeboten gibt es einige ausgewählte „Demokratie-Orte“, an denen an besondere Momente der deutschen Demokratiegeschichte erinnert wird. Dazu gehören u.a. das Hambacher Schloss, die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt oder auch das Haus der Geschichte in Bonn. Allerdings konzentrieren sich die jeweiligen Einrichtungen bislang vor allem auf das **„Demokratie gedenken / lernen“**; sie bieten zumeist wenig Raum für ein lebendiges **„Demokratie praktizieren / erleben“**. Es bleibt offen, ob und wie die geplante Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ (Monica Grütters in der FAZ vom 25.11.2020) hier für Veränderungen sorgen wird.

Die Bundesförderstruktur im Bereich der Demokratieförderung und Politischen Bildung, die an verschiedenen Ministerien aufgehängt ist, greift in ihren Förderprogrammen auf spezifische Problembereiche zu. Sie fördert u.a. das zivilgesellschaftliche Engagement und die lokale Demokratiearbeit vor Ort (z.B. „Demokratie leben!“, BMFSFJ) und unterstützt Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen und strukturschwachen Gegenden (z.B. „Zusammenhalt durch Teilhabe“, BMI). Ziel dieser Förderungen ist dezidiert nicht mehr primär die Demokratiebildung, sondern Demokratie gemeinsam zu praktizieren. Ein Beispiel aus Hessen ist das an der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Demokratiezentrum Hessen, das durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ finanziert wird. Es dient als Geschäfts- und Koordinierungsstelle für das Angebot des „Beratungsnetzwerks Hessen gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und unterstützt fachlich und koordinierend Maßnahmen im Bereich der Prävention von und des Umgangs mit Rechts-

3 Die folgende Darstellung ist nicht vollständig, sondern greift rein illustrativ auf konkrete Initiativen und Formate zu. Damit verbindet sich explizit keine Geringschätzung nicht genannter Initiativen oder Angebote, sondern nur ein Platzproblem.

extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Hessen, etwa durch Forschung, Publikationen und Weiterbildungen.

Frankfurt hat eine lebendige und dynamische Demokratiekultur.

Auch in Frankfurt gibt es ein breites, dynamisches Netzwerk an Demokratieakteur.innen und -angeboten mit unterschiedlichen Schwerpunkten (vgl. Anhang, Tabellen 8–10). Auffällig ist hier, dass viele der angebotenen Formate dem klassischen Repertoire der politischen Bildung (Workshops, Ausstellungen) zugeordnet werden können. Sehr gut aufgestellt ist wiederum der Bereich **„Demokratie gedenken / lernen“**. Es gibt in Frankfurt eine Vielzahl an Ausstellungen (häufig multimedial aufbereitet) sowie historischen und thematischen Stadtführungen, unter anderem von und mit Zeitzeug.innen. Unter partizipativen Gesichtspunkten sticht vor allem das Stadtlabor des Historischen Museums hervor, welches mit Frankfurter Bürger.innen eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Stadt“ aus unterschiedlichen Sichtweisen versucht. Auch das Projekt „Telling (Hi)story“ der Bildungsstätte Anne Frank ist erwähnenswert, das den Fokus auf den Dialog zwischen Generationen legt und versucht, Geschichten und Erfahrungen von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte offen zu legen.

Der Bereich **„Demokratie praktizieren / erleben“** ist ebenfalls durch eine breite Palette an Akteur.innen charakterisiert, welche unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Dabei liegt, für eine Stadt mit einer sehr diversen Bevölkerung nicht unerwartet, ein starker Fokus auf dem Themenkomplex Migration und Integration. So gibt es u.a. ein breites Workshop-Angebot im Bereich Antidiskriminierung. Hervorzuheben sind hier etwa die Angebote des Integrations- und Diversitätsportals „Viel bewegt Frankfurt“ oder das interaktive Lernlabor „Morgen mehr“ der Bildungsstätte Anne Frank. Gerade für die Gruppe der jungen Menschen fällt ins Auge, dass sich die Angebote zumeist auf den Bereich der politischen Bildung in der Schule und Projekte in Jugendzentren konzentrieren (z.B. Kuss41). Eine Ausnahme ist u.a. das Demokratiestipendium „Vertraut! Demokratie“ der Evangelischen Akademie Frankfurt für Menschen unter 30 Jahren.

Angebote für Senior.innen sind ausbaufähig.

Im Vergleich schwach aufgestellt ist das Angebot für Senior.innen, das sich auf einige wenige Projekte zur politischen Partizipation beschränkt, wie den Seniorenbeirat. Insgesamt gibt es aber eine Vielzahl an Möglichkeiten des Austausches, nicht zuletzt im Rahmen unzähliger öffentlicher Veranstaltungsreihen von verschiedenen Institutionen (etwa der Goethe-Universität, dem Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, der Polytechnischen Gesellschaft, dem Haus am Dom, der Evangelischen Akademie, der Montagsgesellschaft und vielen mehr). Nicht ganz so zahlreich sind die Angebote, in denen explizit der Dialog und konstruktive Streit zwischen unterschiedlichen Akteur.innen und Sichtweisen gefördert wird, wie beispielsweise bei der StreitBar der Bildungsstätte Anne Frank, dem jährlich stattfindenden Demokratiekonvent oder auch dem DemokratieWagen von *mehr als wählen e.V.*

Das Spielerische kommt oft zu kurz.

Ebenso gibt es eine Reihe an kreativen Projekten und Orten, an denen sich auf künstlerische Art und Weise politisch ausgedrückt werden kann, und die den Bereich **„Demokratie spielen“** bedienen. Dazu zählen beispielsweise Theater- und Chorprojekte oder auch program-

mierte Videospiele für Museen. Im Vergleich zu den anderen beiden „Säulen“ ist das Angebot in Frankfurt hier jedoch deutlich geringer.

Insgesamt ist festzuhalten, dass es für bestimmte Gruppen wenig bis keine Angebote gibt. Dazu zählt etwa die Gruppe der Senior.innen. Für junge Menschen gibt es wenige Angebote außerhalb der Schulen und Universitäten. Auffällig ist, dass es deutschlandweit ein großes Angebot für Kinder im Bereich der Demokratiebildung gibt, wohingegen es in Frankfurt jenseits von Kita und Schule nur einige wenige sind (siehe z.B. den Frankfurter Schulpreis der Stadt Frankfurt in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank). Darüber hinaus sticht ins Auge, dass die meisten Projekte nur die Themenbereiche ansprechen, welche die jeweilige Zielgruppe direkt betreffen.

So wichtig geschützte Räume und zielgruppenspezifische Ansprache auch sind, so besteht dadurch gleichzeitig die Gefahr einer „Versäulung“ bzw. Fragmentierung der Angebote, während es aus unserer Sicht wichtig wäre, die unterschiedlichen Zielgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen. In diesem Kontext ist auch auffällig, dass es insbesondere im Bereich Integration und Frauen eine Vielzahl an Kochprojekten und Kaffeerunden gibt. So wichtig und gut diese Formate als „Türöffner“ sind, droht immer die Gefahr, dass sich der Eindruck verfestigen könnte, dass mit manchen Gruppen gekocht und mit anderen Gruppen dann „richtig Politik gemacht“ wird. Insgesamt gibt es schließlich wenig öffentliche Räume für Projekte oder informelle Gruppen, in denen kein Konsumzwang besteht und die niedrigschwellig zugänglich sind. Eine begrüßenswerte Ausnahme ist der stadtRaum des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA), das lokalen Initiativen und Gruppen Räume für ihre Arbeit zur Verfügung stellt.

4. ZIELGRUPPEN FÜR EIN „HAUS DER DEMOKRATIE“⁴

Die vorangegangenen Darstellungen verdeutlichen, dass es eigentlich keinen Mangel an Demokratiezentren oder -angeboten gibt. Sowohl auf der regionalen und nationalen Ebene gibt es vielfältige Angebote für verschiedene Zielgruppen. Das gilt auch und insbesondere für Frankfurt, wo sich eine dynamische und lebendige Demokratiekultur von Akteur.innen und Angeboten entwickelt hat. Allerdings zeigt der Durchgang durch die Angebote auch deutliche Schwachstellen auf, die es zu beachten gilt, wenn ein Nutzungskonzept für das künftige „Haus der Demokratie“ entworfen werden soll. So zeigt sich zum einen, dass in den bestehenden Demokratiezentren wie auch unter den „freien“ Angeboten das **„Demokratie gedenken / lernen“** ein deutliches Übergewicht findet, während das aktive **„Demokratie praktizieren / erleben“** oder **„Demokratie probieren / spielen“** eher im Hintergrund bleiben.

Jenseits von Kitas und Schulen gibt es in Frankfurt wenige Angebote für Kinder im Bereich Demokratiebildung.

Geschützte Räume und zielgruppenspezifische Ansprache sind wichtig, aber Austausch muss gesichert werden.

Es existieren bereits vielfältige Angebote, in der Mehrzahl aber im Bereich des Demokratiegedenkens.

4 Die Konzeptstudie hat nicht alle vorhandenen Zielgruppen analysiert, sondern primär jene, die aus den vorangegangenen Feldanalysen als eher unterrepräsentiert hervorgegangen sind. Daraus ist nicht der Schluss zu ziehen, dass nicht explizit erwähnte Zielgruppen keine Bedarfe im Bereich Demokratiebildung und -beteiligung haben. Ganz im Gegenteil: Das „Haus der Demokratie“ soll ein Haus für alle sein.

Mehr lebensweltliche Erfahrung von Demokratie ist notwendig.

Das ist misslich, weil die Analyse der Entwicklung der Zustimmung zur Demokratie nahelegt, dass es weniger das Wissen um das Prinzip oder die Geschichte von Demokratie ist, das gestärkt werden müsste, sondern eher das Verständnis und die Wertschätzung für die demokratische Praxis: Es ist die praktizierte Demokratie, die Kritik auf sich zieht, was dafür spricht, dass mehr lebensweltliche demokratische Erfahrung wünschenswert ist.

Unterrepräsentierte Gruppen gezielt ansprechen.

Zugleich lässt sich beobachten, dass bestimmte Gruppen, wie etwa die Gruppe der Migrant.innen oder auch die Gruppe der Senior.innnen, von den bestehenden Angeboten weniger stark angesprochen werden als andere Gruppen (für Senior.innen gilt das insbesondere mit Blick auf Angebote im Bereich „**Demokratie praktizieren / erleben**“). Gerade für eine Stadt wie Frankfurt, die sich durch eine im bundesweiten Vergleich überproportional hohe Diversität auszeichnet, wie uns die demographischen Daten nahelegen (vgl. 4.1), stellt das einen Auftrag dar, diese Gruppen stärker zu berücksichtigen.

Das gilt generell auch für die Gruppe der Frauen, die nach wie vor im politischen Raum weniger berücksichtigt werden, und schließlich für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die zwar gerade im Bereich des „**Demokratie gedenken / lernen**“ generell gut angesprochen werden, aber nur wenig originelle Angebote im Bereich „**Demokratie praktizieren / erleben**“ vorfinden. Nicht zuletzt muss ein Demokratiezentrum nicht nur Angebote für die Frankfurter Bürger.innen machen. Wenn es ein Demokratieort von nationaler Bedeutung sein soll, muss es auch Besucher.innen von außen, nationalen wie internationalen, attraktive Angebote machen können.

Was aber brauchen die jeweiligen Zielgruppen? Was sind ihre Bedarfe? Was sind spezifische Hindernisse für ihr Engagement im politischen Raum jenseits klassischer Stereotype wie jenem, dass Jugendliche nur digitale Angebote wollen? Wir haben vorhandene Studien über die Zusammensetzung der jeweiligen Gruppen, ihre spezifischen politischen Beteiligungsprofile, Hindernisse der Beteiligung und Themenaffinitäten ausgewertet und gezielte Interviews mit Vertreter.innen dieser Gruppen geführt, um ein besseres Bild zu gewinnen (4.2).

4.1 GRUNDLEGENDE DEMOGRAPHISCHE DATEN ZU FRANKFURT

In Frankfurt am Main waren zum Stichtag 30. Juni 2020 genau 758.917 Personen als Einwohner.innen gemeldet (BSW 2020: 2), von denen gute 50% weiblichen Geschlechts sind. Insgesamt muss betont werden, dass Frankfurt seit der Jahrtausendwende eine kontinuierlich wachsende Stadt ist. Amtliche Vorausschätzungen prognostizieren eine Bevölkerungszunahme auf ca. 830.000 Einwohner.innen bis 2040 (BSW 2015: 62). Von der Einkommensstruktur liegt Frankfurt mit einem durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen von 21.387 Euro 2017 leicht unter dem hessischen Durchschnitt von 22.309 Euro (Hessisches Statistisches Landesamt 2017).

Charakteristisch für Frankfurt ist der deutlich überdurchschnittliche Anteil von Ausländer.innen und Deutschen mit Migrationshintergrund.⁵ Mit einem Gesamtanteil von 53,66% liegt dieser nicht nur mehr als doppelt so hoch wie der Bundesschnitt von 26,0% (Stand 28.07.2020; vgl. Statistisches Bundesamt o.J. II), vielmehr ist der Anteil von Ausländer.innen und Personen mit Migrationshintergrund in keiner anderen deutschen Großstadt höher als in Frankfurt am Main (DSSJR 2017a: 47).

Dementsprechend ist auch der Gesamtanteil an Deutschen mit Migrationshintergrund mit 23,9% erheblich höher als im Bundesschnitt (im Bund 13,6%; vgl. Statistisches Bundesamt o.J.: II). Allerdings muss dabei der „Generationenstatus“ der bezeichneten Personen beachtet werden (AmKA 2017: 34). Nach Auswertungen des Frankfurter Amts für multikulturelle Angelegenheiten hatte 2015 knapp ein Drittel (32%) der in Frankfurt als „mit Migrationshintergrund“ geführten Personen keine eigene Migrationserfahrung. Diese Personen, die insgesamt 14,1% der Frankfurter Bevölkerung ausmachen, sind also die Kinder oder Enkel von Einwander.innen und selbst in Deutschland geboren. Etwas über 70% von ihnen sind deutsche Staatsbürger.innen.

Alter ... Jahre	Insgesamt	Deutsch				Ausländisch	
		Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund		Absolut	Prozent
		Absolut	Prozent	Absolut	Prozent		
bis 5	48.210	13.801	28,63%	25.091	52,05 %	9.318	19,33%
6 bis 9	27.704	7.719	27,86%	14.669	52,95 %	5.325	19,22%
10 bis 13	25.933	7.424	28,63%	13.860	53,45 %	4.649	17,93%
14 bis 17	23.984	7.218	30,10%	12.180	50,78 %	4.586	19,12%
18 bis 24	57.061	24.391	42,75%	13.364	23,42 %	19.306	33,83%
25 bis 44	253.074	108.309	42,80%	46.215	18,26 %	98.550	38,94%
45 bis 64	194.893	104.543	53,64%	31.569	16,20 %	58.781	30,16%
65 bis 74	58.601	35.090	59,88%	9.401	16,04 %	14.110	24,08%
75 bis 84	43.656	28.009	64,16%	9.183	21,03 %	6.464	14,81%
85 und mehr	14.732	10.009	67,94%	3.191	21,66 %	1.532	10,40%

Quelle: BSW 2019a: 21.

5 „Zum Personenkreis der Deutschen mit Migrationshintergrund zählen Eingebürgerte, Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit, im Ausland geborene Deutsche, Spätaussiedler.innen sowie Kinder unter 18 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat.“ (BSW 2019a: 284).

Die Altersverteilung in Frankfurt entspricht der typischen tannenbaumförmigen Altersverteilung deutscher Großstädte wie Berlin, Hamburg, München und Köln (z.B.: BBSR 2016: 8–12; Deschermeier 2016; Geißer 2013), auch wenn Frankfurt insgesamt etwas jünger ist als die deutschen Millionenstädte (BBSR 2016: 10). Minderjährige machen in Frankfurt 16,83% der Gesamtbevölkerung aus (vgl. BSW 2019a: 21). Die Generation der Älteren umfasst, wenn man von einem Alter von 60 Jahren und mehr ausgeht, 20,64% der Frankfurter Bevölkerung bzw. 15,64%, wenn man von einem Alter von 65 Jahren und mehr ausgeht. Beide Gruppen liegen damit jeweils einige Prozentpunkte unter dem hessischen Durchschnitt (19% bei den Minderjährigen bzw. 26% bei der Generation 60+) sowie dem Bundesdurchschnitt (ca. 18% bzw. 28%/21,5%). Überdurchschnittlich hoch ist demnach in Frankfurt der Anteil an Menschen zwischen 18 und 60 Jahren (bzw. 18 und 64 Jahren), also dem klassischen Erwerbsalter. Er beträgt 62,53% (vgl. BSW 2019a: 21). Diese Altersstruktur wird sich in den kommenden Jahrzehnten aller Voraussicht nach kaum verändern. Durch den stetigen Zuzug vor allem junger und mittlerer Altersgruppen wird die andernorts deutlich registrierbare demografische Alterung der Gesellschaft „verlangsamt“ (BSW 2015: 63, vgl. 63 ff.). Markant ist, dass der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund unter den Minderjährigen aktuell knapp drei Mal so hoch ist wie bei den Menschen mit einem Alter von über 25 Jahren (vgl. BSW 2019a: 21). Ca. 70% der Menschen unter 18 Jahren in Frankfurt haben einen Migrationshintergrund. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (also rechtliche Ausländer.innen) sind besonders in der Altersgruppe von 18 bis 64 Jahren, also im klassischen Erwerbstätigkeitsalter, überrepräsentiert. In der Gruppe der Älteren finden sich hingegen unterproportional wenige Menschen mit Migrationshintergrund. Insgesamt gilt: Je jünger die Menschen in Frankfurt sind, desto wahrscheinlicher findet sich bei ihnen oder in ihrer Elterngeneration eine Migrationsgeschichte.

Diese Daten und Verteilungen machen deutlich, dass neben der Gruppe der Senior.innen und der der Frauen ein „Haus der Demokratie“ in Frankfurt sensibel sein sollte für die Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund, eine Gruppe, die in bestehenden Demokratiezentren und Angeboten oftmals vergleichsweise wenig adressiert wird. Darüber hinaus sollten gezielt Angebote für junge Menschen gemacht werden, weil gerade in dieser Alterskohorte von Kindern bis jungen Erwachsenen die Diversität besonders hoch ist und, wie wir in Kapitel drei dargestellt haben, die Angebote noch ausbaufähig sind.

4.2 AUSGEWÄHLTE ZIELGRUPPEN FÜR EIN „HAUS DER DEMOKRATIE“ IN FRANKFURT UND IHRE PROFILE



DIE GRUPPE DER MIGRANT.INNEN:⁶ Grundsätzlich zeichnet sich die Gruppe der Migrant.innen durch eine hohe Diversität aus. In der Forschung besteht grundsätzlich Konsens, dass die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund gering bzw. niedriger als die der übrigen Bevölkerung ist („participation gap“) (Müssig/Worbs 2012: 41; Sauer 2016: 274; Alpiger/Vatter 2017: 17; Pradner/Grausgruber 2019: 211). Dies äußert

sich anhand verschiedener Indikatoren, wie beispielsweise einem geringeren politischen Interesse an deutscher Politik im Vergleich zur Politik des Heimatlandes (Sauer 2011: 158), niedrigerer Wahlbeteiligung bereits eingebürgerter Migrant.innen (Sauer 2016: 264) und geringer Teilnahme an deliberativen Bürger.innenbeteiligungsforen. Gleichzeitig sehen Migrant.innen (stellenweise) ihre Interessen nicht oder nur unzureichend durch politische Institutionen in Deutschland repräsentiert (ebd.: 268), was wiederum die Integration erschwert. Dennoch konstatieren Wissenschaftler.innen grundsätzlich eine hohe Bereitschaft von Migrant.innen, sich zu engagieren, welche künftig besser ausgeschöpft werden könnte (Klie, A. 2016; Pokorny 2016; Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2017: 27).

Das Niveau der politischen Partizipation von Migrant.innen ist von einer Vielzahl an Faktoren abhängig, wie z.B. soziodemografischen Merkmalen (u. a. Bildung, Einkommen) und aufenthaltsrechtlichem Status. Dabei gilt die einfache Formel, dass je sicherer der Status in Deutschland, je höher die Bildung und je besser das Einkommen ist, desto größer ist auch die Partizipationsbereitschaft. Wenn sich Migrant.innen engagieren, dann typischerweise in Vereinen und Einrichtungen mit einem Fokus auf Religion oder Kultur.

„Ich glaube so niedrigschwellige Angebote, also idealerweise mit unterschiedlichen Sprachniveaus, und vielleicht ja auch so alltagsrelevante Sachen. Und ich glaube, es ist eine direkte Ansprache notwendig (...). Ich glaube nicht, dass es einfach nur mit einer Informationstafel oder einer Veranstaltungsübersicht oder so ausreichend ist.“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe Migrant.innen)*

Gleichwohl ist auch das *politische* Beteiligungspotenzial von Personen mit Migrationshintergrund als hoch anzusehen. Um ein „Haus der Demokratie“ zu konzipieren, das auch Migrant.innen anspricht, müssen diese auch in den Prozess der Konzipierung integriert werden. Die heterogenen Sub-Gruppen sollten im Kontext des Frankfurter Demokratiezentrum-Projektes persönlich, ggf. über vertraute Dritte, angesprochen und einbezogen werden. Kooperationen

⁶ Es ist zu beachten, dass diese Zielgruppe nicht deckungsgleich mit der Gruppe der „People of Colour“ ist. Wir haben uns aufgrund der Datenlage entschieden, die letztere Gruppe nicht gesondert aufzunehmen. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, dass sie nicht ebenfalls durch ein Demokratiezentrum angesprochen werden sollten, beispielsweise im Kontext des Ausstellungs- und Workshopkonzepts zu „Demokratische Grenzen“, vgl. 5.2.

mit bestehenden Netzwerken wie z.B. Migrant.innenorganisationen sind ebenso wichtig. Bei der Implementierung von Bürger.innenbeteiligungsmaßnahmen sollten außerdem Barrieren, die Migrant.innen am politischen Engagement hindern (z. B. Sprachbarrieren, mangelnde Information), berücksichtigt und – wenn möglich – beseitigt werden, um die Engagementbereitschaft der Migrant.innen auszuschöpfen.



DIE GRUPPE DER FRAUEN: Die Lebensrealitäten und politischen Einstellungen von Frauen unterscheiden sich erheblich nach Alter, sozialem Status, Bildungshintergrund, ökonomischer Lage, Wohn- und Lebensumfeld sowie dem Vorliegen eines Migrationshintergrundes. Gerade im sozioökonomischen Bereich lassen sich erhebliche soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen ablesen: So beträgt das Lebenserwerbseinkommen von Frauen im Durchschnitt nur 55% von dem der Männer, der „gender pay gap“ liegt bei 21%, fast doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten im Niedriglohnsektor und nur 8% der deutschen Unternehmensvorstände sind Frauen (Bönke et al. 2020: 8–10; Hobler et al. 2020: 21). Hauptauschlaggebend für diese sind neben Geschlechterstereotypen und unterschiedlichen Aufstiegsmöglichkeiten von Männern und Frauen aber auch verhärtete Lebensverlaufsmuster und Geschlechterrollen im familiären Kontext: Frauen sind deshalb deutlich seltener erwerbstätig (72% gegenüber 80%), häufiger beruflich inaktiv oder in Teilzeit beschäftigt und sie übernehmen 1,6-mal so viel unbezahlte Sorge und Reproduktionsarbeiten (Hobler et al. 2020: 27–32). Seniorinnen, Frauen mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende sind dabei besonders stark von den sozioökonomischen Ungleichheitseffekten betroffen.

Auch im politischen und gesellschaftlichen Kontext bestehen beharrliche „gender gaps“. Zwar lassen sich im Bereich der allgemeinen Demokratiezufriedenheit und bei vielen Einstellungsmerkmalen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen verzeichnen. Allerdings unterscheiden sich die Partizipationsanteile und -formen.

„Ich glaube, Veranstaltungen, die sozusagen in sich partizipativ sind, wo Menschen das Gefühl haben, ihre Meinung, ihre Stimme, ihre Perspektive zählt und wird auch ernstgenommen, [...] das funktioniert; wenn Menschen das Gefühl haben, sie können tatsächlich mitbestimmen [...]“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe Frauen)*

Insgesamt sind Frauen deutlich seltener in Gewerkschaften und Parteien aktiv und sie gehen weniger demonstrieren. Auch wählen Frauen nach wie vor seltener als Männer, wenngleich die Differenz hier seit der Jahrtausendwende unter 1% gesunken ist (Fuchs 2018: 42; Kittilson 2016: 6). Obwohl viele dieser Partizipationsunterschiede dabei auch generationelle Hintergründe haben, findet sich ein Genderbias auch in den jüngeren Generationen: Frauen und Männer sind hier zwar politisch gleichermaßen engagiert, junge Frauen bevorzugen gegenüber jungen Männern aber tendenziell nicht-institutionelle Beteiligungsformen (wie etwa Demonstrationen) (Pflanzelt/Spies 2019: 45; Simonson et al. 2017: 201). Schließlich sind Frau-

en (41,5%) im Bereich des ehrenamtlichen Engagements nach wie vor weniger involviert als Männer (45,7%) (Simonson et al. 2017: 101–102). Generell gilt, dass junge Frauen mit geringer Bildung zu dem Teil der Gesellschaft gehören, der am wenigsten engagiert ist.

Für die Aktivierung und Ansprache von Frauen bestehen Barrieren vor allem durch den Mangel an finanziellen, zeitlichen und emotionalen Ressourcen, der mit den hartnäckigen Strukturen sozialer und sozioökonomischer Ungleichheit einhergeht. Zudem gibt es weiterhin spürbare diskursive Ausschlussmechanismen und gezielte Aggressionen gegen Frauen. Einerseits scheinen Frauen häufiger ihre politische Kompetenz abgesprochen zu bekommen sowie in Gesprächen unterbrochen und mit dominanten Redestrategien konfrontiert zu werden. Andererseits werden Frauen häufiger zu Opfern von Anfeindungen und Gewalt aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität. Ein „Haus der Demokratie“ benötigt deshalb insbesondere eine Grundorientierung, die Frauen im Sinne von *empowerment* ermutigt und bestärkt, sich politisch zu engagieren. Sichere und diskriminierungsfreie diskursive und physische Räume sind dafür unentbehrlich.



DIE GRUPPE DER LGBTIQ*-PERSONEN: Hinsichtlich dieser Zielgruppe lässt sich festhalten, dass sie als politisch interessierte Gruppe charakterisiert werden kann, die sich im Parteienspektrum mehrheitlich links bzw. links der Mitte verorten lässt. Dabei geht es nicht darum, dass die angebotenen politischen Themen sich mit LGBTIQ*-spezifischen Anliegen beschäftigen, denn thematisch beziehen sich die Präferenzen eher auf

Themen wie Bildungspolitik, Umweltschutz sowie Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik. Dennoch ist es bedeutend, dass die Parteien Offenheit, Toleranz und Akzeptanz für die Zielgruppe zeigen .

Dies leitet über zum zweiten wichtigen Aspekt für die Zielgruppe. Ein Problem, das weiterhin für diese Zielgruppe besteht, ist die Gefahr der bzw. Betroffenheit von Diskriminierung, insbesondere in der Öffentlichkeit, im Privaten und im Berufsleben und die Wahrnehmung, die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nicht offen ausleben zu können (de Vries et al. 2020). Ein Demokratiezentrum sollte dementsprechend dieser Gefahr gegenüber sensibel und präventiv handeln. Um die Zielgruppe zu integrieren, könnte es hilfreich sein, aktiv LGBTIQ*-Personen, die als Akteur:innen in Frankfurt vernetzt sind, einzubinden, um so die Entwicklungen zu verhindern, wie sie beispielsweise im Berufsleben eingetroffen sind (es werden tendenziell ähnliche Berufe ergriffen; in den Wirtschaftszweigen, in denen weniger LGBTIQ*-Personen arbeiten, outen sich auch weniger).

„Das Recht der freien Entfaltung, das Recht, so zu sein wie ich bin, [ist] sehr wichtig. Und das fehlt in unserer Gesellschaft. Besonders für Transpersonen ist das ein großes Problem.“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe LGBTIQ*)*

Die Formate betreffend könnte es hier insbesondere relevant sein, die Zielgruppe intersektional sichtbar zu machen, beispielsweise im Bereich der Familien, Senior.innen, Migrant.innen etc. Gleichzeitig ist es eventuell zu diskutieren, ob nicht geschützte Räume des Demokratie-Praktizierens ebenfalls wertvoll und sinnvoll sind, in denen sich also nur Menschen der Zielgruppe LGBTIQ* treffen.



DIE GRUPPE DER KINDER UND JUGENDLICHEN: Unter der Gruppe der Kinder und Jugendlichen fassen wir Menschen von Geburt bis 18 Jahre. Hinsichtlich der politischen Bildung ist der Eintritt in das Erwachsenenleben meist um das 18. Lebensjahr herum besonders relevant, da wichtige Mitbestimmungsrechte wie das Wahlrecht dann eintreten .

Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ist hinsichtlich vieler Dimensionen heterogen. Insbesondere hängen politisches Wissen und Partizipation stark von der sozialen Herkunft der Jugendlichen ab (Schulz et al. 2018: 201 f.). Ihre Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie ist sehr hoch und die Zustimmung zum Zustand der Demokratie in Deutschland immerhin hoch. Das Vertrauen junger Menschen in Politiker.innen und Parteien ist hingegen eher gering. Insbesondere Jugendliche mit populistischen Neigungen zeigen eine geringe Akzeptanz des politischen Systems. Insgesamt ist das politische Interesse abhängig von den Faktoren Alter (je älter desto interessierter), Geschlecht (junge Männer interessierter als Frauen) und Bildung (je höher der Bildungsgrad desto höher das Interesse). Ungefähr die Hälfte der Jugendlichen bezeichnen sich als gesellschaftlich engagiert, wobei der Wert bei jungen Männern höher ist als bei jungen Frauen und zudem stark von dem (angestrebten) Bildungsabschluss abhängt.

Das Vertrauen in und das Interesse an Politik könnte durch die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden. Gerade, weil in dieser Zielgruppe viele noch kein Wahlrecht ausüben können, ist das Interesse an „echter“ Beteiligung sehr hoch. Aufgabe eines Demokratiezentrums könnte es demnach sein, die Ungleichheitsstrukturen zu überwinden und die Zugänglichkeit des politischen Prozesses für junge Menschen zu erleichtern. Dabei können die besonderen Partikularinteressen junger Menschen z.B. für Klima- und Umweltschutz oder für Sicherheit im Internet genutzt werden, um politisches Interesse zu wecken. Diese besonderen Interessenschwerpunkte junger Menschen können in verschiedenen Programmformaten aufgegriffen werden. Die starke Affinität zur Digitalisierung und zu neuen Medien legt es nahe, auch virtuelle Formate bis hin zu Modellspielen in *Virtual Reality* anzubieten.

„Und das ganz große Problem ist ja, dass eben diese Altersgruppe, die Jugendlichen, aus allen anderen demokratischen Strukturen mehr oder weniger ausgelassen sind, diese eben kein Wahlrecht haben, sich nicht zur Wahl aufstellen lassen können und wenn man dann zusätzlich noch in Parteien oder in anderen engagierten Gruppen, wo auch erwachsene Leute sind, immer so runtergespielt wird, sehe ich das deutlich problematisch!“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe Kinder und Jugendliche)*



DIE GRUPPE DER SENIOR.INNEN: Die Gruppe der Senior.innen ist durch den Prozess des demographischen Wandels soziopolitisch von besonderer Bedeutung, gleichwohl ist sie schwer zu fassen. Die Lebensrealitäten älterer Personen unterscheiden sich erheblich nach sozialem Status, Bildungshintergrund, ökonomischer Lage, Wohn- und Lebensumfeld sowie nach dem Gender und dem Vorliegen eines Migrationshintergrundes. Auch liegt in der Gruppe der Alten eine deutliche generationelle Unterscheidung bzw. Spaltung zwischen den „Jungen Alten“ und den „Hochbetagten“ vor, die sich gerade in wandelnden „Altersmarkern“ und schwindenden institutionellen Übergangsschwellen ausdrückt (Bolze/Schwabe 2015; Kornadt/Rothermund 2011). Die meisten Studien kommen demnach zu dem Urteil, dass „Alter“ keine relevante oder kausale Variable zur Erklärung von politischen Einstellungen, Interessen und Verhalten ist. Allenfalls lassen sich Kohorten- bzw. Generationeneffekte feststellen, wobei auch diese uneinheitlich sind.

Politisch erscheint die Generation der aktuellen Senior.innen ambivalent. Bei den älteren Generationen liegen vergleichsweise hohe Zustimmungswerte zur (repräsentativen) Demokratie vor (49%). Auch weisen die Senior.innen ein im Vergleich geringeres Misstrauen gegenüber den Parteien auf (33,1%) (Bertelsmann Stiftung 2019: 73). Diese Zustimmungsmuster gehen vor allem mit konventionellen und institutionellen Formen der politischen Partizipation einher. So weisen Senior.innen in Deutschland eine überproportionale Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, Übernahme von politischen Ämtern sowie eine Neigung zu CDU/CSU und SPD auf (vgl. Richter 2020: 132; Der Bundeswahlleiter 2018: 9; Simonson et al. 2017: 211). An Demonstrationen hingegen haben nur 26,1% aller über 65-Jährigen schon einmal teilgenommen. Das ist der Tiefstwert im Vergleich der Altersgruppen. Die Engagementquoten sind zwar vergleichsweise gering (zwischen 34 und 42 Prozent), steigen aber seit Jahren (Simonson et al. 2017: 206–211).

Für die Aktivierung und Ansprache von Senior.innen ergeben sich Barrieren vor allem durch altersbezogene Einschränkungen. Während es kaum spezifische Themen gibt, die Alte exklusiv oder überdurchschnittlich als Gruppe ansprechen, und sich hier demnach eine auf allgemeine Belange zielende Politik anbietet, kann vor allem an den Bedingungen für (politische) Teilhabe gearbeitet werden. Handlungsbedarf und Mobilisierungsprobleme ergeben sich vor allem aus den erheblichen Bildungsunterschieden und sozialer Ungleichheit, aus der unterdurchschnittlichen Nutzung von Internet und „neuen Technologien“ sowie aus körperlichen Beeinträchtigungen. Gerade ältere Frauen, Senior.innen mit Migrationshintergrund und einkommensschwache Personen sind hier besonders gefährdet, abgehängt zu werden. Auch für die gezielte Ansprache sind kreative Konzepte notwendig: Ältere Menschen empfinden sich in der Regel nicht selbst als „alt“ und reagieren tendenziell ablehnend auf diese negativ konnotierte Kategorisierung.



DIE GRUPPE DER TOURIST.INNEN / BESUCHER.INNEN: Das „Haus der Demokratie“ soll nicht „nur“ ein Haus für die Frankfurter:innen sein, sondern ebenso nationale und internationale Gäste ansprechen. Darum lohnt es sich, auch hier einen Blick auf die Zahlen und das Profil der Frankfurter Besucher:innen zu werfen.

Frankfurt verzeichnete im letzten vor-Corona-Jahr 2019 rund 10,8 Mio. Übernachtungen von 6,2 Mio. Übernachtungsgästen (Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main 2020). Diese Gruppe setzt sich sehr divers zusammen: Rund 3,6 Mio. Gäste stammen aus Deutschland, 1,1 Mio. Besucher:innen aus Europa. 445.000 stammen aus den USA, 194.000 aus China, 106.000 aus Japan, 94.000 aus den arabischen Golfstaaten, 61.000 aus Indien und 38.000 aus Brasilien. Die durchschnittliche Verweildauer in Frankfurt ist kurz: Inländische Gäste bleiben im Schnitt für 1,66 Tage in Frankfurt, ausländische Gäste für 1,86 Tage – wobei hier die Dauer zwischen 1,7 Tagen (europäische und amerikanische Gäste), 1,9 Tagen (asiatische und ozeanische Gäste) und 2,3 Tagen (afrikanische Gäste) variiert. Dies fügt sich ein in das Bild der Besuchsgründe: Nur rund 30 Prozent sind aus privaten oder touristischen Gründen in Frankfurt, die überwiegende Mehrzahl der Übernachtungsgäste besucht Frankfurt aus beruflichen Gründen (Frankfurter Rundschau 2019).

Für die privaten und touristischen Besucher:innen der Stadt stellt die Paulskirche ein wichtiges Besuchsobjekt dar, aber aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus. Die Frankfurter Paulskirche als Ort der Deutschen Nationalversammlung und eine der drei national bedeutsamen Gedenkstätten zur Revolution von 1848 (neben dem Friedhof der Märzgefallenen von 1848 in Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Freiheitsbewegungen bei der Festung Rastatt) wird als ein „positiver Erinnerungsort“ der deutschen Geschichte gesehen (Hachtmann 2011). Entsprechend findet sich die Paulskirche in allen Reiseführern zu Frankfurt als wichtige Sehenswürdigkeit, als „Wiege der deutschen Demokratie,“ die für Besucher:innen der Stadt zum Standardprogramm gehört. Bedauerlicherweise gibt es weder eine Besuchsstatistik für die Paulskirche noch eine Dokumentation angebotener Führungen bzw. der Gruppen, die die Paulskirche besuchen. Führungen werden durch Gästeführer:innen angeboten und dezentral organisiert. Das Protokoll der Stadt artikuliert auf Nachfrage jedoch den Eindruck, dass die Besucher:innen bunt gemischt seien: Schüler:innen, Bürger:innen, Tourist:innen.⁷ Auch der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH liegen keine Zahlen vor. Eine interne Befragung der Gästeführer:innen durch die Frankfurt Tourismus+Congress GmbH ergibt jedoch folgendes Bild mit durchaus differenzierten Interessenschwerpunkten:⁸

Schüler:innengruppen aus Deutschland buchen Führungen in der Paulskirche, vermutlich im Rahmen einer Bearbeitung der Märzrevolution im Lehrplan. Auch spanische und französische Schulklassen zeigen Interesse an der Paulskirche und insbesondere ihren kunsthistorischen Aspekten. Hinzu kommen Gruppen, die sich auf Kultur- und Bildungsreise befinden

7 E-Mailverkehr von Gregor Hofmann mit dem Protokoll der Stadt Frankfurt, 23.9.2020.

8 E-Mailverkehr von Gregor Hofmann mit Frankfurt Tourismus+Congress GmbH, 28.9.2020.

und spezifisch Führungen in der Paulskirche buchen: Hierunter fallen Senior.innengruppen, Gruppen aus Institutionen zur Demokratieentwicklung sowie Politikurse und Besucher.innengruppen der Bundeswehr. Auch Gruppen aus Integrationskursen, d.h. begleitete Gruppen von Geflüchteten und Einwander.innen, die sich mit dem Thema Demokratie und Deutsche Geschichte auseinandersetzen, besuchen die Paulskirche und buchen Führungen.

„Ich glaube, uns muss dann bei dem neuen Konstrukt der Paulskirche ein Spagat gelingen tatsächlich, dieser von den Nichtwissenden und ihnen Neugierde zu machen, sich damit zu beschäftigen, die zu fangen, bis hin zu denen, die halt, [...] auch eben persönlichen Bezug haben. Dieser Spagat sollte gelingen. Weil nur so kann man tatsächlich Leute mit heranzuführen, sich tatsächlich mit dem Thema Demokratie und Werte zu beschäftigen und andere dazu eben zu sagen, ‚Ich gehe tiefer in die Geschichte rein.‘“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe Tourist.innen)*

Darüber hinaus besuchen nach Angaben der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH insbesondere US-amerikanische und australische Besuchergruppen, die in Deutschland die Spuren ihrer im 19. Jahrhundert ausgewanderten Vorfahren verfolgen, die Paulskirche. Ebenso Besucher.innen aus der Schweiz, die sich für die Märzrevolution 1848 interessieren. Die letzte Gruppe, die besondere Erwähnung findet, sind die Frankfurter.innen, die sich auch aus stadt-historischen und städtebaulichen Gründen für die Paulskirche interessieren. Dieses Besucher.innenprofil verdeutlicht, dass eine kombinatorische Nutzung von Paulskirche und „Haus der Demokratie“ attraktiv ist, in der im unteren Bereich der Paulskirche die Dauerausstellung erhalten bleibt und durch vielfältige Angebote im „Haus der Demokratie“ ergänzt wird.

5. UNSER KONZEPT: DIE PAULSKIRCHE ALS LEBENDIGER DEMOKRATIEORT

Die Paulskirche steht wie kaum ein anderer Ort in Deutschland für das Ringen um Demokratie in Deutschland. Sie erinnert daran, dass Demokratie nicht wie ein Geschenk in die Welt kommt, sondern mühsam erkämpft werden muss, in der offenen Debatte über Werte und Prinzipien, Strukturen und Verfahren, die ein demokratisches Zusammenleben ermöglichen sollen. Demokratie kann nicht verordnet werden, sie muss von mündigen Bürger.innen erkämpft, gestaltet und gelebt werden, damit diese Demokratie als die ihre erfahren können, sie sich zu eigen machen. Um die Paulskirche zu einem Ort zu machen, an dem dies geschehen kann, müssen diese Bürger.innen sich von Anfang an an der Gestaltung der Paulskirche bzw. am „Haus der Demokratie“ beteiligen können.

Das Konzept der Demokratie hat erstaunliche Wandlungsprozesse in der Geschichte durchlaufen, von der exklusiven Demokratie in der Athener Polis bis hin zur massenmedial

Bürger.innen von Beginn an beteiligen an der Gestaltung des „Hauses der Demokratie“.

strukturierten repräsentativen Demokratie der Gegenwart. Immer aber stand die Auseinandersetzung zwischen Bürger:innen um die Art und Weise ihres Zusammenlebens im Zentrum. Genau dies ist gegenwärtig in der Wahrnehmung vieler Bürger:innen verloren gegangen. Ihnen erscheint die Demokratie zu oft wie ein verkrustetes Zeremoniell, an dem sie allenfalls als Zuschauer:innen und kaum als Teilnehmer:innen beteiligt sind, es sei denn bei Wahlen. Dass Demokratie ihre Sache ist, dass sie nicht unbegrenzt delegierbar ist, sondern im Kern auf dem Handeln von Bürger:innen beruht, muss wieder erfahrbar werden.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Demokratie miteinander verknüpfen und mit allen Sinnen erfahrbar machen.

Um das zu leisten, muss ein „Haus der Demokratie“ Demokratie nicht nur im Sinne eines Erinnerungs- und Gedenkortes präsentieren, sondern Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Demokratie miteinander verknüpfen und für die Bürger:innen mit allen Sinnen erfahrbar machen. Das heißt, die Paulskirche als Demokratieort muss nicht nur Erinnerungsort an die Anfänge der Demokratie in Deutschland sein, sondern zugleich Erlebnisraum und Experimentierraum werden.

Ein demokratischer Weg für ein demokratisches Haus.

Demokratie als Angelegenheit ihrer Bürger:innen wollen wir konsequent umsetzen, indem wir im Sinne unseres Auftrags Leitlinien der inhaltlichen Ausgestaltung eines solchen „Hauses der Demokratie“ für eine Bürger:innenbeteiligung entwickeln. Diese Bürger:innenbeteiligung wollen wir aber nicht nur für die Entwicklung des „Hauses der Demokratie“ vorschlagen, sondern sie auch als dauerhaftes Merkmal dieses Hauses konzipieren. Wir wollen mithin nicht nur einen demokratischen Weg zum „Haus der Demokratie“ mitgestalten, sondern auch ein demokratisches „Haus der Demokratie“ entwerfen.

Vier Säulen hat die Stadt Frankfurt für das „Haus der Demokratie“ vorgesehen, die im baulichen und konzeptionellen Zusammenspiel mit der Paulskirche realisiert werden sollen:

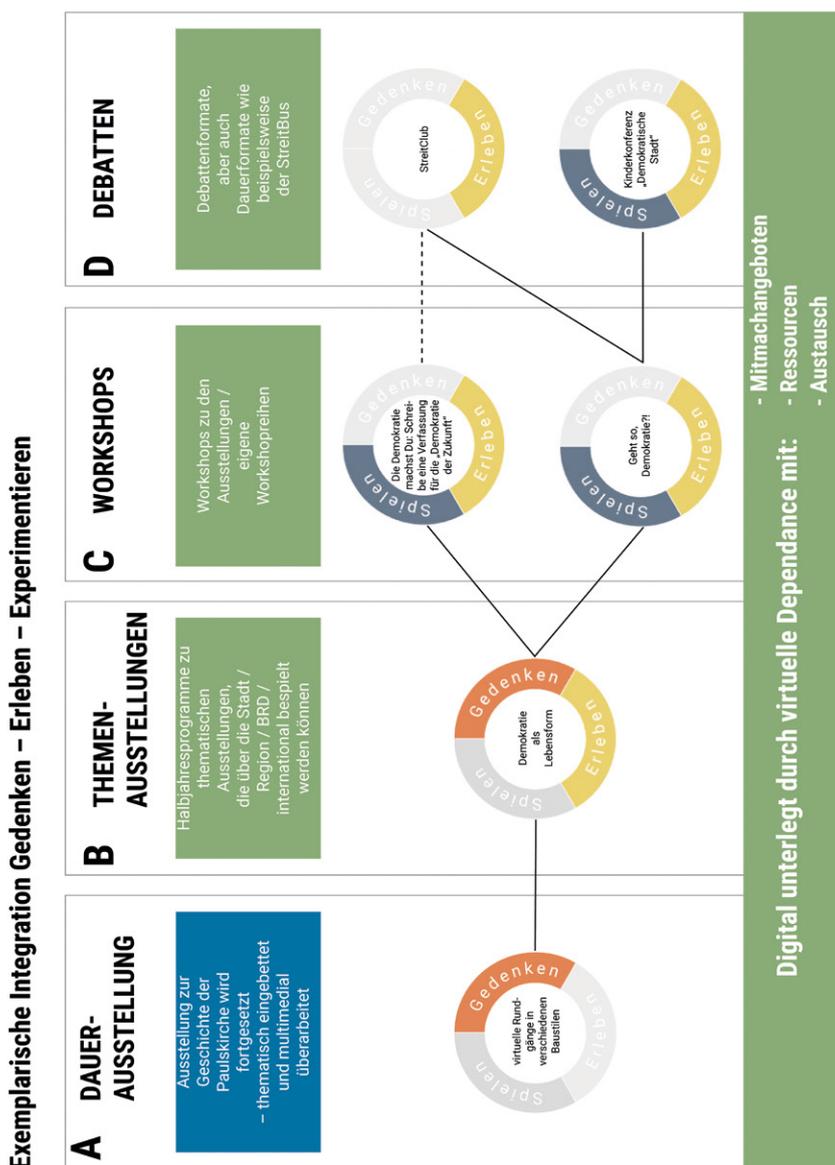
- a. Dauerausstellung zu Demokratiebewegungen seit dem 19. Jahrhundert sowie der deutschen Verfassungsgeschichte und der Paulskirche als Demokratiedenkmal;
- b. Wechsellausstellungen zu aktuellen und historischen Demokratiefragestellungen;
- c. Workshops, die Demokratie erlebbar machen;
- d. Formate, die das „Haus der Demokratie“ zum Debattenort machen.

Nun mag es so scheinen, als würden die Bereiche (a) und (b) relativ einfach mit dem Nutzungstypen „**Demokratie gedenken / erleben**“ zusammenfallen, während die Bereiche (c) und (d) für die Nutzungstypen „**Demokratie praktizieren / erleben**“ und „**Demokratie probieren / spielen**“ zuzurechnen sind. Eine solche 1:1-Übertragung würde aber viel Potenzial für einen lebendigen Demokratieort preisgeben. Wenn es das Ziel ist, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Demokratie zusammenzudenken und Demokratie als gesellschaftliche Praxis wieder erfahrbar zu machen, muss unser Bemühen sein, die Nutzungstypen quer zu den Säulen zu konzipieren.

Um das zu erreichen, halten wir zwei Aspekte als zentral für das „Haus der Demokratie“: die multimediale und die multisensorische Ansprache. Im Folgenden stellen wir zunächst das

Nutzungskonzept vermittelt über die Säulen (a) bis (d) dar, zu denen wir auch beispielhafte Zielgruppenformate ausarbeiten und konkrete Anforderungen für die Planungen formulieren. Im Anschluss stellen wir schließlich Ideen zur demokratischen Umsetzung dieses Nutzungskonzepts in einer möglichen Governancestruktur des „Hauses der Demokratie“ vor (Demokratisches „Haus der Demokratie“).

Multimediale und multi-sensorische Ansprache fördern.



5.1 SÄULE A: DAUERAUSSTELLUNG

Ausgangspunkt aller Überlegungen für ein „Haus der Demokratie“ in Frankfurt ist das Demokratiedenkmal Paulskirche als Sitz der ersten Verfassungsgebenden Versammlung, an dem die erste demokratische Verfassung verabschiedet wurde. Entsprechend muss die Paulskirche zentraler Bezugspunkt für alle Nutzungskonzepte sein.

Gegenwärtig wird die Paulskirche zum einen als Ausstellungsort (Wandelhalle) und als Ort großer Veranstaltungen (Preisverleihungen, öffentliche Debatten) genutzt. Angesichts der räumlichen Begrenzungen ist hier auch keine weitere Nutzung angeraten, allerdings könnten die vorhandenen Formate im Zuge des Aufbaus des „Hauses der Demokratie“ noch einmal aktualisiert bzw. gestalterisch erweitert werden.

Aktuell gibt es eine Dauerausstellung, die die bauliche und (demokratie-)politische Geschichte der Paulskirche in zwölf Stationen mit Wandvitruinen aufbereitet. Dazu gibt es eine Printdokumentation des Instituts für Stadtgeschichte, die diese Stationen erläutert.

Diese Dauerausstellung ist selbstverständlich zu erhalten und auch notwendig, um die Geschichte der Paulskirche als Bau- wie auch als Demokratiedenkmal zu erläutern und in Erinnerung zu halten. Mit Blick auf das Ziel, einen lebendigen Demokratieort zu erschaffen, sollte der Fokus aber erweitert werden und über das **„Demokratie gedenken / lernen“** hinaus für die Nutzungstypen **„Demokratie praktizieren / erleben“** und **„Demokratie probieren / spielen“** geöffnet werden.

Unter Erweiterungsgesichtspunkten bietet es sich an, die Paulskirche stärker als ein prominentes Beispiel des Ringens um Freiheit und Demokratie zu begreifen. Unter dem Arbeitstitel „Wie Demokratie in die Welt kommt“ können verschiedene Demokratiebewegungen und ihre sehr unterschiedlichen Auffassungen, Kämpfe und ihre Ergebnisse vorgestellt werden, um für die Besucher:innen plastischer werden zu lassen, wie das Ringen um Demokratie vorstättenging (und vor allem -geht!).⁹ Angesichts der beengten räumlichen Möglichkeiten der Paulskirche sollte eine solche Einbettung im „Haus der Demokratie“ stattfinden, die dann entweder vor oder nach dem Besuch der Paulskirche zur Vertiefung und Einordnung einlädt.



In der Paulskirche kann die Dauerausstellung aber auch in die Bereiche **„Demokratie praktizieren / erleben“** und **„Demokratie probieren / spielen“** erweitert werden, indem der virtuelle Raum genutzt und verschiedene Medien eingesetzt werden. Dazu zählen Audiotapes der Debatten in der Paulskirche von 1848 (entsprechende Aufbereitungen sind im historischen Museum vorhanden), audiovisuelle Darstellungen einzelner

⁹ Wir nehmen in dieser Konzeptstudie bewusst keine inhaltlichen Ausarbeitungen einzelner Formate vor. Diese müssen sich erst im Zuge der Bürger:innenbeteiligung bewähren und sollten dann von Expert:innen (hier wären Historiker:innen und Museumspädagog:innen gefragt) ausgearbeitet werden.

Abgeordneter und ihrer Biographien (wer waren die Abgeordneten, die hier um Demokratie gerungen haben?), computeranimierte virtuelle Besichtigungen/Begehungen der Paulskirche in ihrem Aussehen 1848/in ihren unterschiedlichen Phasen. Hierzu könnte auch eine virtuelle Rekonstruktion des „Bauens“ einer Verfassung gehören, die dann im „Haus der Demokratie“ in Workshops aufgenommen werden könnte (Die Demokratie machst Du: Schreibe eine Verfassung für die Demokratie der Zukunft).

Ebenfalls wünschbar wäre es, mehr Perspektivwechsel zu ermöglichen. Demokratie und ihre Geschichte nicht nur aus der Perspektive der Mächtigen bzw. Bevollmächtigten zu erzählen. So wären Audioguides denkbar, die die Geschichte der Paulskirchenversammlung etwa aus der Sicht von Frauen, des Hausmeisters/der Hausmeisterin, eines/einer Frankfurtbesuchenden aus Frankreich o.ä., eines Wandbilds (hierzu gibt es bereits eine inspirierende Vorlage der Schriftstellerin Nora Bossong) oder speziell für Kinder aus der Sicht einer Kirchenmaus. Dies ermöglicht es zum einen, zielgruppenspezifisch Inhalte zu transportieren, zum anderen befördert der Perspektivwechsel die aktive Auseinandersetzung der Besucher:innen mit der Demokratiegeschichte der Paulskirche.

ANFORDERUNGEN: Um diese Ideen zu realisieren, wird zum einen physischer Raum für eine Dauerausstellung im „Haus der Demokratie“ benötigt, zusätzlich müssten die Wandvitriolen der bestehenden Dauerausstellung in multimediale Stationen verwandelt werden. Notwendig sind Computeranimationen, VR-Technik, mehrsprachige Audioguides.

5.2 SÄULE B: WECHSELAUSSTELLUNGEN ZU AKTUELLEN UND HISTORISCHEN DEMOKRATIEFRAGESTELLUNGEN

Die räumliche Beengung in der Paulskirche führt klar vor Augen, dass zusätzliche wechselnde Ausstellungen dort nicht realisierbar sind. Das heißt, diese Säule wird komplett im „Haus der Demokratie“ zu bewältigen sein. Auch für diese Säule schlagen wir vor, die Nutzungstypen direkt miteinander zu verzahnen. Das heißt, dass auch in diesem Bereich die Ausstellungen von vornherein mit Möglichkeiten des multimedialen und multisensorischen Erlebens sowie des spielerischen Ausprobierens kombiniert werden. Da wir in unserem Konzept bereits eine Dauerausstellung auch im „Haus der Demokratie“ vorsehen und in Anbetracht des voraussichtlich knappen Bauraums für das „Haus der Demokratie“ (zumindest in geographischer Nähe zur Paulskirche) und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der lebendigen Demokratiekultur in Frankfurt, schlagen wir vor, den Raum der wechselnden Ausstellungen zu begrenzen, dafür aber programmatisch mit anderen Museen und Kulturstätten (wie Oper, Schauspiel, Alte Oper) sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen und Stiftungen abzustimmen.



Angesichts der Grundidee, die Paulskirche zu einem lebendigen Demokratieort zu machen, würden die wechselnden Ausstellungen mehrere (übergreifende) Themen aufgreifen, die dann in ihren Facetten in der ganzen Stadt, entweder parallel oder zeitlich gestaffelt, ausgeleuchtet werden könnten. Möglich wären beispielsweise Halbjahres- oder Jahresprogramme, in denen beispielsweise im „Haus der Demokratie“ eine Ausstellung zum Thema „Demokratie als Lebensform“ zu sehen wäre, die dann in den Museen, in Galerien, in der Alten Oper, im Schauspiel etc. aufgenommen und für unterschiedliche Lebensbereiche aufbereitet wird, wie „Demokratie im Design“, „Demokratie in der Architektur“, „Demokratie im Betrieb“, „Demokratie in der Familie“, „Demokratie in der Musik“, „Demokratie in der Religion“, „Demokratie in der Schule“ und „Demokratie auf der Weltbühne“. Andere Themenbeispiele für Frankfurt oder sogar national und international koordinierte Themenausstellungen könnten beispielsweise „Demokratische Grenzen“¹⁰ oder „Demokratieorte“ sein.

Thema „Demokratieorte“

Das wäre eine Themenausstellung, die einerseits mit internationalen Demokratiezentren zusammenarbeitet, um die ganz unterschiedlichen Ausgangspunkte für Demokratieorte/-zentren aufzufächern (Persönlichkeiten, Versöhnung, Verfassungen, Revolutionen etc.), andererseits aber auch mit Internationalen Organisationen und Gremien arbeitet, um ortlose bzw. globale Demokratie erfahrbar zu machen. Hierzu könnte dann auch eine transnationale Versammlung (ein *global forum for democracy*) gedacht werden, die die Paulskirche als physischen, vor allem aber virtuellen Versammlungsraum für die Beratungen zu einer globalen Verfassung machen würden. Hierzu gibt es bereits Ideen bei medico International, die sich als Kooperationspartner anbieten.

Über diese Ausstellungen hinaus geht es in diesen Programmen immer auch darum, die anderen Nutzungstypen, d.h. **„Demokratie praktizieren / erleben“** und **„Demokratie probieren / spielen“** mit einzubringen. Darum würden diese wechselnden Ausstellungen mit Workshops kombiniert werden, in denen beispielsweise über demokratische Praktiken in der Schule oder im Betrieb diskutiert werden oder in denen Demokratie auch angewendet werden kann. Letzteres ließe sich beispielsweise für die Zielgruppe Kinder (hier Vorschulkinder 5–6 Jahre, Grundschulkindern 6–10 Jahre) im Rahmen einer Kinderkonferenz (KiKo) Demokratische Stadt konzipieren.

¹⁰ Grenzen sind ein demokratisch notorisch schwieriges Problem: Wo sind Grenzen demokratischer Praxis zu ziehen? Wo gehört Demokratie hin/wo nicht? Aber auch: Wer kann eigentlich mit welchen Gründen ausgeschlossen werden? Und was heißt denn „ausgeschlossen“ sein? Grenzen können auch innerhalb einer Demokratie wirkmächtig sein. Das wäre ein Thema, das sich anbietet, es zum einen mit Theatern und Schauspielhäusern gemeinsam zu „bespielen“, es aber auch mit Flüchtlingsinitiativen, Migrant.innenorganisationen und gemeinsam mit anderen Demokratiezentren zu bearbeiten.

Schließlich würden auch hier wiederum in der Ausstellung multimediale und multisensorische Aspekte im Sinne experimenteller Stationen vorgesehen: Wie schmeckt Demokratie? Wie riecht Demokratie?¹¹

KiKo Demokratische Stadt

Kitas und Grundschulen vor Ort, aber virtuell auch weitere aus Deutschland und international halten eigene KiKos ab zum Thema „Wie stellen sich Kinder die demokratische Stadt vor?“, „Was sind ihre Erwartungen?“. Die Ergebnisse dieser Kikos werden durch ihre Abgeordneten in die Kiko in der Paulskirche eingebracht (physisch/virtuell) und schlussendlich der Stadt/der Bundesregierung/variabel übergeben. Für dieses Format kann man die Fragestellungen variieren und auf die Stadt Frankfurt zuschneiden oder größer/kleiner ziehen. Es geht hier vor allem darum, Prozeduren demokratischer Willensbildung zu erfahren. Auch hierfür sollte es eine virtuelle Plattform geben, über die Beteiligung möglich ist.



ANFORDERUNGEN: Für die Säule (b) werden zusätzliche Ausstellungsflächen benötigt, Workshopräume inkl. Werkstätten für die experimentellen Anteile und, hier besonders wichtig, eine umfassende Technikausstattung für Video- und Audioübertragungen.

5.3 SÄULE C: WORKSHOPS, DIE DEMOKRATIE ERLEBBAR MACHEN

Wie unter 5.1 und 5.2 dargestellt, betrachten wir Workshops nicht als eigene Säule, sondern als zentrale Komponente im Bereich „**Demokratie erleben / praktizieren**“. Workshops sollen daher von vornherein zur Dauerausstellung und zu den Wechselausstellungen angeboten werden.

Jedoch wäre es nicht ratsam, das Workshop-Programm des „Hauses der Demokratie“ zu eng an die Ausstellungen zu binden, weil dadurch zu viele Fragestellungen und Ideen aus dem Auge verloren werden könnten. Darum würden wir für ein variables Workshopprogramm plädieren, das zentrale demokratische Fragestellungen und Probleme aufgreift. Darunter könnte eine Linie mit dem Arbeitstitel „Demokratie ist hier“ fallen, die praktische Einblicke in demokratische Abläufe in ganz unterschiedlichen Bereichen gibt (in lokalen und kommunalen Verwaltungen, in regionalen Gebietskörperschaften, in Vereinen, in Bundeseinrichtungen, in der Wissenschaft und in Universitäten, im Parlament, in transnationalen parlamentarischen Versammlungen oder in internationalen Organisationen). Auch für eine solche Linie bieten sich Kooperationen mit Organisationen an, um die Erfahrungskomponente zu garantieren und auch hier sind ebenso innerstaatliche wie auch transnationale Kooperationen bei entsprechender

¹¹ Hier können einerseits Forschungsergebnisse zielgruppengerecht aufbereitet werden, etwa zur Frage „Wen wir riechen können und warum“ und wie dies mit Demokratie und ob überhaupt zusammenhängt, aber auch aus der Kunst, der Musik etc. können Exponate genutzt werden, um sensorische Eindrücke zu schaffen.

Technik möglich. Noch stärker mit spielerischen und experimentellen Aspekten verknüpft, ließe sich eine Workshopreihe organisieren, die den Arbeitstitel „Geht so, Demokratie?!“ trägt.



Workshopreihe „Geht so, Demokratie?!“

Hier werden praktische Fragen thematisiert, wie etwa: Wie macht man eine Petition? Wie gründe ich eine Bürgerinitiative? Wie organisiere ich eine Demonstration? oder auch „Wie geht demokratischer Streit?“. Diese Workshopreihe hätte einen wirklichen „How-to-Charakter“, in dem Trainer:innen oder aber im peer-to-peer-Verfahren Techniken und Praktiken demokratischer Willens- und Entscheidungsfindung vermittelt werden. Zugleich können hier auch ganz konkrete Problemstellungen bearbeitet werden, etwa zur Frage, wie Frauen im öffentlichen Raum mehr Sicherheit vermittelt werden kann, wie sie in Konflikten bestehen können. Generell sollten hier Möglichkeiten des virtuellen Mitmachens möglich sein. Eine Variante wäre, eine virtuelle Ideenbörse einzurichten, über die innovative Ideen der demokratischen Beteiligung und Ausdrucksformen geteilt werden können. Auch hier gibt es aber immer enge Bezüge zu den Ausstellungen bzw. auch in die Säule (d) (Debatten, s.u. 5.4).

ANFORDERUNGEN: Für die Säule (c) sind vor allem Workshopräume, Werkstätten und Technik notwendig sowie Ressourcen für Trainer:innen und Verbrauchsmaterial.

5.4 SÄULE D: FORMATE, DIE DAS „HAUS DER DEMOKRATIE“ ZUM DEBATTENORT MACHEN

In der letzten Säule (d) wird Demokratie vielleicht am unmittelbarsten erfahrbar, weil es hier einerseits natürlich um Vortragsreihen und Diskussionsrunden zu aktuellen demokratischen Fragestellungen geht, zum anderen aber auch darum, dass aktuelle Fragen durch die Besucher:innen selbst debattiert werden. Das ist der Aspekt, den wir etwas prominenter platzieren würden. In vielen unserer Hintergrundgespräche ging es immer wieder um die Frage, wie eine „echte“ Beteiligung aussehen könnte, dass man sich kein „participation“, d.h. öffentlichkeitswirksame Alibiveranstaltungen, wünscht, sondern ernsthaft mitreden wolle.

„Wir brauchen einen Ort, wo wir wieder diese Streitkultur, diese lauten Abgeordneten der Paulskirchenversammlung, die da gejubelt haben sollen und auch geklatscht oder auch gebuht haben, sinnbildlich sozusagen, wieder präsent machen. Denn das Konträre, das Diskutieren ist das Wichtige in der Demokratie und die Werte, die das aber auch tragen dann, der Boden sozusagen. Immer zu sagen: Ja, man kann geteilter Meinung sein, man sollte auch das klar kundtun, aber das muss sich bewegen auf diesem Boden.“ – *Auszug aus einem der Hintergrundgespräche (Zielgruppe Tourist:innen)*

Um das zu verwirklichen, lassen sich verschiedene Wege denken: Erstens könnten im „Haus der Demokratie“ dauerhaft kleine Bürgerräte tagen, die aktuelle „Frankfurter Fragen“ debattieren und dann in die politische Entscheidungsfindung der Stadt einspeisen.



Zweitens könnten alternativ/zusätzlich Gruppen auch initiativ an das „Haus der Demokratie“ herantreten und Themen für einen Bürgerrat vorschlagen, der sich dann konstituiert. Hier wäre auch ein Bereich, in dem insbesondere die Themen spezieller Zielgruppen, z.B. der Jugendlichen, beispielweise im Klima- und Umweltschutz, aufgenommen und einer für sie zentralen „echten“ Beteiligung zugeführt werden können. Hier bietet sich beispielsweise auch eine Kooperation mit mehr als wählen e.V. an,

die ihren – von der Stadt Frankfurt bereits jetzt geförderten – jährlichen Demokratiekonvent in dieser Säule in der Paulskirche abhalten könnten.

Über diese Formen der politischen Beratung und über den konkreten Frankfurter Bezugsraum hinaus lassen sich drittens eine Reihe von Streitformaten entlang zentraler Kontroversen entwerfen, die in Verbindung mit Säule (c) dann durch Workshops begleitet werden, in denen beispielsweise erarbeitet wird, wie demokratische Diskussionen moderiert werden können im analogen und im virtuellen Raum, wie man gesund streitet (für unterschiedliche Zielgruppen aufbereitet). Gerade im spielerischen/experimentellen Bereich könnten hier auch Simulationen zum Einsatz kommen, die Krisensituation und Konflikte nachstellen und so spielerisch Einsichten vermitteln, welche Konfliktverfahren welche Ergebnisse (typischerweise) zeitigen.

Konflikt- und Demokratiesimulationen

Gerade die Pandemie hat die Möglichkeiten der Gaming-Branche deutlich vor Augen geführt. Diese könnte nutzbar gemacht werden, um Spiele zu entwickeln, in denen „richtiges“ Streiten zu Erfolgen führt, „schlechtes“ dagegen Misserfolge zeitigt. Solche Spiele könnten über die virtuelle Plattform verfügbar gemacht werden, aber auch in Workshops selbst eingesetzt und sogar mitentwickelt werden. Gut erprobt sind dagegen Planspiele, in denen spezifische Ziele erreicht werden sollen (Verabschiede eine gemeinsame Flüchtlingspolitik im Rahmen der EU etc.).



ANFORDERUNGEN: Für die Säule (d) geht es hauptsächlich um Versammlungsräume (zusätzlich zur Paulskirche) und Technik sowie gegebenenfalls um die Entwicklung von (Plan-) Spielen.

5.5 ÜBER KONKRETE FORMATE UND NUTZUNGEN HINAUS

Während wir uns oben sehr stark am vorgegebenen Raum der vier Säulen abgearbeitet haben, wollen wir im Folgenden noch zwei darüber hinaus gehende bzw. querliegende Aspekte ansprechen. Das eine ist die Frage der Zugänglichkeit des „Hauses der Demokratie“, das andere die Frage der Governancestruktur.



Zugänglichkeit des „Hauses der Demokratie“: Das „Haus der Demokratie“ soll ein Haus der Frankfurter Bürger.innen sein und von ihnen mitgetragen werden. Es soll aber auch über Frankfurt hinaus ein Demokratieort sein, der national und international wirksam ist und zum Mitmachen einlädt. Nun liegt es auf der Hand, dass gerade für Besucher.innen in Frankfurt es eher die Angebote im Bereich **„Demokratie geden-**

ken / lernen“ sind, die sich bei ihrem Besuch realisieren lassen; zugleich liegt aber ebenso auf der Hand, dass nationale/internationale Wirksamkeit sich nicht auf Frankfurtbesucher.innen beschränken lassen kann. Es braucht eine Zugänglichkeit, die unabhängig von Ort und Zeit funktioniert. Aus diesem Grund ist es von zentraler Bedeutung, dass das Nutzungskonzept des „Hauses der Demokratie“ von Beginn an eine analoge und eine digitale Komponente hat, die eng miteinander verklammert sind. Wir haben das oben an konkreten Formatbeispielen aufzuzeigen versucht, darum wollen wir hier nur noch einmal die wesentlichen Determinanten zusammenfassen.

Das „Haus der Demokratie“ wird sich in seinen Öffnungszeiten an die gängigen Öffnungszeiten anderer Kultureinrichtungen anpassen. Umso bedeutsamer ist es, dass es eine virtuelle Dependance gibt, die 24/7 geöffnet ist, so dass auch Interessierte in anderen Zeitzonen jederzeit zugreifen können. Dort sollten entsprechend die virtuellen Ausstellungsbereiche verfügbar sein, Videos und Podcasts von Veranstaltungen und Workshops, kleine Manuals aus der Workshopreihe „How to“ und vorhandene Spiele. Gerade für den Bereich der Beteiligung muss es die Möglichkeit geben, seine Stimme abzugeben oder mitzudiskutieren, d.h. es müssen Foren existieren. Das gelingt nicht nur über eine virtuelle Daueröffnung, sondern erfordert auch die Mehrsprachigkeit der Angebote. Das gilt natürlich für die virtuelle Dependance, das gilt aber auch für wichtige Debatten und Beteiligungsformate. Diese Mehrsprachigkeit ist ressourcenintensiv, aber wenn man ein über die nationalen Grenzen hinaus wirksames „Haus der Demokratie“ errichten will, wird es ohne dies nicht gehen.

Schließlich ist es von enormer Bedeutung, darauf zu achten, dass die Angebote des „Hauses der Demokratie“ auch wirklich niedrigschwellig sind, d.h. nicht von vornherein in ihrer Sprache oder ihren Inhalten auf Interessen und Vorbildung des klassischen Bildungsbürger.innentums verweisen. Neben der zielgruppengerechten Anlage, für die wir oben bereits einige Beispiele gegeben haben, würden wir darum auch einige selbstorganisierte Formate und Räume vorschlagen. Hier kann an bestehende Strukturen angeschlossen werden, da mit dem stadtRaum ein sehr gutes Angebot existiert. Aber eine Art demokratisches Café, das es zulässt, in ungezwungener Form Themen aufzubringen und zu diskutieren, sowie offene Forma-

te wie Themenwände o.ä., auf denen Besucher:innen ihre Ideen, Kritik und Anregungen angeben können, ohne sich direkt rechtfertigen zu müssen, wären sinnvoll, um anfängliche Hürden zu überwinden.



Ein demokratisches „Haus der Demokratie“: Schon diese Konzeptstudie ist Teil eines demokratischen Wegs zum „Haus der Demokratie“, denn letztlich stellt sie „nur“ einen Argumentfundus für eine noch folgende Bürger:innenbeteiligung dar, die mit über die konkrete Ausgestaltung dieses „Hauses der Demokratie“ bestimmen wird. Wir würden diesen „demokratischen Charakter“ aber gern noch ausbauen, indem wir die Bürger:innenbeteiligung nicht nur für die Ausgestaltung der Nutzung

des „Hauses der Demokratie“ vorschlagen, sondern als Teil der Governancestruktur des Hauses selbst verankern. Das heißt, dass ein Bürger:innenbeirat Vorstand und Kuratorium des „Hauses der Demokratie“ berät und konkrete Eingaben zur Ausgestaltung der Programme machen kann. Das sichert die Verankerung in der Bürger:innenschaft und sorgt für Beweglichkeit. Ein solcher Beirat könnte selbst auch demokratisch bestimmt werden, indem die virtuelle Dependence des „Hauses der Demokratie“ als Plattform genutzt wird, um Wahlvorschläge abzugeben und entsprechend die Wahl vorzunehmen.¹² In einen solchen Beirat könnten beispielsweise auch Vertreter:innen anderer Weltregionen etc. aufgenommen werden.

Aktivierendes Beteiligungsmodell auf dem Weg zum „Haus der Demokratie“: In diesem Sinne würden wir auch empfehlen, die geplante Bürger:innenbeteiligung zur Ausgestaltung des „Hauses der Demokratie“ nicht auf eine feste Gruppe von Frankfurter Bürger:innen zu begrenzen, sondern von vornherein Raum zu lassen für Beteiligung über Frankfurt und Deutschland hinaus. Denn egal, wie groß man die Gruppe der Bürger:innen macht, am Ende bleibt der Eindruck, dass sich nicht viele oder nicht die „Relevanten“ beteiligt haben. Eine Alternative könnte eine Kombination aus webbasierter und physischer Bürger:innenbeteiligung sein.

„Aktivierende Bürger:innenbeteiligung“

Eine Task-Force „Frag Frankfurt“ zieht mit einem Stand, einem Bus o.ä. in Stadtteilzentren, auf Plätze, zu Festen und Fußballspielen in Frankfurt und an andere Orte, um dort Bürger:innen nach ihren Ideen für das „Haus der Demokratie“ zu fragen. Um die Standorte und Anlässe bekannt zu machen und das Anliegen zu transportieren, sollten zwei Medienpartner im Bereich Hörfunk und Printmedien gewonnen werden. Alle Beiträge würden auf einer mehrsprachigen Webplattform zusammengetragen und moderiert (Fortschritte/Häufungen). Daneben würde eine Veranstaltungsreihe mit unterschiedlichen Partnern das Thema bespielen.

¹² Voraussichtlich wird das erst gut funktionieren, wenn der Beirat schon etabliert ist, aber das lässt sich ja entsprechend vorsehen.

STATT EINES RESÜMEES

In dieser Konzeptstudie haben wir den Aspekt des sinnlichen und aktivierenden Demokratieerlebens in den Mittelpunkt unserer Überlegungen gestellt. Der zunehmenden Unzufriedenheit, teilweise vielleicht sogar Entfremdung, mancher Bürger:innen von ihrer Demokratie wollen wir neue Kontaktflächen und Aneignungsmöglichkeiten entgegenstellen, die Demokratie in ihren vielfältigen Facetten erfahrbar macht.

Ein solches Konzept, aber auch generell ein „Haus der Demokratie“ lässt sich aber nicht allein mit Steinen und Mörtel oder auch mit Technik und Internetforen gestalten. Es braucht Menschen, die diese Ideen verwirklichen helfen. Frankfurt hat das Glück, über eine lebendige und dynamische Demokratiekultur zu verfügen, aber es wird nicht reichen, sich auf diese zurückzuziehen. Sie können und sollten in die Governancestruktur mit aufgenommen werden, aber es braucht zentral im „Haus der Demokratie“ Menschen und noch konkreter Personal, um Kooperationen zu stiften und aufrechtzuerhalten, neue Ideen zu konzipieren, die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse zu sammeln und zu verbinden, Trainer:innen und Veranstaltungen zu organisieren, die virtuelle Dependance zu betreuen usw. usf. Darum muss jede Diskussion berücksichtigen, dass es ein belastbares und ausreichendes Personalkonzept benötigt, um ein solches Haus mit Leben zu füllen.

- Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster, New York: Waxmann, http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783830987376; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (Hg.) (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Kantar Public, Shell Deutschland Holding GmbH. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz (18. Shell Jugendstudie).
- Alpiger, Claudia/Vatter, Adrian (2017): Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Teilprojekt aus dem Forschungsprojekt „Partizipative Entsorgungspolitik“. Universität Bern, DOI: 10.13140/RG.2.2.19728.61444; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Amt für multikulturelle Angelegenheiten [AmkA] (2017): Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring. Partizipation und Lebenslage der Bevölkerung. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, https://amka.de/sites/default/files/2018-05/Frankfurter%20Integrations-%20und%20Diversit%C3%A4tsmonitoring_2017_0.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Aschauer, Wolfgang/Beham-Rabanser, Martina/Bodi-Fernandez, Otto/Haller, Max/Muckenhuber, Johanna (Hg.) (2019): Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Ergebnisse einer Umfrage unter Zugewanderten. Wiesbaden: Springer VS.
- Bereswill, Mechthild (2008): Geschlecht. In: Baur, Nina et al. (Hg.): Handbuch Soziologie. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 97–116.
- Berghan, Wilhelm/Zick, Andres (2019): Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen: Einstellungen zur Demokratie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019) (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Bonn: Dietz, 223–241.
- Bertelsmann Stiftung (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bilodeau, Antoine (2014): Is democracy the only game in town? Tension between immigrants' democratic desires and authoritarian imprints. In: Democratization 21(2), 359–381.
- Birkel, Christopher et al. (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Blanckenburg, Christine von (2020): Politische Teilhabe älterer Menschen. In: Woopen, Christiane et al. (Hg.): Alternde Gesellschaft im Wandel. Zur Gestaltung einer Gesellschaft des langen Lebens. Berlin: Springer, 39–48.
- Bolze, Max/Schwabe, Sven (2015): Die Prokrastination des Altseins. Zur Verschiebung der Altersgrenze im Lebenslauf. In: Bolze, Max et al. (Hg.): Prozesse des Alterns. Konzepte – Narrative – Praktiken. Bielefeld: transcript, 67–88.
- Bönke, Timm et al. (2020): Wer gewinnt? Wer verliert? Die Entwicklung und Prognose von Lebenserwerbseinkommen in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bonn International Center for Conversion (BICC)/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und

- Konfliktforschung (HSFK)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (Hg.) (2020): Friedensgutachten 2020. Bielefeld: transcript Verlag, www.friedensgutachten.de.
- Börsch-Supan, Axel (2015): Armut im Alter. In: *Der Bürger im Staat* 65(2/3), 104–110.
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert (2020): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hg.) (2016): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration.* Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBSR] (2016): *Wandel demografischer Strukturen in deutschen Großstädten. BBSR-Analysen Kompakt 4*, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/analysen-kompakt/2016/ak-04-2016-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2005): *Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2010): *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2017): *Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung. 2. Auflage.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2019): *Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte. Älterwerden im sozialen Wandel. Zentrale Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS) 1996 bis 2017.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2020): *Achter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Ältere Menschen und Digitalisierung und Stellungnahme der Bundesregierung. 1. Auflage.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Berlin.
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2015): *Frankfurter Statistische Berichte 2015.*
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2018): *Statistik Aktuell 21/2018.*
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2019a): *Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2019.*
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2019b): *Statistik Aktuell 08/2019.*
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2019c): *Statistik Aktuell 13/2019.*
- Bürgeramt, Statistik und Wahlen Frankfurt [BSW] (2020): *Statistik Aktuell 13/2020.*

- Burns, Nancy (2007): Gender in the Aggregate, Gender in the Individual, Gender and Political Action. In: *Politics & Gender* 3(1), 104–124.
- Butler, Judith (2014): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph (2020): Altersarmut und was man (nicht) gegen sie tut. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. In: Woopen, Christiane et al. (Hg.): *Alternde Gesellschaft im Wandel. Zur Gestaltung einer Gesellschaft des langen Lebens*. Berlin: Springer, 49–60.
- Caldart, Isabella (2018): „Im Gespräch. Islam in Frankfurt: Dialog und Toleranz“. In: *Merkurist*, 16.06.2018, https://merkurist.de/frankfurt/im-gespraech-islam-in-frankfurt-dialog-und-toleranz_yWI; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- de Nève, Dorothée/Ferch, Niklas/Hunklinger, Michael/Oltean, Tina (2017): LGBTIQ*-Wahlstudie zur Bundestagswahl 2017. Wichtigste Fakten und Ergebnisse, https://www.univie.ac.at/lgbt-wahlstudie/wp-content/uploads/2016/06/factsheet_btww17.pdf, letzter Zugriff am 14.12.2020.
- de Nève, Dorothée/Ferch, Niklas/Hunklinger, Michael/Oltean, Tina (2018): LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zur Bundestagswahl in Deutschland und zur Nationalratswahl in Österreich. In: *Femina Politica* 1, 149–157, <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.18>; letzter Zugriff am 14.12.2020
- de Nève, Dorothée/Ferch, Niklas (2018): LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3, 118–135, <https://doi.org/10.3224/gender.v10i3.09>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- de Vries, Lisa/Fischer, Mirjam/Kasprowski, David/Kroh, Martin/Kühne, Simon/Richter, David/Zindel, Zaza (2020): LGBTIQ*-Menschen am Arbeitsmarkt: hoch gebildet und oftmals diskriminiert. *DIW Wochenbericht* 36, 619–627, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.798177.de/20-36-1.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Decker et al. (2018): In: *Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 65–116.
- Decker, Frank et al. (2019): *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Für ein besseres Morgen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): *Vertrauen in Demokratie: Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* <http://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf>; letzter Zugriff am 05.11.2020.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. 2. Auflage. Gießen: Psychosozial-Verlag, 95–136.
- Der Bundeswahlleiter (2018): *Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

- Der Bundeswahlleiter (2019): Europawahl 2019. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Deschermeier, Philipp (2016): Die Großstädte im Wachstumsmodus. Stochastische Bevölkerungsprognosen für Berlin, München und Frankfurt am Main bis 2035. IW-Report 39.
- Die Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht Frankfurt [DSSJR] (2017a): Monitoring 2017. Zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main.
- Die Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht Frankfurt [DSSJR] (2017b): Frankfurter Sozialbericht. Teil XII: Freiwilliges Engagement. Ein Blick auf Frankfurt am Main. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Frankfurter Wohnbevölkerung.
- Egner, Björn/Sack, Detlef (Hg.) (2020): Neue Koalitionen – alte Probleme. Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel. Wiesbaden: Springer VS.
- Eigenmann, Philipp/Geisen, Thomas/Studer, Tobias (Hg.) (2016): Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.
- European Union Agency for Fundamental Rights (2020): A long way to go for LGBTI equality. Luxembourg: Publications Office of the European Union, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-lgbti-equality-1_en.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Faus, Rainer/Mannewitz, Tom/Storks, Simon/Unzicker, Kai/Vollmann, Erik (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Fink, Philipp/Hennicke, Martin/Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fortin-Rittberger, Jessica (2016): Cross-National Gender Gaps in Political Knowledge. How Much Is Due to Context? In: *Political Research Quarterly* 69(3), 391–402.
- Frankfurter Rundschau (2019): Tourismus in Frankfurt. So viele Gäste wie nie in Frankfurt. 8. März 2019, <https://www.fr.de/frankfurt/viele-gaeste-11832896.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Freedom House (2020): Nations in Transit 2020. Dropping the Democratic Façade, <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2020/dropping-democratic-facade>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Friedhoff, Carolin/Holtkamp, Lars/Wiechmann, Elke (2016): Frau Doktor steht zur Wahl. Eine quantitative Analyse des bundesdeutschen Wahlverhaltens auf lokaler Ebene aus der Genderperspektive. In: *GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 8(1), 91–107.
- Friesecke, Frank (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung. In: *KWI Schriften 10 – Partizipation in der Bürgerkommune*, 117–138, https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/10477/file/kwischr10_online_s117-137.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.

- Fuchs, Gesine (2018): Wählen Frauen anders als Männer? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 68(42), 37–44.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München: Kindler Verlag.
- Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hg.) (2016): *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen: Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015.* Bonn: Dietz.
- Gangarova, Tanja/von Unger, Hella (2020): „Community Mapping als Methode.“ *Partizipative Forschung.* Wiesbaden: Springer VS, 143–177.
- Geißer, Peter (2013): Die Altersverteilung im Großstadtvergleich: Pilz und Tannenbaum. In: *Münchener Statistik 2.* München: Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, 19–24.
- Geithner, Luise (2020): Stabilität und Wandel von Lebensstilen im hohen Alter. In: Woopen, Christiane et al. (Hg.): *Alternde Gesellschaft im Wandel. Zur Gestaltung einer Gesellschaft des langen Lebens.* Berlin: Springer, 119–142.
- Generali Deutschland AG (Hg.) (2017): *Generali Altersstudie 2017. Wie ältere Menschen in Deutschland denken und leben. Repräsentative Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach mit Kommentaren des wissenschaftlichen Beirats der Generali Altersstudie 2017.* Berlin: Springer.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.) (2018): *Handbuch lokale Integrationspolitik.* Wiesbaden: Springer VS.
- Gildemeister, Regine (2008): *Doing Gender. Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung.* In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 137–145.
- Gille, Martina/Rijke, Johann de/Décieux, Jean Philippe/Willems, Helmut (2016): Politische Orientierungen und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palenticien, Christian (Hg.): *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen.* Wiesbaden: Springer VS, 164–193.
- Ging, Debbie (2017): Alphas, Betas, and Incels: Theorizing the Masculinities of the Manosphere. In: *Men and Masculinities* 22(4), 1–20.
- Goerres, Achim (2009): Das Wahlverhalten älterer Menschen. Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern. In: Kocka, Jürgen/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang (Hg.): *Altern in Deutschland. Band 8. Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik.* Halle an der Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, 299–322.
- Graefe, Stefanie/Dyk, Silke van/Lessenich, Stephan (2011): Altsein ist später. Alter(n)snormen und Selbstkonzepte in der zweiten Lebenshälfte. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 44(5), 299–305.
- Groebel, Jo (2016): Jugend, Medien, Politik. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palenticien, Christian (Hg.): *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen.* Wiesbaden: Springer VS, 115–136.
- Grütters, Monika (2020): Neugestaltung der Paulskirche. Das Ringen um Freiheit zeigen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-ringen-um-freiheit-zeigen-neugestaltung-der-paulskirche-17067085.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.

- Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentin, Christian (Hg.) (2016): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer.
- Hachtmann, Rüdiger (2011): Tourismusgeschichte – ein Mauerblümchen mit Zukunft! Ein Forschungsüberblick. In: H-Soz-Kult 06.10.2011, <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1119>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Hainz, Tobias (2015): Chronologie und Biologie. Zwei Formen des Alterns und ihre Implikationen. In: Bolze, Max et al. (Hg.): Prozesse des Alterns. Konzepte – Narrative – Praktiken. Bielefeld: transcript, 29–48.
- Halm, Dieter (2015): Potenzial von Migrantenorganisationen als integrationspolitische Akteure. In: IMIS-Beiträge 47, 37–68, https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/imis47.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018): Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 12(1), 133–154.
- Hancock, Adrienne B./Rubin, Benjamin A. (2015): Influence of Communication Partner's Gender on Language. In: Journal of Language and Social Psychology 34(1), 46–64.
- Hessische Landesregierung (2016): 4. Demografie-Bericht. Weiterentwicklung und Perspektiven. Wiesbaden: Chmielorz GmbH.
- Hessische Landesregierung (2018): Hessisches Modellprojekt. Flüchtlinge für bürgerschaftliches Engagement gewinnen, https://www.gemeinsam-aktiv.de/mm/mm001/GA_Modellprojekt_Fluechtling_V6_final.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014): Zensus 2011. Hessen unter der Lupe. Wiesbaden: Hessisches Statistisches Landesamt.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2017): Pressemitteilung 197/2017. Verfügbares Einkommen in den hessischen Regionen – Höchster Wert im Hochtaunuskreis, niedrigster in der Stadt Offenbach, https://statistik.hessen.de/pressemitteilungen/pm_1594.html; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Hobler, Dietmar et al. (2020): Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. WSI Report 56. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.
- Hoffman, Bruce/Ware, Jacob/Shapiro, Ezra (2020): Assessing the Threat of Incel Violence. In: Studies in Conflict & Terrorism, 565–587.
- Hunger, Uwe/Metzger, Stefan (2011): Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, <https://digital.zlb.de/viewer/metadata/15919180/1/>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Huth, Susanne (2013): Vergleichende Fallstudien zum freiwilligen Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, INBAS-Sozialforschung GmbH, <https://www.inbas-sozialforschung.de/projekte/vergleichende-fallstudien-zum-freiwilligen-engagement-von-menschen-mit-migrationshintergrund.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Huth, Susanne (2019): Die Rolle von Migrantenorganisationen im Flüchtlingsbereich. Bestandsauf-

- nahme und Handlungsempfehlungen. Studie mit Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. INBAS-Sozialforschung GmbH, <https://www.inbas-sozialforschung.de/projekte/die-rolle-von-migrantenorganisationen-im-fluechtlingsbereich.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Hütter, Walter/Münkler, Herfried/Schmal, Carola (2020): Symbolort der Demokratie. Der Paulskirche fehlt die Aura. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/symbolort-der-demokratie-gestaltung-der-frankfurter-paulskirche-17017139/leergeraumes-haus-der-17005685.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Jüdische Gemeinde Frankfurt [JGF] (o.J.): „Geschichte der Jüdischen Gemeinde Frankfurt“, <https://www.jg-ffm.de/de/gemeinde/geschichte>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Jung, Matthias/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea (2019): Bedingt Regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017. In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hg.): Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer VS, 23–46.
- Kabis-Staubach, Tülin/Hermanns, Regina (2011): Politisch mitwirken in der lokalen Demokratie: Rollen und Herausforderungen für Bürger – insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund. In: Planung Neu Denken online IV, 1–6, <http://docplayer.org/45040384-Politisch-mitwirken-in-der-lokalen-demokratie-rollen-und-herausforderungen-fuer-buerger-insbesondere-menschen-mit-migrationshintergrund.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Kersting, Norbert (2020): Politische Repräsentation, und Integration. Zur Akzeptanz von Migrationsbeiräten. In: Egner, Björn/Sack, Detlef (Hg.): Neue Koalitionen – alte Probleme. Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel. Wiesbaden: Springer VS, 181–198.
- Kittilson, Miki Caul (2016): Gender and Political Behavior. In: Oxford Research Encyclopedia of Politics. Oxford University Press, <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-71?rskey=WVJbnV>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Klie, Anna Wiebke (2016): Facettenreich: Zur Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements in der Migrationsgesellschaft. Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/227526/engagement-in-der-migrationsgesellschaft?p=all>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Klie, Anna Wiebke (2018): Migration und Engagement. In: Klie, Thomas/Klie Anna Wiebke (Hg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS, 425–512.
- Klie, Thomas/Klie, Anna Wiebke (Hg.) (2018): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS.
- Kökgiran, Gürcan/Kökgiran, Anna-Lena (2015): Älterwerden in der Fremde. In: Der Bürger im Staat 65(2/3), 147–155.
- Kornadt, Anna/Rothermund, Klaus (2011): Dimensionen und Deutungsmuster des Alterns. Vorstellungen vom Altern, Altsein und der Lebensgestaltung im Alter. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 44(5), 291–296.

- Krause, Laura-Kristine/Gagné, Jérémie (2019): Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Berlin: More in Common.
- Künemund, Harald/Vogel, Claudia (2020): Strukturwandel des Ehrenamts in der zweiten Lebenshälfte? Veränderungen zwischen 1996 und 2014. In: Stadelbacher, Stephanie/Schneider, Werner (Hg.): Lebenswirklichkeiten des Alter(n)s. Vielfalt, Heterogenität, Ungleichheit. Wiesbaden: Springer, 201–222.
- Küpper, Beate (2017): Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Präferenzen. 2. aktualisierte Ausgabe. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Lieber, Yvonne (2017): Bildungsstand der hessischen Bevölkerung. Auswertung des Mikrozensus 2015. In: Staat und Wirtschaft in Hessen 2, 67–80.
- LSVD (2020): Bundespräsident Steinmeier trifft Lesben- und Schwulenverband (LSVD). Pressemitteilung vom 30.10.2020, <https://www.lsvd.de/de/ct/3824-Bundespraesident-Steinmeier-trifft-Lesben-und-Schwulenverband-LSVD>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- LSVD (ohne Datum a): Artikel 3 GG ergänzen, <https://www.lsvd.de/de/politik/gesetzgebung/artikel-3-gg-ergaenzen>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- LSVD (ohne Datum b): Aufarbeitung und Gedenken, <https://www.lsvd.de/de/politik/aufklaerung/aufarbeitung-und-gedenken>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Lührmann, Anna/Maerz, Seraphine F./Grah, Sandra/Alizada, Nazifa/Gastaldi, Lisa/Hellmeier, Sebastian/Hindle, Garry/Lindberg, Staffan I. (2020): Autocratization Surges – Resistance Grows. Democracy Report 2020. Varieties of Democracy Institute (V-Dem), https://www.v-dem.net/media/filer_public/de/39/de39af54-0bc5-4421-89ae-fb20dcc53dba/democracy_report.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Lutzky, Ursula/Lawson, Robert (2019): Gender Politics and Discourses of #mansplaining, #manspreading, and #manterruption on Twitter. In: Social Media + Society 3, 1–12.
- Malafaia, Carla et al. (2013): Civic and Political E-Participation of Young Immigrants: „Digital Hope“ for Inclusion?. In: International Journal of E-Politics 4(1), 32–49.
- Mantilla, Karla (2013): Gendertrolling. Misogyny Adapts to New Media. In: Feminist Studies 39(2), 563–570.
- Menning, Sonja/Nowossadeck, Enno/Maretzke, Steffen (2010): Regionale Aspekte der demografischen Alterung. Report Altersdaten 1–2. Deutsches Zentrum für Altersfragen: Berlin.
- Müllegger, Julia (2018): Ältere als Zielgruppe der Erwachsenenbildung. Bedarfe – Entwicklungen – Perspektiven. Befundaufnahme und Empfehlungen von Expertinnen und Experten für die Bildungspraxis. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 46 aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile&v=11; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus (2020): Die Demokratie hat eine große Vergangenheit. Aber welche Zukunft? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.12.2020, <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/>

- ein-haus-der-demokratie-in-frankfurt-am-main-90117685.html; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Neu, Viola (2019): Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie, <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/AA351+Niemand+möchte+Demokratie+abschaffen.pdf/3101d553-0ca1-578e-5d31-625fe1db46e0?version=1.0&t=1559709111004>; letzter Zugriff am 06.11.2020.
- Niedermayer, Oskar (2020): Parteimitglieder in Deutschland. In: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 31; Berlin: Freie Universität Berlin, https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/27961/P-PMIT20_Nr_31.pdf?sequence=1&isAllowed=y; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Nowossadeck, Sonja/Vogel, Claudia (2013): Aktives Altern. Erwerbsarbeit und freiwilliges Engagement. Report Altersdaten 2. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Nowossadeck, Sonja/Engstler, Heribert/Klaus, Daniela (2016): Pflege und Unterstützung durch Angehörige. Report Altersdaten 1. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Nowossadeck, Sonja et al. (2017): Migrantinnen und Migranten in der zweiten Lebenshälfte. Report Altersdaten 02/2017. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Olbermann, Elke (2020): Pflegebedürftige ältere Menschen mit Migrationshintergrund und deren Angehörige. In: Woopen, Christiane et al. (Hg.): *Alternde Gesellschaft im Wandel. Zur Gestaltung einer Gesellschaft des langen Lebens*. Berlin: Springer, 145–160.
- Ortensi, Livia Elisa/Riniolo, Veronica (2020): Do Migrants Get Involved in Politics? Levels, Forms and Drivers of Migrant Political Participation in Italy. In: *Journal of International Migration and Integration* 21, 133–153.
- Palentien, Christian (2016): Erziehungswissenschaftliche Betrachtung. Mitwirkung, Interesse und Lernmotivation in der Schule. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian (Hg.): *Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*. Wiesbaden: Springer VS, 102–114.
- Peht, Wolfgang (2020): Frankfurter Paulskirche. Für die großen Augenblicke. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 09.11.2020, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/der-spartanische-charakter-der-paulskirche-muss-erhalten-bleiben-17042733.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Peucker, Mario (2010): Aktive Beteiligung und Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Evaluation zweier stadtteilbezogener Partizipationsprojekte in Nürnberg-Langwasser und Erlangen-Anger. Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien (efms) Institut an der Universität Bamberg, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/37750>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Pfanzelt, Hannah/Spies, Dennis C. (2019): The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: *Political Research Quarterly* 72(1): 34–48.
- Pickel, Gert (2019): Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt. Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Religionsmonitor_Vielfalt_und_Demokratie_7_2019.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Pickel, Susanne (2019): Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hg.): *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kom-*

- munikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer VS, 145–176.
- Pokorny, Sabine (2016): Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=e99a166b-d7b2-3233-e77f-83d7a3c5163b&groupId=252038; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Pradner, Dimitri/Grausgruber, Alfred (2019): Politisches Interesse und politisches Informationsverhalten von Migrantinnen und Migranten. In: Aschauer, Wolfgang/Beham-Rabanser, Martina/Bodi-Fernandez, Otto/Haller, Max/Muckenhuber, Johanna (Hg.) (2019): Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Ergebnisse einer Umfrage unter Zugewanderten. Wiesbaden: Springer VS, 201–240.
- Raschke, Eva/Westle, Bettina (2018): Flitterwochen mit der Demokratie? Politische Unterstützung von Migranten in Europa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 12, 321–340.
- Rast, Maria Charlotte/Ghorashi, Helleh (2018): Dancing with „The Other“: Challenges and Opportunities of Deepening Democracy through Participatory Spaces for Refugees. In: Social Inclusion 6(1), 188–198.
- Richter, Emanuel (2020): Seniorendemokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik. Erste Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Rohr, Jascha/Ehlert, Hanna/Möller, Benjamin/Hörster, Sonja/Hoppe, Marie (2017): Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten – empirische Befragungen, dialogische Auswertungen, Synthese praxistauglicher Empfehlungen zu Beteiligungsprozessen. Umweltbundesamt, <https://www.partizipativ-gestalten.de/wp-content/uploads/IPG-Forschungsbericht-Impulse-zur-B%C3%BCrgerbeteiligung.pdf>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Rooduijn, M./van Kessel, S./Froio, C./Pirro, A./De Lange, S./Halikiopoulou, D./Lewis, P./Mudde, C./Taggart, P. (2019): The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe, <https://popu-list.org/explore-data/>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Roth, Roland (2018): Integration durch politische Partizipation. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, 489–508.
- Sauer, Arn (2018): LSBTIQ-Lexikon. Grundständig überarbeitete Lizenzausgabe des Glossars des Netzwerkes Trans*Inter*Sektionalität. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/geschlechtliche-vielfalt-trans/245426/lstbiq-lexikon>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Sauer, Martina (2011): Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung 2010. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, <http://docplayer.org/22017464-Partizipation-und-engagement-tuerkeistaemmiger-migrantinnen-und-migranten-in-nordrhein-westfalen.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Sauer, Martina (2016): Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS, 255–280.
- Scherschel, Karin (2018): An den Grenzen der Demokratie – Citizenship und Flucht. In: Berliner Journal für Soziologie 28, 123–149.

- Schulz, Wolfram/Ainley, John/Fraillon, Julian (2018): *Becoming Citizens in a Changing World*. IEA International Civic and Citizenship Education Study 2016 International Report, 1. Auflage.
- Senti, Martin/Lutz, Georg (2008): Wo die Schere sich öffnet. Zur unterschiedlichen Wahlbeteiligung von Frauen und Männern. In: *Frauenfragen* 1(1), 55–60.
- Simonson, Julia et al. (2013): Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 46(5), 410–416
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.
- Skarpelis, Anna K. (2009): Alterung der Mitgliedschaft von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland. In: Kocka, Jürgen/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang (Hg.): *Altern in Deutschland*. Band 9. Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Halle an der Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, 323–334.
- Söhn, Janina/Marquardsen, Kai (2017): Forschungsbericht. Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/Forschungsberichte/Forschungsberichte-Arbeitsmarkt/fb-484-erfolgsfaktoren-integration-fluechtlinge.html>; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Spierings, Niels/Zaslove, Andrej (2017): Gender, Populist Attitudes, and Voting. Explaining the Gender Gap in Voting for Populist Radical Right and Populist Radical Left Parties. In: *West European Politics* 40(4), 821–847.
- Stadelbacher, Stephanie/Schneider, Werner (2020): Einleitung: Lebenswirklichkeiten des Alter(n)s. Vielfalt, Heterogenität, Ungleichheit. In: Dies. (Hg.): *Lebenswirklichkeiten des Alter(n)s*. Vielfalt, Heterogenität, Ungleichheit. Wiesbaden: Springer VS, 1–25.
- Statistisches Bundesamt (2017): *Bevölkerungsentwicklung bis 2060*. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2019): *Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (o.J. I): „Bevölkerungsstand“. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/_inhalt.html; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Statistisches Bundesamt (o.J. II): „Pressemitteilung Nr. 279 vom 28. Juli 2020“. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_279_12511.html; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Streeck, Wolfgang (2009a): Droht Deutschland eine Rentnerdemokratie? In: *Gesellschaftsforschung* 1, 47–51.
- Streeck, Wolfgang (2009b): Einleitung. In: Kocka, Jürgen/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang (Hg.): *Altern in Deutschland*. Band 9. Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Halle an der Saale: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, 265–271.
- Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main (2020): *Gäste- und Übernachtungszahlen 2019*. Frankfurt am Main, <https://www.frankfurt-tourismus.de/content/download/47584/1247889/>

- version/1/file/G%C3%A4ste+und+%C3%9Cbernachtungszahlen+2019.pdf; letzter Zugriff am 14.12.2020.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2020): Populismusbarometer 2020. EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_2_2020_Populismusbarometer.pdf; letzter Zugriff am 05.11.2020.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2018): Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vogel, Claudia/Nowossadeck, Sonja (2015): Aktives Alter(n): Freiwilliges Engagement im Alter. In: *Der Bürger im Staat* 65(2/3), 95–103.
- Vogel, Claudia/Romeu Gordo, Laura (2019): Ehrenamtliches Engagement von Frauen und Männern im Verlauf der zweiten Lebenshälfte. In: Vogel, Claudia/Wettstein, Markus/Tesch-Römer, Clemens (Hg.): *Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte. Älterwerden im sozialen Wandel*. Wiesbaden: Springer VS, 113–132.
- Westle, Bettina/Kühnel, Steffen (2007): Geschlecht als Determinante des Wahlverhaltens? Analysen mit der Repräsentativen Wahlstatistik 2005. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hg.): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 293–320.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: Dietz.

Dieser Anhang bündelt Hintergrundpapiere und die Ergebnisse aus 15 Hintergrundgesprächen, in denen kursorisch spezifische potentielle Zielgruppen eines „Hauses der Demokratie“ beleuchtet werden. Im Zentrum stehen dabei Auswertungen hinsichtlich der Charakteristika der Gruppen und der Homogenität/Heterogenität in ihren Zusammensetzungen sowie, soweit vorhanden, Befunde im Hinblick auf die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie, das politische Engagement, die Affinität zu bestimmten Themen und Formaten sowie den möglichen gruppenspezifischen Barrieren, die politisches und gesellschaftliches Engagement behindern können.

Für die Hintergrundgespräche wurde den Interviewpartner:innen Anonymität zugesagt. Daher finden sich in diesem Anhang nur die Kernergebnisse der Gespräche in einer zusammenfassenden Übersicht, aufgeschlüsselt nach Zielgruppe.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle Clara Perras, Deborah Düring, Fabian R., Franziska Bujara, Franziska Schreiber und Hannah Merkel, die die meisten Hintergrundpapiere zusammengestellt und die überwiegende Mehrzahl der Hintergrundgespräche durchgeführt haben.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Frauen	46
2. Junge Menschen	60
3. LGBTIQ*-Personen	64
4. Migrant:innen	69
5. Senior:innen/Ältere Menschen	75
6. Tourist:innen in Frankfurt	86
7. Stichpunkte aus den Interviews	90
8. Tabelle „Demokratie gedenken / lernen“	99
9. Tabelle „Demokratie praktizieren / erleben“	109
10. Tabelle „Demokratie probieren / spielen“	123
11. Demokratiezentren in Deutschland, Europa und der Welt	127

1. FRAUEN

1.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

1.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

„FRAUSEIN“ ALS FRAGILE IDENTIFIZIERUNGSPRAXIS

Die Begriffe ‚Frau‘, ‚Frausein‘ und ‚Geschlecht‘ sind in den letzten Jahrzehnten wissenschaftlich und politisch auf eine Weise thematisiert worden, die sie über traditionelle Bedeutungen hat hinausweisen lassen. Vor allem wurden hierbei der geschlechterpolitische Biologismus, nach dem ‚Frausein‘ aus dem Vorhandensein spezifischer körperlicher Merkmale abgeleitet werden kann, der zweigeschlechtliche Rahmen von ‚Geschlecht‘ sowie dessen statischen Begehrendimensionen (‚Heteronormative Matrix‘) zum Gegenstand der Kritik (vgl. z.B. Butler 2014). Demgegenüber betont wird das aus dem Sozialkonstruktivismus und der Praxistheorie hervorgegangene Konzept des ‚doing gender‘ – die gesellschaftliche Konstruktion und praktische Reproduktion von ‚Gender‘ als identifikatorischer (Selbst-)Zuschreibung. Es „zielt darauf ab, Geschlecht bzw. Geschlechtszugehörigkeit nicht als Eigenschaft oder Merkmal von Individuen zu betrachten, sondern jene sozialen Prozesse in den Blick zu nehmen, in denen ‚Geschlecht‘ als sozial folgenreiche Unterscheidung hervorgebracht und reproduziert wird“ (Gildemeister 2008: 137). ‚Geschlecht‘ wird demnach als eine soziale Identifizierungspraxis verstanden, die entlang soziohistorisch wandelbarer Differenzen kontextabhängig hergestellt wird. Häufig ist deshalb mittlerweile sowohl in wissenschaftlichen als auch in politischen Diskussionen nicht mehr von ‚Geschlecht‘ und ‚Frauen‘, sondern von ‚Gender‘ und ‚Frauen*‘ die Rede, wobei durch Letzteres auch transgressive und divers-vergeschlechtlichte Identitäten berücksichtigt werden sollen (vgl. hierzu das Exzerpt zu LGBTQIA+). Auch das gegenderte Schreiben und Sprechen (mit ‚gender gap‘) nimmt in wissenschaftlichen und öffentlichen Diskursen zu, zuletzt auch in der deutschen Medienlandschaft.¹

„FRAUSEIN“ ALS SOZIALE STRUKTURKATEGORIE

Als Frauen werden in Deutschland etwa 50,7% der Bevölkerung geführt. Das entspricht rund 42 Millionen Personen. Der Frauenanteil liegt bei den 10- bis 29-Jährigen bei unterdurchschnittlichen ca. 48% und nimmt in den weiteren Alterskohorten chronologisch zu. Bei den Ältesten ist er mit 54,4% unter den über 70-Jährigen und 58,6% bei den 80- bis 84-Jährigen vergleichsweise sehr hoch. Aufgrund ih-

1 <https://www.rnd.de/medien/geschlechtergerechte-sprache-anne-will-macht-den-gendergap-IC5ACUDVQN-CB3KKVYCGQLQCEEGA.html>; letzter Zugriff am 15.12.2020.

rer durchschnittlich längeren Lebensdauer sind ab einem Alter von 85 Jahren sogar über zwei Drittel aller Menschen in Deutschland Frauen.²

Schon die sehr große Zahl der Frauen in Deutschland deutet auf die enorme Heterogenität und Komplexität ihrer Einstellungs- und Verhaltensweisen hin und macht ein verallgemeinerndes Urteilen unmöglich (s.u.). Trotzdem bleiben ein tendenziell vereinheitlichender Fokus auf Gender und die Kategorie ‚Frau‘ notwendig, weil damit immer noch diverse Auf- und Abwertungsmechanismen und sogenannte ‚gender gaps‘ einhergehen. Das sind Formen der strukturellen Ungleichbehandlung bzw. der sozialen Ungleichheit, in denen die Genderdimension gesellschaftlich wirksam wird – „political context makes gender matter“ (Burns 2007: 105). Das ‚Frausein‘ geht demnach in vielen Situationen immer noch mit einer Marginalisierungstendenz einher, obwohl es mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Personen betrifft und obwohl eine gesetzliche Selbstverpflichtung des Staates zur „tatsächliche[n] Durchsetzung der Gleichberechtigung“ und der „Beseitigung bestehender Nachteile“ (Art. 3 (2) GG) existiert. In diesem Sinne besteht ein gesellschaftliches ‚Geschlechterverhältnis‘, das als soziale Strukturkategorie interpretiert werden muss und das in Teilen der Sozialwissenschaft und politischen Praxis als ‚Herrschaftszusammenhang‘ gedeutet wird (vgl. Bereswill 2008: 101–107).

‚FRAUSEIN‘ ALS EMPIRISCHER UNGLEICHHEITSAKTOR (IM ERWERBSBEREICH)

Besonders stark und populär thematisiert wird die vergeschlechtlichte Ungleichheit in Deutschland immer wieder in der Forschung zur sozioökonomischen Arbeitsteilung, das heißt über eine erwerbszentrierte Perspektive. Ein beliebtes Maß ist hier etwa der sogenannte ‚gender lifetime earnings gap‘ (Lebenserwerbseinkommenslücke), der darauf hinweist, dass Frauen im Laufe ihres Lebens in Deutschland durchschnittlich nur 55% des Erwerbseinkommens der Männer der gleichen Jahrgänge verdienen (Bönke et al. 2020: 8 f.). Der Wirkungsgrad dieses Effekts nimmt zwar seit einigen Jahren und mit zunehmendem Bildungsgrad der Frauen ab, der Effekt selbst besteht aber fort. Schaut man etwa nur auf die hochqualifizierten Personen in den jüngsten Jahrgangskohorten, so verdienen die entsprechenden Frauen heute immer noch nur etwa 75% des Lebenserwerbseinkommens der gleichqualifizierten Männer (Bönke et al. 2020: 26). Das liegt insbesondere an einer vergleichsweise längeren beruflichen Inaktivität im Laufe des Erwerbslebens sowie an einem deutlich geringeren Teil von Frauen in Vollzeitarbeit. Dass 46,0% der Frauen, aber nur 11,1% der Männer in Deutschland im Jahr 2019 in Teilzeit arbeiteten (Hobler et al. 2020: 27), verweist hierbei wiederum auf eine große Beständigkeit geschlechtertypischer Lebensläufe und eine fortdauernde erhebliche Ungleichverteilung im Hinblick auf soziale Reproduktions- und Sorgetätigkeiten. So arbeiten Frauen und Männer im Durchschnitt am Tag zwar ziemlich genau gleich lang (7,5 Stunden), allerdings beträgt der Anteil an unbezahlter Arbeit (insb. Reproduktions- und Sorgearbeit) bei Frauen rund 45%, bei Männern aber nur 28% der täglichen Gesamtarbeitszeit. Frauen arbeiten also aktuell 1,6-mal so viel unbezahlt wie Männer (Hobler et al. 2020: 32). Bezeichnenderweise sinkt zugleich bei Frauen das durchschnittliche Lebenserwerbseinkommen je mehr Kinder sie haben, während bei Männern der umgekehrte Trend

2 <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61538/altersgruppen>; letzter Zugriff am 15.12.2020.

besteht. Hier korrelieren viele Kinder und ein hohes Lebenserwerbseinkommen (Bönke et al. 2020: 28). Für Frauen hat das Kinderbekommen in Deutschland finanziell also negative Konsequenzen, während dies bei Männern nicht der Fall ist (Bönke et al. 2020: 29).

Ein weiterer beliebter Wert zur Messung der sozioökonomischen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern ist der sogenannte ‚gender pay gap‘. Er betrug 2019 noch immer etwa 21% und hat sich in den letzten 12 Jahren nur unwesentlich reduziert (-1,4%) (Hobler et al. 2020: 21; Bönke et al. 2020: 10). Der durchschnittliche Stundenlohn in Deutschland lag demnach im Jahr 2019 bei 17,09 Euro für Frauen und 21,60 Euro für Männer (Hobler et al. 2020: 21). Der Grund hierfür liegt wiederum in einem noch immer hohen Grad beruflicher Segregation. Das heißt, es gibt weiterhin viele Berufe, in denen Männer oder Frauen jeweils mehr als 70% der Bediensteten stellen (Hobler et al. 2020: 17) – sogenannte ‚klassische Frauen- und Männerberufe‘. Dabei fällt auf, dass, obwohl nur noch geringe Bildungsunterschiede zwischen Männern und Frauen zu verzeichnen sind (Hobler et al. 2020: 5), Frauen weiterhin deutlich häufiger im Niedriglohnssektor beschäftigt sind. Ein Viertel aller Frauen in Deutschland verdient in seiner Vollzeitarbeit bis zu maximal 2000 Euro brutto. Das gleiche trifft hingegen nur auf 13,9% der Männer zu. Damit ist die Quote bei Frauen um das 1,8-Fache höher als bei Männern (Hobler et al. 2020: 53). Das liegt nicht daran, dass Frauen für gleiche Arbeit zwangsläufig weniger Geld bekommen oder dass es Frauen in Berufe zieht, die partout schlechter bezahlt werden. Vielmehr werden Arbeitssektoren historisch systematisch schlechter entlohnt, wenn Frauen statt Männer in ihnen die Mehrheit stellen.

Schließlich lassen sich auch im Hinblick auf unternehmerische Leitungsfunktionen und repräsentative Funktionen in Betrieben starke vergeschlechtlichte Ungleichheitsstrukturen ausmachen. Auf der einen Seite machen Frauen nur 34,0% der Selbstständigen und sogar nur 25,9% der Selbstständigen mit Angestellten aus (Hobler et al. 2020: 16). Auf der anderen Seite stoßen Frauen oft an die viel zitierte ‚gläserne Decke‘. So sind nur 30% aller Aufsichtsratsmitglieder und nur 8% aller Vorstände in den 160 größten deutschen börsennotierten Unternehmen Frauen (Hobler et al. 2020: 40 f.). Ähnliches gilt für Betriebsratsvorsitzende, die nur in 26,9% der Fälle Frauen sind, obwohl Frauen 42,4% der Belegschaft und 38,9% der Betriebsratsmitglieder ausmachen (Hobler et al. 2020: 42).

Abseits dieser erwerbszentrierten Perspektive lässt sich vergeschlechtlichte soziale Ungleichheit auch anhand anderer Aspekte nachvollziehen, so etwa im Rahmen von Erziehungsmodellen, in der medialen Repräsentation gesellschaftlicher Rollenbilder oder in unterschiedlichen politischen Sichtbarkeiten von Gender (s.u.). Wie die Beispiele ‚gender pay gap‘ und ‚Vorstandsposten‘ illustrieren, hängen verschiedene Momente sozioökonomischer und soziopolitischer Marginalisierung dabei konstitutiv miteinander zusammen und können nicht einfach in Aspekte einer sozialen Verteilungsgerechtigkeit und einer symbolischen Anerkennungspolitik untergliedert werden (vgl. Fraser/Honneth 2003). ‚Frausein‘, so lässt sich demnach resümieren, wird heute zwar kategorial neuverhandelt, es wird bislang aber zugleich weiterhin wirksam in vergeschlechtlichten gesellschaftlichen Strukturen reproduziert, die tendenziell soziale Ungleichheit erzeugen.

1.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

Trotz der geteilten Genderzuschreibung von Frauen und einer gewissen Einheitlichkeit sozialer Trends auf der gesellschaftlichen Makroebene artikulieren sich die Formen der vergeschlechtlichten Ungleichheit nicht überall in gleicher Weise und in gleicher Intensität. Zum Beispiel gibt es in Deutschland erhebliche Unterschiede in der Erwerbstätigkeit zwischen Frauen in den sogenannten neuen und alten Bundesländern. Dabei sind Frauen in den neuen Bundesländern in ihrem Leben durchschnittlich rund zwei Jahre weniger beruflich aktiv. Auch arbeiten sie im Schnitt weiterhin deutlich häufiger in Teilzeit, obgleich dieser Effekt in den jüngeren Generationen verschwindet (Bönke et al. 2020: 23).

Auch im Hinblick auf Nationalität und Migrationsgeschichte zeigen sich zum Beispiel bezüglich der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Inaktivität starke Unterschiede in der Gruppe der Frauen. Nicht zuletzt dadurch sind Frauen ohne Migrationshintergrund in Deutschland im Durchschnitt sozioökonomisch deutlich bessergestellt als deutsche Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen ohne deutschen Pass. Auch zeigt sich insgesamt eine beständige Selektivität des deutschen Bildungssystems entlang von Merkmalen wie ‚Schicht‘ und ‚Migrationshintergrund‘, die dazu führt, dass Frauen ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger zu höherer Bildung gelangen als Frauen mit Migrationshintergrund.

Deutlich werden in der Gruppe der Frauen zudem erhebliche Generationen- und Sozialisationsunterschiede, die mit der Struktur der Arbeitswelt und der Rolle von Frauen in der politischen Öffentlichkeit zu tun haben. So entspricht die Lebensrealität vieler Frauen in den älteren Generationen deutlich häufiger klassischen Mutter- oder Hausfrauenrollen. Sie verfügen über eine erheblich schlechtere schulische und berufliche Ausbildung, sind deutlich seltener erwerbstätig und weniger politisch involviert (gewesen) als Frauen jüngerer Generationen (vgl. Exzerpt zu Senior.innen). Dementsprechend übertrifft der sogenannte ‚gender pension gap‘ (‚Rentenlücke‘) den ‚gender pay gap‘ heute auch um ein Mehrfaches. Auch wenn er seit 1992 von 69% um 16 Prozentpunkte gesunken ist, betrug er 2019 immer noch ganze 53% (Hobler et al. 2020: 22). Frauen erhalten zurzeit also im Durchschnitt weniger als die Hälfte der Renten der Männer aus der gleichen Generation und deutlich weniger als zukünftigen Generationen von Frauen zustehen wird.

1.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

Das ‚Frausein‘ wird in den meisten statistischen Erhebungen über die dichotome Variable Geschlecht (m/w) erhoben, in vielen sozialwissenschaftlichen Studien erfolgt das über die Frage der Selbstidentifizierung. ‚Frausein‘ ist dabei eine der traditionell erfassten demografischen Variablen, weshalb eine große Fülle an deskriptiven, aber deutlich weniger kausal-analytisch ausgewertete Daten vorliegen. Trotzdem zeigt sich, dass Frauen – auch wenn Gleichstellung und Gleichberechtigung zunehmen – in einigen Bereichen weiterhin signifikante Unterschiede zu Männern in politischen Einstellungs- und Verhaltenstrends aufweisen.

1.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

Insgesamt gibt es keinen einheitlichen Trend unter den Frauen, was ihre Einstellungen zur Demokratie angeht. Im Ganzen beurteilen Frauen und Männer den Stand der Demokratie in Deutschland ähnlich kritisch. Im Durchschnitt sind nur etwa 50–60% der Bevölkerung zufrieden mit der Demokratie Deutschlands (Brand/Follmer 2020: 9). Allerdings sind Frauen gerade in den Bevölkerungssegmenten, die die Autorinnen der Studie ‚Die andere Teilung‘ als klare ‚Stabilisator.innen‘ der Demokratie ausmachen, deutlich unterrepräsentiert (Krause/Gagné 2019: 71). Das heißt allerdings nicht, dass Frauen im Gegenzug bei den ‚wütenden‘ Demokratiegegner.innen überrepräsentiert wären (hier machen sie genau 51% aus), sondern insbesondere in der Gruppe der ‚Offenen‘ ebenso wie bei den ‚Enttäuschten‘ (Krause/Gagné 2019: 71). Demnach zählt ein erheblicher Teil der Frauen zu einer eher anti-autoritären, pro-europäischen und zukunftsorientierten Gruppe, die tendenziell den Grünen und ihren Themen wie Umweltschutz, Antirassismus und Demokratie zuneigt. Ein gewichtiger zweiter Teil der Frauen wird hingegen einer eher zurückhaltenden und unsichtbaren Gruppe zugerechnet, die „derzeit in der deutschen Gesellschaft am wenigsten positiven Halt findet“ (Krause/Gagné 2019: 53) und einen Hang zur Nichtwahl, zur AfD und zu Themen wie soziale Gerechtigkeit, Zuwanderungsbeschränkung und Sicherheit hat (Krause/Gagné 2019: 53 f.).

Zu beiden Tendenzen passt, dass Frauen insgesamt, was den Status der aktuellen Demokratie in Deutschland betrifft, etwas „reformaffiner“ (Decker et al. 2019: 52) sind als Männer. Direktdemokratische Instrumente sehen Frauen und Männer etwa gleich positiv: Hier sprachen sich im Schnitt 83,5% der Bundesbürger.innen für eine plebiszitäre Gesetzesinitiative und 64,5% für eine entsprechende Vetofunktion aus. Wenn es um die Möglichkeit offener Vorwahlen, wie in manchen Bundesstaaten der USA, ging, so sprachen sich unter den Frauen rund 5% mehr dafür aus als unter den Männern. Im Hinblick auf eine Wahlpflicht lag die Differenz von Frauen und Männern bei +8,7 Prozentpunkten (Decker et al. 2019: 52).

Im Hinblick auf das Vertrauen in die zentralen gesellschaftlichen Akteur.innen lassen sich keine großen Diskrepanzen zwischen Männern und Frauen ausmachen. Lediglich zeichnet sich ab, dass Frauen den politischen Parteien insgesamt etwas seltener großes Vertrauen schenken (7,4%) als Männer (9,9%). Sie bringen den Parteien aber auch seltener ein geringes Vertrauen entgegen (33,8%). Fast 60% der Frauen äußern sich demgegenüber unentschlossen (Bertelsmann Stiftung 2019: 73). Insgesamt spielt das Geschlecht also keine entscheidende Rolle in der Frage des Parteivertrauens. Hier lässt sich „keine Systematik“ erkennen (Bertelsmann Stiftung 2019: 85). Insgesamt vertrauen Frauen gesellschaftlichen Akteur.innen im Schnitt etwas weniger oft, allerdings nicht im signifikanten Bereich. Lediglich bei NGOs geben Frauen an, um 6,5 Prozentpunkte häufiger zu vertrauen als Männer (58,8 bzw. 52,3%). Großen Unternehmen und Arbeitgeberverbänden genießen dagegen bei Männern ein überproportionales, nämlich um 7,2 Prozentpunkte größeres, Vertrauen als bei Frauen (32,7 bzw. 25,5%) (Decker et al. 2019: 42).

1.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

Einen markanten ‚gender gap‘ gibt es in Deutschland hingegen bei der politischen Partizipation. Das betrifft vor allem die traditionellen Formen der politischen Teilhabe. So liegt etwa der Anteil der Frauen in allen DGB-Mitgliedschaftsorganisationen insgesamt nur bei 33,7% (Hobler et al. 2020: 44) und auch in Parteien sind deutlich weniger Frauen als Männer engagiert. Im Jahr 2019 lag der Frauenanteil in der AfD bei 17,8%, in der CSU bei 21,3% in der FDP bei 21,6%; in der CDU bei 26,5%, in der SPD bei 32,8%, bei den Linken bei 36,4% und bei den Grünen bei 41,0% (Niedermayer 2020: 23). Auch demonstrieren Frauen im Schnitt deutlich seltener und übernehmen weniger häufig politische Ämter. Nur 6,8% der Frauen, aber 10,8% der Männer haben bereits mindestens einmal in ihrem Leben ein politisches Amt ausgeübt (Simonson et al. 2017: 206).

Eine Schiefelage gibt es auch bei der Partizipation durch Wahlen. Frauen gehen in Deutschland seltener zur Wahl als Männer (Fuchs 2018: 42). Der vergeschlechtlichte Unterschied in der Wahlbeteiligung entspricht dabei keinem pauschalisierbaren, geschweige denn internationalen Trend. Etwa wählen Frauen in den USA mittlerweile häufiger als Männer (Kittilson 2016: 6). Auch hat sich die Wahlbeteiligung von Frauen und Männern in Deutschland seit der Jahrtausendwende fast angeglichen (Der Bundeswahlleiter 2018: 11). Frauen wählen nur noch zwischen 0,3% und 0,8% seltener als Männer. Wohl aber handelt es sich beim ‚gender vote gap‘ um ein langfristiges und charakteristisches Muster innerhalb der deutschen Nachkriegsdemokratie und einiger anderer europäischer Staaten (Fuchs 2018: 42; Kittilson 2016: 6). Ferner verzeichnen Frauen einen deutlich überproportionalen Anteil in der relativ kleinen Gruppe der erklärten Nichtwähler:innen. Hier machten sie 2016 ca. 75% der betroffenen Personen aus, wobei auch der Frauenanteil unter den Menschen, die noch unentschlossen sind, ob sie wählen sollen, mit 62% deutlich über dem Schnitt liegt (Küpper 2017: 9).

Als hauptursächlich für die (Entscheidung zur) Nichtwahl machen Autor:innen unterschiedliche Faktoren aus. Küpper identifiziert „ein Gefühl der Benachteiligung“ (Küpper 2017: 24) als Haupttreiber: „Im Alltag dürfte sich gerade diese Gruppe [der entschiedenen Nichtwähler:innen], die zu 75% aus Frauen besteht, häufig nicht als Gestalter_in des eigenen Schicksals erleben und Politik als weit entfernt von ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und ihren eigenen Problemen wahrnehmen“ (Küpper 2017: 24). Darüber hinaus scheint es immer noch weitverbreitete Unterschiede in der politischen Bildung zwischen Frauen und Männern zu geben (Fortin-Rittberger 2016), die unterschiedliche Grade an Partizipation begründen könnten.

Bei der Beurteilung des ‚gender gaps‘ in der politischen Bildung muss allerdings auch der bekannte Umfrageeffekt berücksichtigt werden, gemäß dem Männer dazu tendieren, ihre Fähigkeiten zu überschätzen, während Frauen mit den gleichen Eigenschaften diese Eigenschaften eher unterschätzen (Bertelsmann Stiftung 2019: 73). So lässt sich beobachten, dass Frauen ihr politisches Wissen in der Regel niedriger einschätzen als gleichgebildete Männer (Kittilson 2016: 10). Hier gibt es also möglicherweise einen Genderbias im Erhebungsprozess, der die Erhebungsergebnisse (zusätzlich/verstärkt) vergeschlechtlicht erscheinen lässt.

Gerade bei der Nichtwahl scheint es aber auch deutliche generationelle Unterschiede zu geben. Dies legt unter anderem ein Blick in die Schweiz nahe, wo nach Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1971 heute immer noch ein deutlich stärkerer ‚gender vote gap‘ besteht als in Deutschland. Die ‚Schere zwischen den Geschlechtern‘ öffnet sich dort erst bei den über 30-Jährigen und erst bei den über 70-Jährigen erheblich (Senti/Lutz 2008: 59). In Deutschland ist der geringe ‚gender vote gap‘ allerdings eher gegenläufig und bleibt auch dann bestehen, wenn andere Eigenschaften wie Alter und Bildungsgrad kontrolliert werden (Fuchs 2018: 39). Frauen über 50 wählen in den letzten Jahren häufiger als Männer über 50, während junge Frauen tendenziell seltener wählen als junge Männer (Der Bundeswahlleiter 2018: 11). In der jüngsten Generation zeigt sich dabei ein anderer vergeschlechtlichter Trend als in der Schweiz: So sind junge Frauen in Deutschland gleichermaßen gewillt, sich politisch zu engagieren (Pflanzelt/Spies 2019: 45), sie präferieren jedoch andere Beteiligungsformate als Männer. Während junge Männer in institutionellen Formen der Partizipation und in der Interessenvertretung überrepräsentiert sind, tendieren junge Frauen in Deutschland zu nicht-institutionellen Politikformen und (spezifischen) Protestaktivitäten (Pflanzelt/Spies 2019: 45). Zum Beispiel nehmen junge Frauen (27,2%) signifikant häufiger an Demonstrationen teil als junge Männer (26,2%) (Simonson et al. 2017: 201). Hier besteht also keine allgemeine politische, sondern eine wahl-spezifische Partizipationslücke. In anderen Ländern, wie etwa den USA, ist die Verteilung entlang der spezifischen Beteiligungsformate anders gelagert (Kittilson 2016: 6 f.). Hier scheint es sich also auch um ein Phänomen des spezifischen bundesrepublikanischen politischen Kontexts zu handeln.

Insgesamt resultiert der Ungleichheitseffekt, der Wahlbeteiligung zugrundeliegend, demnach wahrscheinlich nicht aus einem einfachen ‚gender gap‘, sondern aus einem „multiple gender gap“ (Kittilson 2016: 2). Dieser ergibt sich aus wechselseitigen und komplexen Überlagerungseffekten geringerer Ressourcen von Frauen, dem Grad der volkswirtschaftlichen Entwicklung, der Bedeutung von Geschlechterrollen in der Sozialisation und durch politische Kontexte (Kittilson 2016: 2, 12).

Im Gegensatz zum nach wie vor beharrlichen Ungleichheitseffekt bei der Entscheidung, zu wählen, hat sich in den letzten 70 Jahren in der Frage, wie/was Frauen wählen, eine nachhaltige Verschiebung eingestellt. Während Frauen in Deutschland im Schnitt lange deutlich konservativer gewählt haben, ist die Wahlentscheidung heute sichtbar gleichheitlicher. Frauen wählen zwar immer noch (besonders seit der Amtszeit von Angela Merkel) deutlich überproportional die CDU/CSU, sie wählen aber ebenso deutlich stärker die Grünen als Männer dies tun. Bei der SPD sind Frauen und Männer in etwa gleichauf, bei den Linken hat sich ein langzeitiges Ungleichgewicht zugunsten der Männer mittlerweile zu einem ungefähren Geschlechtergleichgewicht entwickelt. Die FDP und die AfD werden hingegen erheblich seltener von Frauen gewählt (Fuchs 2018: 41; Jung et al. 2019: 33 f.). Insgesamt kann dabei nicht oder nur in unerheblichem Maße (Westle/Kühnel 2007: 307 f.) von einem Effekt geschlechterhomogenen Wählens ausgegangen werden. Frauen wählen also aktuell und generell nicht häufiger Frauen und Männer Männer.

Charakteristisch für die Gruppe der Frauen ist hingegen ein partielles, aber deutliches Auseinanderfallen inhaltlicher Einstellungsdimensionen und politischer Verhaltensformen am rechten Rand. So gibt es bei der Wahl rechtsradikaler populistischer Parteien einen deutlichen Überhang an Männern – gewissermaßen einen „PRR [populist radical right] gender gap“ (Spiering/Zaslove 2017: 822,

834) –, obwohl Frauen auf der Einstellungsdimension nicht weniger anfälliger für rechtsradikale und populistische Forderungen sind als Männer (Vehrkamp/Merkel 2018: 33).

Lange Zeit galt auf der Einstellungsebene gerade das Gegenteil: Noch 2011 äußerten sich Frauen in Langzeit- und Querschnittsbefragungen „im Durchschnitt signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer, islamfeindlicher und sexistischer als Männer. Kein Unterschied zeigt sich im Antisemitismus. Männer antworten lediglich bezüglich der Homophobie signifikant abwertender als Frauen“ (Zick et al. 2011: 98). Dabei war diese Tendenz nicht ausschließlich auf Alters- und Bildungsunterschiede zurückzuführen, sondern blieb darüber hinaus bedeutsam. Auch bei den neurechten Einstellungen hatten Frauen lange ein leichtes Übergewicht (Zick et al. 2016: 160). Zudem waren Frauen dem „nicht nur auf den ersten Blick erstaunliche[n] Befund“ der Mittestudie 2014 nach „nicht weniger sexistisch eingestellt als Männer, sondern mehr“ (Zick/Klein 2014: 74).

Seit 2016 verzeichnen Männer und Frauen allerdings in etwa gleiche Werte bei Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Zick et al. 2019: 86 f.). Hierbei stehen nun sogar die Männer mittlerweile für „signifikant mehr Muslimfeindlichkeit sowie Abwertung von Homosexuellen und Trans* Menschen. Tendenziell stärker unter Männern verbreitet ist darüber hinaus Sexismus“ (Zick et al. 2019: S. 86 f.). Auch im Bereich der klassischen rechtsextremen Einstellungsmerkmale haben die Männer mittlerweile mit den Frauen ‚gleichgezogen‘ oder diese gar ‚überholt‘ (Zick et al. 2019: 128). So sind alle Dimensionen eines geschlossen manifest-rechtsextremen Weltbilds bei Männern in den letzten Jahren signifikant häufiger zu finden als bei Frauen (Decker et al. 2018: 90). Allerdings gilt, dass Männer und Frauen das Ausmaß des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland zwar „gleich schlecht“ (Decker et al. 2019: 66) bewerten, der Anteil an ‚Zukunftsoptimist.innen‘ unter den Frauen „mit 28,7% gut zehn Prozentpunkte niedriger als unter den Männern (39%)“ (Decker et al. 2019: 29) ist. Ein allgemeines Niedergangs- oder Krisennarrativ, das rechtsextreme Positionen zu apokalyptischen Szenarien radikalisiert, ist also bei Frauen deutlich häufiger anzutreffen als bei Männern.

Obwohl Frauen also lange Zeit deutlich häufiger rechten und menschenfeindlichen Einstellungen anhängen, artikuliert sich diese rechte Präferenz immer schon politisch anders oder gar nicht. Nicht nur wählen Frauen erheblich seltener die AfD (Zick et al. 2016: 160), obwohl sie im Schnitt „etwas mehr Angst vor Globalisierung, Terrorismus und der Flüchtlingskrise“ (Pickel S. 2019: 160) haben. Auch gehen Männer mit einer statistisch signifikant höheren Wahrscheinlichkeit zu Demonstrationen gegen Zuwanderung als Frauen (Zick et al. 2016: 198). Hier gibt es also einen ‚gender gap‘, was radikales politisches Verhalten allgemein angeht. Decker und Brähler, die verschiedene politische Milieus in der deutschen Bevölkerung ausmachen, kommen zu dem Schluss, dass Frauen in allen sozialen Milieus mindestens gleich stark vertreten sind wie Männer oder sogar überproportional außer im kleinsten, nämlich dem rebellisch-autoritären Milieu (Decker/Brähler 2016: 114–128). Im Jahr 2016 machten Männer hier 55,5% der erklärten Demokratiegegner.innen aus und waren also „deutlich überrepräsentiert“ (Decker/Brähler 2016: 128). Allgemein wird vermutet, dass das Auseinanderfallen rechtsradikaler Einstellungs- und Verhaltensdimensionen bei Frauen an einer größeren Angst vor gesellschaftlicher Stigmatisierung sowie an der gewalttätigen und aggressiven Außendarstellung der Parteien und Demonstrationen liegen könnte. Trotzdem gilt: „Überzeugende Erklärungen für die relative AfD-Unattraktivität bei Frauen müssten noch gefunden werden“ (Fuchs 2018: 41).

Auch im Bereich des ehrenamtlichen Engagements lässt sich ein ‚gender gap‘ feststellen: Frauen engagieren sich in Deutschland heute zu einem Anteil von 41,5% und damit im Schnitt etwas weniger als die Männer (45,7%). „Die Differenz zwischen den Geschlechtern ist mit 4,2 Prozentpunkten jedoch gering im Vergleich zu den deutlich größeren Unterschieden, die wir etwa zwischen Altersgruppen und Bildungsgruppen beobachten“ (Simonson et al. 2017: 101–102).

Die Engagementquote von Frauen ist dabei seit der Jahrtausendwende deutlich gestiegen, nämlich um 11,6 Prozentpunkte. Insgesamt gibt es hier also eine Annäherungstendenz (Simonson et al. 2017: 100). Das artikuliert sich gerade bei jungen Menschen, bei denen die Genderlücke wesentlich geringer ist als unter den älteren und insbesondere den Ältesten. So ist die Engagementquote bei Frauen in einem Alter zwischen 14 und 29 Jahren seit 1999 um 16,0 Prozentpunkte (auf 45,0%) gestiegen, bei Männern im gleichen Zeitraum nur um 8,2 Prozentpunkte. Einen ähnlichen Unterschied gibt es auch bei den 30- bis 49-Jährigen (12,6 Prozentpunkte bei den Frauen, 5,8 Prozentpunkten bei den Männern) (Simonson et al. 2017: 100). Hier sind Frauen mit einem Anteil von 48,1% mittlerweile sogar etwas häufiger freiwillig engagiert als Männer.

Neben der Variable ‚Generation‘ deutet auch die Variable ‚Bildung‘ deutlich darauf hin, dass es bei den unterschiedlich ausfallenden Engagementquoten nicht im Kern um einen Gender-, sondern vor allem um einen Generationen-, Rollen- und Kapazitäteneffekt geht. Insgesamt scheinen vor allem die Frage der Erwerbstätigkeit und der Vollzeitarbeit, der Bildungsgrad, die soziale Eingebundenheit, die Art des angestrebten Engagements, der eigene Elternstatus und das Vorhandensein von Gelegenheitsstrukturen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen auszumachen (Simonson et al. 2017: 21–27). Dabei ist es wichtig, besonders den „unterdurchschnittlichen Anteil der freiwillig engagierten Frauen mit geringer Bildung zur Kenntnis zu nehmen“ (Simonson et al. 2017: 106). Diese Unterrepräsentation wenig gebildeter Frauen ist im Freiwilligenbereich auch unter den Jüngsten stabil. Tatsächlich sind Frauen im Alter von 14 bis 29 Jahren die einzige Bevölkerungsgruppe, bei der die Engagementquote sinkt, anstatt zu steigen. Hier fiel der Wert von 24,0% im Jahr 1999 auf 15,3% im Jahr 2014. Die Engagementquote ist also weiterhin, wenn auch in geringerem Ausmaß, von gegengerten multiplen Effekten geprägt.

Besonders stark zeigt sich ein Genderbias heute aber nicht in der Gesamtquote, sondern nach wie vor in der Aufgabenteilung und den Engagementbereichen unter Freiwilligen. Hier schreiben sich vergeschlechtlichte Strukturen der vorherrschenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Arbeitsmarktsegregation fort (Simonson et al. 2017: 120). Etwa üben Männer häufiger repräsentative Ehrenamtspositionen und administrative Tätigkeiten aus. Frauen sind dagegen anteilig häufiger mit persönlichen Hilfeleistungen betraut (Simonson et al. 2017: 24). Während sich Frauen (13,1%) und Männer (19,6%) jeweils am meisten im Bereich Sport und Bewegung betätigen (Simonson et al. 2017: 126), variieren hier und in den anderen Bereichen die absoluten Engagementquoten deutlich. Überdurchschnittlich häufig engagiert sind Frauen im Bereich Schule und Kindergarten (10,7% Frauen; 7,5% Männer), im kirchlichen oder religiösen Bereich (9,4% Frauen; 5,8% Männer), im sozialen Bereich (9,5% Frauen; 7,4% Männer) und im Gesundheitsbereich (auch im Folgenden: Simonson et al. 2016: 125 ff.). Männer engagieren sich demgegenüber nicht nur in Sport (s.o.) und Politik (2,3% Frauen; 5,0% Männer) sowie im Kontext von Freizeit und Geselligkeit mehr, sondern insbesondere auch im

Bereich Unfall- oder Rettungsdienst sowie Freiwillige Feuerwehr. Hier liegt die Engagementquote für Frauen bei 1,1%, bei Männern hingegen bei 4,8%. Dieser Bereich wird also von Männern dominiert.

Zuletzt ist in geschlechterpolitischer Hinsicht markant, dass das freiwillige Engagement der Frauen im Vergleich zu dem der Männer viel stärker durch die unterschiedlichen Lebensphasen geprägt zu sein scheint. Hierbei hat die Familiengründung ambivalente Folgen. Zum einen geben Frauen fast doppelt so häufig wie Männer an, „ihr freiwilliges Engagement aus familiären Gründen beendet zu haben“ (Simonson et al 2017: 161). Zum anderen kann Familie aber auch ein Faktor für den Eintritt in eine Freiwilligenarbeit sein. „Das umfangreiche Engagement der Frauen beispielsweise in Kindergarten und Schule ist insbesondere in der Familienphase mit kleineren Kindern zu beobachten und damit meist auch zeitlich begrenzt“ (Simonson et al 2017: 120).

1.2.3 THEMENAFFINITÄTEN

Einheitliche thematische Vorlieben von Frauen gibt es in der Regel nicht. Zwar gibt es bestehende fachliche Segregationstendenzen in der Schule und der Universität. Statt diese zu verstetigen, sollte hier aber ein Gleichstellungsansatz verfolgt werden, der gleiche (thematische) Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Männer fördert und Frauen bei der Überwindung bestehender (Bildungs-) Ungleichheiten hilft. Dabei können Frauen gerade in klassischen ‚Männerdomänen‘ gefördert werden. Zudem können ‚empowernde‘ Inhalte und Workshops sowie Fragen der allgemeinen Gleichstellungspolitik und aktuelle frauenpolitische Anliegen besonders bedeutsam sein: so etwa die Geschichte der Frauenrechtsbewegung, die Rolle von Geschlecht/Gender in der Demokratie, die Frage von Geschlechterverhältnissen und Geschlechterungleichheiten in verschiedenen Gesellschaften und gesellschaftlichen Teilbereichen, Gewalt gegen Frauen, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über Familienkonzepte, Religionsfreiheit, körperliche Selbstbestimmung etc. Ein „Haus der Demokratie“ kann darüber hinaus auch Raum für feministische Initiativen, für Beteiligungsformate, Workshops etc. bieten.

1.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Es ist keine einheitliche Tendenz unter Frauen hinsichtlich der Affinität zu bestimmten digitalen Formaten beobachtbar. Jedoch ist bei älteren Frauen eine geringere Nutzung des Internets beobachtbar (siehe unten).

1.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Spezifische Barrieren für Frauen ergeben sich zunächst vor allem aus der bereits oben thematisierten ungleichen Verteilung von Ressourcen, die aus der vergeschlechtlichten Teilung von Erwerbs- und Reproduktions- bzw. Sorgearbeiten resultieren. Frauen haben im Schnitt weniger Geld zur Verfügung und verbringen mehr Zeit mit der Arbeit im Haushalt, mit der Sorge um Kinder und der Pflege von

Angehörigen. Besonders auffällig verdichten sich Ressourcenprobleme bei Alleinerziehenden, unter denen Frauen sehr stark überrepräsentiert sind. In Frankfurt etwa gibt es ca. 15.000 alleinerziehende Frauen, aber nur 1.500 alleinerziehende Männer. Dabei sind Alleinerziehende besonders häufig von sozialer Benachteiligung, Segregation und Armutsgefährdung betroffen und bewerten ihre Lebenslage sowie den Status der Demokratie in Deutschland deutlich überdurchschnittlich schlecht (Brand/Follmer 2020: 45).

Zudem ergeben sich Barrieren durch die kumulierten Effekte von stark generationell geprägten Bildungs- und Rollenunterschieden sowie der Diskriminierung aufgrund von Aussehen oder Herkunft. So ist etwa der Bildungsstand unter älteren Frauen sowie Frauen mit Migrationshintergrund deutlich niedriger als der von Vergleichspersonen. Auch der Anteil von alten Frauen, die das Internet (regelmäßig) nutzen, ist erheblich geringer als der Anteil alter Männer. „So sind derzeit nur 39% der über 80-jährigen Onliner Frauen, während sie in dieser Altersgruppe zwei Drittel der älteren Bevölkerung insgesamt ausmachen“ (BMFSFJ 2020: 41 f.). Dies wirkt sich auch auf die Möglichkeiten politischer Teilhabe bei nachlassender Mobilität aus. Von vergleichbaren gesundheitlichen und kognitiven Begleiterscheinungen hoher Alterung sind Frauen in absoluten Zahlen häufiger und länger betroffen, weil sie im Schnitt deutlich älter werden als Männer.

Über diese Kumulationseffekte und ‚multiplen gender gaps‘ hinaus werden und sind Frauen weiterhin auch schlicht aufgrund ihres ‚Frauseins‘ benachteiligt. So sind Frauen immer noch die Zielscheibe subtiler und gezielter politischer Ausschlussmechanismen und vergeschlechtlichter Gewalt. Im Hinblick auf die subtile Dimension konnten etwa Friedhoff et al. nachweisen, dass Frauen bei deutschen Kommunalwahlen, die ein Panaschieren und Kumulieren zulassen, auf den Listen überdurchschnittlich stark „nach unten gewählt“ werden (Friedhoff et al. 2016: 97). Dies geschieht insbesondere in Kleinstädten, allerdings kaum in Großstädten. Auch ist die Tendenz des Nachunterschählens in Ostdeutschland besonders stark und viel weniger stark in Westdeutschland ausgeprägt (Friedhoff et al. 2016: 98). Dieser Effekt fällt hierbei weniger stark für Frauen mit Dokortitel aus, ist im spezifischen Vergleich von Frauen und Männern mit Dokortitel aber stark ausgeprägt (Friedhoff et al. 2016: 99). In Großstädten ist auch dieser Effekt kaum vorhanden, hier gibt es keine nennenswerte Verzerrung zwischen promovierten Männern und Frauen (Friedhoff et al. 2016: 102). Unter dem Strich steht insgesamt aber eine merkliche Abwertungstendenz von Frauen im politischen Raum.

Auch sind Frauen in politischen Diskussionen immer noch unterrepräsentiert. Beispielsweise machten Frauen nur 38,2% aller Teilnehmer:innen in politischen Talkshows des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Jahr 2019 aus.³ In einem Experiment liefern Hancock und Rubin zudem erste neuere Hinweise darauf, dass Frauen von ihren Gesprächspartner:innen häufiger unterbrochen werden, egal welchen Genders diese sind (Hancock/Rubin 2015). Lutzky und Lawson ermitteln ferner, dass die Beschwerden über #mansplaining, #manspreading, and #manterruption auf Twitter zugenommen haben (Lutzky/Lawson 2019). Das spricht entweder für eine Verschärfung diskursiver Aggression gegen Frauen, für ein größeres Bewusstsein für diese Ausschlussmechanismen oder für beides.

3 <http://bliq-journal.de/analyse/wie-divers-sind-deutsche-talkshows.html>; letzter Zugriff am 15.12.2020.

Darüber hinaus sind Frauen auch eine explizite Zielscheibe von Stigmatisierung und Gewalt: Obwohl sich die Akzeptanz für und Sichtbarkeit von Frauen in der Öffentlichkeit deutlich gebessert hat, sind gerade feministische Frauen latenten Antipathien und offenen Anfeindungen ausgesetzt. Feministinnen werden dabei sowohl von Frauen als auch von Männern „in der Tendenz eher negativ bewertet“ (Krause/Gagné 2019: 90). 57% der deutschen Bevölkerung sehen dabei zwischen feministischen Frauen und sich selbst „kein geteiltes Wertefundament“ (Krause/Gagné 2019: 91). Gerade Männer geben zu 62% an, „eher keine Werte mit Feministinnen zu teilen“ (Krause/Gagné 2019: 91) und nur 25% der Bevölkerung sieht insgesamt überhaupt Handlungsbedarf hinsichtlich der weiteren Gleichstellung von Frauen und Männern (Krause/Gagné 2019: 130). In einigen Debatten und Kreisen hat sich die Antipathie gegen Feministinnen dabei in einen aggressiven Anti-Feminismus, Maskuli(n)ismus oder sogenannten „Anti-Genderismus“ ausgewachsen. Gerade der sogenannte Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus ist stark mit dem Kampf gegen Gleichstellungspolitik und dem Einsatz für traditionelle Rollenmodelle und heteronormative Genderidentitäten verknüpft. Dabei lässt sich von einem „Allianzprojekt“ gegen Diversität und Gleichberechtigung sprechen, „das unterschiedliche religiöse, konservative und rechte Strömungen verbindet“ (Mayer 2019: 62). Insbesondere online hat sich hierbei eine sogenannte ‚Manosphere‘ mit explizit frauenfeindlichen Subkulturen wie der Incel-‚Bewegung‘ (Ging 2017) und gezielten Formen des ‚Gendertrollings‘ (Mantilla 2013) herausgebildet. Die davon ausgehende Gewalt bleibt allerdings nicht rhetorisch und online, sondern hat sich bereits verschiedentlich in terroristischen Anschlägen und Akten der Hasskriminalität entladen. Diese frauenfeindliche Gewalt stellt gewissermaßen eine neue Trendlinie im Phänomenbereich des Terrorismus dar (Hoffman et al. 2020).

Allgemein sind Frauen nicht nur das Ziel verbaler Gewalt und Ausgrenzungsmechanismen. Zwar werden Frauen statistisch deutlich seltener, nämlich nur etwa halb so oft, zum Opfer von Körperverletzungen wie Männer (Birkel et al. 2019: 21) und auch seltener zum Ziel sogenannter „vorurteilsgeleiteter Körperverletzung“ (Birkel et al. 2019: 29) (18,2% gegenüber 27,9%). Frauen werden allerdings wesentlich häufiger aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität zu Opfern körperlicher Gewalt (ebd.). Zudem sind Frauen häufiger Gewalt im eigenen Haushalt ausgesetzt. Diese wird deutlich seltener zur Anzeige gebracht und führt daher zu großen Dunkelziffern in den Gewaltstatistiken. Eine Verschärfung zeigt sich auch und besonders während der Corona-Pandemie. „Rund 3% der Frauen in Deutschland wurden in der Zeit der strengen Kontaktbeschränkungen zu Hause Opfer körperlicher Gewalt, 3,6% wurden von ihrem Partner vergewaltigt“.⁴ 3,8% der Frauen fühlten sich zudem emotional bedroht.

Gerade diese vergeschlechtlichte Komponente von körperlicher und sexueller Gewalt artikuliert sich auch in einer deutlich höheren Kriminalitätsfurcht unter Frauen. Von einem „Unsicherheitsgefühl in der Wohnumgebung“ sprachen im Jahr 2017 31,8% der Frauen (+5,7% gegenüber 2012), bei den Männern nur 10,6% (+2,6% gegenüber 2012) (Birkel et al. 2019: 48). Auch ist bemerkenswert, dass die ‚deliktsspezifische Kriminalitätsfurcht‘ vor sexueller Belästigung bei Frauen 2017 bei 22,6% lag und dabei um 1,6% zum Vergleichsjahr 2012 gestiegen ist. Bei Männern hingegen betrug sie nur 6,6% und war somit um 0,9% zurückgegangen (Birkel et al. 2019: 47). Das heißt konkret: Obwohl die

4 <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>; letzter Zugriff am 15.12.2020.

Wahrscheinlichkeit für Frauen, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden, im Vergleichszeitraum „nicht statistisch bedeutsam gestiegen [ist]“ (Birkel et al. 2019: 55), hielten es insgesamt 7,1% der Frauen für sehr wahrscheinlich (1,9%) oder ziemlich wahrscheinlich (5,2%), in den nächsten zwölf Monaten Opfer sexualisierter Gewalt zu werden (Birkel et al. 2019: 56). Auch bei Körperverletzung und Raub weisen Frauen eine deutlich höhere Kriminalitätsfurcht auf (Birkel et al. 2019: 48).

Frauen legen dabei zuletzt auch deutlich häufiger ein sogenanntes ‚Vermeidungsverhalten‘ an den Tag als Männer, um sich vor Kriminalität zu schützen. „Etwa die Hälfte der Männer und drei Viertel der Frauen meiden zumindest selten bestimmte Straßen, Plätze und Parks und vermeiden es, alleine im Dunkeln unterwegs zu sein“ (Birkel et al. 2019: 59). Ganze 39% der Frauen meiden diese Straßen, Plätze und Parks kontinuierlich. 45% der Frauen vermeiden es so gut wie immer, alleine im Dunkeln unterwegs zu sein. Das heißt im Klartext: „Fast die Hälfte der Frauen schränken demnach ihre alltäglichen Aktionsräume aufgrund ihres Unsicherheitsempfindens ein“ (Birkel et al. 2019: 59 f.). Hierbei gibt es zudem sich überlagernde Multiplikationseffekte. Zum Beispiel sind Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle bei 40% der türkischstämmigen Frauen in Deutschland ausgeprägt. „Der Anteil an furchtsamen Personen ist damit etwa doppelt so groß wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. Hervor sticht auch, dass etwa jede zweite Frau mit türkischem Migrationshintergrund ziemlich oder sehr beunruhigt ist, sexuell belästigt zu werden (ca. 54%). Bei den Frauen ohne Migrationshintergrund sind dies nur 18“ (Birkel et al. 2019: 51).

Der Einsatz für eine möglichst hohe diskursive Diskriminierungsfreiheit sowie für physische und emotionale Sicherheit im Umfeld eines „Hauses der Demokratie“ und bei der An- und Abreise erscheint daher von elementarer Bedeutung, um die gleichheitliche Partizipation von Frauen zu fördern.

1.3 FAZIT

Die Lebensrealitäten und politischen Einstellungen von Frauen unterscheiden sich erheblich nach Alter, sozialem Status, Bildungshintergrund, ökonomischer Lage, Wohn- und Lebensumfeld sowie dem Vorliegen eines Migrationshintergrunds. Die Gruppe der Frauen ist dabei keine Minderheit, sondern stellt eine Mehrheit, die in Teilen weiterhin gesellschaftlich marginalisiert ist. Gerade im sozioökonomischen Bereich lassen sich erhebliche soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen ablesen: So beträgt das Lebenserwerbseinkommen von Frauen im Durchschnitt nur 55% von dem der Männer, der ‚gender pay gap‘ liegt bei 21%, fast doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten im Niedriglohnssektor und nur 8% der deutschen Unternehmensvorstände sind Frauen. Hauptausgangspunkt für diese sind neben Geschlechterstereotypen und einer vergeschlechtlichten Aufstiegsselektivität vor allem verhärtete Lebensverlaufsmuster und Geschlechterrollen im familiären Kontext: Frauen sind deshalb deutlich seltener erwerbstätig (72% gegenüber 80%), häufiger beruflich inaktiv oder in Teilzeit beschäftigt und sie übernehmen 1,6-mal so viel unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeiten. Seniorinnen, Frauen mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende sind dabei besonders stark von den sozioökonomischen Ungleichheitseffekten betroffen.

Auch im politischen und gesellschaftlichen Kontext bestehen beharrliche ‚gender gaps‘. Zwar lassen sich im Bereich der allgemeinen Demokratiezufriedenheit und bei vielen Einstellungsmerkmalen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen verzeichnen (hier sind Frauen gleich unzufrieden). Allerdings unterscheiden sich gerade die Partizipationsanteile und -formen. Insgesamt sind Frauen deutlich seltener in Gewerkschaften und Parteien aktiv und sie gehen weniger demonstrieren. Auch wählen Frauen nach wie vor seltener als Männer, wenngleich die Differenz hier seit der Jahrtausendwende unter 1% gesunken ist. Obwohl viele dieser Partizipationsunterschiede dabei auch generationelle Hintergründe haben, findet sich ein Genderbias auch in den jüngsten Generationen: Frauen und Männer sind hier zwar politisch gleichermaßen engagiert, junge Frauen bevorzugen gegenüber jungen Männern aber tendenziell nicht-institutionelle Beteiligungsformen (wie etwa Demonstrationen). Besonders auffällig ist zudem, dass Frauen deutlich seltener zu anti-demokratischen Wahlentscheidungen und Verhaltensformen greifen, obwohl sie nicht weniger menschenfeindlich sind und lange Zeit nicht seltener rechtsextreme Einstellungen teilten als Männer (im Gegenteil!). Die Wahl der AfD, migrationsfeindliche Demonstrationen und das rebellisch-autoritäre Milieu im Ganzen sind bislang noch deutlich männerdominierte Phänomenbereiche. Zuletzt sind Frauen (41,5%) im Bereich des ehrenamtlichen Engagements nach wie vor weniger involviert als Männer (45,7%).

Hier ist aber weniger der Gesamt-‚gender gap‘ signifikant als die vergeschlechtlichte Segregation der Tätigkeiten und Repräsentant.innen-Rollen. Außerdem sind junge Frauen mit geringer Bildung deutlich weniger engagiert als alle anderen Teile der Gesellschaft.

Für die Aktivierung und Ansprache von Frauen ergeben sich Barrieren vor allem durch den Mangel an finanziellen, zeitlichen und emotionalen Ressourcen, der mit den hartnäckigen Strukturen sozialer und sozioökonomischer Ungleichheit einhergeht. Zudem gibt es weiterhin spürbare diskursive Ausschlussmechanismen und gezielte Aggressionen gegen Frauen. Einerseits scheinen Frauen häufiger ihre politische Kompetenz abgesprochen zu bekommen sowie in Gesprächen unterbrochen und mit dominanten Redestrategien konfrontiert zu werden. Andererseits werden Frauen häufiger zu Opfern von Gewalt aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität. Zur politischen Zielscheibe sind in letzter Zeit vor allem Feministinnen geworden. Sie werden nicht nur von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, sondern stehen im expliziten Kreuzfeuer rechter Drohkulissen und antifeministischer Bewegungen. Insgesamt zeigen Frauen dabei eine deutlich gesteigerte Angst vor Übergriffen und ein großes Vermeidungsverhalten in ihrem Alltag. Im Rahmen eines „Hauses der Demokratie“ braucht es also eine empowernde Grundorientierung und den engagierten Einsatz für diskriminierungsfreie und sichere diskursive und physische Räume.

2. JUNGE MENSCHEN

2.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

2.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

Die Gruppe der Kinder- und Jugendlichen umfasst Menschen von Geburt bis 18 Jahren. In manchen Studien wird das Jugendalter sogar bis in die frühen 30er-Jahre definiert. Hinsichtlich der politischen Bildung ist der Eintritt in das Erwachsenenleben meist um das 18. Lebensjahr herum besonders relevant, da wichtige Mitbestimmungsrechte wie das Wahlrecht dann eintreten. Bestimmte Ziele politischer Bildung werden bereits in Kindergarten und Grundschule verfolgt. Daten zur politischen Bildung stehen in Studien jedoch häufig erst ab dem 13./14. Lebensjahr zur Verfügung (vgl. etwa Abs/Hahn-Laudenberg 2017 sowie Albert et al. 2019). Die Studien, auf die wir zurückgreifen, verwenden unterschiedliche Alterskohorten (Albert et al. 2019: 12–25 Jahre; Gaiser et al. 2016: 14–29 Jahre; Schulz et al. 2018: 14-Jährige).

2.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ist hinsichtlich wichtiger Faktoren wie sozioökonomischer und kultureller Hintergrund, Sprachkompetenzen, Geschlecht, Migrationsstatus und ihrer Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland oder aus ländlichen oder urbanen Gebieten weit heterogen (Albert et al. 2019; Gaiser et al. 2016). Insbesondere die sozioökonomische Herkunft, aber auch Geschlecht und Migrationshintergrund sind einflussreiche Prädiktoren für das Erreichen von Zielen in der politischen Bildung. Jugendliche aus bildungsnahen Herkunftsfamilien, aus Familien ohne Migrationshintergrund und junge Männer weisen ein höheres Maß an politischer Bildung auf. Wichtige Faktoren für ihr Demokratie- und Politikverständnis sind der sozioökonomische Status (insbesondere der Bildungsgrad der Eltern und der Jugendlichen selbst bzw. ihr angestrebter Abschluss),⁵ Gender, der sprachliche Hintergrund, ein möglicher Migrationshintergrund und ob die Jugendlichen in Ost- oder Westdeutschland leben. Damit interferiert die Gruppe der jungen Menschen mit anderen Zielgruppen.

2.1.3 WEITERE RELEVANTE PUNKTE

Die Gruppe junger Menschen weist eine digitale Affinität auf, die sie gegebenenfalls von anderen Zielgruppen unterscheidet.

5 In der ICC-Studie wird der sozioökonomische Status anhand der Faktoren Beruf und Bildungsgrad der Eltern sowie der Zahl der Bücher im Haushalt gemessen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Berufsstand der Eltern den größten Einfluss auf das gesellschaftspolitische Wissen der Jugendlichen hat.

Ein Teil dieser Kohorte ist gar nicht oder nur teilweise wahlberechtigt, deshalb sind alternative Partizipationsmöglichkeiten ein wichtiges Thema.

Eine mögliche Zielvorstellung für ein „Haus der Demokratie“ wäre, Kinder und Jugendliche an den Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Lebenswelt betreffen. Erleben junge Menschen, dass sie gehört werden, entwickeln sie ein Beteiligungsverständnis, das für demokratische Teilhabe ein wichtiges Fundament darstellen kann (Gürlevik et al. 2016: S. 13 f.).

Hinsichtlich des demokratischen Kompetenzerwerbs sind Modellspiele besonders für sehr junge Gruppen geeignet.

Für Kinder im Grundschulalter sind Bildungsangebote, die es schaffen, komplexe Inhalte auf einem geringen Abstraktionsniveau zu vermitteln, besonders wichtig.

Für diese Altersgruppe ist das Signal der Inklusion und Offenheit des politischen und gesellschaftlichen Diskurses als Prävention für Politikverdrossenheit bedeutend, so dass auch Kinder- und Jugendliche aus ‚politikfernen‘ Milieus Teilhabemöglichkeiten erkennen und Selbstwirksamkeit erleben.

Für die Gruppe der jungen Menschen ist auch das nachhaltige Entwicklungsziel der Vereinten Nationen ‚Global Citizenship Education‘ als Zukunftsthema relevant und sollte durch entsprechende Maßnahmen gefördert werden.

2.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

2.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

Die Zahlen in Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie unterscheiden sich in den verschiedenen Studien leicht. Insgesamt ist die Zustimmung zur Idee der Demokratie unter jungen Menschen sehr hoch (87%) und die Zustimmung zur Demokratie in der BRD hoch (77% bzw. 63%). In Westdeutschland sind die Zustimmungswerte jeweils ein bisschen höher als in Ostdeutschland (Albert et al. 2019; Gaiser et al. 2016). Zudem gilt, dass die Zufriedenheit auch mit der Populismusaffinität korreliert. Je eher Jugendliche populistischen Aussagen zustimmen, desto unzufriedener sind sie. 67% zeigen sich zufrieden mit den rechtsstaatlichen Institutionen, wohingegen das Vertrauen in Parteien (38%) und Politiker:innen (41%) deutlich geringer ist, genauso wie das Vertrauen in die EU (45%). Die geringe Glaubwürdigkeit der Politiker:innen zeigt sich darin, dass 71% der jungen Menschen denken, Politiker:innen würden sich nicht für ihre Anliegen interessieren. Das Interesse für politische Themen liegt mit rund 41% höher als noch zu Beginn der 2000er (Gaiser et al. 2016). Insgesamt ist das Interesse abhängig von den Faktoren Alter (je älter desto interessierter), Geschlecht (‚gender gap‘, junge Männer interessierter als Frauen) und Bildung (je höher der Bildungsgrad desto höher das Interesse). Die Affinität zu populistischen Einstellungen zeigt sich in den Studien vor allem an der Zustimmung zu Aussagen, die Kritik am ‚Establishment‘ üben und die Annahmen eines ‚Meinungsdiktats‘ treffen

(genaue Aufschlüsselung Gaiser et al. 2016). Generell gilt: je höher der angestrebte Bildungsgrad desto geringer die Populismusneigung. Im Osten ist die Populismusaffinität höher als im Westen (im Osten machen die Gruppen der Populismus-Geneigten und Nationalpopulist:innen 42% aus, im Westen 31%).

2.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

56% der männlichen und 44% der weiblichen Jugendlichen bezeichnen sich als gesellschaftlich engagiert (Gaiser et al. 2016). Dabei ist der Anteil der jungen Frauen, die dezidiert politisch engagiert sind, deutlich geringer. Der Bildungsgrad bestimmt maßgeblich, wie hoch die Chance der politisch-gesellschaftlichen Teilhabe ist. Perspektivisch könnten sich 45% vorstellen, ein politisches Projekt mitzugestalten, doch nur 27% haben das schon mal getan. Nur 3% sind Mitglied einer Partei, aber fast jede.r dritte könnte sich vorstellen, ein politisches Amt zu übernehmen und sogar 38%, in einer Gewerkschaft aktiv zu werden. Insgesamt sollte Engagement nach der Meinung der Jugendlichen möglichst flexibel und individuell gestaltbar sein (Gaiser et al. 2016).

Für die Gruppe der jungen Menschen sind die Partizipationsmöglichkeiten ein wichtiges Thema. Ihr politisches Interesse korreliert positiv mit den Partizipationsmöglichkeiten, wobei diesbezüglich vom Kindergarten bis zur Oberstufe, aber auch ‚in den Medien‘ ein Defizit herrscht (Gürlevik et al. 2016: 13 f.). Trotzdem sind immerhin 61% bereit, mit anderen über politische Ansichten zu sprechen. 20% beabsichtigen, als Erwachsene nicht an Wahlen teilzunehmen. Dabei ist die Bereitschaft zur staatsbürgerlichen Partizipation bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund geringer als bei jungen Menschen ohne. Das Konzept der Bürger:innenschaft wird eher als privates (z.B. wirtschaftliche Sicherung der Familie, individuelle Meinungsfreiheit) und weniger als politisches (z.B. Engagement in Parteien, Wahlrecht, Demonstrationsrecht) verstanden (Abs/Hahn-Laudenberg 2017).

Das fehlende Vertrauen und Glaubwürdigkeitsdefizite von Politiker:innen und Parteien führen zur Distanzierung vom politischen System. Das Verhältnis von Jugend und Politik könnte durch folgende Strategien verbessert werden: direkte Einflussmöglichkeiten ausbauen (z. B. Wahlalter senken oder Familienwahlrecht einführen); konsultative Einflussmöglichkeiten stärken (z.B. Kinder- und Jugendparlamente/-Beiräte) und/oder advokative Einflussmöglichkeiten (z.B. Interessensvertretung durch Kinder- und Jugendbeauftragte) (Gürlevik et al. 2016: 15). Zudem könnte das Augenmerk neben konventionellen verstärkt auf problem- bzw. zweckorientierte Beteiligungsverfahren (wie Petitionen, Demonstrationen, Internet etc.) gelegt werden (Gille et al. 2016: 189). Kinder und Jugendliche sollten vermehrt als Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt anerkannt werden. Die Mitsprache in Entscheidungsprozessen sollte mit der Möglichkeit einhergehen, auch entscheiden zu können. Mangelt es an dieser Einbindung, verlieren junge Menschen das Interesse und fühlen sich nicht verantwortlich für das Geschehen. Sie erleben sich selbst nicht als eigenständige Akteur:innen, verlieren das Interesse und ihr Engagement nimmt ab (Palentien 2016).

2.2.3 THEMENAFFINITÄTEN

Zu den wichtigsten Themen für junge Menschen zählen Umwelt- und Klimaschutz. Darüber hinaus interessieren sie sich für das Miteinander in der Gesellschaft. So geben sie an, dass Gerechtigkeit, Respekt und Achtsamkeit und Engagement für sie wichtig sind. In der Reihenfolge der Bedeutung von Lebensbereichen steht die Familie (Eltern und Geschwister) an oberster Stelle. Darauf folgen Freizeit und Erholung, Freund.innen und Bekannte und dann die Schul- und Berufsausbildung. Am unwichtigsten sind ihnen Religion, Politik und Engagement in Vereinen und Verbänden. Betrachtet man die Ergebnisse zusätzlich noch nach Geschlecht, bewerten junge Frauen alle Lebensbereiche etwas höher als junge Männer, mit Ausnahme von Engagement und Politik. Besorgt denken junge Menschen über die Kontrolle ihrer Daten im Netz, Hate Speech und Fake News nach (Gaiser et al. 2016).

2.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Die Kohorte der jungen Menschen bringt einen anderen Umgang mit digitalen Medien mit. Die Möglichkeiten des Internets verändern politische Kommunikation, es werden andere Plattformen genutzt und die Grenzen zwischen global/lokal und privat/öffentlich sind fließend (Groebel 2016). 20% der jungen Menschen beziehen ihre Informationen von Nachrichten-Websites und Newsportalen, 14% über Social Media und Messenger-Dienste und 9% über YouTube. Die ‚klassischen‘ Informationsquellen (Fernsehen, Radio und Print, aber auch Diskussionen mit Eltern) werden zwar auch genutzt, Internet und Social Media sind aber mittlerweile die wichtigere Quelle. Trotzdem ist das Vertrauen in klassische Medien größer (weniger groß in Ost- als in Westdeutschland) und das Vertrauen in YouTube, Facebook oder Twitter gering (Albert et al. 2019).

2.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Eine spezifische Barriere ist für junge Menschen insbesondere ihr sozioökonomischer Hintergrund. Die abgefragten Bereiche korrelieren fast durchweg mit ihrer sozialen Herkunft.

2.2.6 WEITERE RELEVANTE ASPEKTE

Forderungen junger Menschen: mehr Beteiligungsmöglichkeiten, ernst genommen werden (Albert et al. 2019).

2.3 FAZIT

Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ist in vielen Dimensionen heterogen und zeigt daher eine große Vielfalt an Bedarfen in der Politischen Bildung auf. Insbesondere hängen politisches Wissen und Partizipation stark von der sozialen Herkunft der Jugendlichen ab (Schulz et al. 2018: 201 f.). Ihre

Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie ist sehr hoch und die Zustimmung zum Zustand der Demokratie in Deutschland immerhin hoch. Dabei ist die Akzeptanz bei den Jugendlichen geringer, die populistische Tendenzen aufweisen. Das Vertrauen junger Menschen in Politiker:innen und Parteien ist hingegen eher gering. Insgesamt ist das politische Interesse abhängig von den Faktoren Alter (je älter desto interessierter), Geschlecht („gender gap“, junge Männer interessierter als Frauen) und Bildung (je höher der Bildungsgrad desto höher das Interesse). Ungefähr die Hälfte der Jugendlichen bezeichnet sich als gesellschaftlich engagiert, wobei der Wert bei jungen Männern höher ist als bei jungen Frauen und zudem stark von dem (angestrebten) Bildungsabschluss abhängt.

Das Vertrauen in und das Interesse an Politik könnte durch die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden. Aufgaben eines Demokratiezentriums können sich darauf konzentrieren, die Ungleichheitsstrukturen zu verringern und Inklusion und Zugänglichkeit des politischen Prozesses für verschiedene Gruppen zu erleichtern. Ferner weisen Kinder und Jugendliche thematische Partikularinteressen auf. Sie schreiben Klima- und Umweltschutz eine hohe Bedeutung zu und äußern Sorgen zu Hate Speech im Netz. Diese besonderen Interessenschwerpunkte junger Menschen können in verschiedenen Programmformaten aufgegriffen werden. Ein weiterer Aspekt ist ihre starke Affinität zur Digitalisierung und neuen Medien. Virtuelle Formatangebote bis hin zu Modellspielen in *Virtual Reality* sollten für diese Gruppe besonders attraktiv sein.

3. LGBTIQ*-PERSONEN

3.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

3.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

Die Bezeichnung der Gruppe soll der Kritik an der binären Geschlechtervorstellung von Gesellschaften Ausdruck verleihen. Dies ist zum einen notwendig, um über sich selbst sprechen zu können. Zum anderen benötigt man dafür positiv besetzte Begriffe bzw. nicht-abwertende Begriffe, die vorher in der Sprache zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt nicht vorkamen. Teilweise als Synonym, teilweise als Teilbegriff des Akronyms LGBTIQ* wird der Begriff „queer“ verwendet. Queer verweist im Kontext der Queer-Theorie ebenfalls auf Praktiken und gesellschaftliche Positionen, die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Normen in Frage stellen. Teilweise dient sie jedoch auch der identitätsbasierten Selbstbezeichnung, um die Politisierung ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität zu vermeiden (Sauer 2018).

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die Anfang September 2020 veröffentlicht wurde, ermittelte die Diskriminierung von LGBTIQ*-Menschen in der Arbeitswelt (siehe auch im Folgenden: de Vries et al. 2020). Als Ergebnisse lassen sich festhalten, dass ein Drittel der LGBTIQ*-Personen in Deutschland innerhalb der letzten zwei Jahre am Arbeitsplatz diskriminiert wurde. Bei transsexuellen Menschen sind es 43%. Das Arbeitsleben zählt zu den Bereichen, in denen LGBTIQ*-Personen am häufigsten Diskriminierung erfahren. Die Studie des DIW weist zudem darauf hin, dass sich die Probleme für LGBTIQ*-Personen häufig um die Themen Beschäftigungsbedingungen und Beförderung drehen. Die Zahl der ‚geouteten‘ LGBTIQ*-Personen variiert stark bezüglich der Wirtschaftszweige. Es kommt hinzu, dass in den Wirtschaftszweigen, in denen sich LGBTIQ*-Personen weniger häufig ‚outen‘, sie auch einen kleineren Teil der Beschäftigten ausmachen. Die Studie führt die ungleiche Verteilung von LGBTIQ*-Personen in den einzelnen Wirtschaftszweigen auf strukturelle Hürden zurück. Zudem vermeide man einzelne Branchen, in denen die Akzeptanz von LGBTIQ*-Personen nicht oder kaum vorhanden ist, was ebenfalls erkläre, warum die Gruppe über die einzelnen Branchen so ungleich verteilt sei. Ein offenes Betriebsklima gegenüber LGBTIQ*-Personen ist den befragten Angehörigen dieser Gruppe besonders wichtig und steht an dritter Stelle, nach den Aspekten „interessante Tätigkeit“ und „sichere und gesunde Arbeitsbedingungen“.

3.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

LGBTIQ*-Personen werden häufig auch als Mitglieder der LGBTIQ*-Community bezeichnet. Wie von Gangarova und von Unger beschrieben wird, ist der Umgang mit dem Begriff der Community und der Gruppenbeschreibung problematisch, da er aufgrund gewisser Merkmale eine Homogenität und Interessensgleichheit suggeriert, welche unter Umständen nicht gegeben ist (Gangarova/von Unger 2020). So werden LGBTIQ*-Personen aufgrund des Merkmals zusammengefasst, dass sie, wie oben beschrieben, von einer vermeintlich gesellschaftlichen Norm abweichen. Ausschlaggebend sei aber laut der Autorinnen die Selbstidentifikation als LGBTIQ*-Person, um dieser Kritik zumindest teilweise entgegenwirken zu können (ebd.: 15–151). Dies wird auch in der Umfrage der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union aufgegriffen. So wurden in dieser Umfrage Personen in der Zielgruppe erfasst, die sich selbst als schwul, lesbisch, bisexuell, transgender oder intersexuell begreifen. Dies sei ein „umbrella term“, in der Analyse werde jedoch auch auf die einzelnen Subgruppen eingegangen, sodass die Unterschiede zwischen diesen hinsichtlich Grundrechtsfragen deutlich werden (European Union Agency for Fundamental Rights 2020: 9).

Anhand der DIW-Studie lassen sich dennoch auch einige Gemeinsamkeiten erkennen. LGBTIQ*-Personen sind im Gegensatz zu heterosexuellen Beschäftigten überdurchschnittlich im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt, unterdurchschnittlich jedoch im Primärsektor. Zudem zeichnet sich in der Studie ein weit über dem Durchschnitt liegender Prozentsatz an LGBTIQ*-Personen ab (im Vergleich zu heterosexuellen Menschen), der die (Fach-)Hochschulreife erlangt und daraus folgend auch den Hochschulabschluss. Unterdurchschnittlich vertreten sind LGBTIQ*-Personen jedoch in der Gruppe der Menschen mit Berufsausbildung im dualen System (de Vries et al. 2020: 622).

3.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

3.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

In der Umfrage der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gaben 6% der befragten Personen in Deutschland an, dass die eigene Regierung in Bezug auf die Bekämpfung von Vorurteilen und Intoleranz gegenüber LGBTIQ*-Personen genug tue. 35% gaben an, dass die Regierung wahrscheinlich genug unternehme (yes, probably), 45% hingegen, dass sie wahrscheinlich zu wenig unternehme und 14%, dass auf jeden Fall zu wenig gegen Intoleranz und Vorurteile unternommen werde. Damit liegt Deutschland etwas über dem EU-Durchschnitt (European Union Agency for Fundamental Rights 2020: 14).

In der LGBTIQ*-Studie zur Bundestagswahl 2017, die im Folgenden noch weiter aufgegriffen wird, stimmen 99,2% sehr oder eher zu, dass das politische System demokratisch sein sollte. Jedoch wird angemerkt, dass 46,7% der Teilnehmer:innen in Deutschland eine Expert:innen-Regierung befürworten, was von den Autor:innen als Indikator für die Krise der repräsentativen Demokratie gewertet wird (de Nève et al. 2018: 152–153).

3.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

Die LGBTIQ*-Wahlstudie zur Bundestagswahl 2017 verdeutlicht unterschiedliche Aspekte hinsichtlich des Engagements von LGBTIQ*-Personen. So ist mehr als die Hälfte der Befragten gesellschaftspolitisch aktiv, ein Drittel der Befragten engagiert sich im Bereich LGBTIQ* (de Nève et al. 2017: 5–6). Zudem interessieren sich die Befragten überdurchschnittlich stark für Politik, laut der Studie gilt dies besonders für Anhänger:innen der AfD sowie der CDU/CSU und der FDP (de Nève et al. 2017: 5). Das Engagement zeigt sich auch in Mitgliedschaften der Befragten: 34,1% der Befragten sind in einem Verein oder einer NGO aktiv, 10,9% sind Mitglied einer Gewerkschaft und 20,2% Parteimitglieder (de Nève et al. 2017: 6).

3.2.3 THEMENAFFINITÄTEN

Die Studie politischer Prioritäten im Kontext der Wahlen in Berlin 2016 (Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2016) und Wien 2015 kam zu folgenden Ergebnissen: Die individuelle Wahlentscheidung in Berlin wurde dominiert von (1.) der Wohnungspolitik, (2.) Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik, (3.) Sicherheitspolitik. Dies sind damit nicht Themen, die einen expliziten Bezug zu LGBTIQ*-Personen haben (de Nève/Ferch 2018: 125–126). Dennoch ist laut der Studie wichtig, dass sich im programmatischen Angebot und der politischen Praxis eine in Bezug auf LGBTIQ*-Personen freundlich ausgerichtete Politik zeigt, z.B. durch Solidarität mit der „Community“ (ebd.: 128). Auch die Parteienaffinität wurde untersucht. Dabei weisen die Befragten die höchste Affinität zur Partei Bündnis 90/die Grünen auf, an zweiter Stelle zu Die Linke und an dritter zur SPD, jedoch

jeweils mit deutlichen Abständen von ca. zehn Prozentpunkten (ebd.: 129). In Berlin entscheiden sich 7% für die AfD (ebd.: 130).

In der darauffolgenden Studie im Rahmen der Bundestagswahl 2017 wurden ebenfalls die Parteipräferenzen untersucht (de Nève et al. 2018; de Nève et al. 2017). Hier ergibt sich auf den ersten drei Plätzen die gleiche Präferenz, jedoch prozentual wesentlich näher beieinander. Es zeichnet sich ein Bild ab, welches LGBTIQ*-Personen im Wesentlichen als links bzw. links der Mitte zeichnet. Während die Zustimmungswerte bei FDP und SPD denen konventioneller Umfragen gleichen, haben überdurchschnittlich viele Befragte eine Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke und überdurchschnittlich wenige eine Präferenz für die CDU und die AfD.

Die Studie differenziert die Ergebnisse zudem nach den einzelnen Subgruppen aus. Lesbische Personen haben demnach eine stärkere Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke als schwule Personen. Diese haben hingegen eine stärkere Präferenz für die FDP, SPD, CDU/CSU und die AfD. Transgenderpersonen weichen in der Studie zur Bundestagswahl 2017 stark ab. So weisen 44% eine Präferenz für Die Linke auf. Auf dem zweiten Platz folgen die Grünen mit 28,6%. „Die Anteile der Trans*Personen, die sich für die SPD, die FDP oder die CDU/CSU entscheiden, sind indes deutlich niedriger. Die AfD findet bei der LGBTIQ*-Wähler:innenschaft insgesamt nur wenig Unterstützung: 3,4% der Schwulen, 1,2% der Lesben und 1,2% der Trans*Personen geben an, die AfD wählen zu wollen“ (de Nève et al 2017). Die Gruppe kann nicht als Stammwähler:innen bezeichnet werden. Die Themen, die im Kontext der Parteipräferenzen wichtig sind, betreffen Homophobie und Diskriminierung. Ähnlich wie in der Studie zu den Wahlen in Berlin und Wien sind diese Themen jedoch nicht wahlentscheidend. Hier stehen Themen wie die Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, Umweltschutz und Bildungspolitik im Vordergrund (de Nève et al. 2017).

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) versucht als Bürgerrechtsverband auf nationaler Ebene, Einfluss auf solche Entscheidungen zu nehmen, die die Belange der LGBTI-Personen betreffen. Im Oktober 2020 gab es ein Treffen des Bundespräsidenten Steinmeier mit dem LSVD. Das Treffen befasste sich mit den Themen Hasskriminalität, Corona, Regenbogenfamilien, LSBTI-Geflüchtete (deutsches Akronym, im Gegensatz zu LGBTIQ fehlt hier die queere Subgruppe) und die internationale Menschenrechtspolitik. Schaut man sich die Website an, so wird an den ausgewählten Themen deutlich, dass sich der LSVD mit den Rechten von LGBTI auf transnationaler Ebene zu solidarisieren scheint (LSVD 2020). Eine Forderung, die auch in diesem Jahr beim Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie vom Bündnis Akzeptanz und Vielfalt in Frankfurt thematisiert wurde, ist die Ergänzung des Artikels 3 GG. Dem Absatz drei soll hinzugefügt werden, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf (LSVD o.D. a). Auch geht es dem Verband im Bereich der politischen Themen besonders um die Anerkennung und Sichtbarkeit von LGBTIQ*-Personen. 2008 wurde zudem ein nationales Denkmal der vom Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Deutschland errichtet, welches ebenfalls ein Anliegen des LSVDs darstellte (LSVD o.D. b).

3.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Dieser Aspekt lässt sich besser über andere Zielgruppen definieren, da andere Faktoren hier einen größeren Einfluss nehmen als die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identifikation.

3.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Spezifische Barrieren scheinen anhand der vorgestellten Datenlage insbesondere im Bereich der Offenheit und Akzeptanz, die von gesellschaftlichen Räumen und Orten gezeigt wird, zu liegen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Integration von LGBTIQ*-Personen in das Demokratiezentrum vor der Herausforderung steht, solche offenen Räume zu schaffen. Gleichzeitig ist es auch von Bedeutung, auf die Gruppe aktiv zuzugehen, denn die Zielgruppe scheint eher eine geschlossene Gruppe darzustellen, die sich vorwiegend in den gesellschaftlichen Bereichen zu öffnen und zu integrieren scheint, in denen sie bereits „ein Standbein“ hat. Zudem zeigt die Studie des DIW (de Vries et al. 2020), dass LGBTIQ*-Personen am häufigsten in der Öffentlichkeit bzw. in der Freizeit Diskriminierung erleben.

3.3 FAZIT

Hinsichtlich der Zielgruppe LGBTIQ*-Personen lässt sich festhalten, dass sie als politisch interessierte Gruppe charakterisiert werden kann, die sich im Parteienspektrum mehrheitlich links bzw. links der Mitte verorten lässt. Dabei geht es nicht darum, dass die angebotenen politischen Themen sich mit LGBTIQ*-spezifischen Anliegen beschäftigen, denn thematisch beziehen sich die Präferenzen eher auf Themen wie Bildungspolitik, Umweltschutz und Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik. Dennoch ist es bedeutend, dass die Parteien Offenheit, Toleranz und Akzeptanz für die Zielgruppe zeigen.

Dies leitet über zum zweiten wichtigen Aspekt für die Zielgruppe. Ein Problem, das weiterhin für diese Zielgruppe besteht, ist die Gefahr der bzw. Betroffenheit von Diskriminierung, insbesondere in der Öffentlichkeit, im Privaten und im Berufsleben und die Wahrnehmung, die eigene Orientierung und Identität nicht offen ausleben zu können. Ein Demokratiezentrum sollte dementsprechend dieser Gefahr gegenüber sensibel und präventiv handeln. Um die Zielgruppe zu integrieren, könnte es hilfreich sein, aktiv LGBTIQ*-Personen, die als Akteur:innen in Frankfurt vernetzt sind, einzubinden, um so Entwicklungen zu verhindern, wie sie bspw. im Berufsleben eingetroffen sind (es werden tendenziell ähnliche Berufe ergriffen; in den Wirtschaftszweigen, in denen weniger LGBTIQ*-Personen arbeiten, outen sich auch weniger).

Die Formate betreffend könnte es hier insbesondere relevant sein, die Zielgruppe intersektional sichtbar zu machen, beispielsweise im Bereich der Familien, Senior:innen, Migrant:innen etc. Gleichzeitig ist es eventuell zu diskutieren, ob nicht geschützte Räume des Demokratiepraktizierens wertvoll und sinnvoll sind, in denen sich nur Menschen der Zielgruppe LGBTIQ* treffen.

4. MIGRANT.INNEN

4.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

4.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

In der Forschung besteht grundsätzlich Konsens, dass die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund gering bzw. niedriger als die der übrigen Bevölkerung ist („participation gap“) (Müssig/Worbs 2012: 41; Sauer 2016: 274; Alpiger/Vatter 2017: 17; Pradner/Grausgruber 2019: 211). Dies äußert sich anhand verschiedener Indikatoren wie beispielsweise einem geringeren politischen Interesse an deutscher Politik im Vergleich zur Politik des Heimatlandes (Sauer 2011: 158), niedrigerer Wahlbeteiligung bereits eingebürgerter Migrant.innen (Sauer 2016: 264) und geringer Teilnahme an deliberativen Bürger.innenbeteiligungsformen. Gleichzeitig sehen Migrant.innen (stellenweise) ihre Interessen nicht oder nur unzureichend durch politische Institutionen in Deutschland repräsentiert (ebd.: 268), was wiederum die Integration erschwert. Dennoch konstatieren Wissenschaftler.innen grundsätzlich eine hohe Engagementbereitschaft von Migrant.innen, welche künftig ausgeschöpft werden sollte (Klie, A. 2016; Pokorny 2016; Simonson et al. 2017: 27). Um diese Bevölkerungsgruppe jedoch im Zuge der Implementierung des Demokratiezentrum in Frankfurt am Main in angemessenem Maße berücksichtigen zu können, sind die Ursachen und Hinderungsgründe für die mangelnde politische Partizipation sowie Maßnahmen zur Einbeziehung von Migrant.innen ausfindig zu machen.

4.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

Die Gruppe der Migrant.innen ist aufgrund des breiten Spektrums an Herkunftsländern, soziodemografischer Merkmale (u. a. Alter, Bildung, Einkommen) und aufenthaltsrechtlicher Status sehr heterogen. Diese Vielfalt an Merkmalen führt zu einer ebenso breiten Spanne an politischer Partizipation.

4.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

4.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

Gemäß der herangezogenen Studien sind die Personen mit Migrationshintergrund zufrieden mit der Demokratie Deutschlands. In der Studie von Pokorny (2016) waren 22% der Deutschen ohne Migrationshintergrund mit der Demokratie sehr zufrieden, 28% der Deutschen mit Migrationshintergrund und 38% der Ausländer.innen. Nur 9% der Deutschen mit Migrationshintergrund und 6% der Ausländer.innen waren mit der Demokratie nicht zufrieden. Die Gründe für die Unzufriedenheit sind uneindeutig (Pokorny 2016: 43).

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung (2019) gibt Aufschluss darüber, dass Christ.innen (93%), zugezogene Muslim.innen (92%) und in Deutschland geborene Muslim.innen (90%) zu ähnlichen Anteilen die Demokratie für eine gute Regierungsform halten (Pickel, G. 2019: 41). Während 72% der Gesamtbevölkerung der Meinung sind, dass die Demokratie im Land gut funktioniert, sind es bei den Muslim.innen 78%. Hingegen haben 54% der Muslim.innen kein Vertrauen in Politiker.innen, was einen leicht erhöhten Wert gegenüber der Gesamtbevölkerung darstellt (46%) (Pickel, G. 2019: 45). Bilodeau (2014) ermittelt, dass Migrant.innen aus teilweise oder nicht-demokratischen Ländern der Demokratie starke Unterstützung entgegenbringen (Bilodeau 2014: 359).

Raschke und Westle (2018) untersuchen die politische Unterstützung von Migrant.innen gegenüber den Demokratien europäischer Staaten. Sowohl Migrant.innen aus demokratischen Heimatländern als auch aus nicht-demokratischen Heimatländern zeigen im Mittelwert leicht höhere diffuse Unterstützung (pro-/contra-Grundhaltung) gegenüber der deutschen Demokratie, gemessen am Landesdurchschnitt der Einheimischen. Die Ergebnisse sind jedoch signifikanter für die diffus-spezifische Unterstützung (Evaluationen, z. B. gut/schlecht, zufrieden/unzufrieden) der Demokratie, die sowohl für Migrant.innen mit demokratischen und nicht-demokratischen Heimatländern zu finden ist (Raschke/Westle 2018: 324, 333). Die Regressionsanalyse⁶ zeigt, dass die Aufenthaltsdauer nur für die diffus-spezifische Unterstützung von Migrant.innen aus nicht-demokratischen Heimatländern signifikant (0.05) ist. Das politische Interesse hingegen ist für die diffuse Unterstützung von Migrant.innen aus demokratischen sowie nicht-demokratischen Heimatländern hochsignifikant. Die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage korreliert außerdem positiv und statistisch signifikant mit der diffus-spezifischen Unterstützung der Demokratie. Zusammenfassend kommen die Autor.innen zu dem Schluss, dass die Ergebnisse eher für die Transferability-Theorie, nicht jedoch für die Resistance-Theorie sprechen, d. h., Migrant.innen zeigen eine offene Haltung gegenüber den politischen Verhältnissen im Aufnahmeland (ebd.: 337).

4.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

Das Engagement bzw. die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund ist sehr heterogen und von verschiedenen Faktoren abhängig.

Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014 gibt Auskunft darüber, dass sich ca. 46,8% der Personen ohne Migrationshintergrund engagieren, jedoch nur 31,5% der Personen mit (Klie, A. 2018: 435). In Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit engagieren sich zu 43,2%, ohne deutsche Staatsangehörigkeit jedoch nur 31,1%. Am wenigsten engagiert sind Personen mit eigener Migrationserfahrung ohne deutsche Staatsangehörigkeit (21,7%)⁷ (Simonson et al. 2017: 27).

6 Mangelnde Spezifikation im Artikel, auf Basis welcher Migrant.innengruppe diese Regression durchgeführt wurde.

7 Diese Unterschiede seien nur anteilig auf Differenzen in Alter, Bildung und Einkommen zurückzuführen; stattdessen wirken sich laut der Autor.innen bestimmte Erfahrungen in Kindheit und Jugend sowie die Staatsangehörigkeit auf das freiwillige Engagement aus.

Nach herrschender Meinung wird die politische Partizipation von Migrant.innen durch eine Vielzahl an soziodemografischen Charakteristika beeinflusst, wie z. B. geringes Einkommen, geringe Bildung oder das Alter (Sauer 2016: 274). Pradner/Grausgruber (2019) ermittelten in einer Studie zu Österreich, dass Frauen mit Migrationshintergrund geringeres politisches Interesse zeigen als Männer sowie jüngere Personen geringeres als ältere (Pradner/Grausgruber 2019: 211). Das politische Interesse von Migrant.innen steigt bei zunehmender Bildung sowie Kompetenz der Sprache des Aufnahmelandes (ebd.: 211). Eine Studie zu Migrant.innen in Italien zeigt, dass männliches Geschlecht, hohe Bildung und das Leben in einem kleinen Haushalt starke Determinanten von Engagement von Migrant.innen sind (Ortensi/Rinioli 2020: 148). Zudem unterscheidet sich die politische Partizipation von EU-Staatsangehörigen nicht signifikant von Migrant.innen von außerhalb der EU, obwohl die EU-Staatsbürgerschaft mehr formelle Partizipationsrechte einräumt (ebd.: 149).

Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen sowie die Einbindung in Netzwerke erhöhen die Bereitschaft zur politischen Beteiligung (Söhn/Marquardsen 2017: 25). Für eine Studie aus der Schweiz mit Migrant.innen aus Italien, der Türkei und dem Kosovo ermittelten Eggert und Giugni (2010) ebenfalls, dass die Mitgliedschaft in freiwilligen Vereinigungen positiven Einfluss auf deren politisches Interesse und Partizipation hat (Eggert/Giugni 2010: 175, 198).

Verschiedene Studien geben Aufschluss darüber, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Personen mit Migrationshintergrund engagiert sind. Die Bereiche Kirche und Religion sowie Kultur und Musik gehören durchweg zu den fünf am häufigsten genannten Engagementbereichen; diese umfassen auch Sport und Bewegung, Kindergarten und Schule sowie Soziales, wenn auch in unterschiedlicher Rangordnung (Huth 2013: 48; Pokorny 2016: 26; Simonson et al. 2017: 619, 621; Klie, A. 2018: 443). Engagement im Bereich Politik und Interessenvertretung ist in den betrachteten Studien stets schwächer ausgeprägt: Laut Pokorny (2016) sind ca. 11% der Deutschen ohne Migrationshintergrund, 6% der Deutschen mit Migrationshintergrund und 7% der Ausländer.innen in diesem Bereich engagiert (Pokorny 2016: 26); ähnliche Ergebnisse finden Simonson et al. (2017: 619) mit 8,8% der Personen ohne Migrationshintergrund und 5,6% der Personen mit Migrationshintergrund.⁸

Gemäß Huth (2013) sind die zwei meistgenannten Organisationen, im Rahmen derer Personen mit Migrationshintergrund ihr Engagement praktizieren, Vereine und religiöse Einrichtungen (Huth 2013: 69).

Verschiedene Studien betonen die Relevanz von Migrant.innen(selbst)organisationen, um die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zu stärken. Trotz der Kontroverse, ob diese Organisationen desintegrative oder integrationsfördernde Wirkung haben, sprechen sich einige Autoren für letztere aus (Hunger/Metzger 2011; Kabis-Staubach/Hermanns 2011; Halm 2015; Klie, A. 2016; Rohr et al. 2017). Im Verlauf der letzten Jahrzehnte (Beginn ca. 1970) wurden tendenziell immer mehr Migrant.innenorganisationen im Flüchtlingsbereich gegründet (Huth 2019: 11). Die Mehrheit dieser Migrant.innenorganisationen versteht sich als Dachverband bzw. politische Interessenvertretung so-

8 Es konnten keine Informationen darüber erzielt werden, an welchen Themen innerhalb des Bereichs Politik und Interessenvertretung Personen mit Migrationshintergrund (kein) Interesse haben.

wie (interkulturelles) Begegnungs- und Bildungszentrum (Huth 2019: 14). Die überwiegende Mehrheit der Migrant.innenorganisationen besitzen dabei keine religiöse Prägung (ebd.: 16). Einige von ihnen erfüllen ihre Tätigkeit unter vergleichsweise schlechten Arbeitsbedingungen (Sauer 2016: 274; Huth 2019: 21). In den vergangenen Jahren ist die Anerkennung dieser Organisationen gestiegen (Roth 2018: 646).

Migrations- bzw. Integrationsräte stellen eine weitere populäre Engagementform von Personen mit Migrationshintergrund dar. Ihnen wird jedoch geringe politische Einflussnahme zugeschrieben: Ihre Funktionen sind nur beratend, die Wahlbeteiligung und Legitimation niedrig sowie Beschlüsse unverbindlich. Integrationsräte können weiterhin nur begrenzt die Heterogenität der Personen mit Migrationshintergrund repräsentieren (Roth 2018: 636, 644; Kersting 2020: 185).

Aus dem Deutschen Freiwilligensurvey 2014 geht hervor, dass das externe Engagementpotenzial von Personen mit Migrationshintergrund grundsätzlich höher ist als das von Personen ohne: 13,6% der Migrant.innen sind „sicher bereit“, sich zu engagieren, und 10,8% der Personen ohne Migrationshintergrund (Simonson et al. 2017: 601). Eventuelle Bereitschaft zeigen 54,5% der Migrant.innen und 45% der Personen ohne Migrationshintergrund (ebd.: 618).

Als Hinderungsgründe für freiwilliges Engagement finden sich u. a. knappe zeitliche Ressourcen, privates Engagement für Familie und Haushalt und ein Mangel an interessanten Angeboten (Sauer 2011: 253). Eine Studie mit türkischen Migrant.innen belegt, dass diese Personen zwar grundsätzlich stärkeres Interesse an türkischer Politik haben (Frauen 9,9%, Männer 22,4%), jedoch auch an deutscher Politik interessiert sind (Frauen 21,8%, Männer 37,6%) (Sauer 2011: 158). Teilweise ist Migrant.innen nicht bekannt, wo welches Engagement möglich ist (Alpiger/Vatter 2017: 52-53). Zudem fühlen sich Migrant.innen partiell nicht willkommen und dadurch bei Aufrufen zur Bürger.innenbeteiligung nicht angesprochen (Friesecke 2017: 129). Weiterhin ist es möglich, dass die Migrant.innen nicht wissen oder verstehen, wie freiwilliges Engagement in Deutschland funktioniert. Gerade für Menschen, die primär auf die Sicherung ihres Lebensunterhalts bedacht sind (z. B. Arbeitssuche), kann unbezahltes Engagement unattraktiv wirken (Rast/Ghorashi 2018: 195).

4.2.3 THEMENAFFINITÄTEN

Zur Themenaffinität konnten bislang leider keine fundierten Informationen gefunden werden.

Laut Studienlage ist die primäre Erwartung beim Engagement von Personen mit Migrationshintergrund, anderen Menschen dadurch helfen zu können. Weitere häufig genannte Erwartungen sind es, Spaß bei der Ausübung der Tätigkeit zu haben, mit sympathischen Menschen zusammenzukommen, eigene Kenntnisse und Qualifikationen zu erweitern und die Lebenssituation der Migrant.innen in Deutschland zu verbessern (Sauer 2011: 231; Huth 2013: 51; Klie, A. 2018: 446).

4.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Studien zu politischer e-Partizipation von Migrant:innen sind unzureichend vorhanden. Malafaia (2013) kommt zu dem Ergebnis, dass keine grundsätzlichen Annahmen zur e-Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund getroffen werden können (Malafaia 2013: 45). Sie rät daher dazu, auch hier die Heterogenität dieser Bevölkerungsgruppe zu berücksichtigen (ebd.: 42–43). Unterschiede im ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital können Partizipationsbarrieren darstellen (ebd.: 44). Friesecke (2017) verweist zudem auf sprachliche Barrieren bei der Online-Partizipation, da die „aus der Präsenzbeteiligung bekannte soziale Schieflage“ (Friesecke 2017: 135) auch bei der e-Partizipation zutage trete.

4.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Personen mit Migrationshintergrund sind im Hinblick auf politische Partizipation mit verschiedenen Barrieren konfrontiert: Generell gehen mangelnde Sprachkompetenzen, niedriger Bildungsstand und Sozialstatus mit niedrigem Engagement von Migrant:innen einher (Alpiger/Vatter 2017: 51; Roth 2018: 647). Auch mangelnde soziale Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft kann eine Hürde für Engagement darstellen (Roth 2018: 647).

Zudem wird politischer Partizipation in der Integrations- bzw. Asylpolitik Deutschlands ein nachrangiger Status eingeräumt (Roth 2018: 630; Scherschel 2018: 132). Direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten von Migrant:innen sind grundsätzlich an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt (Sauer 2016: 258; Roth 2018: 635; Scherschel 2018: 131). In Bezug auf Wahlen besitzen nur eingebürgerte Personen das passive und aktive Wahlrecht für alle Wahlen; EU-Bürger:innen haben dieses außerdem bei Kommunal- und Europawahlen inne. Obwohl informelle Beteiligungsangebote wie z. B. Umfragen auch für Personen mit Migrationshintergrund offenstehen, sind diese oft an den Wohnsitz gebunden, was die Beteiligung von Geflüchteten einschränkt (Kersting 2020: 184). Diese rechtlich bedingten Partizipationsbeschränkungen werden nur unzureichend durch die Einbürgerung von Personen mit Migrationshintergrund kompensiert (Roth 2018: 636; Scherschel 2018: 131).

Ein rechtlich ungeklärter Aufenthaltsstatus wirkt sich negativ auf das freiwillige Engagement der betroffenen Person aus. Eventuelle Auflagen wie z. B. räumliche Aufenthaltsbeschränkungen stellen weitere Einschränkungen bei der Ausübung politischer Partizipation dar (Söhn/Marquardsen 2017: 25–26). Laut Müssig und Worbs (2012) entwickelt sich die Motivation zur politischen Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund nach einer ersten Orientierungsphase mit zunehmender Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland sowie parallel zu den Partizipationsmöglichkeiten, die ihnen offenstehen (z. B. Wahlrecht) (Müssig/Worbs 2012: 41; Pokorny 2016; Roth 2018: 647). In der zweiten Migrationsgeneration gleicht sich das politische Interesse von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an (Pradner/Grausgruber 2019: 212).

Um Personen mit Migrationshintergrund zu erreichen, bieten sich grundsätzlich niedrigschwellige Partizipationsformen an (Friesecke 2017: 132–134). Zur Ansprache von Personen mit Migrations-

hintergrund wird die aktive persönliche Kontaktaufnahme sowie informelle Kontaktwege, z.B. über Bekannte, über religiöse Gemeinschaften oder Integrationsbeiräte empfohlen (Peucker 2010: 73–75; Alpiger/Vatter 2017: 53). Weiterhin sollten für die Teilnahme gewonnene Personen aktiv, zeitnah und konkret in das Projekt eingebunden werden (Peucker 2010: 73–75). Friesecke (2017) nennt die aufsuchende Beteiligung, das Planungsverfahren „Planning for Real“ sowie den Öffentlichen Planungs-Workshop als geeignete Bürger.innenbeteiligungsverfahren, um Migrant.innen verstärkt einzubeziehen (Friesecke 2017: 131–132). Laut dem Autor kann es sinnvoll sein, anfangs eine Veranstaltung in anderem Kontext zu planen, wie z. B. ein „Buffet der Kulturen“, um Netzwerke zu etablieren und Vertrauen zu generieren. Bestehende Netzwerke sollen genutzt werden (ebd.: 132–133; Alpiger/Vatter 2017: 53).

Um Geflüchteten Zugang zu freiwilligem Engagement zu verschaffen, werden folgende Maßnahmen empfohlen: Das Verhältnis zwischen den Projektzuständigen und den Ehrenamtlichen sollte auf Zuverlässigkeit und Kommunikation auf Augenhöhe basieren. Geflüchteten sollte die Funktionsweise von ehrenamtlichem Engagement kommuniziert werden (d. h. unentgeltliche Arbeit). Zur Einbeziehung von Geflüchteten können Migrant.innenselbstorganisationen und „Alt-Migrant.innen“ als Sprach- und Kulturmittler.innen wirken. Geflüchtete Frauen sollten über Aktivitäten angesprochen werden, mit denen sie sich identifizieren können. Das Engagement sollte außerdem anerkannt werden, z. B. durch Aushändigen eines Teilnahmezertifikats (Hessische Landesregierung 2018; Alpiger/Vatter 2017: 53).

Der Anstoß dazu, sich tatsächlich zu engagieren, ist bei Personen mit Migrationshintergrund intrinsischer Natur – d. h., eigene Erfahrungen begünstigen die Aufnahme eines neuen Engagements – oder aber externer Natur, indem Freunde, Bekannte oder leitende Personen der Engagementorganisation auf die interessierte Person einwirken. Engagierte Familienmitglieder stellen hierbei einen geringeren Engagement-begünstigenden Faktor dar (Sauer 2011: 229; Huth 2013: 66; Pokorny 2016: 29).

4.3 FAZIT

Politische Partizipation von Migrant.innen ist von einer Vielzahl an Faktoren abhängig, wie z.B. soziodemografischen Merkmalen (u. a. Alter, Bildung, Einkommen) und aufenthaltsrechtlichem Status. Im Regelfall fällt es hinter dem politischen Engagement von Einheimischen zurück. Dennoch sind Migrant.innen grundsätzlich mit der deutschen Demokratie zufrieden, und das Beteiligungspotenzial von Personen mit Migrationshintergrund ist als hoch anzusehen. Die heterogenen Sub-Gruppen sollten im Kontext des Frankfurter Demokratiezentrum-Projektes persönlich, ggf. über vertraute Dritte, angesprochen und einbezogen werden. Hierzu bieten bestimmte Verfahren der Bürger.innenbeteiligung mit niedrighwelligen Partizipationsformen geeignetere Voraussetzungen als andere, wie z. B. das Format „Planning for Real“. Kooperationen mit bestehenden Netzwerken wie z. B. Migrant.innenorganisationen sollten in Erwägung gezogen werden. Bei der Implementierung von Bürger.innenbeteiligungsmaßnahmen sollten außerdem eventuelle Barrieren, die Migrant.innen am politischen Engagement hindern (z. B. Sprachbarrieren, mangelnde Information), berücksichtigt und beseitigt werden, um die empirisch belegte Engagementbereitschaft der Migrant.innen auszuschöpfen.

5. SENIOR.INNEN/ÄLTERE MENSCHEN

5.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

5.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

Charakteristisch für die Gruppe der sogenannten ‚Älteren‘ ist, dass sie keine soziale Gruppe im soziologischen Sinne darstellt. Stattdessen beschreibt das ‚Alter‘ bzw. das ‚Altsein‘ eine ‚Lebensphase‘, die sich insofern von den anderen Lebensphasen unterscheidet, als dass sie aufgrund typischer Ereignisse und Prozesse „mit deutlichen Lebensstilveränderungen“ (Geithner 2020: 136) einhergeht. Zu nennen sind hier insbesondere: ein Nachlassen der körperlichen Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit, die Niederlegung der Erwerbstätigkeit, eine Form des sozialen Rückzugs etc. Die Gruppe der ‚Älteren‘ lässt sich in diesem Sinne nicht über ein essenzielles gemeinsames Interesse, über einen sozioökonomischen Status oder über eine rechtliche Sonderposition bestimmen (wie die vergleichbare Lebensphase von Kindern und Jugendlichen, denen noch keine politische Vollbürger.innenschaft zugestanden wird und die häufig der Schulpflicht unterliegen).

Insgesamt gilt, dass das ‚Alter‘ und das ‚Altern‘ soziologisch betrachtet komplexe gesellschaftliche Konstruktionen sind, die chronologische, biologische und soziale Momente miteinander koppeln. „Alter(n) ist“, so formulieren es Stadelbacher und Schneider, „eine institutionell und kulturell präformierte Veränderung von Rollen- und Kompetenzzuschreibungen“ (Stadelbacher/Schneider 2020: 2 f.). Diese wird in dem Vollzug von Alltagspraktiken verwirklicht. Weil das ‚Altsein‘ in diesem Sinne eine „relationale Kategorie“ (Bolze/Schwabe 2015: 68) ist, hängt es maßgeblich vom sozialen Kontext ab. Für diesen sind aktuell besonders die Auswirkungen des sogenannten ‚demographischen Wandels‘ prägend, der sich in den letzten Jahrzehnten vollzieht: Nicht nur steigt die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in Deutschland seit Jahren beständig an und liegt mit aktuell 78,4 Jahren für einen neugeborenen Jungen und 83,2 für ein neugeborenes Mädchen auf einem Rekordhoch (Statistisches Bundesamt 2019: 15, 36 f.). Vielmehr ‚altert‘ auch die deutsche Gesellschaft an sich. Dies äußert sich zum einen darin, dass die absolute Anzahl der ‚Älteren‘ und ‚Hochbetagten‘ zunimmt (von 10,4 Millionen in 1990 auf 15,9 Millionen in 2018 (Statistisches Bundesamt 2019: 24)) und dass auch deren relativer Anteil an der Gesamtgesellschaft beständig steigt (aktuell 19% (Statistisches Bundesamt 2019: 26)). Zum anderen verschieben sich relevante sozioökonomischen Parameter, weil sich das Verhältnis der ‚älteren‘ Personen (67+) zu den klassischerweise erwerbstätigen Altersgruppen (20–66) unproportional verschiebt, also der sogenannte Altenquotient zunimmt (von 20 in 1990 auf 31 in 2018 (vgl. Statistisches Bundesamt 2019: 27 f.)). Dieser Trend zu einem erheblich ungleich strukturierten Altersaufbau der Gesellschaft, in dem die Älteren ein immer größeres Gewicht bekommen, soll sich in den nächsten Jahren fortschreiben. Hauptausschlaggebend für diese Entwicklung sind neben der Verlängerung der allgemeinen Lebenserwartung insbesondere die geburtenfrüchtige sogenannte (Baby-)Boomer-Generation aus den 1950er- und 1960er-Jahren und der Rückgang der Fertilitätsrate in den darauffolgenden Dekaden.

Vor diesem Hintergrund des demographischen Wandels konfiguriert sich das Konstrukt aus chronologischem Alterungsprozess, den ein Mensch im Laufe seines Lebens durchläuft, biologischem Alterungsprozess des Körpers und sozialem Alterungsprozess der Rollenerwartung gegenwärtig neu.

Was sich dabei abzeichnen scheint, ist Folgendes: Nicht die gesellschaftlich vorherrschende (negative) Vorstellung vom ‚Altsein‘ als Lebensphase verändert sich maßgeblich, sondern dessen traditionelle Kopplung an ein bestimmtes chronologisches Alter zwischen 60 und 67 Jahren – die Phase des ‚Altseins‘ tritt immer später ein (Graefe et al. 2011: 305).

Diese Entwicklung ist von unterschiedlichen Momenten gekennzeichnet: Zum einen leben Personen in Deutschland nicht nur durchschnittlich immer länger, sondern auch die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen des biologischen Alterungsprozesses reduzieren sich durch wachsende medizinische Möglichkeiten, einen verbreiteten Anti-Aging-Lifestyle sowie gezielte Aktivierungs- und Engagementanreize. Im Durchschnitt arbeiten Menschen heute weniger schwer körperlich, sie machen länger Sport als früher, leben extrovertierter und gesundheitsbewusster, gehen im Alter wieder in die Universität etc. „Altwerden gilt immer weniger als unvermeidliches und unbeeinflussbares biographisches Schicksal, das Nicht-Altern gerät mehr und mehr zu einer Frage individuellen Bemühens bzw. Scheiterns“ (Graefe et al. 2011: 300). Zum anderen zeichnet sich eine „schleichende Verschiebung und Aufweichung dieses institutionalisierten Altersübergangs“ (Kornadt/Rothermund 2011: 292) ab. Dies liegt insbesondere daran, dass Menschen in Deutschland tendenziell bis zu einem höheren kalendarischen Lebensalter erwerbstätig sind (Richter 2020: 50–53), viele aber gleichzeitig auch vor dem Erreichen des gesetzlichen Normaleintrittsalters in Rente gehen (müssen). Die Verrentung als institutionelle Altersgrenze verliert somit zusehends an Relevanz und es stellt sich eine „Deinstitutionalisierung von Lebensläufen sowie eine Diversifizierung und Pluralisierung von Lebensweisen im Alter“ (Graefe et al. 2011: 300) ein.

Die Verschiebung der gesellschaftlichen ‚Altersparameter‘ reflektiert sich dabei auch im subjektiven Erleben der ‚Betroffenen‘. Menschen mit einem Alter von 65+ Jahren fühlen sich jeweils zwischen fünf und zehn Jahren jünger als ihr ‚kalendarisches Alter‘ herkömmlicherweise erwarten ließe (Generali Deutschland AG 2017: 30). Auch den Eintritt in die Lebensphase des ‚Altseins‘ assoziieren Menschen mit einem immer höheren kalendarischen Alter. Für das Jahr 2008 ermitteln Bolze und Schwabe, dass im bundesrepublikanischen Durchschnitt der „Altersbeginn im 73. Lebensjahr verortet [wird]“ (Bolze/Schwabe 2015: 71). Das ‚Altsein‘ konzentrierte sich daher, mit Blick auf die durchschnittliche gesellschaftliche Lebenserwartung, „auf die letzten vier bis acht Lebensjahre“ (Bolze/Schwabe 2015: 71). ‚Altsein‘ wird mit einer Art „Einbruch“ (Graefe et al. 2011: 302) der Lebensqualität assoziiert. Das „defizitäre hohe Alter“ (Geithner 2020: 122) als ‚viertes Lebensalter‘ löst das sogenannte ‚dritte Lebensalter‘ (die „Jungen Alten“) dabei tendenziell als vorherrschendes gesellschaftliches Altersbild, das mit dem entsprechenden Lebensstilwandel assoziiert wird, ab (Geithner 2020: 120 ff.). Bolze und Schwabe konstatieren in diesem Sinne, „dass Altsein prokrastiniert wird“ (Bolze/Schwabe 2015: 71).

5.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

Allgemein lässt sich zunächst eine deutliche „Heterogenität in den wahrgenommenen Altersgrenzen“ (Kornadt/Rothermund 2011: 293) in verschiedenen Bevölkerungssegmenten und in deren empirischer Erfassung ausmachen. Als kritischer „Altersmarker“ (Bolze/Schwabe 2015: 68 f.) dient in den meisten Fällen ein kalendarisches Lebensalter von 60 Jahren, 65 Jahren oder 67 Jahren – teils werden alle drei Angaben parallel geführt (vgl. Statistisches Bundesamt 2017: 9). Der ‚Deutsche Alterssurvey‘ spricht allgemeiner von der zweiten Lebenshälfte ab 40 Jahren, wobei sich mit steigenden Lebenserwartungen selbstredend auch die zweite Lebenshälfte tendenziell nach hinten verschiebt (BMFSFJ 2019).

Diese erheblichen Unterschiede in der empirischen Erfassung und Benennung von ‚Alter‘ deuten nicht nur auf eine tendenzielle Prokrastination des ‚Altseins‘ und eine gesellschaftliche Veränderung von Rollenbildern hin, sondern zeugen auch von der „großen Vielfalt und Verschiedenheit der Lebenssituationen älterer Menschen“ sowie der „Heterogenität der Lebensformen im Alter“ (BMFSFJ 2010: 514). Innerhalb von Geburten- bzw. Alterskohorten zeigt sich eine mitunter sehr große Binnendifferenzierung der Lebensrealitäten, die aus sozialen Statusunterschieden und ungleichen Gesellschaftsstrukturen resultiert. So sind etwa Altersgesundheit und Lebenserwartung stark von schichten- und einkommensspezifischen Aspekten geprägt (BMFSFJ 2017: 59). Auch die Wohn- und Lebensraumentwicklung sowie regionale Lage von Senior.innen bringt erheblich unterschiedliche Auswirkungen hervor (BMFSFJ 2017: 106–147; Menning et al. 2010; Simonson et al. 2013: 412 ff.). Besonders markant sind zudem die frappierenden Bildungsunterschiede in den älteren Generationen. Ein Blick auf die Daten des hessischen Mikrozensus von 2015 etwa zeigt, dass die aktuelle 65+-Generation im intergenerationellen Vergleich mit Abstand die wenigsten Hochschulabsolvent.innen und Realschulabsolvent.innen aufweist und dafür im Gegenzug die (wiederum mit Abstand) meisten Personen mit einem Hauptschulabschluss sowie ohne beruflichen Bildungsabschluss (Lieber 2017: 69).

Im innergenerationellen Vergleich erweisen sich speziell zwei Gruppen, die regelmäßig statistisch erfasst werden, als besonders stark von sozialstrukturellen Ungleichheitseffekten betroffen: ältere Frauen und Senior.innen mit Migrationshintergrund (Richter 2020: 74–78). Obwohl zum Beispiel das Durchschnittsrisiko für eine Altersarmut im Ganzen nicht höher als das durchschnittliche Armutsrisiko in anderen Lebensphasen ist (Börsch-Supan 2015: 105), sind ältere Frauen (insb. alleinstehende) und Senior.innen mit Migrationshintergrund signifikant stärker armutsgefährdet (28% gegenüber 10% bei Personen ohne Migrationshintergrund). Auch sind sie häufiger auf staatliche Grundsicherung (17–20% gegenüber 3%) angewiesen (Nowossadeck et al. 2017: 4, 24 f.). Darüber hinaus sind ältere Frauen nicht nur viel stärker in Reproduktions- und Pflegearbeiten eingebunden als ältere Männer (BMFSFJ 2017: 87; Nowossadeck et al. 2016: 9), sondern sie werden in einem Alter von über 80 Jahren selbst auch signifikant häufiger pflegebedürftig (Nowossadeck et al. 2016: 7). Die Mehrfachdiskriminierungen hingegen, die ein Migrationshintergrund in Deutschland mit sich brachte und bringt, haben insgesamt „meist ein Altern auf der Basis prekärer Lebens- und Gesundheitsbedingungen sowie eine Potenzierung alterstypischer Beschwerden durch migrationsbedingte Faktoren“ (Kökgiran/Kökgiran 2015: 153; vgl. auch Olbermann 2020) zur Folge.

Simonson et al. kommen deshalb zu dem Fazit: „Der Zugang zu sozialer Teilhabe ist nach wie vor ungleich verteilt“ (Simonson et al. 2013: 410). Der Politikwissenschaftler Emanuel Richter beschreibt diese „eklatante[n] soziale[n] Unterschiede“ (Richter 2020: 64) als einen „soziale[n] Spaltpilz unter den Senioren“ (Richter 2020: 14, 64), der „droht sich in einen politischen Spaltpilz zu verwandeln“ (Richter 2020: 14). Seiner Analyse nach bilden sich immer rigidere „soziale ‚Klassen‘“ (Richter 2020: 64) innerhalb der gehobenen Alterskohorten heraus und „[j]ene alternde Unterschicht, die tagtäglich um ihre Daseinsvorsorge zu kämpfen hat, fällt als Gruppe von politisch Aktiven weitgehend aus und wird nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern auch in ihrer eigenen Altersgruppe an den Rand gedrängt“ (Richter 2020: 202).

5.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

5.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

Die notwendige Binnendifferenzierung in der Gruppe der ‚Älteren‘ wird von empirischen (Demokratie-) Studien kaum abgebildet. Daten liegen zudem in unterschiedlichen Kodierungen (60+, 65+ 67+ und 70+) vor, wobei die Kategorie ‚Alter‘ häufig für sich genommen interpretiert und nicht in Bezug auf kausale Drittvariablen oder gar multivariat analysiert wird. ‚Alter‘ bleibt in diesen Studien also strenggenommen ausschließlich eine deskriptive Variable, die wenig Aufschluss über kausal-analytische Zusammenhänge gibt.

Werden diese Binnendifferenzierungen ausgeblendet, so zeigt sich, dass die Demokratiezufriedenheit in den älteren Generationen heute verhältnismäßig hoch ist. Zumindest sticht hervor, dass angesichts einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der (aktuellen Verfasstheit der) bundesdeutschen Demokratie (53,4%) die Ältesten in der Gesellschaft nach den ganz Jungen am wenigsten unzufrieden mit dieser sind (51,6%) (Decker et al. 2019: 30). Die sozialpsychologisch fundierte Studie ‚Die andere deutsche Teilung‘ der Stiftung ‚More in Common‘ hält Senior.innen in der Mehrheit für maßgebliche demokratische „Stabilisatoren“ (Krause/Gagné 2019: 18). Die Autor.innen kommen zu dem Schluss, dass in den aktuellen Generationen 60+ und 70+ (mit Abstrichen sogar schon ab 50 Jahren) solche Einstellungsdispositionen „stark überrepräsentiert“ sind (Krause/Gagné 2019: 18), die „das solide Fundament der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in Deutschland“ (Krause/Gagné 2019: 63) darstellen.

Dieser Eindruck scheint sich mit Blick auf die Formen der politischen Partizipation tendenziell zu bestätigen. Deutlich wird mit Blick auf Fragen der politischen Mitwirkung, dass die älteren Generationen stark zu konventionellen und traditionellen Formen der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung neigen. Die Autor.innen der Vertrauensstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2019 ermitteln, dass die Älteren in Deutschland mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten zwar in der Mehrheit kritisieren, diese allerdings mit 54,9% deutlich weniger problematisch finden als die mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren (Decker et al. 2019: 36). Insgesamt konstatiert die Studie, dass 49% der Älteren ein repräsentatives Demokratiemodell bevorzugen und dass die Älteren

mit einer Zustimmungsquote von rund 35% am seltensten (etwa gleichauf mit den 19- bis 34-Jährigen) für eine Direktdemokratie votieren (Decker et al. 2019: 38). Dies deckt sich zum Teil mit den Erkenntnissen der Vertrauensstudie der Bertelsmann Stiftung von 2019. Die Autor.innen ermitteln, dass die über 70-Jährigen im Generationenvergleich den demokratischen Parteien sowohl am seltensten großes Misstrauen (33,1%) als auch am häufigsten sehr großes Vertrauen entgegenbringen (12,2%). Die 60- bis 69-Jährigen liegen jeweils im Mittelfeld (35,2 bzw. 7,5%) (Bertelsmann Stiftung 2019: 73). Allerdings weisen die Autor.innen auch darauf hin, dass es fraglich ist, „ob es sich um einen Alters- oder Kohorteneffekt handelt“ (Bertelsmann Stiftung 2019: 73). Sie schlussfolgern, dass sich insgesamt „keine Systematik hinsichtlich demographischer Verteilungen wie Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland erkennen [lässt]. [...] Das Alter spielt für das Misstrauen keine Rolle“ (Bertelsmann Stiftung 2019: 85).

Gleichwohl schlägt sich die angedeutete leichte Affinität zu den bestehenden demokratischen Institutionen auch realpolitisch nieder. Nur 26,1% aller über 65-Jährigen haben schon einmal an Demonstrationen teilgenommen. Während der Durchschnittswert bei 32,2% liegt, ist das der Tiefstwert im Vergleich der Altersgruppen (Simonson et al. 2017: 206). Bei allen Wahlen der vergangenen Jahre zeichnet hingegen sich der Trend einer überdurchschnittlich und überproportional hohen Wahlbeteiligung der über 60-Jährigen ab. Etwa waren die 60- bis 70-Jährigen und die über 70-Jährigen bei den letzten vier Europawahlen jeweils mit Abstand die Alterskohorten mit der höchsten Wahlbeteiligung, zuletzt jeweils über 64% (Der Bundeswahlleiter 2019: 11). Bei den letzten beiden Bundestagswahlen war insgesamt jede.r dritte Wähler.in über 60 Jahre alt (Richter 2020: 132; vgl. Der Bundeswahlleiter 2018: 9). Auch ist der Anteil derer, die schon einmal ein politisches Amt übernommen haben, in keiner Altersgruppe höher als bei den über 65-Jährigen. Hier trifft dies auf 12,8% zu (Simonson et al. 2017: 211). Dieser Befund ist aber nicht unzweideutig. So teilen trotz der vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung der über 65-Jährigen ganze 40% dieser Alterskohorte die Einschätzung, „dass es egal sei, wer regiert“ (Decker et al. 2019: 35).

Neben der überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung lässt sich eine deutliche „Überrepräsentation der Alten [...] in den Verbänden und Parteien“ (Streck 2009b: 266) feststellen. So hat das Durchschnittsalter in Parteien und der Anteil an Rentner.innen in Gewerkschaften in den vergangenen Jahren beständig zugenommen. Dieser Trend ist allerdings weniger auf eine neue Politisierung der älteren Generationen zurückzuführen als auf einen allgemeinen politischen Mobilisierungswandel: „Die Verschiebung des relativen Gewichtes zugunsten der Älteren lässt sich zu einem großen Teil durch niedrigere Eintrittsquoten und kürzere Verweildauer bei jüngeren Altersgruppen erklären“ (Skarpelis 2009: 323).

Trotz dieser zentralen Bedeutung der älteren Generationen für die Stabilität des demokratischen Systems in Deutschland und ihrer etablierten Institutionen, weisen die älteren Generationen auf zunächst widersprüchlich erscheinende Weise zugleich die größten Diskriminierungstendenzen auf. Zum Beispiel ermittelten Zick et al. in ihren Studien zur ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ im Jahr 2011, dass ältere Generationen sich jeweils „signifikant häufiger menschenfeindlich als die jeweils nächstjüngere Alterskohorte“ zeigten (Zick et al. 2011: 90). Lange galt dabei für die Forscher.innen die Daumenregel: „Je älter die Befragten sind, desto stärker werten sie Andere ab“ (Zick et al.

2011: 90; vgl. Zick/Klein 2014: 75). Auf Grundlage neuerer Daten korrigierten die Autor:innen diese Einschätzung jedoch 2016 (Zick et al. 2016: 57 f.) und 2019. Seither machen sie in Bezug auf einige diskriminierende Einstellungsdimensionen eher einen u-förmigen Alterstrend aus: „In der Erhebung 2018/19 findet sich erneut bei Rassismus und der Abwertung von Wohnungslosen sowie erstmals bei der Abwertung von Homosexuellen und Trans*Menschen eine höhere Zustimmung bei den Jüngeren zwischen 16 und 30 Jahren und den über 60-Jährigen im Vergleich zu Befragten mittleren Alters“ (Zick et al. 2019: 88).

Ein gegenteilig gelagerter Generationenbias zeigt sich hingegen bei den neu eingeführten Proxys für rechtsextreme Einstellungen. Hier sind Ältere zum Teil deutlich weniger betroffen. Während Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus demographisch relativ gleichverteilt sind und sich „das Ausmaß rechtsextremer Orientierung bei Jungen, Mittelalten und Älteren angeglichen [hat]“ (Zick et al. 2019: 128), befürworteten Menschen zwischen 31–60 im Jahr 2019 signifikant häufiger eine diktatorische Regierungsform (4,8%). Jüngere bis zu einem Alter von 30 Jahren sind signifikant häufiger sozialdarwinistisch eingestellt und verharmlosen um ein Mehrfaches häufiger den Nationalsozialismus.

5.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

Neben den politischen Teilnehmungsformaten und allgemeinen Demokratieeinstellungen zeigt sich die soziale Integration und Teilhabe der älteren Generation im Bereich des (ehrenamtlichen) Engagements. Die Engagementquote unter den Senior:innen ist im historischen Vergleich heute hoch (Künemund/Vogel 2020: 219; Nowossadeck/Vogel, 2013: 17 f.; Simonson et al. 2017: 99). Sie lag laut Deutschem Freiwilligensurvey im Jahr 2014 bei 34% (Simonson et al 2016: 99), die Generali Altersstudie gibt 2013 45% und 2017 42% an (Generali Deutschland AG 2017: 80). Die Zahlen variieren hier also deutlich.

Trotz des ansteigenden Trends und der ungleichen Ergebnisse ist unstrittig: Personen über 65 Jahren sind diejenige Alterskohorte, die sich im Vergleich am wenigsten engagiert (Simonson et al. 2017: 99). Das gilt auch im historischen Vergleich der letzten 20 Jahre (Simonson et al. 2017: 97 ff.). Dabei betätigen sich ältere Menschen vor allem in konventionellen Engagementstrukturen, das heißt „in ‚traditionellen‘ und ‚altersunspezifischen‘ Engagementbereichen wie Sportgruppen, kirchlichen und sozialen Organisationen oder Freizeit- und Geselligkeitsgruppen. ‚Neue‘ und ‚altersspezifische‘ Engagementfelder z.B. in der Seniorenpolitik bleiben trotz hoher öffentlicher Aufmerksamkeit weiterhin eher randständig“ (BMFSFJ 2005: 360). „Die Engagementquoten sind insbesondere im geselligen Bereich stark angestiegen (die Mitgliedschaften insbesondere im Bereich des Sports), und der Anstieg im sozialen Bereich wird weiterhin maßgeblich durch kirchliche bzw. religiöse Gruppen und wohltätige Organisationen getragen. Selbstorganisierte Engagements, Selbsthilfe usw. nehmen ebenfalls zu, aber dieser Zuwachs scheint letztlich doch geringer als jener in den ‚traditionellen‘ Sektoren“ (Künemund/Vogel 2020: 216).

Politisch engagiert sind ‚nur‘ etwa 13% der Senior.innen (Generali Deutschland AG 2017: 85). Daran ändert auch eine institutionelle Engagementpolitik wenig. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Hamburg gibt es mittlerweile sogenannte ‚Seniorenmitwirkungsgesetze‘, welche den über 60-Jährigen zu mehr aktiver und repräsentativer Teilhabe verhelfen sollen. In vielen weiteren Bundesländern liegen ähnliche Initiativen vor, ohne bislang in Gesetzform gegossen worden zu sein (Blanckenburg 2020: 42, Richter 2020: 174–180). Darüber hinaus bestehen sogenannte Seniorenbeiräte in vielen Städten, wie etwa in Frankfurt (<https://senioren-frankfurt.hessen.de/>), sowie teils auch auf Bezirks- und Landesebene (Blanckenburg 2020: 42). Allerdings scheinen die bestehenden Senior.innenvertretungen die aktuellen Generationen der Senior.innen kaum zu interessieren und zu aktivieren. Die Beteiligung bei den Wahlen zu den Senior.innenvertretungen ist mit deutlich unter 10% im Regelfall als sehr gering zu bewerten (Blanckenburg 2020: 45).

Interessant erscheint insgesamt, dass trotz des Freiwerdens von Zeitkapazitäten bei Renteneintritt die Wahrscheinlichkeit, eine neue ehrenamtliche Tätigkeit aufzunehmen, ab dem 54. Lebensjahr nicht steigt, sondern kontinuierlich abnimmt (Vogel/Romeu Gordo 2019: 123). Freiwerdende Zeitkapazitäten durch die Rente äußern sich eher in einem intensiveren Engagement bei jenen, die ohnehin schon engagiert waren, als dass sie Personen zu einem neuen Engagement motivieren.

Zuletzt muss betont werden, dass es auch im Bereich des Engagements deutliche soziale Unterschiede gibt. Etwa ist eine deutliche Genderdimension ablesbar. So engagieren sich Senioren signifikant häufiger als Seniorinnen (Vogel/Nowassadeck 2015: 100). Männer sind dabei häufiger in Kontexten von Sport und Bewegung aktiv, Frauen deutlich stärker im sozialen sowie im kirchlich-religiösen Bereich (Vogel/Nowassadeck 2015: 97). Senior.innen mit Migrationshintergrund wiederum sind deutlich weniger ehrenamtlich aktiv und auch seltener in Vereinen organisiert als Senior.innen ohne Migrationshintergrund (Nowassadeck et al. 2017: 28 ff.) Auch sind Senior.innen im Alter 70 und 84 Jahren deutlich weniger aktiv als Senior.innen im Alter von 55 bis 69 Jahren (Simonson et al. 2013: 412).

5.2.3 THEMENAFFINITÄT (SOWEIT MÖGLICH)

Im Gegensatz zu der Entscheidung, an Wahlen teilzunehmen, die zum Teil von einem Gewohnheitseffekt über Zeit beeinflusst wird und somit auch einen Alterseffekt aufweist, sind inhaltliche Entscheidungen bei einer Wahl und politische Präferenzen Generationeneffekte. Ursächlich ist hier also die „Generationenerfahrung“ (Goerres 2009: 302) einer sogenannten ‚Geburtenkohorte‘ und nicht ein spezifischer Zeitabschnitt im Lebenszyklus oder ein soziales Alter (Goerres 2009: 304–06, 317). ‚Generation‘ ist allerdings „ein empirisch schwer zu erfassendes Konzept, [...] weshalb stattdessen klar abgrenzbare Geburtskohorten verwendet werden“ (Geithner 2020: 129).

Insgesamt zeigt sich dabei, dass Alter (bislang) keine Grundlage für einen soziologischen Klassencharakter herausbildet, der sich im Sinne einer gemeinsam als geteilt empfundenen gesellschaftlichen Lage oder „schärferen Interessenbewusstseins älterer Bürger“ (Streck 2009a: 48) definieren ließe. Im Gegenteil konstatiert die Sachverständigenkommission des BMFSFJ, dass „Klarheit darüber

besteht, dass sich ältere Menschen in ihren Ansprüchen an Politik erheblich voneinander unterscheiden und es entsprechend ‚das‘ Interesse der Älteren nicht gibt“ (BMFSFJ 2010: 467). Senior:innen sind also in erster Linie Personen, Menschen und Bürger:innen wie alle anderen auch. Sie interessieren sich je nach Bildung, sozialer Herkunft, privatem Umfeld, Wohnort etc. für ganz unterschiedliche Themen und Aspekte.

In diesem Sinne müssen vor allem einige Vorurteile zurückgewiesen werden. Etwa gibt es für die gesellschaftlich weitverbreitete Konservatismusthese, gemäß der Menschen mit zunehmendem Alter konservativer würden, sozialwissenschaftlich tatsächlich „keinerlei Belege“ (Goerres 2009: 315): „Es lässt sich nicht nachweisen, dass alternde Individuen in ihrer Parteienwahl oder in ihren politischen Werten konservativer werden“ (Goerres 2009: 315). Auch stimmt das Klischee nicht, dass besonders viele ältere Menschen die AfD wählen. Ältere geben ihre Wahlstimme heute generationenbedingt zwar häufiger konservativen Parteien als die jüngeren Generationen, verschiedene Autor:innen wie z.B. Hambauer und Mays stellen aber fest, dass „sowohl das Alter, die Bildung und auch die Region [...] keinen direkten signifikanten Einfluss auf die beabsichtigte AfD-Wahl ausüben“ (Hambauer/Mays 2018: 150).

Zuletzt ist es wichtig, eine deutliche Unterscheidung zwischen solchen Themen vorzunehmen, die aus einer alters- und demographiepolitischen Sicht wichtig und relevant sind, und jenen Themen und Momenten, die die ältere Generation politisch und gesellschaftlich interessieren, aktivieren oder frustrieren. Etwa zeigt die Vertrauensstudie der FES, dass die Bevölkerung in Deutschland mit einer großen Mehrheit besorgt und kritisch auf die eigene ‚Rente‘ blickt, dass die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard in der Rente allerdings in keiner sozialen Gruppe so groß ist wie unter den Rentner:innen selbst (Decker et al. 2019: 57). Auch befürworten ‚nur‘ 68,3% der Senior:innen eine Grundrente (wohingegen 87% der 35- bis 49-Jährigen dies tun (Decker et al. 2019: 61). Bei der Rentenpolitik handelt es sich also eher um ein allgemeinpolitisches als um ein senior:innenpolitisches Thema.

5.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Gerade was die Wahl von Behelfsmitteln und die Art der Kommunikation angeht, lassen sich bei Senior:innen spezifische Affinitäten ausmachen, die vor allem aus Gewöhnungsprozessen und einer vergleichsweise geringeren Anpassung an jüngere soziale Veränderungen hervorgehen.

Etwa konzentrieren sich die älteren Generationen vor allem auf konventionelle Bildungsangebote. 2004 ergab eine Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, dass sich „die Volkshochschulen vor privaten Trägern, Verbänden und kirchlichen Anbietern als die quantitativ bedeutsamsten Bildungsinstitutionen“ (BMFSFJ 2005: 150) für die älteren Generationen behaupten. Die Kurse von hessischen Volkshochschulen zum Beispiel werden mittlerweile zu einem Drittel von Menschen im Alter von über 50 Jahren besucht. Der Anteil der höheren Altersgruppen steigt seit 2011 stetig (Hessische Landesregierung 2016: 66). An der Frankfurter Goethe-Universität gibt es seit 1982 eine Universität des dritten Lebensalters (U3L), deren Hörer:innenzahl im Wintersemester 2019/2020 bei 3887 Personen lag (<https://www.uni-frankfurt.de/43322605/Statistik>). Hierbei gilt es aber eine

deutliche „milieuspezifische Akzeptanz von Bildungsanbietern“ (BMFSFJ 2005: 150) zu registrieren. So werden zum Beispiel Volkshochschulen überproportional von Personen aus einem traditionellen oder neuen (Klein-)Bürgermilieu besucht (BMFSFJ 2005: 150).

Mit Fokus auf die Nutzung des Internets und sozialer Medien muss zunächst betont werden, dass Menschen über 60 bei weitem keine „Nonliner“ mehr sind, wie dies etwa um die Jahrtausendwende herum der Fall war (BMFSFJ 2010: 283). Vielmehr sind sie in der Mehrheit selbstverständlicher Teil der (sich) digital(isierend)en Welt. „Nach Altersgruppen unterschieden gilt das 2017 für die 61- bis 66-Jährigen zu fast 90%, für die 67- bis 72-Jährigen zu fast 81%, für die 73- bis 78-Jährigen zu fast 65% und für die 79- bis 84-Jährigen immerhin noch zu fast 40%“ (BMFSFJ 2020: 6).

Trotzdem gibt es im digitalen Bereich erhebliche Unterschiede im Nutzungsverhalten zwischen den Generationen. Unterschiedliche Studien machen hier „noch immer eine deutliche digitale Kluft (digital divide) zwischen jüngeren und älteren Menschen“ (BMFSFJ 2020: 62) aus, insbesondere im Hinblick auf die Dauer, die Frequenz und die Art der Nutzung (Generali Deutschland AG 2017: 119). Auch in der Frage von Zugang und Hardware gibt es große Disparitäten. Etwa besaßen 2017 nur 28% der 65- bis 85-Jährigen ein Smartphone, einen Tablet-PC nur 9% (die 14- bis 64-Jährigen kommen hier auf 60% bzw. 29%) (Generali Deutschland AG 2017: 114).

Eine zweite digitale Spaltung verläuft darüber hinaus innerhalb der älteren Generation selbst. „Hier veranschaulichen die Daten der Generali Altersstudie 2017, wie sehr der Gebrauch digitaler Medien an den sozioökonomischen Status gebunden ist. Es sind vor allem die Älteren aus unteren sozialen Schichten, die Gefahr laufen, digital ‚abgehängt‘ zu werden. So trennen beispielsweise 58%punkte die 65- bis 85-Jährigen Internetnutzer aus der oberen von denen aus der unteren sozialen Schicht“ (Generali Deutschland AG 2017: 120; vgl. Generali Deutschland AG 2017: 112; vgl. BMFSFJ 2020: 41 f.). Innerhalb der Gruppe machen sich zudem erhebliche Genderunterschiede bemerkbar: „So haben ältere Frauen zwar in den zurückliegenden zehn Jahren deutlich stärker das Internet genutzt, dennoch sind derzeit nur 39% der über 80-jährigen Onliner Frauen, während sie in dieser Altersgruppe zwei Drittel der älteren Bevölkerung insgesamt ausmachen“ (BMFSFJ 2020: 41 f.).

Offen ist noch, wie der zu verzeichnende Digitalisierungsschub im Rahmen der Covid-19-Pandemie die Nutzung des Internets bei Älteren und deren Nutzungsverhalten selbst verändert hat und verändern wird.

5.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Spezifische Barrieren ergeben sich vor allem durch die mit dem ‚Altsein‘ einhergehenden biologischen Alterungsprozesse. Klassische (weniger starke) Altersbeeinträchtigungen sind „ein nachlassendes Seh- und Hörvermögen, eine verringerte Fähigkeit zu Mehrfachtigkeit und zu selektiver und geteilter Aufmerksamkeit, ein sinkendes Leistungstempo, eine verringerte körperliche Beweglichkeit und Belastbarkeit“ (BMFSFJ 2017: 236). Ende 2015 waren 54,7% aller Schwerbehinderten in Hessen der Personengruppe 65+ zuzurechnen (Hessische Landesregierung 2016: 63). Bei den Hochbetagten

waren 2013 21% (80- bis 85-Jährige), 38,2% (85- bis 90-Jährige) bzw. 64,4% (über 90-Jährige) pflegebedürftig (Hessische Landesregierung 2016: 62). Der Ausbau der Barrierefreiheit ist daher eine direkte Form der aktivierenden und Partizipation ermöglichenden ‚Altenpolitik‘.

Für den Kontext der demokratie- und bildungspolitischen Arbeit sowie bei Partizipationsfragen stellen besonders die soziopolitischen Unterschiede und die immense Bildungsungleichheit in den älteren Generationen eine wesentliche Herausforderung dar. Als Gegenmaßnahme schlägt Emanuel Richter Maßnahmen einer lang angelegten „staatlichen Gleichheitspolitik“ vor, die geeignet sind, „die materiellen Bedingungen für die randständigen Senioren zu verbessern und so dazu beizutragen, sie zum demokratischen Handeln zu ermuntern“ (Richter 2020: 18 f., vgl. 209 f.). Ein Teil davon könnte auch eine „ausgeweitete Präsenz der Laienpolitik im Kreis der etablierten politischen Institutionen und in Ergänzung zu den professionellen Amtsträgern“ (Richter 2020: 210) sein oder kreative Formate wie ein Radiosender für Senior.innen, der auf die Steigerung von deren Selbstbewusstsein und deren soziale und politische Aktivierung abzielt (Richter 2020: 217).

Wichtig erscheint allerdings, politische Partizipation nicht nur als „therapeutische Maßnahme gegen soziale Ausgrenzung und gegen die eigene Hinfälligkeit“ (Richter 2020: 226) zu verstehen, sondern als intrinsisches demokratisches Anliegen.

Zuletzt sollte die Form der Ansprache von Senior.innen als Zielgruppe wohl überlegt sein. Die zu Beginn adressierte Frage der Altersbilder und der Benennung ist weder eine ausschließlich analytische Problematik noch eine akademische Spitzfindigkeit. Vielmehr korreliert sie mit Selbstwahrnehmungsprozessen der Betroffenen und ist damit einhergehend eine Frage ihrer Mobilisierbarkeit. ‚Altsein‘ ist für die meisten als ‚alt‘ fremdbeschriebenen Personen keine relevante Selbstbeschreibung – sie fühlen sich der Gruppe der ‚Alten‘ zumeist schlichtweg nicht zugehörig (Graefe et al. 2011: 300 ff.). Dies mag auch daran liegen, dass Metaanalysen, „dass Einstellungen gegenüber älteren Menschen insgesamt tendenziell eher negativ gefärbt sind“ (Kornadt/Rothermund 2011: 291). Eine Studie des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, die sich der Erwachsenenbildung bei Älteren widmet und auf Expert.innen-Interviews aufbaut, hält folgelogisch fest, dass gerade „jüngere Ältere sich von Bezeichnungen wie ‚55+‘, ‚Senioren‘ oder ‚Ältere‘ kaum angesprochen fühlen, teilweise diese sogar ablehnen, da sie nicht dem persönlichen Selbstverständnis ihrer Lebensphase entsprechen“ (Müllegger 2018: 68 f.). In diesem Sinne ist es wichtig, differenziert über Alte(r) und mit ihnen zu sprechen. Dazu gehört auch, „Bildung als lebenslanges Recht und Pflicht für alle Lebensalter“ (BMFSFJ 2010: 516) ernst zu nehmen und dementsprechend zu rahmen. Bildung ist dem Anspruch und der Realität nach kein exklusives Thema der jungen Generation.

5.3 FAZIT

Die Gruppe der Senior.innen ist gerade durch den Prozess des demographischen Wandels soziopolitisch bedeutsam, gleichwohl ist sie schwer zu fassen. Die Lebensrealitäten älterer Personen unterscheiden sich erheblich nach sozialem Status, Bildungshintergrund, ökonomischer Lage, Wohn- und

Lebensumfeld sowie nach dem Gender und dem Vorliegen eines Migrationshintergrunds. Auch liegt in der Gruppe der Alten eine deutliche generationelle Unterscheidung bzw. Spaltung zwischen den ‚Jungen Alten‘ und den ‚Hochbetagten‘ vor, die sich gerade in wandelnden ‚Altersmarkern‘ und schwindenden institutionellen Übergangsschwellen ausdrückt. Die meisten Studien kommen demnach zu dem Urteil, dass ‚Alter‘ keine relevante oder kausale Variable zur Erklärung von politischen Einstellungen, Interessen und Verhalten ist. Allenfalls lassen sich Kohorten- bzw. Generationeneffekte feststellen, wobei auch diese uneinheitlich sind.

Politisch erscheint die Generation der aktuellen Senior:innen ambivalent. Bei den älteren Generationen liegen vergleichsweise hohe Zustimmungswerte zur (repräsentativen) Demokratie vor (49%). Auch weisen die Senior:innen ein im Vergleich geringeres Misstrauen gegenüber den Parteien auf (33,1%). Diese Zustimmungsmuster gehen vor allem mit konventionellen und institutionellen Formen der politischen Partizipation einher. So weisen Senior:innen in Deutschland eine überproportionale Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, Übernahme von politischen Ämtern sowie eine Neigung zu CDU/CSU und SPD auf. An Demonstrationen hingegen haben nur 26,1% aller über 65-Jährigen schon einmal teilgenommen. Das ist der Tiefstwert im Vergleich der Altersgruppen. Die Engagementquoten sind zwar vergleichsweise gering (zwischen 34 und 42%), steigen aber seit Jahren. Insgesamt erscheint die aktuelle Generation der Senior:innen damit in der Gesamttendenz als Stabilisatorin der deutschen Demokratie. Trotzdem zeigt sich auch, dass im intergenerationellen Vergleich gerade unter Senior:innen Einstellungsdimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stark verbreitet sind. Diese übersetzen sich bislang aber selten in ein anti-demokratisches oder menschenfeindliches politisches Verhalten. Für die Aktivierung und Ansprache von Senior:innen ergeben sich Barrieren vor allem durch altersbezogene Einschränkungen. Während es kaum spezifische Themen gibt, die Alte exklusiv oder überdurchschnittlich als Gruppe ansprechen, und sich hier demnach eine auf allgemeine Belange zielende Politik anbietet, kann vor allem an den Bedingungen für (politische) Teilhabe gearbeitet werden. Handlungsbedarf und Mobilisierungsprobleme ergeben sich vor allem aus den erheblichen Bildungsunterschieden und sozialer Ungleichheit, aus der unterdurchschnittlichen Nutzung von Internet und ‚neuen Technologien‘ sowie aus körperlichen Beeinträchtigungen. Gerade ältere Frauen, Senior:innen mit Migrationshintergrund und einkommensschwache Personen sind hier besonders davon bedroht, abgehängt zu werden. Auch für die gezielte Anspracheform braucht es kreative Konzepte: Ältere empfinden sich in der Regel nicht selbst als ‚alt‘ und reagieren tendenziell ablehnend auf diese negativ konnotierte Kategorisierung.

6. TOURIST.INNEN IN FRANKFURT

6.1 BESCHREIBUNG, REIN DESKRIPTIV INKL. PROBLEMBENENNUNG

6.1.1 KURZPORTRÄT DER ZIELGRUPPE

Frankfurt am Main hat im Jahr 2019 rund 10,8 Mio. Übernachtungen von 6,2 Mio. Übernachtungsgästen registriert (Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main 2020). Diese Gruppe setzt sich sehr divers zusammen: Rund 3,6 Mio. Gäste stammen aus Deutschland und 1,1 Mio. Besucher.innen aus Europa. 445.000 stammen aus den USA, 194.000 aus China, 106.000 aus Japan, 94.000 aus den arabischen Golfstaaten, 61.000 aus Indien und 38.000 aus Brasilien. Die durchschnittlich Verweildauer in Frankfurt ist kurz: Inländische Gäste bleiben im Schnitt für 1,66 Tage, ausländische Gäste für 1,86 Tage – wobei hier die Dauer zwischen 1,7 Tagen (europäische und amerikanische Gäste), 1,9 Tagen (asiatische und ozeanische Gäste) und 2,3 Tagen (afrikanische Gäste) variiert. Dies fügt sich ein in das Bild der Besuchsgründe: Nur rund 30% sind aus privaten oder touristischen Gründen in Frankfurt, die überwiegende Mehrzahl der Übernachtungsgäste besucht Frankfurt aus beruflichen Gründen (Frankfurter Rundschau 2019).

Für die privaten und touristischen Besucher.innen der Stadt stellt die Paulskirche ein potenzielles Besuchsobjekt dar. Als Ort der Deutschen Nationalversammlung und einer der drei national bedeutsamen Gedenkstätten zur Revolution von 1848 (neben dem Friedhof der Märzgefallenen von 1848 in Berlin und der Gedenkstätte Deutscher Freiheitsbewegungen bei der Festung Rastatt) kann sie als ein „positiver Erinnerungsort“ der deutschen Geschichte gesehen werden (Hachtmann 2011). Entsprechend findet sich die Paulskirche in allen Reiseführern zu Frankfurt als wichtige Sehenswürdigkeit, als „Wiege der deutschen Demokratie“, die für Besucher.innen der Stadt zum Standardprogramm gehört.

6.1.2 HOMOGENITÄT DER ZIELGRUPPE?

Es liegen keine quantitativen Daten zur demographischen Zusammensetzung der Zielgruppe vor, da es keine Besuchsstatistik für die Paulskirche gibt. Es stand außerdem keine Dokumentation angebotener Führungen bzw. der Gruppen, die die Paulskirche besuchen, zur Verfügung. Führungen werden durch Gästeführer.innen angeboten und dezentral organisiert. Das Protokoll der Stadt artikuliert auf Nachfrage jedoch den Eindruck, dass die Besucher.innen bunt gemischt seien: Schüler.innen, Bürger.innen, Tourist.innen.⁹

Auch der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH liegen keine Zahlen vor. Eine interne Befragung der Gästeführer.innen durch die Frankfurt Tourismus+Congress GmbH ergibt jedoch folgendes Bild

⁹ E-Mailverkehr von Gregor Hofmann mit dem Protokoll der Stadt Frankfurt, 23.9.2020.

mit durchaus differenzierten Interessenschwerpunkten:¹⁰ Viele Schüler.innengruppen aus Hessen und Deutschland buchten Führungen in der Paulskirche, überwiegend im Rahmen einer Bearbeitung der Märzrevolution im Lehrplan, teilweise auch im Rahmen des Politik- und Gemeinschaftskundeunterrichts. Auch spanische und französische Schulklassen zeigten Interesse an der Paulskirche und insbesondere ihren kunsthistorischen Aspekten. Hinzu kämen Gruppen, die sich auf Kultur- und Bildungsreise befänden und spezifisch Führungen in der Paulskirche buchten. Hierunter fielen Senior.innengruppen, Gruppen aus Institutionen zur Demokratieentwicklung sowie Politikurse und Besucher.innengruppen der Bundeswehr. Auch Gruppen aus Integrationskursen, d.h. begleitete Gruppen von Geflüchteten und Einwander.innen, die sich mit dem Thema Demokratie und Deutsche Geschichte auseinandersetzten, besuchten die Paulskirche und buchten Führungen. Dabei zeigte sich ein breites Spektrum an Interessen und Vorwissen und persönlichen Bezügen im Hinblick auf die Paulskirche und die deutsche und europäische Demokratiegeschichte. Darüber hinaus besuchten nach Angaben der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH insbesondere US-amerikanische und australische Besuchergruppen, die in Deutschland die Spuren ihrer im 19. Jahrhundert ausgewanderten Vorfahren verfolgten, die Paulskirche. Ebenso werden Besucher.innen aus der Schweiz genannt, die sich für die Märzrevolution 1848 interessierten. Die letzte Gruppe, die besondere Erwähnung findet, sind die Frankfurter.innen, die sich nicht nur aus demokratiehistorischen, sondern dezidiert auch aus stadthistorischen und städtebaulichen Gründen für die Paulskirche interessierten.

6.2 PROFIL MIT BLICK AUF DAS DEMOKRATIEZENTRUM

6.2.1 ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE (IDEE/REAL)

Infolge der sehr hohen Heterogenität der Gruppe der Tourist.innen lassen sich keine Aussagen in Bezug auf ihre Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform oder ihrer Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland tätigen.

6.2.2 POLITISCHES ENGAGEMENT

Auch im Hinblick auf das politische und soziale Engagement kann kein spezifisches Engagement-Profil für Tourist.innen beschrieben werden, da diese Gruppe in ihrer Zusammensetzung schlicht zu divers ist.

6.2.3 THEMENAFFINITÄTEN

Auch im Hinblick auf die Themenaffinität muss festgehalten werden, dass sich keine einheitliche Aussage für Tourist.innen treffen lässt. Die Interessen sind vielmehr abhängig von ihrer Zugehörig-

¹⁰ E-Mailverkehr von Gregor Hofmann mit Frankfurt Tourismus+Congress GmbH, 28.9.2020.

keit zu bestimmten Zielgruppen, Alterskohorten, Milieus und weiteren soziodemographischen Aspekten sowie individueller Disposition. Was die Besucher:innen der Stadt im Interesse eint, dürfte somit primär das Charakteristikum der Paulskirche als historischer Ort der Demokratie sowie als Sehenswürdigkeit sein.

Nach Auskunft der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH sind für Besucher:innen die historischen und architektonischen Aspekte der Paulskirche sowie die Vor- und Nachgeschichte der 1848er Revolution, einschließlich relevanter Querbezüge zu anderen europäischen Revolutionen im 19. Jahrhundert von herausgehobenem Interesse. Vor diesem Hintergrund fänden die Gästeführer:innen Querverbindungen zu historischen Ereignissen und demokratischen Entwicklungen in anderen europäischen Staaten Mitte des 19. Jahrhunderts interessant. Darüber hinaus schlagen sie vor, mehr Aufklärung zu Demokratie an sich anzubieten und auch Querbezüge zur Weimarer Republik und der Bundesrepublik herzustellen. Dies sollte eine Vermittlung von demokratischen Werten und Normen, von Rechten und Pflichten in einem demokratischen Gesellschaftssystem sowie allgemeines Wissen zum politischen System der Bundesrepublik einschließen. Insbesondere deutsche Besucher:innen mit historischem Vorwissen seien zudem auch an den Personen interessiert, die in der Paulskirche gewirkt haben. Für die Frankfurter:innen spiele darüber hinaus die Geschichte der Paulskirche als Gebäude eine Rolle. Dies umfasse etwa die Geschichte der Barfüßerkirche im Mittelalter und ihre Rolle als Ort im Rahmen der Reformation. Auch das Wirken von Georg Philipp Telemann als bedeutendem Frankfurter Komponisten und Kapellmeister an der Barfüßerkirche sei von Interesse für Besucher:innen aus Frankfurt und der Umgebung.

6.2.4 AFFINITÄT/KOMPETENZ HINSICHTLICH NEUERER BZW. DIGITALER FORMATE

Für die Besucher:innen der Stadt dürften die Paulskirche an sich sowie die Dauer- und Wechselausstellungen in einem Haus der Demokratie die relevanten Formate darstellen. Es ist nicht zu erwarten, dass sie im Rahmen eines touristischen Besuchs der Mainmetropole an Beteiligungsformaten partizipieren.

Mit Blick auf die Paulskirche und die Ausstellungen im Haus der Demokratie ist zu erwarten, dass unterschiedliche Besucher:innen-Gruppen unterschiedliche Bedürfnisse hinsichtlich der Informationsdichte haben. Wer Frankfurt kurz besucht und einen Eindruck von der deutschen Demokratiegeschichte erhalten will, dem reichen kurzweilige Informationen. Bildungsreisende, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigen wollen, sind an tiefergehenden Informationen interessiert. Frankfurter:innen interessieren sich für andere Aspekte als internationale Besucher:innen der Stadt.

Ein mehrschichtiges Informationsangebot scheint daher in den Ausstellungen angemessen. Die Gästeführer:innen schlagen nach Auskunft der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH die Einrichtung interaktiver Stationen vor.

Insbesondere mit Blick auf jüngere Zielgruppen, aber auch, um Demokratiegeschichte erlebbar zu machen, sind interaktive Stationen – wie etwa eine Datenbank, über die Besucher:innen aus Deutsch-

land die Vertreter ihres jeweiligen Herkunftsortes im Paulskirchenparlament recherchieren können – sowie audiovisuelle oder VR-Erlebnisstationen wünschenswert, die es erlauben, einen Eindruck von der sich im Wandel der Zeit verändernden Atmosphäre in der Paulskirche und insbesondere vom Parlamentsgeschehen im Paulskirchenparlament zu gewinnen.

6.2.5 SPEZIFISCHE BARRIEREN

Vor dem Hintergrund der hohen Diversität der Besucher:innen der Stadt Frankfurt ist die Sprache die Hauptbarriere. Die Informationen in den Ausstellungen sollten mehrsprachig sein, mindestens in Deutsch und Englisch. Angesichts der europäischen Bedeutung der Paulskirche wären zudem französische und mit Blick auf die Besucher:innenstruktur auch spanische, chinesische und arabische Informationsangebote sinnvoll.

Für körperlich Beeinträchtigte sollte umfassende Barrierefreiheit sichergestellt werden.

6.3 FAZIT

Frankfurt wird jedes Jahr von rund 6,2 Mio. Übernachtungsgästen besucht (Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main 2020), von denen rund 30% die Stadt aus privaten oder touristischen Gründen besuchen (Frankfurter Rundschau 2019). Die Besucher:innen der Stadt sind dabei sehr divers: Mehr als die Hälfte von ihnen stammt aus Deutschland, rund ein Sechstel aus Europa, gefolgt von den USA (12%), China (5%), Japan (3%) und den arabischen Golfstaaten (3%). Für die privaten und touristischen Besucher:innen der Stadt stellt die Paulskirche ein potenzielles Besuchssubjekt dar. Für den Frankfurter Tourismus hat die Paulskirche als „positiver Erinnerungsort“ der deutschen Geschichte (Hachtmann 2011), als wichtige Gedenkstätte zur Revolution von 1848 und „Wiege der deutschen Demokratie“ eine hohe Bedeutung. Dies deckt sich mit Auskünften des Protokolls der Stadt und der Frankfurt Tourismus+Congress GmbH, wonach die Besuchgruppen in der Paulskirche bislang bunt gemischt sind, wobei Schulgruppen aus Hessen, Deutschland und dem EU-Ausland sowie Kultur- und Bildungsreisende wichtige Nachfragende für Führungen in der Paulskirche sind.

Für die Besucher:innen der Stadt dürften die Paulskirche an sich sowie die Dauer- und Wechselausstellungen in einem „Haus der Demokratie“ relevant sein. Angesichts ihrer diversen Herkunftsfelder wären Querverbindungen zu historischen Ereignissen und demokratischen Entwicklungen in anderen europäischen Staaten Mitte des 19. Jahrhunderts ebenso wichtig wie Informationen über das politische System der Bundesrepublik und seine Verflochtenheit mit dem Mehrebenensystem der Europäischen Union. Daneben sollten die Informationen in den Ausstellungen mehrsprachig angeboten werden, etwa auf Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Chinesisch und Arabisch.

7. Stichpunkte aus den Interviews

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
	<ul style="list-style-type: none"> Was stellen sie sich vor, wenn sie "Haus der Demokratie" hören? Wenn sie an Ihre Zielgruppe denken, wie gut ist sie über Politik informiert? <p>Wenn sie an Ihre Zielgruppe denken, welche demokratischen Kompetenzen hat die Zielgruppe/erlernt die Zielgruppe gerade?</p>	<ul style="list-style-type: none"> Wenn Sie an Ihre Zielgruppe denken, welche Werte sind Ihrer Zielgruppe wichtig? Hat Ihre Zielgruppe einen Bedarf an politischer Bildung (Wissen über Politik, Demokratische Kompetenzen (Konfliktlösung, Beteiligung, Diskussion, sozial-emotional) und Austausch über gemeinsame Werte)? 	<ul style="list-style-type: none"> Wenn Sie an Museen und Bildungsangebote für Ihre Zielgruppe denken, welche Formate kommen bei Ihrer Zielgruppe am besten an? An welchen Aktivitäten hat Ihre Zielgruppe Spaß/Freude? 	<ul style="list-style-type: none"> Welche Herausforderungen/Hürden/Schwierigkeiten sehen sie in der politischen Bildung für Ihre Zielgruppe? 	
Demokratie-Akteure Frankfurt	<ul style="list-style-type: none"> Raum für Debatte und Interaktion; Raum in dem Wissen zur Verfügung gestellt wird, Raum in dem Geschichte kritisch reflektiert wird; Raum für marginalisierte Gruppen, Raum für soziale Bewegungen, Demokratiebildung für Kinder (Kita und Grundschule); Vision muss vorhanden sein: wie kommen wir eigentlich zu einer wirklich demokratischen Gesellschaft und wie sieht die aus? 	<ul style="list-style-type: none"> Konkrete Umsetzungsperspektiven schaffen; mehr direkte Partizipationsmöglichkeiten; bessere Kommunikationswege schaffen zwischen Zivilgesellschaft und Stadt; nicht nur formale Ebene der Demokratie, sondern alle Ebenen sollen Raum im Demokratiezentrum finden; Verknüpfungspunkte zwischen diversen Themen der Demokratie sollen im Zentrum gewährleistet werden 	<ul style="list-style-type: none"> Über Möglichkeiten der Partizipation informieren und aufklären; Rechtsbeistand für politische Initiativen; Material für politische Initiativen bereitstellen; Demokratielabor (Demokratie muss erfahrbar gemacht werden) 	<ul style="list-style-type: none"> Zentrum sollte für alle Menschen offen sein, wobei ein Fokus auf denen liegen sollte, die bisher noch nicht so viele Anlaufstellen in Frankfurt haben; Es fehlt ein Ort, wo Wissen über breite Demokratische Prozesse geteilt wird, tatsächliche Barrierefreiheit muss garantiert werden, es soll kein Pseudobeteiligungsprozess konzipiert werden 	<ul style="list-style-type: none"> Zusammenarbeit und Unterstützung als Vernetzer:innen gewünscht; über Zivilgesellschaft bestehende Netzwerke für Beteiligungsprozess akquirieren; über den Besuch von Orten, an denen Menschen sich für ihre Rechte stark machen (Demos o.ä.), Menschen für den Beteiligungsprozess akquirieren
Frauen	<ul style="list-style-type: none"> Bildungszentrum, Informationsvermittlung, ggf. durch Ausprobieren etwas über demokratische Verfahren lernen Historisch und vermittelnd Befürchtung: formalistisches Zentrum, das eine bestimmte eindimensionale Demokratiegeschichte erzählt, die nicht in Verbindung zu der demokratischen Realität von Frankfurt innen steht Wunsch: Haus, das sich in Wissensvermittlung sowie -produktion an der Vielfalt Frankfurt orientiert; ein Haus, das zugänglich ist Wunsch: nicht museal, sondern lebendig. 	<ul style="list-style-type: none"> Zielgruppen differenzieren (Geschlechter, Alter, Migrationshintergrund, Bildungshintergrund) Frankfurter Vielfalt abbilden, ohne dabei Gruppen gesondert zu behandeln Diese Vielfalt sollte sich auch in der Themenvielfalt widerspiegeln Zugleich sollte auch die Vielfalt innerhalb der Zielgruppen deutlich werden 	<ul style="list-style-type: none"> Lücke im Hinblick auf die Repräsentanz füllen: Gruppen, die nicht genug gesehen werden (z.B. muslimische Feministinnen; Women of Color, ältere Frauen) Vorhandene Formate zeigen alte Strukturen; Mädchen und Frauen tauchen zu wenig auf; marginalisierte Gruppen in der Gruppe der Frauen noch weniger sichtbar 	<ul style="list-style-type: none"> Zeit: am besten unterschiedliche Zeiten für verschiedene Zielgruppen Ort: wie viele Barrieren/Hürden hat der Ort? Fühlt man sich da wohl? Gut zu erreichen? Übersetzung? Wer ist dort repräsentiert? Die Forschung und die Erfahrung hierzu ist vorhanden, sie müsste nur aufgegriffen und umgesetzt werden! 	<ul style="list-style-type: none"> Wie soll das Beteiligungskonzept aussehen? Ausgewogene Repräsentanz bei der Auswahl der Personen, an die Orte des Geschehens gehen; bestehende Strukturen nutzen und an diese Orte gehen; Politik nicht so elitär ver-

Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
<p>demokratische Prozesse beleuchten; sollte offen für die Kontingenz der Demokratie sein;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Demokratie nicht als patriarchale Geschichte; auch die historischen Frauen und die Frauenbewegung sollten sichtbar werden • Frauen* mit Flucht/Migrationshintergrund sind ggf. mit Sprachbarrieren konfrontiert und Informationen sind nicht immer informiert • Auch der Bildungsgrad bestimmt, wie Informationen gesucht werden • Wie und ob die Informationen Frauen* erreichen, ist abhängig davon, ob sie* überhaupt als Zielgruppe bewusst mitgedacht werden • Herausforderung: Social Media • Digitale Informationsverbreitung muss mit analoger Praxis einhergehen; Menschen, die die Informationen erhalten, müssen sich auch angesprochen fühlen 	<p>einer intersektionalen Perspektive die Verschränkung von Lebensrealitäten irgendwie zu benennen und in den Gleichzeitigkeiten, aber auch in den Kontinuitäten, ihrer Themen und auch ihrer Kämpfe zu erzählen.“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontinuität von feministischen Themen, vom Ringen um Demokratie und von Geschlechtergerechtigkeit erzählen • Lernen von und über Frauenbewegungen • Verschiedene Formen/Praxen politischer Beteiligung sichtbar machen (Demokratische Beteiligung ist nicht nur Parteiarbeit) • Auch Protest und Ehrenamt sind Formen demokratischen Engagements • Veränderungen wurden und werden nicht nur durch gängige Posten und Positionen erzielt, sondern eben vor allem auch durch politische Bewegungen • „Die Frage, wie kriegt man ein Demokratiezentrum gedacht, das sich auch als Teil von politischer Bewegung versteht und nicht nur als ein hierarchisches, formalistisches Moment.“ • Repräsentation im Haus der Demokratie von Menschen in Frankfurt durch Kontakt/Zugang zu politischen Bewegungen und darüber hinaus zu den Alltagspraxen von Frauen*; so kann Sichtbarkeit geschaffen werden • „Geschichte ist so systematisch verdeckt“; genau gucken, abseits des Mainstreams und differenziert 	<p>Engagement von Frauen in bspw. politischen Parteien, steht vor strukturellen Hürden (wie werden Debatten geführt, wann finden Sitzungen statt, etc)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unsichtbares politisches Engagement muss sichtbar gemacht und aufgewertet werden • „Wie schafft man möglichst für viele Menschen [...] die Möglichkeit gehört und gesehen zu werden?“ • „Veranstaltungsformate [...], die nur darauf basieren, dass eine Person ... sprechen, funktioniert auch nicht so gut. Ich glaube, Veranstaltungen, die sozusagen in sich partizipativ sind, wo Menschen das Gefühl haben, ihre Meinung, ihre Stimme, ihre Perspektiven, [...] das funktioniert; [...] die nicht nur so schein-partizipativ [sind].“ • Transparenz über Ziele der Veranstaltung und was mit dem Wissen passiert 		<p>stehen, sondern näher an der Alltagspraxis</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Debatte „Wie wollen wir eigentlich leben“ sollte Ziel von Demokratisierungsprozessen sein; Einbeziehung von Kultur und Kunst – kreativ/künstlerische Zugänge zu Demokratie

Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
<p>Jugendliche</p> <ul style="list-style-type: none"> • Haus der Demokratie: Ort, wo alle Menschen, die Interesse haben sich zu beteiligen, sich versammeln und austauschen können • Haus der Demokratie könnte Metapher sein (mit Keller, Eingangsbereich, Wohnzimmer, Kaffeeküche etc., d.h. verschiedene Bereiche, die alle mit Demokratie zu tun haben und eine Funktion haben) • Sehr unterschiedlich informiert und sehr unterschiedliche Interessenschwerpunkte, unglaublich breites Spektrum • Die Politik ist kein einheitliches Feld, der persönliche / soziale Hintergrund und die Herkunft bestimmen das stark • Informationsquellen: Soziale Netzwerke (hier folgen Jugendliche herkömmlichen Nachrichtenportalen genauso wie Einzelpersonen) • Nachrichtensendungen (z.B. heute Journal) • Zeitungen eher unwichtig, wenn dann eher durch die Eltern, die Zeitung lesen • Zugänge sind unterschiedlich, thematische Schwerpunkte unterscheiden sich; Sozio-ökonomischer sowie Bildungshintergrund zwischen den Jugendlichen oft unbekannt. • Globale Themen polarisieren mehr als lokale Themen; Jugendliche sind besser über globale und nationale Themen informiert als über die lokale Ebene; persönlicher Bezug spielt wichtige Rolle • „Demokratie [sollte] eben nicht gelehrt, sondern gelebt werden [...] und es gibt zwar einige Möglichkeiten, wo das passieren kann, wie beispielsweise in der SchülerInnenvertretung oder in Parteien, aber da bemerkt man dann häufig, dass die SchülerInnen nicht so ernst genommen werden.“ • Großes Problem ist, dass diese Altersgrup- 	<p>Themen / Bedarfe der Zielgruppe gucken</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ironie, Witz, Satire als Umgangsform mit schwierigen Themen oder Ungerechtigkeiten und Problemen • Klimawandel, Umweltschutz, Rassismus (Black Lives Matter), Gleichberechtigung, Unzufriedenheit mit der Schule; Wunsch das zu ändern, Generationenkonflikt (z.B.: „Man merkt durchaus, dass man immer wieder aufgeregt ist, dadurch dass man einerseits von Älteren bestimmt wird, dass immer wieder Dinge passieren, für die wir Jugendliche eben die Kosten tragen müssen und man eben dazu kein Mitspracherecht hat.“) • Erfolg; Aufrichtigkeit, Integrität; Freundschaft; manche finden Autonomie wichtig • Geschlechterfragen und Sexualität (Pubertät) • Religionen / religiöse Konflikte / Religionskonflikte • Disziplin ist in der Schule ein wichtiges Thema, das auch konfliktrichtig ist • Für politische Bildung sollten Räume geschaffen werden, Schulunterricht reicht hier nicht aus (auch wenn Diskussionen in der Schule positiv aufgenommen werden) • Angebote wie Jugend debattiert werden positiv aufgenommen, spricht aber auch nur gewisse SchülerInnen an (voraussetzungs-), deshalb bedarf es auch alternativer Angebote (oder eben der gleichen Förderung aller SchülerInnen, damit alle sich gleichermaßen an solchen Angeboten beteiligen können) 	<p>Formate</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erleben/leben, nicht gelehrt bekommen • Positivbeispiele: Dialogmuseum, Filmuseum (selbst aktiv werden, in eine Welt eintauchen) • Ausstellung zu Rassismus und Empowerment • Planspiele • Parlamente besuchen • Verhältnis zur Demokratie? Abstrakt wird Demokratie befürwortet (genauso wie beispielsweise auch EU), verstehen aber im Konkreten politische Abläufe, das Verschleppen von politischen Problemen etc. nicht; sicher keine Anti-DemokratInnen, aber kritisch • Virtuelle/digitale Angebote können eine große Rolle spielen • Diskussionen • Planspiel • Beschäftigung mit aktuellen Fragen (aber eine Frage der Aufbereitung; Hambacher Forst, Umbenennung von Uncle Ben's zu Ben's Original, US-Wahlen) 	<p>Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Individuelles Lernen – verschiedene Potenziale der SchülerInnen sehen und fördern • Erleben statt gelehrt bekommen • Unterricht selbst gestalten • Heterogenität der Zielgruppe und ihrer Bedürfnisse • Es ist schwer zu benennen, was überhaupt Ziel politischer Bildung ist • Zielvorstellung: SchülerInnen sollen sich in einer globalisierten Welt politisch einbringen; wie kann dieses Ziel immer im Blick bleiben? 	

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
	<p>pe, die Jugendlichen, aus allen anderen demokratischen Strukturen mehr oder weniger ausgelassen sind</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung von Demokratie und freier Willkür • demokratischer Grundordnung bekannt, Bewusstsein über Privilegien in einer Demokratie vorhanden, dennoch kommen eigenes Engagement und Beteiligung zu kurz • Verhältnis zu Parteien und Politiker:innen sehr, sehr schlecht: Abneigung gegenüber Parteien, Ermüchterung über Parteien • Je wohlhabender die Familie, desto eher hat man Zeit, demokratische Kompetenzen auszubauen und sich zu engagieren, hat weniger Sorgen und oft auch weniger Verantwortung • Sensibilisiert für Konflikte, Probleme, für Fragen von Rassismus, Geschlechtergerechtigkeiten, Klimafragen • Analysekompetenzen, Informationsbeschaffung/Verifizierung von Quellen ausbaufähig • Handlungskompetenzen sehr unterschiedlich 	<ul style="list-style-type: none"> • Schulwissen nicht nachhaltig, deshalb wäre es sinnvoll, kompetenzorientierter zu lernen an Schulen; Schule hätte ein solch großes Potenzial, wo Jugendliche Mündigkeit erlangen könnten (Prävention vom Glauben an Verschwörungserzählungen, Lernen, wie man Informationen prüft) • Demokratische Kompetenzen erlernen • Handlungskompetenzen (vielleicht in Richtung Planspiele) • „Sie sind eigentlich recht geschult darin, kritisch zu denken [...], aber nicht so geschult darin, dann auch darüber nachzudenken, wie schwierig das ist, auch unter den aktuellen Bedingungen zu handeln.“ • Analysekompetenzen • Informationen/Quellenverifikation (Wie erkenne ich gute Quellen? Wie überprüfe ich sie?) 	<ul style="list-style-type: none"> • Hortkinder: Diskussionsrunden • Kindergarten: Mitmachgeschichten, Theaterstücke • Veranschaulichung: Was ist Politik, was machen Politiker:innen? • Politik auf lokaler Ebene vielleicht besser greifbar als auf Bundesebene • Kontakt zu Lokalpolitiker:innen • Konfliktlösungsstrategien • (politische) Strategiespiele • Lernen durch Spielen, ggf. Planspiele • Ausflüge • Bücher • Diskussionen zu für die Zielgruppe relevanten Themen organisieren; Wahlen simulieren • Motivation: „Euer Denken ist relevant“ 		
<p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> • Thema: „Was ist eigentlich Demokratie?“, Freiheit, freie Meinungsäußerung • In Hinblick auf die Kinder: Partizipation, Mitgestaltung des Alltags und der Themen, die im Vordergrund stehen • Haus der Demokratie ist Institution mit dem Ziel, Demokratie im Geiste der Menschen zu halten, Demokratieverständnis zu fördern und ggf. zu verteidigen; Pflege der Demokratie • Zielgruppe sehr jung, aber: Kinder fordern immer wieder durch Nachfragen Mitbestimmung ein, deshalb kann man auch in dieser Altersgruppe über verschiedene Beteiligungsformen sprechen, und erklären, was Demokratie bedeutet (Mitbestimmung); man kann auch über Zuständigkeiten, Ver- 	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr unterschiedlich • Freundschaft, Rolle der Familie ist wichtig, wird aber nicht viel thematisiert • Gleichheit / Gerechtigkeit • Ab welchem Alter können Kinder Werte entwickeln (implizit und explizit); in älteren Altersgruppen können Werte explizit diskutiert werden • Respekt – sich gegenseitig wertschätzen, wahrgenommen werden, ernst genommen werden • Diskussions-Skills stärken • Persönlichkeiten/Selbstbewusstsein stärken • Manchmal stoßen die Werte, die im Kindergarten vermittelt werden sollen, auf die Wertvorstellungen der 	<ul style="list-style-type: none"> • Die „richtigen“ Themen aufzugreifen, zu finden; wenn Kinder es uninteressant finden, dann werden sie sich abwenden • Herausforderungen: Wie kann man Kindern in dem Alter schon politische Inhalte vermitteln und wie kann man sie beteiligen? Interesse wecken, über den Tellerrand zu schauen, die eigene Perspektive zu öffnen; Toleranz zu stärken 			

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
	<p>antwortungen sprechen, Wahlen etc., und tieferen Ebenen abs-trahieren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kleine Kinder erhalten Informationen über Eltern, Fernsehen, Freundeskreis, ältere Kin-der • In der Grundschule ist Curriculum zentral: hier am ehesten Sachkunde, aber indirekt auch andere Fächer (zum Beispiel Deutsch) • Frage: Was ist überhaupt Politik? • Kinder aus sozial stärkeren Familien sind involvierter • Interessen sind sehr unterschiedlich • Sozial Schwächere fühlen sich unter Um-ständen abgehängt, dreigliedriges Schulsys-tem verstärkt Ungleichheiten; in sozial schwächeren Kontexten teilw. auch demo-kratiefeindliche Einstellungen • Kinder werden bestärkt zu sagen, was sie gerade denken und fühlen und dass Kinder frei entscheiden dürfen, was sie mögen • Auch Kinder befinden sich unter Umständen in Echo-Kammern/Bubbles: deshalb spielen Lehrkräfte eine wichtige Rolle, um diese Bubbles zu durchbrechen und sie für The-men zu sensibilisieren • Kinder verhalten sich eher passiv, wenn es um Beteiligung geht; vermeiden ggf. An-strengungen; Herausforderung, sie heraus-zufordern, aus passiver Haltung rauszuholen • Verständnis für Miteinander kann geweckt werden, rebellische Phase, in der ggf. auch Autoritäten in Frage gestellt werden, kann genutzt werden, um über Mitbestimmung zu sprechen; auch über den Rahmen der Mitbe-stimmung (nicht zu Lasten anderer, etc.) • „kultureller sowie sozialer Background spielen eine große Rolle“: das politische System im Herkunftsland, aber auch die Erziehung im Elternhaus (welche Rolle spie-len dort Mitbestimmung, die Förderung von Selbstbewusstsein) 	<p>Familie (z.B.: dürfen Kinder auch Entscheidungen treffen?)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konflikt: Autorität und Mitbestim-mung • Auseinandersetzung mit Grenzen • Großer Bedarf an politischer Bil-dung • Schwierigkeit: welche Themen „gehen überhaupt“; wie bringt man relevante Themen auf den Tisch? • „Dass man eben Schülerinnen und Schülern genau das Gefühl gibt, ihr seid wichtig, ihr könnt ihr mitbe-stimmen. Und wenn sie das spüren, dann sind sie, denk ich, auch viel stärker bereit sich zu interessieren, sich zu engagieren, auch eben durch ihr Handeln im Schulkontext begrei-fen: Das, was wir hier machen, ist auch Teil von Demokratie, ist eigent-lich eine wichtige Übung für das richtige Leben und wir sollten dann als Erwachsene auch dafür sorgen, dass Demokratie funktioniert. [...]“ 			

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
<p>LGBTIQ*</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund äußern ihre Meinung weniger oft und diskutieren weniger oft Aufgaben, die sie bekommen • Assoziation mit dem Haus der Demokratie sind die "Vier Säulen" als Konzept, das im Politikunterricht vermittelt wird, wird als Klischee identifiziert • Im Vergleich zu 20-30 Jährigen, die nicht Teil der LGBTIQ+ - Gruppe sind, ist die Gruppe überdurchschnittlich gut informiert hinsichtlich politischer Themen • Demokratiekompetenz besonders ausgeprägt im Bereich Bildungs- und Aufklärungsarbeit; sehen sich im Alltag sehr häufig mit Diskriminierung konfrontiert, Demonstrationen wichtiges Tool politischer Aktivität • „Ein großer demokratischer Wert ist Meinungsfreiheit. Ich habe manchmal das Gefühl, dass Meinungsfreiheit aber missverstanden wird und verwendet wird im Sinne von: „Neja, ich darf das ja sagen, weil das ist Meinungsfreiheit, deswegen kann ich mich jetzt auch ganz klar gegen queere Menschen positionieren“ [...] und es gibt auch politische Sachen sagen [...] und ich finde, dass ein Haus der Demokratie auch bedeutet, die Werte nochmal genauer zu besprechen und zu schauen, was bedeutet das eigentlich für uns. Für mich bedeutet das nicht, dass ich mich menschenfeindlich gegenüber anderen verhalten darf und das dann irgendwie unter das Label Meinungsfreiheit packen darf. Das wäre für mich eine wichtige Grundvoraussetzung im Haus der Demokratie.“ • gutes Einfühlungsvermögen haben, sich nicht nur für ihre Belange einsetzen, sondern auch insgesamt gegen Ungerechtigkeiten, die die gesamte Gesellschaft betreffen 	<ul style="list-style-type: none"> • „Jede einzelne Person in der Zielgruppe möchte [...] Anerkennung bekommen und einfach nicht mehr diskriminiert werden. Egal ob Geschlecht oder sexuelle Identität, Lebensweise in der Beziehung, polymore Sachen, jede einzelne Person hat einfach keine Lust mehr darauf diskriminiert zu werden [...], sei es vom Gesetzgeber, vom Arbeitgeber oder ganz banal in der U-Bahn.“ • Bedarf an politischer Bildung hinsichtlich Konfliktlösung innerhalb der Gruppe: Interviewte identifiziert Problem, dass die Gruppe aufgrund innerer Grabenkämpfe das gemeinsame Ziel aus dem Blick verliert • Besonderer Bedarf an politischer Bildung hinsichtlich Konfliktlösung und in Bezug auf die Diskussionsführung, gerade auch bei Diskussionen auf Social Media-Plattformen • Ein großer Wert ist diskriminierungsfrei miteinander umzugehen und respektvoll im Umgang miteinander zu sein • Grenzen wahren in jeglicher Hinsicht, auf Grenzen anderer Personen eingehen, „Wobei das Werte sind, die in jedem Lebenskontext wichtig sind. Aber auch gerade in Bezug auf Sprache ist es [...] wichtig, wie man spricht, wie man bestimmte Sachen artikuliert.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • "Was sich Museen hinter das Ohr schreiben können: Mehr diversity! Das ist eine win-win-win-Situation für alle." • Inklusive Formate, vor dem Hintergrund der Stadtstruktur: barrierefrei, niedrigschwellig • Museen haben das Problem, dass sie eher die Leute erreichen, die eh schon viel gefördert wurden und einen guten Zugang zu Bildung haben. • Aktive Beteiligung ermöglichen: Zielgruppe findet es toll, wenn die Inhalte von Betroffenen gemacht werden, wenn bspw. transsexuelle Menschen Inhalte zum Thema Transmensch machen; Gruppe möchte für sich selbst sprechen! • Niedrigschwellige Angebote, insbesondere in Bezug auf den Zeitfaktor und in Bezug auf Vorwissen; kreativer Zugang ist wichtig, ebenso wie Formate, die den Jugendlichen und jungen Menschen das Gefühl geben gehört zu werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Es sollte vermieden werden, dass nicht-queere Menschen etwas über queere Menschen schreiben. Probleme sollten von den Betroffenen selbst beschrieben und benannt werden. Problem der Spaltung der Community wird sich auch darin zeigen, wer das Bildungsangebot des Hauses der Demokratie wahrnimmt: Daher so inklusiv wie möglich sein • Die Gruppe an sich abholen und dabei trotzdem die Unterschiede innerhalb der Gruppe im Blick haben und auf die individuellen Bedürfnisse eingehen • Wie schafft man es, dass Angehörige der Zielgruppe das Gefühl haben, es lohnt sich, daran teilzunehmen? Es ist wichtig, queere Jugendliche nicht nur als queere Menschen wahrzunehmen. Es ist ein Teil ihrer Identität, aber halt nur ein Teil. (Stichwort Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität) 	

Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
<p>• Menschen sind sehr politisch aktiv und interessiert, Demonstrationen sind wichtiger Teil politischer Aktivität</p> <p>• Gedanke: Was impliziert der Begriff der Demokratie?</p> <p>• klassische Werte wie Offenheit, Vielfalt, Migration, Zusammenhalt, Grenzüberschreitung - Verantwortung gegenüber den Ländern, aus denen die Migrant:innen kommen</p> <p>• Zielgruppe informiert sich tendenziell über heimisches Fernsehen sowie soziale Medien (junge Generation) über politisches Geschehen, und dabei gerne in der Sprache ihres Herkunftslandes - Tendenz zur Abneigung gegenüber Kommunalpolitik</p> <p>• Geflüchtete: es besteht Interesse am Verfolgen politischer Geschehnisse, auch wenn diese ggf. nicht immer korrekt eingeordnet werden können</p> <p>• untereinander sind Geflüchtete gut vernetzt und „Flurfunk“ funktioniert gut</p> <p>• demokratische Kompetenz der Frankfurter:innen: Aufwachsen in sehr vielfältigen Nachbarschaften, Vielfalt wird von Kindern schauen an gelebt</p> <p>• großes Problem, Menschen mit Migrationshintergrund in repräsentativem Maße einzubinden</p> <p>• Engagement vor Ort: z.B. Community-Arbeit des ISD, der türkischen Gemeinde Deutschland, Young Voice, Mentor:innenprogramme mit Geflüchteten</p> <p>• (tendenziell eher linke und informelle) Gruppierungen und Bewegungen sind im Nachgang von Hanau und BLM-Bewegung entstanden; Leute stehen in interaktivem Austausch, politisieren sich</p> <p>• formell-institutionelle „deutsche“ Gruppierungen haben auf die Migrant:innen tendenziell einschüchternde Wirkung, sodass ge-</p>	<p>• Wichtige Werte der Migrant:innen: Zusammengehörigkeit, Zusammenhalt, Gastfreundschaft, Respekt</p> <p>• Wichtige Werte für Geflüchtete: Gleichberechtigung</p> <p>• (konfliktive) Themen, die die Zielgruppe beschäftigen: Religion, Islam, Meinungsfreiheit, Identitätsdilemma (Heimat vs. DE), Rassismus, Benachteiligung der eigenen sozialen Gruppe</p> <p>• Bedarf an politischer Beteiligung ist bei Geflüchteten vorhanden</p> <p>• Frustration der Geflüchteten gegenüber langwierigen (administrativen) Prozessen in Deutschland</p>	<p>• Schwerpunkte politischer Bildung: (Kolonial-)Geschichte, Polizei, Politik (aber Wahlen bei Geflüchteten weniger, da sie wegen ihres rechtlichen Status gar nicht wählen gehen dürfen)</p> <p>• Interessen: Kultur, Musik (Hip-hop, Rap), Kino, Sport- und Fußballturniere, interaktive Tätigkeiten</p> <p>• Ansprechen der Zielgruppe über Präsenz in sozialen Brennpunkten bzw. den Vororten Frankfurts, Info-Stände, Besuche in Jugendhäusern, Social-Media-Kanäle und „Brückenmenschen“</p>	<p>• Beteiligung von Migrant:innen in repräsentativem Grade</p> <p>• „Öffnungszeiten“ des Angebots, da viele Migrant:innen in Angestelltenverhältnissen arbeiten und dementsprechend tagsüber weniger Zeit haben</p> <p>• „Sonderbehandlung“ als Alien oder vulnerable Person; besser einfach wie jeden anderen behandeln</p> <p>• Migrant:innen, die sich bewusst aufgrund ihrer „Andersheit“ abschnitten</p> <p>• Bildungsangebote sollten niedrigschwellig sein sowie auf verschiedenen Sprachniveaus angeboten sein, gut vor- und nachbereitet, in ein größeres Konzept eingebettet und ggf. in Kooperation mit anderen Trägern durchgeführt werden</p> <p>• um Geflüchtete zu erreichen, werden die direkte Ansprache der Personen, das Einbeziehen von Netzwerken sowie „Brückenpersonen“, Multiplikator:innen und Dolmetscher:innen empfohlen</p>	

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
	<p>mischt-kulturelle Gruppen erfolgreicher sein können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geflüchtete reagieren teilweise verhalten auf Kurse/Seminare, in denen aktive Beteiligung gefragt ist, da sie eine andere Lernerfahrung haben • Gruppen, die nur aus Frauen bestehen, können die Beteiligung dieser steigern • Voraussetzung zur Beteiligung: gewisses Sprachniveau, da man sonst nicht über Demokratie, Politik usw. sprechen kann 	<ul style="list-style-type: none"> • Demokratie, Respekt, Meinungsfreiheit, gehört werden • Sehr diverse Interessen, aber insgesamt sehr interessiert vor allem an Wissen über Politik und aktuelle politische Themen (unabhängig von der generationalen Verankerung, genannt wurde etwa auch das Thema „Schule“) • „Ich finde auch, die Diskussionen, die es unter Senioren gibt, sind genau die gleichen Diskussionen, wie sie [es] in der allgemeinen Bevölkerung auch sind, je nach Neigung und Interesse. Aber die großen Themen kommen hier natürlich auch vor.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Die interessantesten Formate sind äußerst vielfältig, in der Tendenz eher „konventionelle“ Formate: Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Gesprächskreise, Workshops • „Ich kann an einer Podiumsdiskussion teilnehmen und eine Meinung sagen, pro oder contra. Ich kann einen Kurs machen, in dem ich etwas dazulerne. Ich kann auch in ein Museum gehen, wo verschiedene Bilder finde, die mich ansprechen. Nicht nur „schöne“ Bilder – wie aus dem Barock oder dem Impressionismus – sondern Bilder, in denen das Leben zu sehen ist. Ich habe Bilder gesehen [...] von dem ersten Weltkrieg [...]. Da waren wir mit einer Frauengruppe dort und wir haben unheimlich über die Bilder diskutiert.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Physische Verfassung, teils sehr eingeschränkte Mobilität bei Hochbetagten oder Kranken (diese Einschränkung nimmt mit der räumlichen Distanz zu) • „Bei den jüdischen Filmtagen: Jeder wollte hin, aber niemand wusste wie.“ • „Eine Teilnahme ist problematisch je nach dem, in welcher Verfassung diese Senioren sind und wie sie dorthin kommen. [...] Zuhause fernsehen gucken und diskutieren, das geht. [...] Wenn sie aber in die Paulskirche kommen müssen, dann können sie nicht immer teilnehmen, weil sie physisch nicht mehr in der Lage sind, dorthin zu kommen.“ • Ausquartierte Veranstaltungen an zugänglicheren und barrierefreien Orten wären eine gute Abhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtig wäre ein Bezug zur (jüdischen) Geschichte des Ortes der Paulskirche und dessen ambivalenten Geschichte (auch vor der Paulskirchenversammlung und der Demokratisierung) • Idee eines regelmäßigen Kabarets im Haus der Demokratie
<p>Senior:innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Eine Art sicheres und respektvolles Gesprächsforum für alle Menschen, unabhängig von deren individuellen Eigenschaften und Hintergründen (Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Religion etc.), ein Ort, an dem über aktuelle Themen und die gegenwärtigen Bedrohungen der Demokratie diskutiert wird; ein Ort, der aber auch die undemokratischen Zustände aufarbeitet, aus denen die Demokratie hervorgegangen ist, sowie die antidemokratischen und menschenfeindlichen Tendenzen, die sich in der Demokratie entwickeln (teils auch unter dem Banner der Demokratie); ein Ort des Lernens über andere Demokratien andemorts • Das Leitungsgremium des Hauses sollte gewählt und von einer kontrollierenden Instanz geprüft/beraten werden • Senior:innen sind in der Regel gut informiert, es gibt aber deutliche Unterschiede. Als Informationsmedien fungieren vor allem Zeitung, Radio und Fernsehen. Internet benutzen und nutzen zwar so gut wie alle zur privaten Kommunikation mit Freund:innen und Verwandten (Gerade während Corona). Nur wenige verwenden es allerdings zur gezielten Information. Ihnen scheint eine Informationsbündelung hilfreich • Einladungsschreiben per Brief und die gezielte Ansprache von Senior:innen-Organisationen und Wohnheimverantwortlichen scheinen etablierte Kanäle zur Kom- 				

	Zielgruppe und Politik	Themen / Bedarfe der Zielgruppe	Formate	Hürden / Barrieren / Schwierigkeiten	Sonstiges
<p>Tourist:innen / Gäste</p>	<p>munikation und Ansprache von Senior:innen (bei Hochbetagten) zu sein</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hälfte der Besucher:innengruppen kommt aus Frankfurt und dem Umland • Sehr viele Schüler:innengruppen, die das Thema 1848 im Geschichts- oder Politikunterricht behandeln • Tourist:innen erst an Demokratiegeschichte interessiert, wenn man Querbezüge zu ihrem Land / ihrer Kultur herstellt • "Der klassische Tourist fragt nicht nach der Demokratiegeschichte in Deutschland." • "wir haben entweder Gruppen, die unglaublich gebildet [sind], im Sinne mit Erwartungen an die Paulskirche - also, jetzt die Deutchen - kommen und dann ist klar, sie interessieren sich rund um die Ereignisse des 19. Jahrhunderts und kennen sich schon aus und wollen halt Details wissen. Und dann gibt es die Gruppe Deutsche, die überhaupt keine Ahnung haben und die davor stehen und sagen, 'ist das der Dom?'. Und dann fängt man von A an und versucht ein bisschen, sie mitzunehmen." 	<ul style="list-style-type: none"> • sehr divers • Meinungsfreiheit / soziale Medien - für Schüler:innengruppen relevant • Historische Bezüge für Frankfurt:innen wie auch Besucher:innen wichtig (auch Querbezüge zu anderen Gesellschaften) • Wissen über das politische System der BRD fehlt vielen • "Es wäre jetzt mein Wunsch als Bürgerin, zu sagen: Wir brauchen dort was Vielfältiges tatsächlich. Und wir brauchen einen Ort, wo wir wieder diese Streitkultur, diese lauten Abgeordneten der Paulskirchenversammlung, die da gejubelt haben sollen und auch geklatscht oder auch gebut haben, sinnbildlich sozusagen wieder präsent machen. Denn das Konträre, das Diskutieren ist das Wichtige in der Demokratie und die Werte, die das aber auch tragen dann, der Boden sozusagen. Immer zu sagen: Ja, man kann geteilter Meinung sein, man sollte auch das klar kundtun, aber das muss sich bewegen auf diesem Boden." 	<ul style="list-style-type: none"> • Formate (Ausstellungen) • Querbezüge zu anderen europäischen Revolutionen im 19. Jh. • Was ist aus den 1848ern geworden? • Historie der Paulskirche vor 1848 • Geschichte der Bundesrepublik • Interaktive Stationen • Virtual Reality: Paulskirche erleben – visuell (VR) und akustisch (Geräuschkulisse, Reden, etc.) • Datenbank: Wer wäre als Abgeordneter in der Nationalversammlung für mich zuständig gewesen? • Inszenierungen: Reden von damals, eingespielt von Schauspieler:innen • Demokratie lernen • Interaktive Informationsstationen zum heutigen Regierungssystem in Deutschland, auch auf kommunaler Ebene • Vergleich BRD, Weimar, 1848er Revolution • Demokratie spielen • Debattierclub • Workshops • Räume für Schüler:innengruppen und andere anbieten für Treffen, für Diskussionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrum muss für alle zugänglich sein; gilt auch für die Paulskirche • Barrierefreiheit für körperlich Behinderte • Einfache Sprache, die auch ohne hohen Bildungsgrad verständlich ist • Mehrsprachigkeit mit Blick auf ausländische Besucher:innen 	

8. Tabelle Demokratie gedenken/lernen

8.1 Frankfurt

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Bildungsstätte Anne Frank		Zielgruppe: ges. Bevölkerung Ziele: Stärkung und Empowerment für Jugendliche und Erwachsene für aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft	historisches Lernen, Antidiskriminierungsarbeit, marginalisierte Gruppen sichtbar und hörbar machen	Workshops, Training, Beratung, Lernlabor, „StreitBar“				
	StreitBar – Themen, die bewegen	Zielgruppe: ges. Bevölkerung Ziele: Debatten außerhalb der Echochamber der Sozialen Netzwerke führen, Kontroversen und Auseinandersetzungen fördern	1 Mal pro Monat Barabend mit Moderatorin und Gästen zu verschiedenen aktuell strittigen Themen	Diskussion		https://www.bs-anne-frank.de/streitbar/		
	Jährlicher Kunstwettbewerb	Zielgruppe: junge Künstler:innen Ziel: Aufforderung zur kreativen Auseinandersetzung mit Themen wie z.B. Migrationsgesellschaft	jährlicher Aufruf, Bewertung durch Jury und Prämierung der Gewinner:innen. Ausstellung im Foyer des Museum Angewandte Kunst		Gefördert von BMFSFJ, DemokratieLeben, Cartacura Museum Frankfurt, Internationaler Comic Salon Erlangen, comixene, MissyMagazine, Jaja Verlag	Siraad Wiedenroth; kunstwettbewerb@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/kunstwettbewerb/		
	Telling (Hi)Story	Zielgruppe: Betroffene und Öffentlichkeit Ziele: Vorurteile und Feindseligkeiten nehmen, Betroffene zusammenbringen, Empowerment, eigenen Erfahrungen und Geschichten Öffentlichkeit geben	Menschen aller Generationen erzählen; Drei Schritte: (Hi)story Telling – Austausch in eigener Community, (Hi)story Learning – Treffen und Austausch mit verschiedenen Communities, (Hi)story Making – Austausch zwischen Menschen mit und ohne Rassismus- und Antisemitismuserfahrung	Austauschrunden, Aufnahme als Podcast		Folasade Farinde ffarinde@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/tellinghistory/	Frankfurt und Kassel	
	Antisemitismus? Was?	Zielgruppe: Schüler:innen, Jugendliche, Lehrkräfte, Pädagog:innen Ziele: Bildungs- und Beratungsangebot für Lehrkräfte	Workshops über Antisemitismus und Lernlabor für Jugendgruppen und Schüler:innen; Fortbildungen zu pädagogischen Handlungsstrategien, Prävention	Workshops, Fortbildung, Lernlabor		Tami Rickert trickert@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/tellinghistory/		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
		und Schüler:innen zur Sensibilisierung für Gefahren von Antisemitismus und zur Unterstützung in akuten Konflikten	und Antisemitismus im pädagogischen Raum, Beratung bei Einschätzung von konkreten antisemitischen Haltungen und Handlungen für Lehrkräfte und Pädagog:innen			anne-frank.de/antisemitwas/		
Frankfurter Schulerpreis		Zielgruppe: Schüler:innen Ziele: Entwicklung von Projekten, die Schüler:innen Raum zur Reflexion ihrer Wahrnehmung und Betrachtung eines bestimmten Themas geben; Projekte unterstützen, die demokratisches Handeln, Vielfalt und Toleranz fördern	Projektvorschläge von Schüler:innen, die sich auf innovative Weise mit Begriffen auseinandersetzen; seit 2017 von der Stadt Frankfurt verliehen	Ausschreibung, Preisverleihung	Stadt Frankfurt in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank	Oliver Fassing ofassing@bs- anne-frank.de <a href="https://www.bs-
anne-frank.de/frankfurterschulpreis/">https://www.bs- anne-frank.de/frankfurterschulpreis/		
Anne-Frank-Tag		Zielgruppe: Stadtgesellschaft	Tag zur Geschichte Anne Franks und ihren Bezügen zur Gegenwart; jährlich wechselndes Motto, das dem Tagebuch Anne Franks entlehnt ist; vielfältige Veranstaltungsformate in der Stadt	Gespräche, Diskussionen, Poetry-Slams, Theateraufführungen, 2019 Veranstaltung in der Paulskirche	Veranstalter:innen: BS Anne Frank, Stadt Frankfurt Kooperationspartner:innen: Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, DGB, Evangelische Kirche Frankfurt/Offenbach, Jüdische Gemeinde Frankfurt, Jüdisches Frankfurt, Schauspiel Frankfurt, Blätter für deutsche und internationale Politik, Frankfurter Rundschau, Journal Frankfurt, hr Info	<a href="https://www.bs-
anne-frank.de/annefranktagfilm/">https://www.bs- anne-frank.de/annefranktagfilm/		
Partnerschaft für Demokratie Frankfurt		Zielgruppe: Stadtgesellschaft Ziele: Demokratische Kultur vielfältiger Stadtgesellschaft stärken, Förderung lokaler Projekte gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit	Förderung von Projekten für partizipative, vielfältige Kultur und ihre Unterstützung in Frankfurt; Projekte/Initiativen die durch Weiterbildungen, Kunst(-aktionen), Stadtteilarbeit, Empowerment oder andere Formate Menschen für demokratische Kultur mobilisieren und befähigen;	Stadteil-Sommerfeste „Berg Beweg Dicht!“, Bockenheimer Kunstraum Kokon; Kunstprojekt „Bunte Brücken im Gallus“, Kurzfilmprojekt „Das Medaillon“, Workshop zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen	Kooperationsprojekt des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurter Jugendring, Gefördert vom Landesprogramm „Hessen Aktiv für Demokratie und Gegen Extremismus“	Valentin Fuchs (Fach- und Koordinierungssstelle), vfuchs@bs- anne-frank.de; Pushpa Islam (Federführendes Amt), pushpa.islam@s tadtfrankfurt.de	Verknüpfung zum Bundesprogramm „Demokratie Leben!“, für die	

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
			zweimal im Jahr Demokratie-konferenz	Machtstrukturen und Fragen der Identität; Unterstützung von Gruppen, die Treffpunkte und Kommunikationsräume für Jugendliche sanieren; „Heisenrath aktiv“, „Nächster Halt G-Town“; Projekt in dem mit partizipativen Methoden Jugendliche und Bewohner:innen ihren Stadtteil erfor-schen (inkl. künstlerischem Workshop); Demokratiekonferenz lädt Bewohner:innen ein, sich mit akt. Fra-gen der Frankfurter Stadiges. Ausein-derzusetzen, Ziele für Zukunft zu entwickeln		https://partnerschaft-demokratie-ffm.de/	Projektauswahlverantwortlicher Begleitausschuss besteht aus 20 Vertreter:innen staatlicher Institutionen	
Demokratietriäter*innen		Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene, die vor oder in einer Berufsausbildung/Studium stehen und ggf. eine Migrations- und Fluchtgeschichte haben Ziele: Einstieg in historische politische Bildungsarbeit	Ausbildung für junge Menschen zum Fachpersonal für Teams der Bildungsstätte Anne Frank, des Pädagogischen Zentrums des Fritz-Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums	Ausbildung	evzStiftung	Aylin Kortel, akortel@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/projekt/demokratietraetnaer/traetnaer/		
Anne Frank Morgen mehr.		Zielgruppe: Junge Menschen, besonders Schulklassen und Jugendgruppen Ziele: Fragen aus Geschichte auf die Gegenwart anwenden lernen, jugendl. Perspektiven zum Thema Diskriminierung ernstnehmen, versch. Formen der Aneignung von Geschichte erlebbar machen (Utopien, Konflikt, Widerstand)	interaktives Lernlabor zu Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart; Ort der Auseinandersetzung und Debatte	Ausstellung mit Teamer:innen		Deborah Krieg, dkrieg@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/morgenmehr/	von Bundesprojekten gefördert	

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
	Hingucker? Kolonialismus und Rassismus ausstellen	Zielgruppe: Gesamte Bevölkerung	Ausstellung mit Rahmenprogramm	Ausstellung mit umfangreichem Rahmenprogramm und Live-Stream		Barbara Biel, bbiel@bs-anne-frank.de https://www.bs-anne-frank.de/hingucker/		
	Mobile Lernlabore „Mensch, du hast Recht(e)!“	Zielgruppe: ges. Bevölkerung Ziele: große Themen selbst entdecken, Herausforderung zum Mitmachen und Querdenken, zum Diskutieren und Träumen, vermittelt Wissen, möchte Publikum herausfordern, irritieren und aktivieren	Wanderausstellung zu Rassismus, Diskriminierung und Menschenrechten	mobile Ausstellung, interaktive Stationen	Aktion Mensch, Sebastian Cöbler – Stiftung für Bürgerrechte, Alfred und Lore Nungesser Stiftung, Stiftung Flughafen Frankfurt/Main für die Region	Muniba Kahlon https://www.bs-anne-frank.de/duhastrecht/		
Historisches Museum Frankfurt	Ausstellungen	Zielgruppe: ges. Stadtgesellschaft	Dauerausstellung: „Frankfurt Jetzt“; Sonderausstellungen: „Dagegen! Dafür? – Revolution, Macht, Geschichte.“ (2019); „Ich sehe was, was Du nicht siehst. Rassismus, Widerstand und Empowerment“ (2020)	Ausstellung				
	Stadtlabor	Zielgruppe: Gesamte Stadtsellschaft Ziele: Erforschen der Stadt mit Frankfurter:innen (Stadtlabor im Museum, Stadtlabor digital, Stadtlabor unterwegs), Frankfurter:innen aktiv an den Museumsinhalten beteiligen	Methode zur kollaborativen Stadterforschung; Ausstellungen, Veranstaltungen und Filme, die Auseinandersetzungen mit dem Thema „Stadt“ dokumentieren und vermitteln; partizipativ ausgerichtet; Ergebnisse werden in der Dauerausstellung „Frankfurt Jetzt!“ dokumentiert und präsentiert	Dauerausstellung „Frankfurt Jetzt“ im Museum mit wechselnden Ausstellungen; Stadtlabor digital (gem. Sammeln von Erfahrungswissen, pers. Geschichten, besonderen Beziehungen zu best. Orten, versch. Nutzungsweisen der Stadt; Daten, die neue Perspektiven eröffnen, Abbilden von Vieltimmigkeit audiovisuelles, multiperspektivisches, ständig wachsendes Stadtporträt durch Userbei-		https://stadtlabor-digital.de/stadtlabor-digital https://www.historisches-museum-frankfurt.de/de/stadtlabor		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Fritz-Bauer-Institut		Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: untersucht und dokumentiert Geschichte nationalsozialistischer Massenverbrechen (v.a. Holocaust) und deren Wirkung bis in die Gegenwart	unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung; Schwerpunkt: Vermittlung der einschlägigen deutschen und internationalen Forschung durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen	Veranstaltungen, Ausstellungen, Audioarchiv, Führungen		info@fritz-bauerinstitut.de https://www.fritz-bauerinstitut.de/veranstaltungen		
Jüdisches Museum	Gedenkstätte Börneplatz	Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: Erinnerung an die Opfer der Schoa, jüdische Geschichte in Frankfurt sichtbar machen	Workshops für Schüler:innen, Lehrer:innen, Kinder; rassismuskritische Bildungsarbeit; Antisemitismusprävention	Workshops, App „Unsichtbare Orte“, Digitales Museum, Stadtrundgänge, Friedhofsrundgänge		Kathrin Schön, kathrin.schoen@stadt-frankfurt.de https://www.juedischesmuseum.de/vernetzen/ansprechpartner/		
Kinderhaus der Weiblichen Fürsorge e.V.	Platz der vergessenen Kinder	Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: Geschichte soll durch persönlichen Kontakt mit Opfern greifbar und erlebbar werden und damit zu menschlichem und tolerantem Umgang miteinander beitragen	„Virtuelle Gedenkstätte“ für die Betroffenen soll direkten Kontakt zu Opfern ermöglichen	virtuelle Gedenkstätte		info@platz-der-vergessenen-kinder.de		
Förderverein für die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte KZ-Katzbach in den Adlerwerken und zur Zwangsarbeit in		Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: am Erinnerungsort KZ Katzbach soll an ein Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof erinnert werden, das sich in der Spätphase der NS-Diktatur in den Adlerwerken im Frankfurter Stadtteil Gallus befand	Stadtrundgänge „Stadtteil Gallus im Nationalsozialismus“, Vorträge			info@kz-katzbach-adlerwerke.de https://kz-katzbach-adlerwerke.de/		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Frankfurt am Main Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V., Frankfurt a. M.	Widerstands- rundgang in Frank- furt; pä- dagogische Arbeit	Zielgruppe: gesamte Stadtge- sellschaft, junge Menschen Ziele: antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945 im gesamten politischen und sozialen Spektrum erforschen und v. a. in der Öffentlichkeit wenig beachtete oder ausge- klammerte Aspekte des Wi- derstands bekannt machen	Frankfurter Orte mit Bezug zu Widerstand und Verfolgung im Rahmen eines historischen Stadtrundgangs erfahren, Geschichte wird in alltäglicher ummittelbarer Umgebung als Geschehen „vor Ort“ konkret, es wird über das das mit den Orten verbundene Schicksal von Menschen berichtet, Gedenken, Vergessen oder Verdrängen der Ereignisse nach 1945 werden dabei dokumen- tiert.	Stadtrundgänge	Teil der Reihe „Perspek- tivwechsel – Reihe kritischer Stadtrundgän- ge in Frankfurt 2020“	studienkreis@widerstand-1933-1945.de https://www.widerstand-1933-1945.de		Biografischer Lernkisten zu „Kindern in Theresienstadt“, Fluchtpunkt Saargebiet, Lebenswege verfolgter Men- schen und der Bezug zur Ge- genwart, Ge- denkorte Europa 1939-1945, Digitalisierung Dokumentation
Jüdisches Leben in Frankfurt		Zielgruppe: junge Menschen, Zeitzeug:innen und deren Angehörige Ziele: Erinnerung an früheres jüdisches Leben in Frankfurt und Auseinandersetzung mit jüdischem Leben heute	jährliches Besuchsprogramm der Stadt für ehemalige Frank- furter:innen jüdischer Herkunft, seit 2012 auch für Angehörigen der zweiten Generation geöffnet, Erinnerungsarbeit	Dokumentation, Zeit- zeug:innengespräche		http://www.juedisches-leben-frankfurt.de/de/home/paedagogische-angebote.html		
Deutsches Architek- turmuse- um	Die Frank- furter Paulskir- che – Ort der deut- schen Demokra- tie	Zielgruppe: gesamte Stadtge- sellschaft Ziele: Erinnerungskultur an diesen bedeutenden Ort der deutschen Geschichte bis heute	Vorträge und Stadtrundgang zur Baugeschichte der Paulskirche, zur Bedeutung der Beschlüsse der Nationalversammlung für die demokratische Entwicklung	Seminar	Institut für Stadtge- schichte und der Hessi- schen Landeszentrale für politische Bildung	Ute Pahl, ute.pahl@hlz.hessen.de https://damonline.de/veranstaltungen/die-frankfurter-paulskirche/		
Institut für Stadtge- schichte	verschie- dene Veransta- ltungen und Aus- stellungen	Zielgruppe: Gesamte Bevölke- rung	Sammlung von historisch und rechtlich bedeutsamen Unterla- gen der Stadtverwaltung, Veröffentlichungen in Ausstel- lungen, Vorträgen, Führungen und Sonderveranstaltungen			https://www.stadtdoeschichte.de/home		
Initiative 19. No- vember	keine besonde- ren Pro-					http://www.initiative-neunter-november.de/ue		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
	jekte					beruns.html		
Caricatura Museum Frankfurt	Dauerausstellung: Zeichner der Frankfurter Schule	Zielgruppe: Gesamte Bevölkerung				https://caricaturamuseum.de/leitbild-und-sammlung/		

8.2 Hessen

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen	Perspektivwechsel – Kritische Stadtrundgänge in Frankfurt, u.a. Demokratische Orte in Frankfurt in Vergangenheit und Gegenwart	Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: Hintergründe, gemeinsame Entwicklung und Aneignung von Ideen zur Stadtgestaltung	Widerstände in Frankfurt und im globalen Süden thematisieren; Aktivist:innen hören; Handlungsalternativen aufzeigen	verschiedene Stadtrundgänge		u.a. Bezirksjugendwerk der AWO Hessen Süd https://stadtrundgang.ebn-hessen.de/		
Gegen das Vergessen – Für Demokratie e.V.	#BeiterNett – Für ein demokratisches Miteinander im Netz; Stammtisch	Zielgruppe: junge Menschen, Lehrer:innen Ziele: historische Erinnerungsarbeit und konkreter Einsatz für die Demokratie, politische Bildungsarbeit	Diskussion möglicher Formen des kritischen, auf demokratischen Werten und Prinzipien basierenden Umgangs mit abwertenden Aufstellungen im Netz, Teilen von Erfahrungen, Besprechung von Strategien des Umgangs damit; inhaltlicher Fokus auf Auseinandersetzung mit Islamismus und antimuslimischem Rassismus; weitgehend offener und partizipativer Prozess; Arbeitsgruppen zu bestimmten Teilthemen des Komplexes ‚hate speech‘ bilden; Fragestellungen arbeiten und Lösungsvorschläge entwickeln			Andreas Dickerboom, rhein-main@gegenvergessen.de https://www.gegenvergessen.de/startsseite/	in ganz Deutschland, aber auch mit Sitz im Rhein-Main-Gebiet	Demokratiegeschichte, Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft, Blended Learning: Demokratie erleben – Online und vor Ort, Demokratie ist wichtig, Punkt!, Argutaining #Wie-DER_SPRECHEN FÜR DEMOKRATIE, Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, Modulare Weiterbildung für die Partnerschaften für Demokratie
Spiegelbild	World Wide Anti-	Zielgruppe: Schul-	als Projektwoche für Schulen	Projekt-	Land Hessen	Thure Alting	weitere Projekte:	

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
	semitismus	<p>klassen</p> <p>Ziel: Jugendliche für antisemitische Narrative sensibilisieren, Medienkompetenzen stärken</p>	<p>konzipiert; Begleitung von Debattenkultur im demokratiefördernden Sinne; Beschäftigung von Schulklassen mit den Themen Verschwörungstheorien, Geschichte des Antisemitismus, Feindbild Israel, Onlinekommunikation und Handlungsspektiven</p>	woche		https://www.wwa-spiegelbild.de	<p>Anlaufstelle Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, #Reisepeers, Deutsch-Israelische Jugendbegegnung Mail@More, Love Speech, WIR in Wiesbaden</p>	

8.3 Deutschland

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges
Bertelsmann Stiftung	<p>jungbewegt – für Engagement und Demokratie</p>	<p>Zielgruppe: Kinder und Jugendliche (2–22 Jahre)</p> <p>Ziel: politische Partizipation und Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft oder sozialer Situation</p>	<p>in drei Bereiche aufgliedert: im frühkindlichen Bereich Konzept „Mittenscheiden und Mithandeln in Kitas“, im schulischen Bereich Konzept „Citizenship Education – Demokratiebildung in Schulen“, im außerschulischen Bereich Konzept „Gesellschaftliches Engagement Benachteiligter fördern“;</p> <p>Inhalte und Methoden in Publikationen aufbereitet, deutschlandweit von Multiplikator:innen eingesetzt;</p> <p>bundesweite Kooperation mit 16 Trägern der Jugendhilfe;</p> <p>schulischer Bereich: Schwerpunkt auf universitäre Ausbildung angehender Lehrkräfte, unterstützt durch Professor:innen / Dozent:innen an mehreren Hochschulen; in der außerschulischen Jugendarbeit werden Qualifizierungsangebote von mehreren sozialpädagogischen Weiterbildungsstellen regelmäßig angeboten</p>	<p>v.a. analog angelegt, in den letzten Jahren auch vermehrt digitale Vermittlungsformaten; Qualifizierung von Fachkräften zur Durchführung des Projektes vor Ort als Massive Open Online Course aufbereitet</p>	<p>Expert:innen aus Praxis und Wissenschaft (https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/jungbewegt/ und mit dem Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement, BpB, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Deutsches Kinderhilfswerk, UNICEF</p>	<p>Sigrid Meinhold-Henschel</p> <p>https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/jungbewegt/projektbeschreibung</p>	<p>Bis 2021 sollen erste Ergebnisse zu weiteren Themenfeldern in dem Projekt vorhanden sein. Es soll hier um die Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus gehen</p>
Die Politiker-gedenkstiftungen des Bundes	<p>Sechs Politiker-gedenkstiftungen: Otto von Bismarck-Stiftung,</p>	<p>Zielgruppe: gesamte Bevölkerung</p> <p>Ziel: Auseinandersetzung mit politisch bedeutsamen historischen</p>	<p>Sitz an Orten, die eng mit dem Leben dieser Persönlichkeiten verbunden sind; gemeinsames Motto „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“; Ausstellungen als Lernorte der Geschichte;</p>	<p>museumpädagogische Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene; Sonderausstellungen;</p>		<p>https://politiker-gedenkstiftungen.de/ueber-uns-kontakt/</p>	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges
des	Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstiftung, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung	Persönlichkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts, Kenntnisse über Geschichte Deutschlands und Europas im 19. und 20. Jahrhundert erweitern und vertiefen, auf wissenschaftlicher Grundlage und publikumsnah vermitteln	Beitrag zum Verständnis unserer Gegenwart	Seminare, Vorträge, Zeitzeugengespräche, Podiumsdiskussionen; historische Forschung; wissenschaftliche Tagungen; Publikationsreihen heraus; Archive und Fachbibliotheken			
Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratie-tiegschichte“	Orte der Demokratiegeschichte	Zielgruppe: gesamte Bevölkerung Ziel: Wahrnehmung der deutschen Demokratie und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit fördern, demokratische Teilhabe und Zivilcourage anregen	Fokus auf Institutionen und Verfahren der Demokratie auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik zwischen 1789 und 2000; Entwicklung von Forderungen nach freien, gleichen und allg. Wahlen, nach Gewaltenteilung und -kontrolle, nach Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und anderen Bürgerrechte im historischen Prozess; Orte von überregionalem Charakter im Fokus, die für dt. Demokratiegeschichte von entscheidender Bedeutung waren; drei Kernelemente, die sich als „Schlaglichter“ der deutschen Demokratiegeschichte begreifen lassen: Verfassungsgebung, Institutionen der Demokratie und Protagonist:innen; Deutschlandkarte der Demokratie als Anstoß für Diskussion und Kontroverse, wird in dynamischem Prozess ständig erweitert	Internetseite mit Deutschlandkarte, auf der Orientierungspunkte eingezeichnet sind, die Demokratiegeschichte lokal greifbar machen; Internetseite mit 100 Köpfen der Demokratiegeschichte	Entwickelt von Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, gefördert von der Bundesregierung für Kultur und Medien	https://www.demokratie-geschichte.de/ort-de-demokratiegeschichte-eine-deutschlandkarte/	
Bundeszentrale für politische	Abdelkhatie	Zielgruppe: Jugend Ziel: Comedian Abdelkarims spielerische Auseinandersetzung mit	Zehn Folgen auf YouTube beschäftigen sich auf lustige Art und Weise mit Demokratie, Wahlen und Parteien, Volk, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Men-	YouTube-Mini-Serie; Hintergrundinformationen online abrufbar		Hanne Wurzel, Lobna Jamal, Gereon Flümann	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges
Bildung	Jamal al-Khatib X NISA	Zielgruppe: Jugend Ziele: durch Video-Serien Reflexionsprozesse und Diskussionen anregen, alternative Narrative zu jihadistischen und islamistischen-extremistischer Propaganda vermitteln, Jugendliche im Umgang mit Konflikten, Kompromissen und Widerständen stärken	Peer-to-Peer-Ansatz; Erfahrungen von Jugendlichen als Grundlage des Projektes; Erarbeitung von Texten mittels narrativer Biographiearbeit; Produktion von Videos mit alternativen Narrativen zu islamistische-extremistischer Propaganda; fiktive Figur als Erzähler in soll eine breite Identifikationsmöglichkeit bieten und gleichzeitig als Projektfläche für Jugendliche dienen; wird ständig weiterentwickelt und behandelt jedes Jahr unterschiedliche Fokus-Themen.	insgesamt fünf Hauptvideos; mehrere Nebenformate mit Vertiefungen der Inhalte	Zusammenarbeit mit Turn-Verein für Gewalt- und Extremismusprävention	https://www.bpb.de/lernen/projekte/309746/abdeikra-tie	
	Say my Name	Zielgruppe: junge diverse Frauen zwischen 14 und 19 Ziel: junge Frauen bieten Orientierung, starke Argumente und Dialogmöglichkeiten für eine oft vernachlässigte Zielgruppe	Webvideos begleiten sechs junge medien-schaffende Frauen, die davon sprechen, was sie aktuell in unserer Gesellschaft bewegt, besorgt, beschäftigt, empowert; schenkt der Tatsache Beachtung, dass die Gesellschaft divers, offen und demokratisch ist und sein soll; wendet sich gegen Extremismus, Radikalisierung, Rassismus, Hass im Netz; fühlt sich Werten pluralistischer Gesellschaft verpflichtet; bietet Inhalte zu Emanzipation, Respekt, Vielfalt, Gleichheit, Solidarität usw.	You Tube, Instagram	Umgesetzt von „Kooperative Berlin“	Baran Korkmaz, Katharina Max-Schackert https://www.bpb.de/lernen/projekte/saymyname/	

9. Tabelle Demokratie praktizieren/erleben

9.1 Frankfurt

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Evangelische Akademie Frankfurt	Junge Akademie – Bausteine Demokratie	Zielgruppe: junge Menschen aus der Region Ziele: Unterstützung des Einsatzes für die Demokratie durch ein Stipendiatinnenprogramm	28 Stipendiat:innen, Laufzeit 1 Jahr; Begegnungen mit Gleichaltrigen aus der Region; Denkräume mit außergewöhnlichen Impulsgeber:innen	Förderprogramm mit Tagungen, Denkräumen und Workshops; öffentliche Ausstellungen nach Projektabschluss		https://www.evangelische-akademie.de/themenfelder/		Veranstaltungen im Bereich Religion und Politik, Prävention und Politische Bildung, Europa und Jugend, Kunst und Stadt
mehr als wählen e.V. – Initiative für innovative Demokratie	Demokratiewagen	Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziel: mobiler und experimenterter Erfahrungsraum für Demokratie auf Frankfurts Straßen, soll zeigen: Demokratie passiert überall	wird verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Frankfurt/M. zur Verfügung gestellt; die sich für Demokratie und Beteiligung engagieren; kommt zu den Bürger:innen in verschiedenen Stadtteile	umgebauter Linienbus	Hochschule für Gestaltung in Offenbach, HSFK, Ev. Akademie, ehrlaswaehlen satis&ty, AmKA, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt	hallo@mehral swaehlen.de http://www.mehral.swaehlen.de/demokratiewagen/		
	Demokratiekonvent	Zielgruppe: gesamte Stadtgesellschaft Ziele: Bürger:innen beraten die Politik	demokratisches Bürger:innenforum; mehrtägiger Konvent zu bestimmtem Thema; Diskussion und thematische Annäherung unter Teilnehmer:innen; Entwicklung gemeinsamer Handlungsempfehlungen und Projekte für Frankfurter Stadtpolitik; zufällige Auswahl von 60 Frankfurter:innen aus versch. Stadtvierteln	Konvent mit Workshops	Hertie-Stiftung, Evangelische Akademie	hallo@mehral swaehlen.de https://www.demokratiekonvent.de/		Handbuch Demokratiekonvent
Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung Arbeit und Leben Frankfurt	Weiterentwicklung der Bereitschaft und der Fähigkeit zum Engagement für die Verwirklichung der	Zielgruppen: Beschäftigte in bestimmten Arbeitsbereichen, Arbeitnehmer:innen mit ihren Familien, Erwerbslose, Frauen, Jugendliche, Immigrant:innen, Senior:innen Ziele: Weiterentwicklung der Bereitschaft und der	Räume schaffen für Diskussion unterschiedlicher Positionen und Suche nach solidarischen und demokratischen Lösungen und Perspektiven; zentrale Bezugspunkte: gesellschaftliche Situation und Interessen von abhängig arbeitenden und von erwerbslosen Menschen	Vortragsreihen, Tages- und Mehrtagesseminaren, Wochenend- und Wochenseminare (Bildungsurfaube)	Kooperation von DGB und VHS	Arbeit und Leben (VHS/DGB), aul@stadt-frankfurt.de https://frankfurt-rhein-main.dgb.de/t		

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
	Demokratie in allen Lebensbereichen	Zielgruppe: Fähigkeit zum Engagement für die Verwirklichung der Demokratie in allen Lebensbereichen				hemen/+co+09d66194-eb6a-11e1-a2bb-00188b4dc422		
Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AmKA)	Vielfalt bewegt Frankfurt – Integrations- und Diversitätsportal der Stadt Frankfurt am Main	Zielgruppe: Menschen mit Migrationsgeschichte Ziele: erfolgreiche Integration fördern, damit alle Einwohner:innen Frankfurts, gleich welcher Herkunft und welchen Hintergrunds, gemeinsam die Zukunft der Stadt gestalten	Website zeigt Veranstaltungen und Ereignisse an	Online-Plattform	Stadt Frankfurt	https://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/de/vbf-directory	StadtRaum – Frankfurt – Haus für alle	Schreibwerkstatt i-Slam, Demokratiekonferenz, Frankfurter Interkulturelle Woche, Parade der Kulturen, CSD, English Theater Workshop
Goethe-Universität Frankfurt/M.	Frankfurter Bürger-Universität: Demokratie weiter denken	Zielgruppe: Studierende und Interessierte						
Demokratische Schule Frankfurt	Demokratische Schule in Frankfurt errichten	Zielgruppe: Kinder zwischen 5 und 18 Jahren Ziele: Vorhaben, eine neue demokratische Schule in Frankfurt zu eröffnen	Grundschule mit Hort und Gesamtschule mit Ganztagsbetrieb; „Schule für alle“	Schule		info@demokratische-schule-frankfurt.de https://www.demokratische-schule-frankfurt.de/	noch im Aufbau	
Forschungsverbund „Normative Orders“ der Goethe-Universität Frankfurt/M.	Demokratie weiter denken	Zielgruppe: Studierende und Interessierte, Frankfurter Bürger-Universität		Vorlesungen		https://www.normativeorder.s.net/de/veranstaltungen/frankfurter-buergeruniversitaet/69-veranstaltungen/7477-demokratie-weiter-denken		
Haus der Volks-	Demokratie	Zielgruppe: Eltern, Erzie-	Demokratie, Kinderrechte und sozia-	Workshops, Diskus-		zentrum.familie		

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
arbeit e.V. – Zentrum für Beratung, Erziehung und Bildung	leben Demokratie, Kinderrechte und Zusammenleben	her:innen Ziele: Kurse und Treffangebote zu Kinderrechten und ersten demokratischen Erfahrungen in der Familie, Grundbedürfnisse der Kinder/Beteiligung von Anfang an thematisieren Zielgruppe: Schüler:innen	les Zusammenleben: Wie passen Rechte der Kinder und Bedürfnisse der Eltern zusammen? Was haben Kinderrechte mit guter Entwicklung zu tun? Was verstehen wir unter Demokratie und wie können wir demokratische Kompetenzen bei Kindern stärken?	sionsrunden		e@hdv-ffm.de www.hdv-ffm.de/kurse-buchen/familien Themen/de mokratie-leben/		
Stadtschüler:innenrat Paritätisches Bildungswerk	Seminar: Demokratie von klein an – Radikalisierungsprävention in Kitas und Familienzentren	Zielgruppe: Mitarbeiter:innen von Erziehungsstellen, Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung, Familienzentren und Kitas, Fachkräfte, die Eltern in den ersten Jahren begleiten; andere interessierte Ziel: Frühzeitige Prävention	Mitarbeiter:innen aus Kitas und Familienzentren berichten über diskriminierende Äußerungen und Verwendung rassistischer Stereotype bei Kindern im Vorschulalter. Fachkräfte brauchen Hintergrundwissen und Methodenkompetenz, müssen eigene Haltung geklärt haben und Kindern sowie Eltern erreichen.	Seminar		www.ssr-frankfurt.de/ https://paritaet.de/veranstaltungen/fobi2020/seminar/129_Demokratie_von_klein_an.htm		politische Bildungsangebote in Frankfurt, aber auch bundesweit
EKHN Stiftung	Symposium „Demokratie! Über die Macht des Einzelnen und die Zukunft der Gemeinschaft“	Zielgruppe: Schüler:innen Ziele: gemeinsames Nachdenken, Suche nach Antworten und neuen Möglichkeiten, Entdeckungslust zur Mitgestaltung der Gesellschaft wecken	Jüngere Generation mit Expert:innen ins Gespräch bringen; Themen: demokratisches Handeln im Alltag, Bürger:innenbeteiligung, Rolle der Medien, Auswirkung der Digitalisierung, populistische Tendenzen, Protestbewegungen	Workshops, Diskussion		https://www.ekhn-stiftung.de/symposium2019/schuelerseminar		
Frankfurt Hilft	Tafel der Demokratie	Zielgruppe: Geflüchtete, gesamte Stadtgesellschaft Ziel: Dialog unter Besucher:innen anregen	Was bedeutet Demokratie für mich und was ist meine Meinung nach demokratischen Werten? Welchen Anteil leiste ich an einer lebendigen Demokratie? Wo wären wir ohne Demokratie? Welche demokratischen Werte möchte ich an die nächste Generation vermitteln? Was würde ich an der Demokratie kritisieren?	Dialog	Stadt Frankfurt	https://frankfurt-hilft.de/tafel-demokratie-am-3-oktober-2020/		Forum Flüchtlingshilfe Frankfurt

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.	Fortbildungen für Fachkräfte	Zielgruppe: Sozialpädagog:innen Ziele: Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe gestalten, pauschale Abwertungsprozesse gesellschaftlicher Gruppen minimieren, Bildungsprozesse zur Entwicklung kritischer politischer und gesellschaftlicher Mündigkeit anregen, Eintreten für friedfertige demokratische Gesellschaft befördern	Handlungsfeld umfasst u. a. Teilbereiche Engagementförderung, Co-Governance, politische Bildung, Jugendarbeit sowie Deradikalisierung	Fortbildungen		https://www.isa-sozialpaedagogik.de/themen/demokratieforderung-und-radikalisierungspraevention		
Frankfurter Jugendring	Jugendforum	Zielgruppe: junge Menschen unter 28 Jahren Ziele: Vergabe des Jugendfonds für Projektanträge	Forum von Ehrenamtlichen aus Jugendverbänden wird von Mitarbeiter:innen des FJR betreut; Jugendforum entscheidet jährlich über Vergabe des Jugendfonds für eingereichte Projektanträge; jährlich neue Schwerpunkte	Jährliches Forum		https://frankfurterjugendring.de/projekte/partnerschaft-fuer-demokratie-frankfurt		
	AK Partizipation	Zielgruppe: Politiker:innen, Vertreter:innen der Jugendparteien, Schüler:innen, AWO Frankfurt, Frankfurter Kinderbüro, Jugend- und Sozialamt / Kommunales Jugendbildungswerk, Paritätisches Bildungswerk / Projekt FraPa Ziele: Erstellung eines ganzheitlichen Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche	verschiedene Akteur:innen beraten und unterstützen Frankfurter Jugendring und Stadtschüler:innenrat bei Erstellung eines ganzheitlichen Beteiligungskonzepts für Kinder und Jugendliche in Frankfurt	Arbeitskreis		Kristof Schütt, kristof.schuet@frankfurterjugendring.de https://frankfurterjugendring.de/projekte/aktivierung-partizipation-mitglieder-aktivierung-partizipation		
	Aufbau von Jugendarbeit in Moscheen	Zielgruppe: Junge Muslim:innen Ziel: muslimische Jugendarbeit genauso zu repräsentieren wie andere konfessionelle Jugendarbeit, junge Frankfur-	Coaching-Projekt; muslimische Jugendgruppenleiter:innen weiterbilden und beraten	Coaching von jungen Muslim:innen		https://frankfurterjugendring.de/projekte/aufbau-jugendarbeit-frankfurtermoscheen		

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Initiative Zukunft Bockenheim e.V.	Stadtteilbüro	ter:innen muslimischen Glaubens als aktive Mitgestalter:innen einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft besser sichtbar machen und auch ihre Interessen in der Stadt vertreten Zielgruppe: Stadtteilbevölkerung Ziel: gut funktionierende Stadtteilgesellschaft in Bockenheim bewahren, fördern und ausbauen	Schwerpunkt der Arbeit des Büros: Öffentlichkeitsarbeit zum Campus Bockenheim, Erarbeitung von Positionen zur Neunutzung und Neugestaltung des Campus nach Weggang der Universität, Wohn- und Mietituation im Stadtteil und Organisation von Widerstand gegen Mieterhöhungen; Anlaufstelle für Bürger:innen zur Information, gemeinsamen Entwicklung von Ideen und Aktivitäten		Stadt Frankfurt	kontakt@zukunft-bockenheim.de https://www.zukunft-bockenheim.de/stadtteilbuero/	Kultur-campus Bockenheim	
Offenes Haus der Kulturen	Offenes Haus der Kulturen	Zielgruppe: gesamte Bevölkerung Ziele: Ort für kulturelle Betätigungen und Teilhabe am kulturellen Leben einer Stadt	soziale, politische Akteure und Künstler:innen verschiedener Disziplinen sowie Menschen verschiedener Herkunft und Milieus kommen zusammen und tauschen sich aus; Proberaum, Ausstellung, Atelier, Büro, Café, Schule, Versammlungssaal, Kindergarten, Club, Garten, Wohnen, Rückzugsort und Bühne, freie Universität, Kino uvm.; Vermittlungsort, Haus der freien Kunstszene der Stadt, Ort politischen Lebens und des kulturellen Austauschs auf zukünftigem Kulturcampus	Sonntagscafé und Repair-Café; Filmvorführungen, Ausstellungen	Stadt Frankfurt	https://www.offenes-haus-der-kulturen.de/index.php/konzept/leitbild		
Quartiersmanagement der Stadtteile	Stadtteilbüros	Zielgruppe: Stadtteilbevölkerung			Stadt Frankfurt und weitere Träger wie die Caritas			
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt	Transferreihe „Zusammenhalt ist...“	Zielgruppe: ges. Bevölk. Ziele: Redner:innen aus FGZ, Zivilgesellschaft, Kultur, Medien, Politik, Wirtschaft zusammen-	Raum für komplexe Diskussionen zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und seinen Dimensionen			www.fgz-risc.de/veranstaltungen/transferrreihe-zusammenhalt		

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Project Shelter	im Aufbau	Zielgruppe: Migrant:innen und Geflüchtete Ziel: selbstverwaltetes migrantisches Zentrum in Frankfurt am Main eröffnen	erste Anlaufstelle, um neu ankommenden Personen in Frankfurt einen Schlafplatz, Nahrung und Kleidung bereitzustellen; soziales Forum für Zusammenkommen von Menschen und Initiativen; Erleichterung für Migrant:innen und Geflüchtete, sich in der Stadtgesellschaft zurechtzufinden und sich mit anderen Menschen zusammenzuschließen			https://projectshelterde.nobilogs.org/ziel/		

9.2 Hessen

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.	Zusammenleben neu gestalten	Zielgruppe: Akteur:innen in der Kommunalpolitik, Menschen mit Fluchterfahrung, ehrenamtlich Engagierte, zivilgesellschaftliche Akteur:innen, außerschulische Bildungsträger:innen, Schulen Ziele: Entwicklung eines demokratischen und menschenrechtsbasiereten Gemeinwesens	arbeitet an unterschiedlichen Schnittstellen; Grundpfeiler: Menschenrechte, Dialog und Mediation, Rassismuskritik und Inklusion, Sensibilität gegenüber Betroffenen; entwickelt Formate, begleitet und berät für Themen der Erinnerungskultur, Solidaritätskultur, Konfliktkultur und Teilhabekultur in Hessen	interaktive Informationsveranstaltungen, Dialogveranstaltungen, Fortbildungen und Workshops, Beratung, Begleitung, Coaching, Prozessbegleitung	Beratungsnetzwerk Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Demokratie leben, Land Hessen, gefördert durch Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“	manuel.gitteneberg@degede.de https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/		
Hessischer Jugendring	Werkstätten für Demokratie	Zielgruppe: junge Geflüchtete, Träger:innen, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen, die mit jungen Geflüchteten zusammenarbeiten Ziele: Prävention, Integration, Partizipation, Demokratie lernen	Förderung lokaler Partnerschaften: Zusammenarbeit von Jugendverbänden und Jugendhilfeeinrichtungen zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten; Erarbeitung projektförmiger und regelmäßiger Angebotsformen; Qualifikation und Vernetzung; Begleitung bei Projektentwicklung,	Fortbildungserien, Vernetzungstreffen	Hessische Landeszentrale für politische Bildung, „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“	Charlotte Wolf wolf@hessische-jugendring.de https://www.hessischer-jugendring.de/themen/jugendarbeit-und-junge-gefluechtete-		

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Creative Change	united	Zielgruppe: Kinder und Jugendliche Ziele: Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für Rechtsextremismus, präventiv und intervenierend entgegenwirken, vorteilfreien Umgang untereinander ermöglichen	Qualifikation und Vernetzung der Akteur:innen Vermittlung von themenbezogenem Wissen; partizipatives Theater, Themen wie „Identität“ und „Umgang mit Populismus“; unterschiedliche Formen fremdenfeindlicher Diskriminierung und Beginn von Rassismus aufzeigen; zielgruppenorientierter, theaterpädagogischer Ansatz; Entwicklung und Erprobung von Lösungsstrategien für herausfordernde Situationen; Erweiterung des Handlungsrepertoires; demokratiefeindlichen und diskriminierenden Einstellungen an Schulen, Jugendzentren und Vereinen in Hessen entgegensteuern	interaktives Theater, Aktionstage, E-Learning	Demokratie leben, LKB, Kreisjugendring Dachau, Beratungsnetzwerk Hessen, Jugendbildungswerk Limburg-Weilburg, Schule ohne Rassismus	https://www.menschen-ev.de/projekte/	Weitere Projekte: Projektstage, Schulentwicklung, Peer-Education	
Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus / Landesdemokratiezentrum (Marburg)	Demokratiezentrum Hessen fungiert als Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle des „Beratungsnetzwerks Hessen“, zwei Regionalstellen in Süd- sowie Nord-/Osthessen	Zielgruppe: Opfer und Betroffene, Ausstiegswillige aus der rechten Szene, Eltern, Schulen, Vereine, Kommunen Ziele: Demokratiezentrum Hessen leistet Beratung und Vernetzung bei Vorfällen rechtsextremistischer, antisemitischer und rassistischer Gewalt sowie Prävention	Das Landes-DZ berät Schulen, Familien, Vereine, Kommunen und andere in Fällen rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt; dient als direkte Anlaufstelle des Beratungsnetzwerks Hessen, zu dem unterschiedliche staatliche, nicht-staatliche und kirchliche Institutionen, freie und öffentliche Träger gehören; Hilfe bei der Lösung von akuten Krisen- und Konfliktsituationen; Verbesserung im Umgang mit rechtsextremistischen Vorkommnissen und Prävention von Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene; Netzwerk aus etwa 40 Trägern, neben Beratung bei Vorfällen soll auch Hilfe bei Prävention geleistet werden	Bildungsformate, Schulprojekte, Vorträge, Workshops, Ausstellungen, spielerische Instrumente; Beratung von Kommunen; Weiterbildungen für Berater:innen; Auch wissenschaftliche Forschung und Publikationen	40 Kooperationspartner:innen bzw. Mitglieder des Netzwerks, u.a. Landesausländerbeirat, Bildungsstätte Anne Frank, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, Haus am Maiberg finanziert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie durch das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“	kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de https://beratungsnetzwerk-hessen.de/ http://beratungsnetzwerk-hessen.de/demo	DZ Marburg als einziges der im Kontext von „Demokratie leben!“ geförderten Demokratiezentren an einer Universität angesiedelt	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Rumi im Puls	Empowerment von Frauen und Mädchen durch Integration und Extremismusprävention – EFFIE	Zielgruppe: Frauen mit Fluchthintergrund Ziele: Empowerment, Extremismusprävention, Integration von Frauen mit Fluchthintergrund	basiert auf „sozialisations-sensiblen“ Ansatz, flexible Formate, effektive und nachhaltige Kommunikation, Vermittlung von Wissen und Bildung; nicht nur Wissen erwerben, sondern eigene Haltung zu Wissen entwickeln, Vergangenheit verarbeiten, eigene Fragen stellen; nachhaltige Begleitung; eigenständige Persönlichkeitsentwicklung angestrebt; Möglichkeiten zum selbstbestimmten Leben aufzeigen; Frauen und Mädchen oft tragende Rollen in Familien als Multiplikator:innen	verschiedene an Zielgruppe angepasste Formate	Der Paritätische, Land Hessen	https://www.rumi-im-puls.de/projekt	weitere Projekte: Zukunftssichere Extremismusprävention durch Bildung in Hessen, Menschen stärken Menschen, Integration schaffen durch gemeinsames Lernen und Erleben im RTK	
Makista – Bildung für Kinderrechte und Demokratie	Modellschul-Netzwerk für Kinderrechte und Demokratie Hessen	Zielgruppe: Schüler:innen an Grund- und Sekundarschulen Ziele: „Menschenrechte für Kinder“ ganzheitlich umsetzen, als Werte- und Gestaltungsrahmen für das Lernen und Leben an der Schule	lernen im Unterricht, in Projekten, im gesamten Schulleben und durch geeignete Partizipationsstrukturen ihre Rechte kennen	Netzwerk aus Modellschulen	„Hessen aktiv – für Demokratie und Extremismus“, die Zukunftsstiftung Bildung, Unicef Deutschland, das Deutsche Kinderhilfswerk, die Gemeinnützige Treuhandstelle Hamburg, die Linsenhoff-Stiftung und das Programm des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratieleben“	Jasmine Gebhard, gebhard@makista.de https://www.makista.de/projekte/modellschulnetzwerk-fuer-kinderrechte-hessen/		Hessisches Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“

9.3 Deutschland

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartnerinnen	Kontakt und Web	Sonstiges
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.	Creative Democracy	Zielgruppe: Schüler:innen an Grund- und Sekundarschulen, Gymnasien Ziele: Demokratie stärken, Nachhaltigkeit leben und Menschenwürde wahren	innovative demokratiepädagogische Change-Tools entwickeln, erproben und entwickeln; Auseinandersetzung mit ungeklärten gesellschaftlichen Herausforderungen der globalisierten Welt; Verwirklichung der Global Goals; Gestaltung einer offenen Einwanderungsgesellschaft; Sechs Modellschulen; Grundlage für Fortbildungsmodule zur Projekt- und Schulentwicklung; Förderung von Change Tools als Mittel des Empowerments für Schüler:innen (Design Thinking, Just Community, Deliberationsforen, systemisches Konsensualisieren); Nachhaltigkeit und Transfer des Projektes durch Publikationen	Modellschulen setzen vor Ort Projekte unterschiedlichster Art um, werden vom Projekt begleitet und unterstützt	Demokratisch Handel. Förderprogramm für Jugend und Schule e.V., gefördert von der Stiftung Mercator	Christian Welniak, Svenja Hackethal https://www.creative-democracy.de/	
Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement	Engagierte Stadt	Zielgruppe: Engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Unternehmen Ziele: unterstützt Aufbau bleibender Engagement-landschaften in Städten und Gemeinden in Deutschland, fördert Kooperationen statt Projekte, begleitet Menschen und Organisationen vor Ort auf gemeinsamen Weg zu starken Verantwortungsgemeinschaften	Schaffung von Rahmenbedingungen für solidarisches Miteinander vor Ort durch Zusammenarbeit von Menschen aus gemeinnützigen Organisationen, öffentlicher Hand und Unternehmen; Themen: Bürgerbeteiligung, Engagement-Politik, Generationen, Integration, Nachbarschaft und Netzwerkarbeit; finanzielle Förderung und intensive Beratung für die Umsetzung ihrer Ideen; Möglichkeit der Bewerbung um ideelle und finanzielle Förderung; Städte untereinander vernetzen und voneinander lernen; durch professionelle Beratung begleitet	Engagierte Städte bauen Netzwerke und Kooperationen vor Ort und untereinander auf; unterschiedlichste Formate und Inhalte	(BMFSFJ, Bertelsmann Stiftung, Körber-Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Breuninger Stiftung, Joachim Herz Stiftung, Deutscher Städtetag	Christine Spanninger https://www.b-b-e.de/projekte/engagierte-stadt/	
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Demokratie leben	Zielgruppe: Projektinitiativen, Zivilgesellschaft, Kommunen, Unternehmen usw. Ziele: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen	Schwerpunkt auf die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort; fördert außerdem Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze und Ideen in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention; unterstützt auch die Vernetzung und den Wissenstransfer; gefördert werden Städte, Landkreise, kommunale Zusammenschlüsse; durch die Landes-Demokratiezentren werden auch regiona-	Modellprojekte, Demokratietren, Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerke, Partnerschaften für Demokratie		https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartnerinnen	Kontakt und Web	Sonstiges
Schwarzkopf Stiftung Junges Europa	Junge Islam Konferenz	Zielgruppe: Interessierte zwischen 17-25 Jahren Ziele: junge Menschen dazu befähigen, an gesellschaftlichen und politischen Diskursen teilzunehmen und eine inklusive und friedvolle Gesellschaft mitzugestalten	Beratungs- und Unterstützungsangebote geleistet. Im Bereich „Demokratie fördern“ Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche im Fokus, im Bereich „Vielfalt gestalten“ Themen rund um Vielfalt, Respekt, Diversität im Vordergrund, im Bereich „Extremismusprävention“ vor allem Sekundär- und Tertiärprävention im Mittelpunkt Dialogforum für junge Menschen; Fragen zu konstruktivem und gleichberechtigtem Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft; Veranstaltungen und Netzwerkarbeit schaffen Begegnungsmöglichkeiten, bauen Vorurteile ab und stärken junge Menschen; Themen: Identität, Vorurteile, Zugehörigkeit, Herkunft und Heimat, Rassismus usw.	Konferenzen (Bundeskonferenz einmal jährlich in Berlin, Länderkonferenzen), Netzwerk (national, regional), Bundesgremium und Regionalgruppen, JIK Talks, JIK Meets	gefördert von der Stiftung Mercator, Demokratie leben, BpB, PwC-Stiftung	Dr. Asmaa Soliman https://www.junge-islam-konferenz.de	
Dialog macht Schule	Dialog macht Schule	Zielgruppe: Schüler:innen und Studierende Ziele: unterstützt Schülern in sozial-räumlich schwieriger Lage dabei, Anforderungen einer immer vielfältigeren Schülerschaft gerecht zu werden, Persönlichkeitsentwicklung, Demokratiebildung, Partizipation	langfristige Beziehungsarbeit in Kleingruppen; Ausbildung von Studierenden zu Dialogmoderator:innen; intensive Beziehung als Basis für Dialoggruppen, es entsteht ein geschützter Vertrauensraum; Themen der Jugendlichen bilden den Ausgangspunkt der Arbeit; soll zu einem Austausch führen, zu Diskussion, dem Erlernen neuer Perspektiven und dem Entwickeln sozialer und demokratischer Kompetenzen; Verwirklichung eigener Ideen im Vordergrund	Verschiedene Methoden und moderne Medien	Gefördert von BMFSFJ, Demokratie leben, BpB, Robert Bosch Stiftung	https://dialogmachtschule.de	
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	OPENION – Bildung für eine starke Demokratie	Zielgruppe: erwachsene Begleitpersonen in Schulen und außerschulischen Einrichtungen Ziele: Demokratie erleben und erlernen, Selbstwirksamkeit erfahren, Kindern und Jugendlichen ihre Handlungskompetenzen aufzeigen, damit sie	Entwicklung zeitgemäßer Praxisprojekte der Demokratiebildung durch Begleitpersonen mit Kindern und Jugendlichen in Schulen und außerschulischen Einrichtungen, Projektverbünde (Kooperation zwischen Schule und außerschulischem Partner); neue Impulse für Demokratieförderung in ganz Deutschland	Praxisprojekte vor Ort, z.B. „Social Media Camp“, „queer@school“, „Hacken für das Gute“	Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V., Demokratisch Handeln. Förderprogramm für Jugend und Schule e.V., gefördert vom BMFSFJ im	Peggy Eckert https://www.openion.de	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartnerinnen	Kontakt und Web	Sonstiges
Open Knowledge Foundation Deutschland	Demokratielabor	<p>Demokratie als eine positive und wirkungsvolle Gesellschaftsform erfahren</p> <p>Zielgruppe: Kinder und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte</p> <p>Ziele: Kinder und Jugendliche befähigen, ihre Gesellschaft mitzugestalten und Jugendliche als Akteur:innen sichtbar machen, Teilhabe auf digitaler und sozialer Ebene stärken</p>	<p>Entwicklung verschiedener Workshopformate und Materialien; Selbstwirksamkeitserfahrungen im Bereich Demokratie und Technologie möglich machen; Themen: Cybermobbing, Fake News, Datenschutz, Diversität, Meinungsäußerung; Selbstermaterialien entwickeln</p>	<p>Verschiedene Workshops und Materialien; Schulungen für Fachkräfte; Digital-AGs</p>	<p>Rahmen von „Demokratie leben“</p> <p>gefördert von BpB und „Demokratie leben“</p>	<p>https://demokratielabore.de</p>	
Arbeitsgemeinschaft katholischer Bildungswerke e.V. (AKSB)	<p>Wie geht Demokratie? Inklusive Demokratiebildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit geistiger Behinderung</p> <p>Meine Stadt besser machen</p>	<p>Zielgruppe: junge Menschen mit Betreuungsbedarf</p> <p>Ziele: darin bestärken, Grundrechte wahrzunehmen; vermittelt Wissen über die Funktionen des Staates und zeigt, wie man aktiv werden kann</p>	<p>drei Modellstandorte; lernen, wie Staat funktioniert, was man im Internet tun kann und welche Rechte man als Arbeitnehmer:in und Bewohner:in in Werkstätten und Wohn Einrichtungen hat.</p>	<p>inklusive Bildungskonzepte, Seminarreihen, innovative Methoden</p>	<p>„Demokratie leben“</p>	<p>Stefan Braun</p> <p>https://www.aksb.de/themen/projekte/inklusive-politische-bildung/</p>	
Körber Stiftung		<p>Zielgruppe: Gesamtbevölkerung</p> <p>Ziele: Einladung zur Entwicklung konkreter Lösungsideen und Vorschläge für zentrale Zukunftspläne in Nachbarschaft, im Quartier und eigener Stadtgesellschaft</p>	<p>Spannung zwischen Vertrauensverlust in politische Institutionen und gleichzeitigem Wunsch nach Zusammenhalt Rechnung tragen, schafft Rahmen für Verbundenheit, Teilhabe und Beteiligung; fünf Säulen: aufsuchen (setzt direkt in der Nachbarschaft an), gemeinwohlorientiert (wägt Interessen für besseres Miteinander ab), analog und digital, themenoffen, aktivierend; mehrstufig durchgeführt; Einbringung, Diskussion von Ideen der Bürger:innen auf einer Online-Plattform, anschließende Abstimmung; abschließendes Gespräch und moderierter Austausch; abschließend Ergebnisberichte zur Übergabe an lokale Politik</p>	<p>Beteiligungsmat; Dialogformat; Workshops und meistdiskutierten Themen</p>		<p>Sven Tetzlaff</p> <p>https://www.koerberstiftung.de/me-besser-machen</p>	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperati- ons-partnerinne n	Kontakt und Web	Sonstiges
Evangelische Trägergruppe für gesell- schaftspoliti- sche Jugend- bildung	Alles Glau- benssache? – Prävention und politische Bildung in einer Gesell- schaft der Diversität	Zielgruppe: Jugendliche Ziele: dazu anregen, sich mit Rolle von Religion in Demokratien auseinan- derzusetzen und dieje- nigen stärken, die ext- reme Ansprachen er- kennen und sich aktiv dagegen zur Wehr set- zen wollen	verfolgt primär präventiven und ressourcenorientierten Ansatz; zielt darauf ab, Selbstreflexion der Jugendlichen zu schu- len und ihnen zu ermöglichen, sich in demokratischen Aushandlungsprozessen zu üben und eigene Positionen auch gegenüber strukturell stärkeren Diskussions- partner:innen zu vertreten; Vermittlung von Kenntnissen und Kompetenzen im Bereich extreme Meinungsäußerungen an Multiplikator:innen	Veranstaltungen für Jugendliche und Multiplika- tor:innen	Ev. Akademie Frankfurt, Ev. Akademie Sach- sen-Anhalt, Ev. Akademie Tutzing, Ev. Akademie Loc- cum; gefördert von „Demokratie leben“	Hanna Lorenzen https://www.evangelische-akademien.de/projekt/alles-glaubenssache/#projektprofil	
Jugendmigra- tionsdienst	Respekt- Coaches	Zielgruppe: Schü- ler:innen an allgemei- nlichen und berufli- chen Schulen Ziele: Prävention, demo- kratische Werte für junge Menschen erleb- bar machen, in ihrer Persönlichkeit stärken, aktive Auseinanderset- zung mit Themen De- mokratie, Respekt und Toleranz, Schulung interkultureller Kompe- tenzen	Schule als zentraler Ort der Präventionsarbeit; Demokratieförderung, Stärkung der Selbstwirksamkeit, interkulturellen und interreligiösen Kompetenzen und Medienkompetenzen; Möglichkeit, selbst Angebot zu entwickeln, sich im Diskurs positionieren lernen; begleitet Kooperationsschulen, organisiert, konzipiert und führt Gruppenangebote durch; betreibt Netzwerkarbeit und berät individuell Schüler:innen	Gruppenangebo- te	gefördert vom BMFSFJ, Pro- jektträger:innen: AWO, EJS, KJS, IB, Der Parität- ische Gesamt- verband, Deut- sches Rotes Kreuz	Juliane Marquard, Sascha Horn https://www.jmd-respekt-coaches.de/programm	
Initiative Offene Gesell- schaft	United We Talk: Point Zero	Zielgruppe: junges engagiertes Publikum Ziele: Auseinanderset- zung mit Themen rund um globale Krise, Solidari- tät, offene Gesell- schaft; soll auch in Corona-Zeiten Debat- tenkultur stärken	globale Krise und die Solidarität als Möglichkeitsfenster für eine offene Gesellschaft begreifen; Gäste aus Pop, Zivilgesellschaft, Wissenschaft denken in die Zukunft, formulieren Visionen und politische Forderungen; wöchentliche Reports aus aller Welt, Livemusik und Filme; Themen u.a.: Future Habitat, Care for Future	Online-Debatte/ - Veranstaltung	United We Stream	https://www.ue-offene-gesellschaft.de/projects/unit-ed-we-talk-point-zero-0	
	Kommunen der offenen Gesellschaft	Zielgruppe: Städte, Gemeinde, Kreise Ziele: kommunale Struk- turen stärken und dabei unterstützen, Haltung zu zeigen, mitzudenken und mitzugestalten	34 Kommunen; Plattform für sich als offen und zukunftsgegenwärtig verster- hende Kommunen; Projekte der Städte, Gemeinden und Kreise sichtbar, die sich für Demokratie einsetzen	Online- Plattform/ - Netzwerk	Bertelsmann Stiftung, Deut- scher Städtetag, DSTGB, Deut- scher Landkreis- tag	kommune@die-offene-gesellschaft.de https://www.die-offene-gesellschaft.de	

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperati- ons-partnerinne n	Kontakt und Web	Sonstiges
Konrad-Adenauer-Stiftung	Gemeinsam. Demokratie. Gestalten	Zielgruppe: Gesamtbevölkerung Ziele: gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Dialog intensivieren und wechselseitigen Respekt fördern	Integration verschiedener Menschen und Meinungen; Themenmonate zur Diskussion aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen)	Bustour mit Dialogangebot, Dialogveranstaltungen, Demokratielabore in Berlin und Greifswald	verschiedenste Partner:innen auf lokalen Ebenen	gesellschaft.de/projects/kommunen https://gemeinsam-demokratie-gestalten.de/bustour/	
Jugendbildungswerk Freiburg e.V.	Zukunftswerkstatt: Freiburg 2040 – Deine Stadt: Deine Ideen	Zielgruppe: Jugendliche ab 13 Jahren Ziele: Jugendliche aktiv am gesellschaftlichen Miteinander teilhaben lassen, Zukunftsvisionen für Gesellschaft zu entwickeln, Auseinandersetzung mit Stadt und ihren Strukturen; Erwerb von Kompetenzen in Projektplanung, Teamarbeit, Modellbau, Vermittlung von Wissensdrang, Engagement und Begeisterung, Selbstwirksamkeit schaffen	Wettbewerb für Schulklassen und Jugendgruppen im Jahr 2021; Visionen für die Stadt Freiburg entwickeln; Bezug zur Stadtgestaltung sowie konkrete Lösungsmöglichkeiten und Handlungsvorschläge mitdenken; beste Ideen werden bei einer Preisverleihung ausgezeichnet und auf Umsetzbarkeit geprüft; Ergebnisse sollen in städtischen Flächennutzungsplan integriert werden	Wettbewerb mit Preisverleihung	Stadt Freiburg	wettbewerb@jugendbuero.net https://www.jbw.de/menue/arbeitsbereich/jugendbuero/	
Aktion Zivilcourage e.V.	Ich bin wäherisch!	Zielgruppe: Jugendliche von 13–21 Jahren Ziele: Kompetenzerwerb und Wissensvermittlung für/an Jugendliche; Diskussion auf Augenhöhe, Einbezug digitaler Bildungsformate; Zusammenarbeit außerschulischer und schulischer Strukturen	sachsenweites Projekt zu unterschiedlichen Themen; dreitägige Ausbildung von Jugendlichen zu Peers; erlernte Inhalte in interaktiven Workshops an Mitschüler:innen weitergeben; Ausbildung durch Studierendende der Geistes- und Sozialwissenschaften; Erwerb von inhaltlichem und methodischem Wissen sowie didaktischen und sozialen Kompetenzen	dreitägige Peer-to-Peer-Ausbildungen mit Workshops, Planspielen, Erklärvideos und anderen Formaten	Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, gefördert durch Aktion Mensch	f.werner@aktion-zivilcourage.de https://ichbinwaehlerisch.de/lehrerinfo/	weitere Projekte u.a.: Couragierte Kinder, Gläserne Stadt
i.Slam	i.Slam Poetry Slam	Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene,	Poetry Slam-Wettbewerb; Qualifikation der Slammer:innen für finalen Wettbewerb;	Poetry Slam		info@i-slam.de	weitere Projekte: i.Slam Kunst-

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartnerinnen	Kontakt und Web	Sonstiges
Gesicht zeigen – Für ein weltoffenes Deutschland	Störungsmelder on tour	<p>junge Muslim:innen</p> <p>Ziele: interreligiösen Austausch und Kompetenzen stärken, Empowerment für junge Muslim:innen, Bekämpfung rassist. Stereotype, Brücken bauen zw. diversen Lebensrealitäten</p> <p>Zielgruppe: Jugendliche</p> <p>Ziele: sprechen über und sensibilisieren für Rechtsextremismus, über Hintergründe und Gefahren, über Argumentationsmuster und Ziele von Rechtsextremen</p>	<p>in Großstädten in Deutschland, Österreich und der Schweiz.</p> <p>Teilnehmende werden auf ihrer Reise begleitet, geschult und erhalten Unterstützung von einem professionellen Team</p>			<p>https://www.islam-slam.de/islam-poetry-slam/</p>	preis und Erkläerker
			<p>Forum für Themen, Fragen und Inhalte, die im Unterricht nicht oder selten aufkommen,</p> <p>Themen: Neonazis, Rechtsextremismus, Zivilcourage, Argumentationsstrategien, Demokratie, Vielfalt;</p> <p>Gespräch mit Jugendlichen über die Situation in ihrem Ort, ihre persönlichen Erfahrungen, über etwaige rechtsextreme Bedrohungen im Umfeld;</p> <p>prominenten Störungsmelder:innen erzählen von persönlichen Erfahrungen und positionieren sich klar und deutlich (u.a. Heiko Maas, Dunja Hayali und Thomas Hitzelsperger);</p> <p>Diskussion zu jeweils zwei Themen u.a. Rechtsextremismus im digitalen und analogen Raum, Symbole, Codes, Kleidermarken, Zivilcourage</p>	Gesprächsreihe an Schulen		<p>kontakt@gesichtzeigen.de</p> <p>https://www.gesichtzeigen.de/angebote/stoerungsmelder-for-tour/konzept/</p>	<p>weitere Projekte:</p> <p>https://www.7xi-ung.de/die-freiheit-die-ich-meine/konzept/</p>

10. Tabelle Demokratie probieren/spielen

10.1 Frankfurt

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Über den Tellerrand	Gemeinsam Kochen	Zielgruppe: Geflüchtete, Stadtgesellschaft Ziele: Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Geflüchteten und der Stadtgesellschaft ermöglichen	regelmäßiges Kochen mit einer multikulturellen Community	Begegnungskochen, Stammtisch, Kulturgruppen, Frauenkochen, Kulturdialog		https://ueberden-tellerrand.org/satelliten/frankfurt/		
Kulturregion Frankfurt Rhein Main	Geist der Freiheit - Freiheit des Geistes	Zielgruppe: Schüler:innen	Schüler:innen aus der Rhein-Main-Region erstellen Plakate zum Thema Meinungsäußerung, thematisierten etwa die Grenzen von Meinungsfreiheit im Internet oder Thema Freiheitsrechte; Auswahl von sechs herausragenden Entwürfen durch Expert:innenjury	Wettbewerb und Ausstellung	Sebastian-Cobler-Stiftung für Bürgerrechte	www.krfm.de/projekte/geist-der-freiheit/plakate-der-meinungsfreiheit/	Projekt aus dem Jahr 2018	
	Starke Stücke: internationale Theatrefestival für junges Publikum	Zielgruppe: jugendliche Menschen unabhängig von sozialem und kulturellem Hintergrund erreichen und für Theater begeistern	Rahmenprogramm mit Diskussionsrunden und Inszenierungsgesprächen gibt Gelegenheit zum Austausch zwischen Künstler:innen und jungem Publikum; etwa 9.000 Kinder und Jugendliche besuchen 80 -100 Vorstellungen	Theaterstücke, Workshops	Netzwerk unterschiedlicher Kulturveranstalter	http://www.staekestuecke.net/de/festival/uber-uns/		
Goethe Universität Frankfurt	Kinderuniversität	Zielgruppe: Kinder und Jugendliche				https://www.kinderuni.uni-frankfurt.de/35392740/Plakate_Veranstaltungssarchiv_der_Kinder_Uni		
Center for Critical Studies in Architecture	Architekturen des Ordners	Zielgruppe: Fachöffentlichkeit, interessierte Ziele: Untersuchung, welche Bedeutung Architektur für die Bildung von gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Ordnungskonzepten hat	interdisziplinäres Forschungsprojekt der Goethe-Universität Frankfurt und Technischen Universität Darmstadt, mit dem Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte und dem Deutschen Architekturmuseum als außeruniversitären Partnern; Untersuchung von Architektur als Kulturtechnik, welche sich sowohl ästhetisch, materiell, räumlich, diskursiv als auch epistemologisch mani-	Forschungsprojekt		https://architecture.esoforder.org/atc/hitekturen-des-ordners/		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
KINDER IM ZENTRUM GALLUS E.V.	Mehrgenerationenhaus	Zielgruppe: Kinder, Eltern, Jugendliche, Menschen mit Migrationsgeschichte, Auszubildende Ziele: generationsübergreifende Angebote für Kinder, Jugendliche, Eltern, Menschen mit Migrationsgeschichte und Auszubildende	festiert. Mehrgenerationenhaus; Angebote für Kinder, Eltern, Jugendliche, Frauen; sehr aktive Stadttarbeit im Gallus, offene Kinder- und Jugendarbeit, Café Vielfalt	Seminare, Kochen, Kulturangebote	Bundesfamilienministerium	http://www.kiz-gallus.de/category/zdas-mehrgenerationenhaus/		
Mädchenbüro Milena		Zielgruppe: Mädchen mit und ohne Fluchterfahrung Ziele: Integration und Befähigung von Migrantinnen zur Partizipation und Förderung von Empowerment	Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote, die an den Belangen der Frauen und Mädchen ausgerichtet sind	Hausaufgabenbetreuung, gemeinsame Aktivitäten, Ausflüge		https://www.maedchenbuero.milena.de/		
Migrantinnenverein Frankfurt e.v.		Zielgruppe: gesamte Bevölkerung Ziele: Ausbau des interkulturellen Dialogs und Austausches zw. Frauen aus allen Stadtteilen				https://www.migrantinnen.net/category/projekte/		
Deutsches Filminstitut Film- museum	Blickwechsel Jetzt!	Zielgruppe: Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte Ziele: sollen das Film- museum als Ort erleben, wo sie willkommen sind und jenseits der Zwänge von Schule und Alltag in den Austausch kommen	Gemeinsames Abendessen von 15-20 Jugendlichen; anschließend Filme im Kino ansehen; darauffolgende Diskussion beim Get Together.		Aktive Schule Frankfurt, Kolpinghaus Frankfurt, AWO Ehrenamtsagentur „Freiwillig“	Sophie Erichsen, erichsen@dff.film https://www.dff.film/bildung/modellprojekte/blickwechsel-jetzt/	Cinemini (Europäisches Projekt zur Filmbildung für die Allergstesten), Interkulturelle Filmbildung	
Schirn Kunsthalle Frankfurt	Schirn Podcast	Zielgruppe: gesamte Bevölkerung	Podcast-Reihe zum Thema Kreativität			https://www.schirnde.com/magazin/podcast/		
Städel Museum	Imagoras	Zielgruppe: Kinder ab 8 Ziele: Kunstwerke des Städel Museums sowie verschiedene künstlerische Ansätze durch ein	Fantasie erwecken, Rätsel lösen, „Bilder aus der Finsternis retten“			https://imagoras.staedelmuseum.de/		

Akteure	Projekte	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
Senckenberg Museum Frankfurt	Buchkin-der	Videospiel entdecken Zielgruppe: Schulkinder Ziel: positiver Zugang zur Einrichtung Museum mit Einblicken in die Wissenschaft und der Vermittlung naturkundlicher Inhalte für Schulkinder	Schulkinder halten ihre Eindrücke aus dem Museum schriftlich fest; gestalten eigene Illustrationen zu ihren Texten; Ergebnis: Buch			https://museumfrankfurt.senckenberg.de/de/projekte/buchkinder/		
ada kantine	ada kantine	Zielgruppe: Wohnungslose, Bedürftige, Stadtgesellschaft Ziele: Essen für Wohnungslose und Bedürfnisse in der Stadtgesellschaft anbieten	solidarische Küche in Bockenheim		Initiative Zukunft Bockenheim (Stadtteilbüro Bockenheim), Project Shelter FFM, Über den Tellerrand Frankfurt e.V., Offenes Haus der Kulturen e.V., Andpartner-sincrimme, IsraAID Germany e.V.			Urban Farming Projekt „Die Akademie“; öffentliches Forschungsformat und Teil des Langzeitprojekts „Nach dem Ende der Versammlung“
andpartnersincrimme	multimediale Performance	Zielgruppe: gesamte Bevölkerung Ziele: Gesellschaft über multimediale Performance zum Nachdenken anregen	multimediale Performances, Aktionen, Installationen und Klangerbeiten; laden Zuschauer:innen dazu ein, ihre eigenen Schlüsse zu ziehen		Stadt Frankfurt, Mousonturm, Landungsbrücken	https://andpartner.sincrimme.org/info/		

10.2 Hessen

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Sonstiges	Weitere Projekte des Partners
FES-Landesbüro Hessen	Planspiele	Zielgruppe: Jugend				https://www.fes.de/landesbuero-hessen/themen-reihen-angebote/jugend-und-politik		

10.3 Deutschland

Akteure	Projekt	Zielgruppe/Ziel des Projekts	Beschreibung des Projekts	Format	Kooperationspartner:innen	Kontakt und Web	Weitere Projekte des Partners
Gegen das Vergessen Für Demokratie e.V.	Das Arguttraining #WieDer_Sprechen für Demokratie	Zielgruppe: Kinder, Jugendliche, pädagogische Fachkräfte Ziele: üben und erproben, wie mit herabsetzenden und diskriminierenden Äußerungen im Alltag umgegangen werden kann	beinhaltet Tagestrainings für Jugendliche an Schulen oder außerschulischen Einrichtungen; Peerprojekt, in dem Jugendliche Jugendliche trainieren; Fortbildungen für interessierte pädagogische Fachkräfte	Workshops, Peerprojekt, Fortbildungen für Fachkräfte	Project Shelter FFM	https://www.arguttraining.de/allgemeine-infos/	
Planpolitik	Planspiele	Zielgruppe: Gesamtbevölkerung Ziele: spielerisches Erleben politischer Zusammenhänge soll zu nachhaltigem Lernen und Spaß an den Inhalten führen	entwickelt Planspiele zu gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen für fast alle Alters- und Zielgruppen	Planspiele		https://www.planpolitik.de/referenzen/unsere-arbeit/?sendtag=planspiel	
Bundeszentrale für politische Bildung	"Die Beste Aller Welten" - Ein spielerisches Bildungsprogramm für Demokratie	Zielgruppe: Jugendliche Ziele: sollen sich durch spielerische Beschäftigung mit elementaren Fragen als aktive Akteur:innen in der Gesellschaft begreifen und so Demokratie spielerisch kennenlernen und ausprobieren	umfasst zwei Planspiele und eine Quizshow; Jugendlichen werden beim Ringen um Lösungen von einem Medienteam beeinflusst, welches versucht die Geschehnisse zu lenken	Planspiele	Über den Tellerrand Frankfurt e.V.	Kersten Reich https://www.bpb.de/lernen/formate/planspiele/265719/die-beste-aller-weiten-drei-planspiele-zur-demokratischen-bildung-fuer-jugendliche	
Die Evangelischen Akademien Deutschland	General Solutions – das Escape Game	Zielgruppe: Jugendliche ab 14 Jahren Ziele: Beschäftigung mit den Folgen der Digitalisierung für unsere Gesellschaft und Demokratie	Spieler:innen lösen im Rahmen eines 60-minütigen Escape-Room-Spiels Rätsel und setzen sich dabei mit dem Thema „digitalisierte Gesellschaft“ auseinander.	Escape Game		Ole Jantschek https://www.evangelische-akademien.de/projekt/general-solutions/#das-escape-game	
Friedrich-Ebert-Stiftung/Akademie für soziale Demokratie	Sommeruniversität	Zielgruppe: Junge, politisch an der sozialen Demokratie interessierte Erwachsene ab 18 Jahren Ziele: Austausch mit Akteur:innen aus Wissenschaft, Politik und Kultur in Form einer Sommeruniversität	Sommeruniversität findet meist über 5 Tage statt und wird normalerweise analog organisiert; für digitales Format steht eine eigene Konferenzplattform zur Verfügung	Sommeruniversität, Workshops, Vorträge, Projektarbeiten, Freizeitaktivitäten am Abend	Offenes Haus der Kulturen e.V.	https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/sommeruniversitaet	

11. Demokratiezentren in Deutschland, Europa und der Welt

11.1 Deutschland

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdB: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
Zeitschichtliches Forum Leipzig	"Wir verstehen uns als einzigartiges Forum für die Auseinandersetzung mit jüngerer deutscher und europäischer Geschichte."	Dauerausstellung zur deutschen Teilung, Wiedervereinigung, Auswirkungen bis heute; Sammlung zur Geschichte der DDR; Bildungsangebote im Sinne des lebenslangen Lernens, vielfältiges Veranstaltungsprogramm und somit Ort der Debatte auch zu aktuellen gesellschaftlichen Themen; pro Jahr 2-3 Wechsellausstellungen zu aktuellen Themen	Symposien, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Filme zu deutschen oder europäischen Themen	Kartenspiel zu den britisch-deutschen Beziehungen für den Schulunterricht; Begleitung für Seh- bzw. Hörbeeinträchtigte, Guide in Gebärdensprache	Schüler:innen und Lehrer:innen, Kinder und Familien, Hortgruppen; inklusive und mehrsprachige Angebote	regelmäßig Diskussionsrunde und Fragestellung zur Ausstellung	siehe HdG Bonn	https://www.hdgeschichtlichesforum.org
Haus der Geschichte Bonn	"In der Dauerausstellung 'Unsere Geschichte' zeigen wir mit mehr als 7.000 Objekten deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis in die Gegenwart. Bis zu vier Wechsellausstellungen pro Jahr beleuchten zusätzlich aktuelle, zeithistorische Themen. Unsere Bildungsangebote erschließen diese Ausstellungen durch Begleitungen, Workshops oder Materialien zum selbständigen Erkunden."	Dauerausstellung zur deutschen Geschichte nach 1945; dazu pro Jahr bis zu 4 Wechsellausstellungen zu aktuell z.B. der TV-Serie Lindenstraße oder Fotografie		Ferienprogramm für Schüler:innen; Rollenspiel einer Bundesratsplenarsitzung für Jugendliche und Erwachsene; Museumsapp, Audioguides, Videos; themenspezifische Anleitungen zur Selbsterkundung der Ausstellung; Begleitung für Deutschlernende, mehrsprachige Angebote	Schüler:innen und Vorschaüler:innen, Deutschlernende, allgemeine Öffentlichkeit	Museumsmagazin, Museumspodcast (für alle Museen des HdG)	Stiftung Haus der Geschichte der BRD: "Das Kuratorium beschließt alle grundsätzlichen Fragen inhaltlicher, finanzieller oder personeller Art. Der Wissenschaftliche Beirat und der Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen beraten das Kuratorium und den Präsidenten." siehe HdG	https://www.hdg.de/hdgeschichte
Museum in	"Bei uns geht es um die Geschichte der	Dauerausstellung zum Alltag in		Workshops für	Multiplika-	Museums-		https://

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
der Kulturbrauerei Berlin	DDR. Mit Ausstellungen, Veranstaltungen, Online-Angeboten und Publikationen vermitteln wir deutsche Zeitschichten."	der DDR, dazu Wechselausstellungen wie aktuell "Nahaufnahme Ostdeutschland" (Fotografien)		Schüler:innen (z.B. zu Freiheit und Diktatur), Klezführungen, Buchvorstellungen	tor:innen, Schüler:innen, Lehrende, Dozierende, Familien, Hortgruppen; inklusive und mehrsprachige Angebote	magazin, Museumspodcast (für alle Museen des HdG)	Bonn	www.hd g.de/mu seum-in- der- kulturbra uerei
Tränenpalast Berlin	"Geschichte erleben - im Tränenpalast. Die Mauer teilt Berlin von 1961 bis 1989 in zwei Hälften, in Ost und West. Am Tränenpalast ist einer der wenigen Grenzübergänge zwischen beiden Teilen der Stadt. Hoffnungsvolle Ausreisen, schmerzliche Abschiede - hautnah am historischen Ort." Zeitzeugengespräche, Bildungsangebote	Dauerausstellung insbesondere zur deutschen Teilung und das Leben "mit der Grenze" in Berlin; mehr als 550 Objekte, Dokumente und Zeitzeugenberichte		Workshops für Jugendliche und Erwachsene, Fortbildungen für Multiplikatoren	Multiplikatoren:innen, Schüler:innen, Lehrende, Dozierende, Familien, Hortgruppen; inklusive und mehrsprachige Angebote	Museumsmagazin, Museumspodcast (für alle Museen des HdG)	siehe HdG Bonn	https:// www.hd g.de/tra enenpal ast
Freiheitsmuseum Rastatt	Rastatter Residenzschloss: Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Eine Dauerausstellung informiert über die Geschichte der Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert und seit 2009 auch über Opposition und Widerstand in der DDR bis zur Friedlichen Revolution 1989.	Dauerausstellung zur Revolution 1848/49 inklusive lokalen Bezügen und europäischen Zusammenhängen, sowie Freiheitsbewegung in der DDR, dazu Sonderausstellung zur Frankfurter Paulskirchenversammlung	Vorträge, aktuell Themen wie "Friedrich Ebert und die Gründung der Weimarer Republik", "Was ist eigentlich 'das Volk'?"	Workshops, museumspädagogische Angebote zu Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und nationale Einheit in Deutschland; Vorträge und Zeitzeugengespräche; Theateraufführungen; Workshops für Referendare	Schüler:innen, Studierende, Lehrer:innen; junge Erwachsene	Museumsmagazin, Museumspodcast (für alle Museen des HdG)	Förderverein	https:// www.bu ndesarc hiv.de/D E/Navig ation/M eta/Ueb er- uns/Die nstore/ Rastatt/ rastatt.ht ml
Bundestag - Parlamentshistorische Ausstellung	"Die parlamentarische Ausstellung des Deutschen Bundestages im Deutschen Dom zeigt auf insgesamt fünf Etagen die historische Entwicklung des liberalen parlamentarischen Systems in Deutschland. Sie widmet sich vorrangig jenen Epochen, in denen die wesentlichen Grundlagen für die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelegt worden sind. Parlamentarische Entscheidungspro-	Revolution 1848/49 & Frühparlamentarismus; parlamentarische Demokratie in Deutschland, Weimarer Republik und Kaiserzeit; Scheinparlamentarismus in NS-Regime und DDR		Interaktives Rollenspiel einer Plenarsitzung; themenspezifische Projekte für Schüler:innen; Filme	Schüler:innen, Erwachsene		Ausstellung des Deutschen Bundestags	https:// www.bu ndestag. de/deut scherdo m

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdB: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
	zesse und Konflikte werden ebenso nachgezeichnet wie Funktion und Arbeitsweise von Volksvertretungen. Entstehung, Entwicklung und Arbeit der politischen Parteien in Deutschland werden dargestellt."							
Hambacher Schloss	"Die Ausstellung Hinauf, hinauf zum Schloss! thematisiert die Ereignisse rund um das Jahr 1832 mit dem Hauptaugenmerk auf das Hambacher Fest"	Ausstellung zu den Themen: Hambacher Fest, Schwarz-Rot-Gold als Symbol für Freiheit und Einheit, Kampf um Presse- und Redefreiheit, Revolution, Grundrechte, Freiheit, Völkerfrieden	Demokratie-Forum Hambacher Schloss (SWR), Hambacher Gespräche, Hambacher Disput	geschichtliche und politische Bildung; Workshops für Schulklassen; Familienführung	Schüler:innen, Erwachsene, Familien	Konzerte, Theateraufführungen	Stiftung Hambacher Schloss	hambacher-schloss.de/index.php/oeffnungszeiten
Weimarer Forum der Demokratie	Dauerausstellung über die Weimarer Republik – von ihren revolutionären Anfängen über ihre politische Etablierung und Konsolidierung, den Alltag der Menschen und die neuen Möglichkeiten der »Goldenen Zwanziger« bis hin zu den Krisen und Herausforderungen, denen sich die junge Demokratie ausgesetzt sah. Dabei schlägt die Ausstellung stets die Brücke in die Gegenwart und stellt die Frage, welche Bedeutung die Weimarer Republik für unsere heutige Demokratie besitzt."	Geschichte der Weimarer Republik; sechs Themenwelten als multimediale Inseln, Zeitkapsel mit Ton- und Bildaufnahmen	Vorträge, Workshops, Tagungen zum Thema Weimarer Republik	ab 2021 Multifunktionsraum für politische Bildung, "in Form fester Seminareangebote oder als buchbares Gruppenangebot", Themen sind v.a. Chancen und Gefährdungen von Demokratie		Forschung zur Weimarer Republik (Friedrich-Schiller-Universität Jena)	Träger: Weimarer Republik e.V.	https://www.hambacher-schloss.de/weimarer-republik
Schloss Schwarzburg	"Das Ziel [...] ist es, Schloss Schwarzburg zu einer lebendigen Begegnungsstätte im ländlichen Raum zu machen. [...] die dramatische Geschichte des Schlosses und des Ortes Schwarzburg für viele Gäste sichtbar und erlebbar zu machen. Es geht uns darum, vor allem jungen Menschen erfahrbar zu machen, dass Demokratie und Menschenrechte kein selbstverständliches Gut sind, sondern dass wir alle für deren Bewahrung auch für die Zukunft verantwortlich sind."	historischer Ort der Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung durch Friedrich Ebert, dazu Ausstellung der Waffensammlung					Träger: Förderverein Schloss Schwarzburg Denkort der Demokratie e.V.	http://www.schloss-schwarzburg.de/schloss/demokratie

11.2 Europa

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
Haus der europäischen Geschichte (Brüssel)	"Das Haus der Europäischen Geschichte soll sich zum führenden Museum für die Darstellung der internationalen Ereignisse, die unseren Kontinent geprägt haben, entwickeln. Durch seine europäische Sichtweise vergleicht es gemeinsame Erfahrungen und deren verschiedene Ausprägungen. Es zielt darauf ab, das Lernen anhand länderübergreifender Sichtweisen in ganz Europa in Gang zu bringen; Raum zum Lernen, Nachdenken und Debattieren und steht allen Publikumsschichten sämtlicher Generationen und mit verschiedenstem Hintergrund offen."	Dauerausstellung zur Geschichte Europas, seiner Bedeutung in der Welt und seiner Zukunft; spezieller Fokus auf Krieg und Wiederaufbau sowie Lob und Kritik; Wechsellausstellungen u.a. zu COVID-19 und der Rolle junger Menschen in Europa	Events und teilweise auch Ausstellungen zu verschiedenen internationalen Gedenktagen, Veranstaltungen zu Weltkriegen und Wiederaufbau, dazu Buchbesprechungen	didaktisches Angebot vor Ort zu unterschiedlichen Erfahrungen und Gemeinsamkeiten der Völker Europas sowie ihrer Bedeutung für die Gegenwart; themenspezifische Besuche und Führungen mit den Kuratoren, Kreativstudios, künstlerische Darbietungen, Filmvorführungen, und weitere Bildungsveranstaltungen	Lehrer:innen und Erzieher:innen (Aktivitäten im Klassenzimmer), Familien (Zeitreise durch die europäische Geschichte), (junge) Erwachsene		Kuratorium (allgemeine Leitung des Projekts), wissenschaftlicher Beirat (Historiker:innen und Expert:innen aus renommierten Museen)	https://europarl.europa.eu/visiting/de/visit-offer/brussels/house-of-european-history
Demokratiezentrum Wien	"Das Demokratiezentrum Wien ist eine wissenschaftliche Non-Profit-Organisation mit starker Ausrichtung auf Angewandtheit und Vermittlung. Themen: Grundfragen der politischen Kultur und des politischen Systems Österreichs im europäischen Kontext, Demokratisierungsprozesse und ihre historische Entwicklung, aktuelle gesellschaftspolitische Debatten, die Mediengesellschaft (mit Schwerpunkt Medienkompetenz und Decodierung visueller Botschaften) sowie die IT-Transformation und die Wissensgesellschaft."	Wanderausstellung Migration on Tour; interaktive Ausstellung zu Demokratie für den Schulunterricht; weitere Ausstellung zu Friedensnobelpreisträger:innen sowie Minderheiten in Österreich	Workshops und Konferenzen	Planspiele zu diversen Themen: EU-Beitritt; Politik auf kommunaler Ebene, Wie wird gewählt?, Bio-Schulbuffet, Organisation einer Demo; Infomaterial zu Gedenktagen; Lernmodule für Lehrer:innen zu den Themen Migration, EU, Demokratie in Österreich, soziale Medien, Demokratie und Religionsfreiheit, Schuldemokratie	Schüler:innen, Lehrer:innen, Eltern, Familien	Wissenschaftlich ausgerichtetes Institut	Vorstand aus Vertreter:innen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche	http://www.demokratiezentrum.org/aktuell/ueber-uns/mision.htm
British Library Magna Charta	"Discover the history and legacy of one of the world's most celebrated documents"	Ausstellung der Magna Charta in der Bibliothek, digitales Infoangebot zum Inhalt der Magna Charta, Interpretationen, Ursprünge im Mittelalter, heutige	Debatte zum Thema "My digital rights" als Teil der 800-Jahr-Feier der	Lehrprojekte für Grund- und weiterführende Schulen	Schüler:innen, Lehrer:innen			https://www.britain-mag.com

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdB: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
People's History Museum Manchester	"People's History Museum (PHM) in Manchester is the national museum of democracy, telling the story of its development in Britain: past, present, and future. [...] People's History Museum is the home of ideas worth fighting for – where our radical past can inspire and motivate people to take action – to shape a future where ideas of democracy, equality, justice and cooperation are thriving." Das Museum führt durch die Epoche der Transition in Spanien und erinnert dabei an die zentrale Rolle des ersten Präsidenten nach Ende der Diktatur, Adolfo Suárez, auf persönlicher und politischer Ebene.	Bedeutung Politik und Proteste von 1819 bis heute mit Fokus auf der Demokratie und Gleichberechtigung als erstrittene Errungenschaften	Magna Charta	Führungen durch Museum und Stadt, künstlerische Projekte zur Visualisierung der Museumsinhalte, Theater und Workshops; "Your Voice Counts" - Programm für Jugendliche	Schüler:innen und Vorschüler:innen, Studierende, junge Erwachsene, Familien, lokale Gemeinschaften		Kuratorium; das Museum ist Wohltätigkeitsorganisation und Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit maximal 20 Treuhändern	https://peopleshistorymuseum.org.uk/
Museo Alfonso Suárez y la transición (Ceberos)	Das Museum führt durch die Epoche der Transition in Spanien und erinnert dabei an die zentrale Rolle des ersten Präsidenten nach Ende der Diktatur, Adolfo Suárez, auf persönlicher und politischer Ebene.	Dokumente, Objekte, Audios und Videos, darunter Reden, persönliche Fotografien, Kunstwerke u.ä. in Bezug auf A.Suárez und die Transición	Konferenzen und Kurse	Workshops zu den Themen Europa, Wahlen, ESA; spielerisches Kennenlernen der Verfassung; spezielle Programme für Kindergärten, Grundschul- und Sekundarstufenklassen	Schüler:innen, allgemeine Öffentlichkeit	Zeitschrift des Museums, Kurse des Centro de Estudios		https://museoalfonsoazuarezylatransicion.com/hojame/
Domaine de Vizille - Musée de la révolution française	"... bietet aus seiner künstlerischen Produktion eine neue Perspektive auf eine entscheidende Periode in der Geschichte Frankreichs zu der Zeit und seitdem."	Kunstwerke und historische Objekten aus der Zeit der Revolution sowie neuere Werke mit Bezug auf die Revolution		"Storytelling" Tour: Geschichtenerzählerin denkt sich Geschichten zu den gezeigten Kunstwerken aus; Veranstaltungen zur künstlerischen Selbstbetätigung	Jugend und Familien; Schüler:innen (Workshops und pädagogische Aktivitäten)		Teil der Direktion Kultur und Kulturerbe des Departements Isère	https://musees.isere.fr/musee-revolution/informations/pratique?museum=16
Museum der polnischen Geschichte	Stellt die berühmtesten Motive polnischer Geschichte aus; besonderer Schwerpunkt auf freiheitsbezogenen Themen (parlamentarische Tradition, gesellschaftliche Institutionen und Bewegungen, Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit; Solidarnosc; polnische Geschichte im 20. Jahrhundert)	wechselnde Ausstellungen zu Themen wie Frauen der Unabhängigkeit, polnisch-deutsche Aussöhnung; Online-Ausstellung Google Arts & Culture		Unterrichtseinheiten für Kindergärten zu den Themen "Was ist Geschichte?", "Unabhängigkeit, polnische National-symbole, Theater-workshops für Familien"	Schüler:innen und Vorschüler:innen, Familien, Lehrer:innen, junge Erwachsene	"Patriotism of Tomorrow": nationales Stipendiumprogramm zur Verbreitung des kulturellen Erbes Polens;	Vorstand/Advisor y Council	https://muzhp.pl/pl/

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
				Online-Anleitungen für Stadttouren durch Warschau; Brettspiel sowie Outdoor- und Onlinespiele		eigene Forschung		

11.3 Weltweit

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
Independence Hall Pennsylvania	"Independence Hall is the birthplace of America. In this building, the Declaration of Independence and U.S. Constitution were both debated and signed." National Historic Park Pennsylvania	historische Dokumente und Stätten; Geschichte des kolonialen Amerikas und der Unabhängigkeitserklärung		Park als Klassenraum: Angebot von Unterrichtsmaterial sowie (virtuelle) Touren	Extra Schulprojekte, Summer Camps für junge Menschen; Park-Ranger-Programm für Kinder			https://www.nps.gov/inde/
National Constitution Centre Pennsylvania	"The National Constitution Center serves as America's leading platform for constitutional education and debate, fulfilling our congressional charter "to disseminate information about the United States Constitution on a nonpartisan basis in order to increase awareness and understanding of the Constitution among the American people." "World-class museum" und öffentlicher Raum, der den ersten afroamerikanischen Präsidenten und die First Lady ehren soll; Jackson Park als Freizeitort	Multimediales Schauspiel, interaktive Ausstellung zur Verfassungsgebung		Interactive constitution: digitales Erkunden von Text, Entstehungsgeschichte und Interpretation der Verfassung; Scholar exchange; Erklärvideos und Onlineunterricht zu Begriffen und Institutionen	v.a. Schüler:innen, auch Lehrer:innen und Eltern, allgemeine Öffentlichkeit	Liberty Medal Ceremony; Medienbibliothek mit Blogs und Podcasts; Visiting Scholars Program der University of Pennsylvania Law School	Kuratorium; Advisory board (Vertreter:innen US-amerikanischer Universitäten und Forschungseinrichtungen)	https://constitutioncenter.org/interactive-constitution
Obama Presidential Centre (Chicago) - noch in Planung		Objekte mit Bezug zu wichtigen Themen, Ereignissen und Wahlkampagnen der Obama-Administration	in Planung		Bevölkerung von Chicago	Chicago Public Library, Gebäude für Zusammenkünfte, Sport, Erholung und Veranstalt.	Obama Foundation	https://www.obama.org/the-center/
Museum of	"The Museum of Australian Democracy"	historisches Parlaments-		spielerisches Lernen	Schüler:innen,	Reconciliation	Vorstand; unter-	https://

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
Australian Democracy	racy at Old Parliament House helps people to understand Australia's social and political history by interpreting the past and present and exploring the future."	gebäude mitsamt interaktiven Ausstellungen zu Pressefreiheit, Demokratie und dem Briefeschreiben		im Museum, u.a. Rollenspiele aus Sicht berühmter Persönlichkeiten, dazu Unterrichtsmaterial	Lehrer:innen, Eltern, Familien	Action Plan zur Förderung von "Aboriginal and Torres Strait Islander People" und zur Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft	steht Kultusminister:in	www.mo adoph.gov.au/#
The Centre of Democracy (South Australia)	Museum über Menschen, Ideen und Bewegungen, die die Demokratie in Südastralien beeinflussen und gestalten zur Anregung von Diskussionen über Menschen und Macht	Objekte mit Bezug zur Demokratiegeschichte Australiens		Exkursionen von Schulklassen, digitale Angebote für Schule und Zuhause, queeres Festival, politische Statements und Nachrichten	Schüler:innen, Lehrer:inne, Eltern, queere Community	Digitale Kollektion von Objekten und Texten; Speakers Corner zur Debatte über Demokratie	N.A.	https://centredemocracy.sa.gov.au/visit/
Museo de Memoria de Colombia (Kolumbien) - Fertigstellung 2022	Darstellung der Pluralität der Perspektiven und Erinnerungen der Opfer des bewaffneten Konflikts in Kolumbien als Beitrag zur gemeinsamen Zukunft sowie als Ort des Austausches; Symbol der Aussöhnung, der Anerkennung der Opfer, der Gesellschaft als ein kollektives Projekt und der Menschenrechte	Kunstobjekte von Opfern des bewaffneten Konflikts in fünf Ausstellungsräume, dazu Theater und Konferenzraum		Aufbau des Museums durch künstlerische, bildende, kulturelle und akademische Aktivitäten im ganzen Land; geplantes Dialogformat mit Vertreter:innen der Opfer, des Staats, der Reparationsinstitutionen, internationaler Partner sowie Archivierungsexpert:innen	Konfliktopfer und kolumbianische Gesellschaft als Ganze, ethnische Minderheiten, queere Community	Digitale Formate zur Erforschung des Erinnerns, virtuelle Sammlungen, Bildungsplattformen zur Stärkung von Gemeinschaften, Kuratorien und digitale Events in für soziale Netzwerke typischen Sprachen	Kuratorium (festenende Mitglieder: Minister:in der Justiz, Bildung, Kultur; zwei Vertreter:innen der Mesa de las Víctimas, Direktor:in der Unidad para las Víctimas, Direktor:in der nationalen Institution zur Abschaffung von Armut und sozialen Angleichung), Geschäftsführer:in	http://museodecolombiamemoria.gov.co/
Museo internacional para la democracia	Fördern von Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten; Ort der Debatte zu aktuellen Problemen	Darstellung der Demokratie in Argentinien seit dem Kolonialismus; lateiname-			argentinische und lateinamerikanische Bürger:innen		International Federation of Human Rights	https://www.mu.seoparal

Demokratiezentrum	Selbstbeschreibung	musealer Teil	Veranstaltungen/ HdD: Ort demokratischer Debatten	Bildungsprojekte/ "Demokratie erlebbar machen"	Zielgruppen	sonstige Formate, Forschung	Governance-Struktur	Web
(Argentinien)	men und Herausforderungen der Demokratie	rikanische Perspektive auf die UN, regionale Diktaturen, Sklaverei, Migration					Museums of Latin America (IFHRM), geleitet durch Direktor:innen verschiedener Museen	ademocracia.org/en/home/
Apartheid Museum Südafrika	"The Apartheid Museum, the first of its kind, illustrates the rise and fall of apartheid."	Darstellung der Geschichte Südafrikas und der Apartheid; Aufarbeitung durch u.a. Truth and Reconciliation Commission; dazu eigene Mandela-Ausstellung	Öffentliche Debattenveranstaltungen zum Thema Kolonialismus/ 25 Jahre Demokratie, Weltfrauentag	Touren für Schulklassen, Unterrichtsmaterial	Schüler:innen, allgemeine Öffentlichkeit		Gemeinnützige Gesellschaft; Treuhändergesellschaft	https://www.apartheidmuseum.org/

PROF. DR. NICOLE DEITELHOFF //
KONZEPTSTUDIE

DEMOKRATIEZENTRUM PAULSKIRCHE
„HAUS DER DEMOKRATIE“

Die Paulskirche soll ein lebendiger Demokratieort von nationaler und internationaler Tragweite werden. Dafür soll ihr ein Demokratiezentrum an die Seite gestellt werden, dessen Nutzung in einem Bürgerbeteiligungsverfahren ausgearbeitet werden soll. In der vorliegenden Konzeptstudie entwickeln Nicole Deitelhoff und weitere Mitarbeiter.innen des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK/PRIF) inhaltliche Leitlinien für ein solches „Haus der Demokratie“.

Aufbauend auf Feld- und Zielgruppenanalysen sowie einer Reihe von Interviews wird gezeigt, dass die Nutzung des Hauses der Demokratie vor allem auf die praktische und sinnliche Erfahrung von Demokratie fokussieren sollte. Im Zentrum sollten Formate stehen, in denen Bürger.innen und Besucher.innen Demokratie selbst anwenden und als gesellschaftliche Praxis erleben können.